

# DAS ARGUMENT 95

P 22352 F

## **Sprachtheorie und Sprachunterricht**

|   |            |
|---|------------|
| <b>Interview des Lesers mit dem Herausgeber</b>   | <b>1</b>   |
| <b>Editorial: Sprachtheorie und Sprachunterricht</b>  | <b>6</b>   |
| <b>Peter Eisenberg</b><br><b>Wissenschaftliche Grammatik im Sprachunterricht</b>  | <b>9</b>   |
| <b>Walther Dieckmann</b><br><b>Bedarf an Rhetorik?</b>  | <b>24</b>  |
| <b>J. Ellerbrock, P. Jarlitz, W. Kühnert, U. Schmitz</b><br><b>Arbeit und Sprache bei Rossi-Landi, Habermas und Leist</b> | <b>44</b>  |
| <b>* * *</b>  |            |
| <b>Friedrich Tomberg</b><br><b>Warum an unseren Hochschulen Marxisten unentbehrlich sind</b>                              | <b>70</b>  |
| <b>Dieter Hassenpflug</b><br><b>Umwelt zu Marktpreisen? (II)</b>  | <b>79</b>  |
| <b><u>Diskussion</u></b>  |            |
| <b>Rudi Dutschke</b><br><b>Antwort auf Schmidt und andere</b>   | <b>92</b>  |
| <b>Gerhard Armanski</b><br><b>Antwort auf Müller</b>  | <b>107</b> |
| <b>Redaktionelle Anmerkungen zur Diskussion</b>   | <b>109</b> |
| <b><u>Besprechungen</u></b>   | <b>113</b> |
| <b>Schwerpunkte: Allgemeine Psychologie, Demokratische Erziehung, Faschismus, Berufsverbote</b>                           |            |

**18. Jahrgang Januar/Februar 1976**

# DAS ARGUMENT

**Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften**

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Furth (Berlin/West), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn † (Frankfurt/Main), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Kurt Steinhaus (Düsseldorf), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730,  
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug,  
Dieter Krause, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Redaktionssekretariat:

Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a  
Telefon 030 / 8 31 49 15

## Besprechungen

### Philosophie

Raddatz, Fritz J.: Karl Marx (*U. Jaeggi*) . . . . . 113

Der unbekannte junge Marx (*B. Frei*) . . . . . 115

(Fortsetzung auf S. X)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1976 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis des Doppelheftes 9,— DM; Schüler und Studenten 7,— DM (im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,— DM). — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360—759. — Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Telefon 0721/55 59 55.  
1.—12. Tausend Februar 1976

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen teilweise 2 Bestellkarten und das Jahresinhaltsverzeichnis des Argument-Verlages bei, sowie ein Prospekt vom Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.

## Editorial

### **Interview des Lesers mit dem Herausgeber**

Was für Hefte habt Ihr in Arbeit?

*Die Frage zielt wohl auf die Themenschwerpunkte. Vergessen wir darüber nicht den Diskussionsteil und die aktuellen Analysen, die andere Gegenstände haben, schließlich den Rezensionsteil, der in seinen 10 Sparten eine Vielfalt von Themen behandelt. Die Themenschwerpunkte dieses Jahres sind folgende: „Sprachtheorie und Sprachunterricht“, „Ausbildungsfragen in den Naturwissenschaften“, „Marxismus und kritische Theorie“ (vor allem am Beispiel der Schriften von Alfred Schmidt), „Faust-Diskussion“, ausgelöst durch Metschers Essay über „Faust und die Ökonomie“ im AS 3 („Der Bürger in Geschichte und Literatur“), „Lehrerausbildung“ und „ideologischer Klassenkampf“.*

Warum kündigt Ihr die Hefte sonst immer erst so kurzfristig an?

*Vor allem deswegen, weil an den meisten Schwerpunkten sehr lange gearbeitet wird, — viele Beiträge werden mehrmals umgeschrieben. Oft wird kurzfristig entschieden, was ins nächste Heft kommt. Wir haben gar nichts übrig für die Veröffentlichung kaum redigierter „papers“.*

Was für Bücher plant Ihr in Eurer AS-Reihe?

*Nach dem AS 3 kommt demnächst der 1. Band unseres „Jahrbuchs für kritische Medizin“, dann Beiträge zur Anglistik und Romanistik. In Vorbereitung sind Bände über die Frage der Gesellschaftsformationen in der Geschichte, über „Staat und Monopole (II)“, sowie der 2. Band des Projekts „Automation und Qualifikation“. Das sind die Vorhaben, die bis jetzt am weitesten gediehen sind.*

Wie kommen eigentlich die Heftpläne zustande?

*Häufig durch Anstöße von seiten der Mitarbeiter. Zu wesentlichen Teilen beschränkt sich unsere Tätigkeit aufs Koordinieren von Anregungen oder Angeboten. Die Hefte sind dann weitgehend ein Spiegel dessen, was wir daraus machen können. Natürlich entwickeln wir auch eigene Vorstellungen. Aber die Möglichkeiten, Desiderate zu verwirklichen, sind begrenzt. Es hat z. B. vier Jahre gedauert, bis wir die beiden Bände „Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft“ machen konnten. Aber wir schreiben ja auch selber, d. h. bei manchen Projekten koordinieren und redigieren wir nicht nur, sondern verwirklichen sie selber.*

Wie wird man „Argument-Mitarbeiter“?

*Z. B. so, daß man uns einen Text zur Veröffentlichung anbietet. Auch wenn der Text nicht ins Konzept passen sollte und wir ihn ablehnen müssen — falls wir uns von der Bearbeitungsweise des Autors etwas versprechen, bieten wir ihm zumindest ein Buch zur Besprechung an. Nachdem sein erster Text einmal zur Veröffentlichung angenommen ist, schicken wir ihm hinfort regelmäßig unseren „Mitarbeiterbrief“, der Planungsinformation gibt und Hunderte von Buchtiteln zur Rezension anbietet. Oder wenn uns, was sehr oft geschieht, ein Mitarbeiter den Namen eines potentiellen Schreibers gibt, erhält auch dieser den Mitarbeiterbrief und kann sich seinen ersten Rezensionstitel aussuchen.*

Wieviele Mitarbeiter habt Ihr?

*Wir verschicken mehr als 500 Exemplare des Mitarbeiterbriefs.*

Ist der Rezensionsteil hauptsächlich ein Betätigungsfeld für neue Mitarbeiter?

*Das nun doch nicht! Es ist zwar bei manchen „prominenten“ Autoren schwierig, ja für uns fast unmöglich, sie zum Rezensieren zu bringen, vor allem zum Verfassen so kurzer Rezensionen, wie wir es verlangen. Aber manche unserer namhaftesten Schreiber, die klar denken, tragen seit vielen Jahren regelmäßig zum Rezensionsteil bei.*

Liegt Euch soviel an den Buchbesprechungen?

*Ja, denn wie versuchen hier mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Vor allem wollen wir jedem Fachidiotismus entgegenwirken. Wir betrachten unsere Leser als eine Versammlung von Weltveränderern, denen wir Berichte vorlegen — so ähnlich wie Brecht das einmal von seinem Theater gesagt hat. Und die Veränderung der Gesellschaft braucht sehr vielseitig informierte und bewanderte Persönlichkeiten. Außerdem sollen die vielen Hunderte von Rezensionen jedes Jahr, jede ein Mosaiksteinchen, einen kritischen Standard entwickeln und aufrechterhalten, auch einen Diskussionszusammenhang. Man erfährt hier nicht nur vieles, sondern auch von vielen. Nur im Rezensionsteil, wo wir nicht durch die Schwerpunktplanung gefesselt sind, können wir soviele Autoren — darunter auch immer wieder Neulinge — ans Werk setzen und in die öffentliche Kommunikation einschalten.*

Man munkelt, Ihr hättet Euch auf eine „orthodoxe“ oder gar „dogmatische“ Linie begeben... Darf man im „Argument“ die Sozialistischen Länder kritisieren?

*Die Zeitschrift liegt eindeutig auf nicht-antikommunistischer Linie, also liegt sie für Antikommunisten auf Parteilinie. Wir sind Sozialisten und sehen gerade deshalb viele Schwächen des „realen“ Sozialismus besonders deutlich, weil wir ihn nicht ablehnen. Zu den*

*Dingen, die der Sozialismus als Bewegung wie als Gesellschaft braucht wie Atemluft, gehört die Kritik und schöpferische Weiterentwicklung. Auch manche Anhänger des Sozialismus verstehen dies nicht und sind uns deshalb gram. Wir können weder die anbetenden Phrasen über die sozialistischen Länder brauchen noch die verdammenden Phrasen über das „Bürgerliche“.*

Warum schreibt Ihr nicht verständlicher? Seht Ihr nicht die Gefahr, daß Eure Ausdrucksweise Euch ins linksakademische Ghetto einschließt?

*Und ob wir die Gefahr sehen! Wenn man sich die Texte der Redakteure ansieht, wird man eine Entwicklung feststellen. Wir strengen uns an! Und wir liegen ständig im Clinch mit vielen unsrer Autoren. Die „Unverständlichkeit“ ist nicht nur ein Ergebnis der Wortwahl. Natürlich kann man fast jeden Sachverhalt unter Zuhilfenahme „eindrucksvoller“ Fremdwörter ausdrücken. Aber ebenso tragen dauernde Wiederholungen, trägt eine unklare Struktur zur „Unverständlichkeit“ bei. Meistens ist es so: je weniger einer eine Sache versteht, desto unverständlicher schreibt er über sie. „Unverständlich“ ist auch ein Text, bei dem man nicht versteht, was er nützen will, warum man ihn also lesen soll. Oft ist es eine Frage der Arbeitszeit: Der klarere, auch kürzere, verständlichere Text beansprucht vom Schreiber mehr Arbeit als der dunklere, längere, weniger strukturierte. Und dann gibt es natürlich noch das Problem der Fachsprachen. Unsere Texte sollen ja sowohl den Spezialisten etwas bringen, als auch möglichst allgemeinverständlich sein. Das ist oft kaum miteinander zu vereinen. Schon deshalb nicht, weil die Fachsprachen nicht in einer ähnlichen Absicht ausgebildet worden sind. Arbeitsteilung und Tuismus arbeiten Hand in Hand bei mancher sprachlichen Abkapselung.*

*Wir wünschen uns oft eine kulturrevolutionäre Erschütterung unserer Autoren, wie es auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung Wandzeitungen gab, die eine Kampagne fürs Verständlich-Schreiben betrieben...*

Vor einem Jahr habt Ihr an dieser Stelle über Eure ökonomischen Schwierigkeiten informiert. Wie hat sich die Lage seither entwickelt?

*Wir haben die Auflage weiter heruntersetzen müssen auf 12 000. Von den Sonderbänden drucken wir sogar nur 3—6000. Unmittelbar entlastet uns das. Aber die Stückkosten steigen, unrentabel kleine Nachauflagen können fällig werden. Wir mußten deshalb die Abonnementsgebühren erhöhen. Bei der letzten Preiserhöhung hatten wir die Abonnenten verschont. Wir wollten uns bei ihnen dafür bedanken, daß sie unsere Arbeit praktisch finanzieren. Nun müssen wir gerade diese Personengruppe, bei der wir am meisten Verständnis gefunden haben, zur Kasse bitten. Zuvor jedoch haben wir ein rigores Sparprogramm durchgesetzt. Der Idealismus vor allem der Redakteure und Kommissionsmitglieder wurde arg strapaziert. Die*

*Autorenhonore wurden aufs garantierte Minimum gesenkt. — Aber entscheidend ist: wir brauchen jeden Abonnenten, nicht nur für die Zeitschrift, sondern auch für die AS-Reihe!*

Was ist aus Eurem Prozeß gegen die Bundespost geworden?

*Die Verwaltungsrichter haben schallend gelacht, als ihnen ihr Berichterstatter vortrug, die von der Post als Werbung eingeschätzten Argument-Rezensionen seien in der Regel so kritisch, daß sie schwerlich werbenden Charakter hätten. Die Post entnahm dem Gelächter, daß sie den Prozeß verlieren würde, und gab nach. Nun ist das Argument wieder auf der Postzeitungsliste, was den Abonnenten zugute kommt, die nämlich weniger Porto bezahlen müssen.*

Woher kommt Eurer Meinung nach der Rückgang des Argument-Absatzes?

*Zunächst einmal ist die Studentenschaft, aus der rund 80 % unserer Leser kommen, mit am stärksten von der Inflation betroffen, weil Miete, Essen, Bücher usw. überdurchschnittlich teurer geworden sind. Zugleich werden die Stipendien beschnitten. Die drohende Massenarbeitslosigkeit von Lehrern und anderen Akademikern, der Stellenabbau an den Unis usw. — all das hat eine Verunsicherung hervorgerufen, zum Teil auch schon echte wirtschaftliche Not.*

Spielt nicht auch der Rechtstrend eine Rolle? Wie schätzt Ihr die politische Entwicklung ein?

*Es ist durchaus möglich, daß auch die Angst vor Berufsverboten eine Rolle gespielt hat. Aber wir halten die politische Entwicklung für außerordentlich widersprüchlich. Es ist wahr: die offizielle Politik tendiert immer weiter nach rechts, ebenso die halbstaatlichen und die kapitalistisch beherrschten Medien. Aber gleichzeitig gibt es eine kapitalistische Weltwirtschaftskrise. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erreichen — bei weitergehender Inflation — Nachkriegsrekorde. Zugleich gibt es in der BRD mehr linkes Potential, ist mehr marxistisches Wissen angehäuft, mehr praktische Erfahrung gesammelt, als je zuvor in den letzten 25 Jahren. Daß der schärfer wehende Wind des Klassenkampfes manchen Treibsand und manchen Opportunisten nach rechts getrieben hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen: die westdeutsche Linke ist stärker denn je. Allerdings muß sie auch manche Niederlage einstecken, zumal ihre Spaltung die Fähigkeit zu wirksamem Handeln weitgehend lähmt.*

Was für Konsequenzen zieht Ihr aus dieser Einschätzung?

*Wir wollen — auf theoretischer Ebene — dazu beitragen, das Feld für ein umfassendes Bündnis der Linken vorzubereiten. Die nächste große Diskussion, die wir vom Zaun brechen und die sich ein bis zwei Jahre lang „quer“ durch die Zeitschrift ziehen wird, ist eine Sozialismus-Diskussion. Hierzu wird in den Redaktionellen Anmerkungen zum Diskussionsteil dieses Heftes Einiges gesagt. Wir haben vor, die ersten Beiträge zu dieser Diskussion — zugesagt haben bisher Wolf-*

*gang Abendroth, Helmut Gollwitzer, Urs Jaeggi, Oskar Negt und Josef Schleifstein — im dritten Heft dieses Jahrgangs zu bringen. — Im übrigen wollen wir versuchen, nicht nur im Rahmen dieser Diskussion, Beziehungen zu unseren Kollegen in den westeuropäischen Ländern herzustellen.*

**Habt Ihr eigentlich Kontakte zu Euren Lesern?**

*Viel zu wenig! Unter schwierigen, widersprüchlichen Bedingungen diese Zeitschrift machend, brauchen wir jeden Kontakt. Wir haben seit langem vor, eine Leserenquête zu machen, um zu erfahren, was man von uns zusätzlich erwartet, was wir ändern sollen, weil es unbrauchbar gefunden wird usw. Bisher sind wir auf Leserbriefe angewiesen. Jede Anregung, jedes Wort der Kritik werden in der Redaktionsversammlung aufmerksam diskutiert. Wir sind bereit zur Selbstkritik, wenn uns kritische Argumente einleuchten.*

## Editorial

Die Linguistik besitzt einen großen Ruf als neue Wissenschaft. Zwar ist in der Philosophie seit ihrem Beginn über die Sprache nachgedacht worden, und seit Anfang des 19. Jahrhunderts gibt es eine Sprachwissenschaft, die vor allem die historische Entwicklung der indoeuropäischen Sprachen zurückverfolgt und insbesondere ihren genetischen Zusammenhang untersucht hat. Wenn trotzdem ein neues Fach Linguistik entwickelt worden ist, das sich als Grundlegung einer systematischen und empirisch überprüfbareren Theorie des inneren Sprachzusammenhangs versteht, müssen gewichtige gesellschaftliche Erfordernisse dafür bestanden haben.

Folgt man der Darstellung Schaffs, so ist die Sprache zu *dem* Zentralproblem der nichtmarxistischen Philosophie' des 20. Jahrhunderts deshalb geworden, weil sich als Hindernis für das weitere Fortschreiten in Zweigen der Naturwissenschaften und der Logik die angemessene sprachliche Formulierung ihrer Probleme herausstellte<sup>1</sup>. Die Lösung dieser Schwierigkeiten hat dann allerdings nicht nur die Philosophie beschäftigt, sondern die detaillierte Untersuchung des Funktionszusammenhangs der einzelnen Elemente einer Sprache notwendig gemacht. Die Systematik dieses Zusammenhangs kann als Leistung des linguistischen Strukturalismus und der neopositivistischen Wissenschaftstheorie entwachsenen formalen Logik gelten. Auf dieser Grundlage und ihren Weiterentwicklungen basieren die Programmiersprachen und -techniken, die für die Informationsverarbeitung mit Computern, etwa bei den an Bedeutung stets zunehmenden Dokumentationssystemen, unentbehrlich sind und fraglos zur Entfaltung der Produktivkräfte beigetragen haben<sup>2</sup>.

Ist damit die Funktion der Sprache für die Herrschaft des Menschen über die Natur angesprochen, so liegt auf der Hand, daß sie für seine gesellschaftlichen Beziehungen von wenigstens ebenso großer Bedeutung ist. Alle Erfahrung, die die Menschheit gemacht hat, wird in der Sprache überliefert und aufbewahrt, alle gesellschaft-

1 Vgl. Adam Schaff: Über die Notwendigkeit marxistischer Sprachforschung, in: ders.: Essays über die Philosophie der Sprache, Frankfurt/M.-Wien 1968.

2 Auf diesen Zusammenhang sowie auf die unmittelbar politischen Aufgaben, die der Linguistik gestellt wurden, haben schon Peter Eisenberg und Hartmut Haberland hingewiesen: Das gegenwärtige Interesse an der Linguistik, in: Das Argument 72 (1972).

lich-kooperative Tätigkeit bedarf der sprachlichen Kommunikation, alles Denken hängt mit der Sprache auf das engste zusammen. Intensiver als je zuvor wird seit der Durchsetzung des allgemeinen das Wissen und Denken aller Menschen gekämpft, nicht nur im Interesse ihrer Befreiung, sondern auch, um weiter Herrschaft über sie auszuüben. Den Aufbau und die Wirkungsweise der Sprache zu erforschen als des Mediums allgemeiner Verständigung, ohne die es keine demokratische Willensbildung geben kann, ist deshalb dringend notwendig.

Die Einsichten in den Bau von Sprachen, die die strukturalistische Linguistik hat erzielen können, sind mit einer Auffassung ihres Gegenstandes bezahlt worden, der die Sprache von den gesellschaftlichen Beziehungen, in denen sie gebraucht wird, isoliert. Die Sprache ist dann auch häufig als die grundlegende gesellschaftliche Synthesis angesehen worden, hinter die nicht zurückgegangen werden könne. Diese Reduktionen zu beseitigen und Gebrauch wie Aufbau der Sprache von ihrer gesellschaftlichen Funktion her zu untersuchen, ist Aufgabe einer als Gesellschaftswissenschaft verstandenen Linguistik. Die Versuche, ihr ein solides wissenschaftstheoretisches Fundament zu geben, führten viele jüngere Linguisten zum Studium des Marxismus. Da, wie sich bald zeigte, eine materialistische Sprachtheorie nicht einfach aus den gelegentlichen Äußerungen von Marx und Engels über die Sprache konstruiert werden kann, lag der Gedanke nahe, Kategorien der Gesellschaftsanalyse in die Linguistik zu übernehmen. Mit Versuchen unmittelbarer Übertragung von Begriffen aus der Kritik der politischen Ökonomie in die Sprachtheorie setzt sich in diesem Heft der Beitrag von Ellerbrock, Jaritz, Kühnert und Schmitz auseinander. Auch die Widerspiegelungs-Diskussion im Argument, die ja von einigen Autoren unter ausdrücklicher Berufung auf die Erkenntnisse der Sprachtheorie geführt wurde, gewinnt durch diese Arbeit an Durchsichtigkeit<sup>3</sup>.

Die Geltung, die die Linguistik als neue Wissenschaft erlangt hatte, sicherte ihr binnem kurzem großen Raum in Hochschule und Schule. Freilich lag der Hast der Ausbreitung weder eine überlegte Planung zugrunde, noch war genügend berücksichtigt worden, daß der Forschungsstand der Linguistik ihre unmittelbare Anwendung in der Schule kaum zuließ. Gerade die Deutschlehrpläne der Schulen aber sind um fast alle Gegenstände linguistischer Forschung von der Sprachpsychologie bis zur Generativen Transformationsgrammatik in einem meist ganz willkürlichen Additionsverfahren aufgefüllt

3 Vgl. Anton Leist: Widerspiegelung der Realität — Realität der Widerspiegelung, in: Das Argument 81 (1973) und Rolf Zimmermann: Semantik, „Widerspiegelung“, marxistische Erkenntnistheorie, in: Das Argument 85 (1974), sowie den Widerspruch gegen beide von Johannes Meyer-Ingwersen: Mit Marx und Sprache gegen den Materialismus?, in: Das Argument 85 (1974) und Wolfgang Fritz Haug: Wider den bloß verbalen Materialismus, in: Das Argument 92 (1975).

worden. Die Ziele dieser Lehrpläne waren von den Lehrern, aber auch von den lehrerausbildenden Hochschuldozenten ohne weiteres nicht zu erfüllen. Die an vielen Hochschulen dominierende Diskussion sprachtheoretischer Grundfragen trat deshalb zugunsten einer stärker schulpraktisch orientierten Aufgabenstellung in den Hintergrund. Hier greifen die Beiträge von Eisenberg und Dieckmann mit Grammatik und Rhetorik zwei Bereiche auf, die — sinnvoll gelehrt — für den Erwerb sprachlich-kommunikativer Fähigkeiten von großer Bedeutung sind. Beide Aufsätze informieren vor allem über die Ergebnisse und Tendenzen in diesen Teilbereichen der Linguistik und können nicht nur Sprachlehrern und Lehrerstudenten die Orientierung erleichtern. Insgesamt setzen die Beiträge dieses Heftes damit die Bemühungen fort, die mit dem Besprechungsschwerpunkt „Erziehung und Sprache“ (in: Das Argument 80 [1973]) sowie der seit Das Argument 84 (1974) regelmäßigen Rezensionrubrik „Sprach- und Literaturwissenschaft“ aufgenommen worden sind.

Gerhard Voigt

Peter Eisenberg

## Wissenschaftliche Grammatik in der Sprachlehre<sup>1</sup>

Während der Aufbauphase der Linguistik hat man fast überall die bereits relativ ausgearbeitete generative Grammatik vollständig übernommen. Das führte in der Regel dazu, daß Unsicherheiten bei der Bestimmung des Gegenstandes oder der methodischen Prinzipien gar nicht erst entstehen konnten. Linguistik war häufig dasselbe wie ein bestimmter Typ wissenschaftlicher Grammatik, verstanden als die Lehre von der Form von Sätzen einer natürlichen Sprache oder auch *der* natürlichen Sprache. Linguistik war im wesentlichen Grammatik und Grammatik im wesentlichen Syntax.

Die Sprachwissenschaft ist inzwischen längst über die Syntax hinausgegangen. Es hat sicher seine Berechtigung, wenn dabei immer wieder auf die Begrenztheit der Erkenntnisse hingewiesen wird, die aus einer Analyse der Form natürlicher Sprachen zu gewinnen sind. Trotzdem liegt hier die Gefahr eines Mißverständnisses mit schwerwiegenden Folgen: Syntax ist für viele Linguisten nach wie vor gleichbedeutend mit generativer Syntax, auch wenn sie sich längst mit Pragmatik oder Psychologie befassen. Ein Versagen der generativen Grammatik führt dann leicht zu dem Fehlschluß, man könne mit Grammatik generell nichts anfangen. Dieser Fehlschluß ist am leichtesten zu vermeiden, wenn man sich die spezifischen Gründe vor Augen führt, die für die aufgetretenen Schwierigkeiten verantwortlich sind. Im folgenden wird das für einen speziellen Fall, nämlich das Versagen der generativen Grammatik als pädagogische Grammatik, versucht.

Kritik am Grammatikunterricht, wie er vor Beginn der Reform des Deutschunterrichts im Rahmen der Bildungsreform in den Schulen als wichtigster Teil der Sprachlehre üblich war, artikulierte sich auf zwei Weisen. Einmal wurde die Orientiertheit des Grammatikunterrichtes an vernünftigen Lernzielen überhaupt bezweifelt: gelehrt wurde danach ein nicht hinterfragter, überkommener Kanon von Selbstverständlichem. War der Grammatikunterricht andererseits lernzielmäßig ausgewiesen, so wurden diese Lernziele entweder als obsolet oder als mit den Mitteln des Grammatikunterrichtes nicht erreichbar kritisiert. Ersteres galt insbesondere für die Begründung des Grammatikunterrichtes mit der Notwendigkeit zur Anpassung an bestimmte Normen der Hochsprache. Dieser Begründungszusam-

1 Überarbeiteter Text eines Vortrages in Hannover am 16. 1. 1975 und Göttingen am 27. 5. 1975.

menhang fiel der ideologiekritischen Aufarbeitung des Deutschunterrichtes zum Opfer. Beide Arten der Kritik wurden benutzt, wenn der muttersprachliche Grammatikunterricht mit der Vorbereitung und Erleichterung des Fremdsprachenunterrichtes begründet war. Das damals gängige Paradigma für Grammatik schlechthin, die lateinische Grammatik, schadete danach beim Erlernen moderner Fremdsprachen eher, als sie nützte. Grundsätzlicher noch war die Kritik, die das sogenannte Transfer-Problem in den Vordergrund rückte und bezweifelt, daß über das Einüben von grammatischen Regeln überhaupt oder zumindest auf effektive Weise Einfluß auf das Sprachverhalten genommen werden kann<sup>2</sup>. Diese grobe Skizze der Situation als richtig vorausgesetzt, erschienen bei der Reform des Sprachunterrichtes zwei Ansätze als ‚natürlich‘.

1. *der programmatische Verzicht auf Grammatik*: Da der Grammatik ein eigenständiger Erklärungswert nicht zuzukommen schien, wurde sie als bewußt eingesetztes Instrumentarium zur Sprachbeschreibung zunächst ganz fallengelassen<sup>3</sup>. Statt dessen wurde bei der Information über Sprache alles Gewicht auf die Explikation ihres erkenntnistheoretischen Status und ihrer sozialen Funktion gelegt. Letztere wurde dabei zwar z. T. mit empirischen Einzeluntersuchungen konkret zu fassen versucht (etwa in der Sozialisations- und Sprachbarriereforschung); das dabei notwendigerweise verwendete Instrumentarium zur Beschreibung von Texten wurde aber, wie es jeweils gebraucht wurde, aus dem von der Linguistik bereitgestellten Arsenal ausgewählt. Ein eigener Erkenntniswert wurde ihm nicht zugebilligt, am allerwenigsten der Syntax. Über die Rolle der Syntax in der zentral diskutierten Widerspiegelungsfrage war — etwa im Gegensatz zur Begriffsbildung, über die eine Brücke zur Lexik geschlagen werden konnte — einfach nichts bekannt; sie wurde auch gar nicht als Problem gesehen. So heißt es selbst bei einem Linguisten wie Meyer-Ingwersen, daß unter Syntax „die Lehre vom Morphembestand und den allgemeinen Regeln der Verbindung“, unter Lexik dagegen „alles das in der Sprache, was mit ihrer Bedeutungs- und Bezeichnungsfunktion zusammenhängt“<sup>4</sup> zu fassen sei. Inzwischen würde wohl niemand mehr einen solchen Syntaxbegriff vertreten. Die syntaktischen Regeln der generativen Grammatik bei-

2 Eine übersichtliche Darstellung dieses älteren Abschnittes der Grammatikdiskussion findet sich in Glauber, S. u. a.: Sprachunterricht gleich Linguistik? Zur Kritik des linguistisierten Sprachunterrichts. Stuttgart 1975, S. 12 ff.

3 Diese Position liegt beispielsweise den Vorschlägen zugrunde, die in den Handreichungen für den Sekundarbereich II, sprachlich-künstlerisches Aufgabenfeld (Hannover 1973, S. 7—17) für Niedersachsen gemacht werden. Vgl. etwa auch Bamberg, M./Walter, H.: Sprache als Mittel gesellschaftlicher Kommunikation und Erkenntnis. Linguistische Berichte 31 (1974), S. 89—103.

4 Meyer-Ingwersen, J.: Überlegungen zum Fach ‚Deutsch‘. Linguistik und Didaktik 3 (1972), S. 294—305, hier S. 300 (Hervorhebungen im Original).

spielsweise sind nicht reine Kombinatorik, mit der zwischen grammatisch und ungrammatisch unterschieden wird, sondern sie liefern zu jedem Satz mindestens eine syntaktische Struktur. Eine syntaktische Struktur in diesem Sinne sagt aber etwas darüber aus, wie sich die Bedeutung des Satzes aus Wortbedeutungen aufbaut. Mit den syntaktischen Strukturen werden nach Auffassung einer weitergehenden Theorie grammatische Bedeutungen expliziert, und „in den grammatischen Bedeutungen widerspiegeln sich die vom Menschen erkannten allgemeinsten Beziehungen zwischen den Gegenständen und Erscheinungen“<sup>5</sup>. „Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß im System der grammatischen Bedeutungen in allgemeinsten Form auch die Gesetzmäßigkeiten des Denkens und die Gesetzmäßigkeiten der Verständigung in Erscheinung treten.“<sup>6</sup> Es ist klar, daß der angesprochene programmatische Verzicht auf Grammatik bei einem solchen Grammatikbegriff seinen Sinn verliert: man braucht Grammatik immer dann, wenn man darüber reden will, mit welchen Mitteln Sprache Realität abbildet. Bleibt man nicht ganz im allgemeinen, dann ist Reden über Sprache immer auch Reden über ihre Form, Grammatik also vorausgesetzt.

2. *Grammatik als Mittel der Erkenntnis*: Mit der Abkehr von der früher festliegenden Rolle der Grammatik als Mittel zum Einüben von starren Sprachmustern und der Hinwendung zum Einsehen und Verstehen als eines generellen Lernziels war die Chance für eine Grammatik gegeben, die selbst nicht nur irgend etwas beschreiben, sondern auch etwas erklären wollte. Die generative Grammatik wollte etwas erklären, und das, was sie erklären wollte, schien darüber hinaus mindestens kompatibel, wenn nicht die genaue Entsprechung zu Lernzielen zu sein, die in der Schule gestellt waren: Die Erklärung des Spracherwerbs als einem der zentralen Gesichtspunkte bei der Auffindung von Bewertungskriterien für sonst gleichgute Grammatiken korrespondierte mit der Fixierung eines Lernzieles als ‚Sprachlernen durch Einsicht, nicht durch Drill‘, und die Erklärung der Sprachfähigkeit, insbesondere des sog. kreativen Aspektes bei der Produktion und Rezeption von sprachlichen Äußerungen, ließ sich ohne Schwierigkeiten auf aufklärerische Lernziele wie sprachliche Mobilität, Durchschauen von Manipulation durch Sprache, kurz: das Sich-Verfügbarmachen des wichtigsten menschlichen Kommunikationsmittels beziehen<sup>7</sup>.

Das Eigengewicht, das die Grammatik als erklärungsstarke Theorie einer Sprache oder von Sprachen schlechthin erhielt, trug nun paradoxerweise selbst einiges dazu bei, daß die ursprüngliche Recht-

5 Serébrebnikow, B. A. (Hrsg.): Allgemeine Sprachwissenschaft. Bd. 1. Berlin (DDR) und München 1973, S. 329.

6 a.a.O., S. 329.

7 Entsprechende Argumentationsweisen finden sich z. B. in Atzert, D. u. a.: Zum Beispiel ‚Reflexion über Sprache‘. Linguistik und Didaktik 1 (1970), S. 56—71.

fertigung zur Einführung der neuen Grammatik mehr und mehr aus dem unmittelbaren Gesichtsfeld verschwand. Das konnte dadurch geschehen, daß von der Erklärungskraft der grammatischen Theorie als einer Selbstverständlichkeit ausgegangen wurde, daß aber auch ein gewisser Zwang zur Einführung der neuen Grammatik bestand: die Mängel der alten Grammatik lagen ebenso auf der Hand wie die sog. Krise der Literaturwissenschaft zu jener Zeit, die es der Linguistik erlaubte, fast widerstandslos in die Lehrerausbildenden Fachbereiche einzudringen. Aufgrund dieser damit phänomenologisch wohl einigermaßen korrekt beschriebenen, hinsichtlich des vollen Begründungszusammenhanges aber sicher nicht ausreichend charakterisierten Situation entwickelten sich nun eine Reihe von Einstellungen, Argumentationsweisen und Ideologemen zum Verhältnis von der Wissenschaft Linguistik und ihrer Anwendung in der Schule, die es insgesamt als vollkommen angemessen erscheinen lassen, wenn man davon spricht, die Linguistik habe sich gegenüber ihrer Funktion verselbständigt.

Das gilt besonders für ihr Verhältnis zur Sprachdidaktik, die zu einer Methodologie der didaktischen Umsetzung einer wissenschaftlichen Grammatik verkommt. Die neue Grammatik war formal relativ kompliziert. Die Rezeption des Modells selbst war natürlich im Sinne seiner Funktionalisierung unerlässlich, absorbierte aber schon so viel Energie, daß an die Funktionalisierung nicht mehr zu denken war. „Dem allgemeinen Bewußtsein nach hat es der Fachwissenschaftler ... mit der reinen Wissenschaft zu tun ... Demgegenüber geht es dem Fachdidaktiker um die methodische Aufbereitung der durch den Fachwissenschaftler zur Verfügung gestellten Inhalte zum Zwecke der Lehre...“<sup>8</sup> Kann man also einerseits davon sprechen, daß die Didaktik der Sprache sich der Aufgabe einer Bestimmung allgemeiner Lernziele begibt und sie dem Streben nach Anschluß an die Wissenschaft opfert, so muß andererseits auch festgestellt werden, daß der Anschluß an die Wissenschaft in keiner Phase gelungen ist und wohl auch nicht gelingen konnte. Es ist von linguistischer Seite immer wieder davor gewarnt worden, verkürzte Versionen von wissenschaftlichen Grammatiken zur Basis von Schulgrammatiken zu machen. Dazu nur zwei Beispiele: Wenn im Sprachbuch „Sprache und Sprechen“<sup>9</sup> einerseits davon die Rede ist, daß die theoretische Basis des Buches eine generative Grammatik nach dem Modell von Chomskys „Aspekte“<sup>10</sup> ist, wenn andererseits die Rede davon ist, daß Transformationen in der Sprachdidaktik eine wichtige Rolle spielen, und es drittens heißt, daß „keine abstrakten Tiefenstruktu-

8 Sitta, H.: Didaktik und Linguistik. Diskussion Deutsch 19 (1974), S. 432.

9 Hannover 1971 ff., hier: Lehrerband 3, Einleitung. Vgl. dazu Ludwig, O.: Eine notwendige Trivialisierung? Praxis Deutsch 6 (1974), S. 11 bis 13. Eine Kritik mehrerer Sprachbücher findet sich in Glauber u. a., a.a.O.

10 Chomsky, N.: Aspekte der Syntaxtheorie. Frankfurt/M. 1969.

ren als Basis zugrunde gelegt werden“, dann ist die Verwirrung komplett, denn nach Chomskys Auffassung dienen alle Transformationen dem Übergang von Tiefen- zu Oberflächenstrukturen. Wer eine Grammatik nach den Prinzipien von „Sprache und Sprechen“ lernt, weiß nach Ansicht des von der Theorie überzeugten Linguisten nicht, *was* er eigentlich gelernt hat, weil die für den Erklärungsanspruch der Grammatik und die Erfassung des Gegenstandes konstitutiven Eigenschaften der Grammatik nicht mehr vorhanden sind. — Als zweites Beispiel nehmen wir das Buch „Eine Transformationsgrammatik für den Französischunterricht“<sup>11</sup> von Günter Peuser, in dem es heißt, daß Chomskys Modell „adaptiert, und das heißt vor allem vereinfacht wird“. Peuser stützt sich von vornherein mehr auf das ältere Modell der „Syntactic Structures“<sup>12</sup>, gibt dafür aber außer der größeren Einfachheit überhaupt keine Rechtfertigung. Nicht einmal Chomskys eigene Gründe zur Entwicklung des neuen Modells werden gewürdigt. Dabei wäre nämlich herausgekommen, daß die Vereinfachung der Sprachbeschreibung für Chomsky ein wichtiger Gesichtspunkt ist. Bei Peuser führt die Vereinfachung zu ähnlichen Konsequenzen wie bei „Sprache und Sprechen“. Wegen der zu großen ‚Abstraktheit‘ von Tiefenstrukturen werden syntaktische Transformationen zwischen Oberflächenformen angesiedelt.

Es genügt, wenn wir festhalten, daß der Begriff der syntaktischen Tiefenstruktur für die Grammatiken von Chomsky fundamental ist, für die er einen Erklärungswert beansprucht. Ohne diesen Begriff lassen sich bei Chomsky weder syntaktische Beschreibungen vollständig angeben, noch lassen sie sich rechtfertigen. Strukturelle Verwandtschaften zwischen Sätzen lassen sich *nur* über Tiefenstrukturen zeigen. Ohne Tiefenstrukturen läßt sich der Erklärungsanspruch der Grammatik nicht aufrechterhalten, ohne diesen Anspruch können aber die Lernziele, die die Rechtfertigung zur Einführung der neuen Grammatik abgeben mußten, nicht aufrechterhalten werden.

Die Verselbständigung der von der Linguistik bereitgestellten Theorien einerseits und die als ‚Umsetzungstechnik‘ mißverstandene Didaktik andererseits führte weiter fast notwendig dazu, daß auch Mischformen von wissenschaftlichen Grammatiken als pädagogische Grammatiken diskutiert und verwendet werden. So wird etwa die Verwendung konstituenten- und dependenzgrammatischer Elemente im Klett-Sprachbuch damit begründet, daß „Baumgärtner ... aufgezeigt [habe], daß das Prinzip der Dependenz und das der Konstituenz sich gegenseitig ergänzen und daß beide Beschreibungsweisen in eine übergeordnete Theorie eingehen müßten“<sup>13</sup>. Diese Argumentation bedeutet alles andere als eine Berufung auf die Sprachwissenschaft, denn hier wird eine *Forderung*, die sich die theoretische Lin-

11 Freiburg 1973, hier S. 56. Vgl. auch die Rezension von W. Klein und K. Knapp, Linguistische Berichte 31 (1974), S. 54—58.

12 Chomsky, N.: Syntactic Structures. Den Haag 1957.

13 Klett-Sprachbuch 5, Lehrerband. Stuttgart 1973, S. 14.

guistik selbst stellt und die übrigens bis heute nicht eingelöst ist, weil das Verhältnis von Abhängigkeitsgrammatiken zu Phrasenstrukturgrammatiken nicht voll geklärt werden konnte, zur Rechtfertigung der Vermischung beider Konzepte für eine didaktische Grammatik herangezogen. Der Wissenschaft geht es bei diesem Versuch darum, die Erklärungskraft der Grammatik zu erhöhen. Dazu ist zumindest notwendig, daß in der Mischgrammatik ganz bestimmte Eigenschaften beider Grammatiken erhalten bleiben. Darin besteht genau das Problem, das nicht in der didaktischen, sondern nur in der wissenschaftlichen Grammatik reflektiert werden kann.

In der „Sprachdidaktik Deutsch“<sup>14</sup> von Eichler heißt es, daß „der Mischtypgedanke ... für ein didaktisches Grammatikmodell nahe liegt...“ Als Begründung dient ausschließlich, daß die Dependenzrelation von jüngeren Schülern leichter zu erfassen sei als die Relation ‚ist Bestandteil von‘, die der Konstituentenstrukturgrammatik zugrunde liegt. Auch hier ist zu Recht darauf hingewiesen worden, eine Mischgrammatik als Schulgrammatik jedenfalls dann unhaltbar ist, wenn die für verschiedene Altersstufen bzw. in unterschiedlichen Zusammenhängen gegebenen Begriffsbestimmungen miteinander unverträglich werden, wie das in „Sprache und Sprechen“ der Fall ist<sup>15</sup>. Dieses Vorgehen verstößt nicht nur gegen ein elementares Prinzip der Theoriebildung, sondern erst recht gegen ein elementares Prinzip der Didaktik selbst. Das ist als Faktum trivial, weist aber auf eine der Konsequenzen aus der Trennung von Sprachwissenschaft und Sprachdidaktik: mangelnde Fachkompetenz macht auch eine sinnvolle Didaktik als Didaktik unmöglich.

Was den Mischtyp darüber hinaus problematisch macht, ist der beinahe notwendige Verlust der Erklärungskraft der entstehenden Grammatik. Das ist um so eher der Fall, je stärker der Erklärungsgedanke an die Form der Grammatik selbst gebunden ist, wie das bei der generativen Grammatik ganz extrem der Fall ist. Chomsky spricht davon, daß die Grammatik einer Sprache als Theorie einer Sprache und die universelle Grammatik als Theorie der menschlichen Sprache zu gelten habe. Gleichzeitig muß man sich immer wieder klar machen, daß die Diskussion um die Erfäßbarkeit von primärsprachlichen Daten in der generativen Grammatik immer eine Diskussion um die Form der Grammatik war: neue Daten machen die Veränderung der Form des Modells notwendig. Die Wissenschaft nimmt soweit ihren Grundgedanken einer Grammatik als Theorie ernst. Angesichts dieser Tatsache scheint es schlechterdings nicht zu rechtfertigen, Grammatikmodelle zu vermischen ohne dabei das Hauptaugenmerk auf die Frage zu richten, in welcher Weise sich die Erklärungskraft der vermischten Grammatiken zu der der Mischgrammatik verhält.

14 München 1973, S. 216.

15 Vgl. dazu Ludwig, O.: Ein Sprachbuch, zwei Grammatikmodelle — geht das? Praxis Deutsch 2 (1974), S. 4—5.

Das Verhältnis von Fachwissenschaft und Fachdidaktik ist übrigens nicht nur im Bereich der Grammatiktheorie problematisch. Zwar schienen Gegenstandserweiterungen wie die von Sprachtheorie auf Kommunikationstheorie oder die von Sprachkompetenz auf kommunikative Kompetenz zunächst lernzielabhängig zu sein. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, daß entweder Altes mit neuem Etikett verkauft wird<sup>16</sup> oder daß die Lernziele wiederum über ein ‚didaktisiertes‘ Theorienkonglomerat erreicht werden sollen, gebildet aus miteinander durchaus unverträglichen Theorien<sup>17</sup>.

Die beiden bisher charakterisierten Positionen lassen sich als Reaktion auf die ganz zu Anfang angedeutete desolante Lage des Sprachunterrichts vor Beginn der Bildungsreform verstehen: einmal als Versuch, das Verhältnis von Sprache und Realität durch historisch bewußte Reflexion des Sprachbegriffs zum Hauptgegenstand zu machen, andererseits über die Rezeption einer sich als Theorie von der Sprache verstehenden Grammatik die Erklärungsziele der Theorie mit ihr selbst zu übernehmen und sie in möglichst direkte Beziehung zu schulischen Lernzielen zu bringen. Zugespitzt kann man vielleicht so formulieren: es hat einerseits den Versuch gegeben, einen auf allgemeinere Lernziele gerichteten Sprachunterricht ohne expliziten Bezug auf Grammatik zu konzipieren, und es hat den Versuch gegeben, einen Sprachunterricht mit eingeschränkteren Lernzielen unter hervorragender Beteiligung des Grammatikunterrichtes zu konzipieren.

Daneben gab es aber zahlreiche Versuche, beide Momente miteinander zu verbinden; auch dazu zwei Beispiele, die als repräsentativ gelten können. Das eine, unmittelbar den schulischen Bereich betreffend, ist der Hessische Bildungsplan von 1969, der den Grammatikunterricht funktionalisieren wollte hinsichtlich des Lernziels ‚Reflexion über Sprache‘, das sich durchaus emanzipatorisch verstand, wie seine Einbettung in allgemeinere Lernziele (politische Sprache, Werbesprache, Sprachbarrieren, ‚Kompetenzerweiterung‘) zeigt. Ganz ähnlich lassen sich eine Reihe von Konzeptionen für das linguistische Grundstudium an lehrerbildenden Fachbereichen als Versuche zur Integration beider Aspekte ansehen, namentlich etwa das Grundkurskonzept, das seit 1970 am Germanischen Seminar der FU Berlin praktiziert wurde<sup>18</sup>. Verkürzt gesagt, sollte im ersten Teil des auf zwei Semester ausgelegten Kurses ein Überblick über die Vielfalt der gesellschaftlichen Funktionen von Sprache gegeben werden,

16 Wie in Glinz, H.: Germanistik in der Gesamthochschule — Zielsetzung und Aufbau. In: Kolbe, J. (Hrsg.): Neue Ansichten einer künftigen Germanistik. München 1973, S. 247—271.

17 Z. B. Kochan, D. C.: Sprachdidaktik und kommunikative Kompetenz. betrifft erziehung 6/10 (1973), S. 16—22, hier insbesondere S. 22.

18 Vgl. Hartmann, D.: Linguistische Grundkurse am Germanischen Seminar der Freien Universität Berlin 1968—1972. Mit einem Anhang von G. Voigt: Eine Variante zu ‚Einführung in die Linguistik I‘. Linguistische Berichte 26 (1973), S. 46—58.

während der zweite Teil das methodische, handwerkliche und theoretische Rüstzeug zur selbständigen Bearbeitung relevanter Fragen bereitstellen sollte, die sich im Idealfall aus dem ersten Teil ergeben hatten. Wie anderswo, war diesem Konzept auch in Berlin nur ein Teilerfolg beschieden. Der 1969 in seiner unmittelbar an die neuere Linguistik anschließende und auch politisch als fortschrittlich geltende Hessische Bildungsplan wurde schon nach weniger als drei Jahren wieder aus dem Verkehr gezogen und durch die hinsichtlich des Deutschunterrichtes ein ganz anderes Konzept vertretenden Rahmenrichtlinien von 1972 ersetzt (die übrigens wesentlich weniger Grammatikunterricht vorsehen).

Man kann die Gründe für den Mißerfolg des Konzeptes in zwei große Gruppen einteilen: *einmal* wurden die Lernziele, die sich mit der neuen Linguistik in Verbindung bringen ließen, einer Kritik unterzogen. Es ist klar, daß bei einem Ansatz, der die Grammatik als in erster Linie funktional in Hinsicht auf die Lernziele des Sprachunterrichts versteht, die Rolle des Sprachunterrichtes selbst früher oder später problematisiert werden mußte. Letztlich mußte die Lernzielbestimmung über einen Regreß auf die gesellschaftliche Funktion der Erziehungsarbeit durchgeführt werden. Die gründliche Reflexion der Ziele der Bildungsreform und ihrer Folgen für die Ausbildung an Schule und Hochschule bedeutete die Abkehr von vielem, was zunächst als fortschrittlich unterstützt worden war. Für die Sprachwissenschaft sind als beispielhaft zu nennen: (a) die Kritik der Soziolinguistik als einer zumindest in ihren gängigen Formen eher sprach- als gesellschaftskritischen Theorie<sup>19</sup> und (b) die Kritik des von der neuen Linguistik vorausgesetzten Sprachbegriffes sowohl aus sprachwissenschaftlicher Sicht (die sog. pragmatische Wende) als auch aus philosophischer, insbesondere erkenntnistheoretischer Sicht<sup>20</sup> und schließlich unmittelbar politischer Sicht, die die für den Sprachunterricht formulierten Lernziele aufgrund einer allgemeinen Ablehnung der für die Bildungsreform vorgegebenen Ziele verwarf<sup>21</sup>. Die *zweite* Gruppe von Gründen berührt ganz unmittelbar das Verhältnis von Fachwissenschaft und schulischem Lehrgegenstand. Es ist immerhin erstaunlich, wie wenig die Linguistik, die ihre enorme quantitative Erweiterung zum weitaus größten Teil dem Eindringen in die Schule verdankt, sich um die Motivierungs- und Umsetzungsprobleme gekümmert hat. Als krasses Beispiel sei auf die Stellungnahme zweier Linguistikprofessoren zu den schon

19 Vgl. Hager, F./Haberland, H./Paris, R.: Soziologie und Linguistik. Die schlechte Aufhebung sozialer Ungleichheit durch Sprache. Stuttgart 1973.

20 Z. B. Motsch, W.: Zur Kritik des sprachwissenschaftlichen Strukturalismus. Berlin (DDR) 1974.

21 Vielleicht am deutlichsten in Maas, U.: Die neue Wissenschaft und ihr Funkkolleg. In: Maas, U./Wunderlich, D.: Pragmatik und sprachliches Handeln. Mit einer Kritik am Funkkolleg ‚Sprache‘. Frankfurt/M. 1972, S. 6–45.

erwähnten Vorschlägen für Sprachkurse des niedersächsischen Kultusministers verwiesen, in der es heißt: „Konstruktive kritik können wir . . . zur zeit nicht leisten, wenn wir sprachwissenschaftlich-filologisch sauber bleiben wollen. Wir — hochschullehrer — wissen gar nicht recht, was da in den schulstuben getrieben wird und in welcher hinsicht und in welchem umfang sprachwissenschaft für den schulstubenbetrieb von nutzen ist.“<sup>22</sup> Mir scheint, die Unvereinbarkeit von ‚wissenschaftlicher Sauberkeit‘ und Schulrelevanz liegt keineswegs nur oder vorrangig am mangelnden Wissen darüber, was die Schule braucht, sondern ebenso sehr in Mängeln der Theorie, deren Beseitigung nun unbestritten eine Aufgabe der Hochschullehrer ist. Stellt sich das als unmöglich heraus, muß die Theorie verschwinden, wenn man wissenschaftlich sauber bleiben will. Wir wenden uns unter diesem Gesichtspunkt noch einmal unserer wissenschaftlichen Grammatik zu (ohne allerdings damit zu unterstellen, daß Lang und Thümmel gerade sie meinen).

Aus dem Anspruch der Grammatik, das Sprachwissen eines idealisierten Sprechers oder Hörers darzustellen, läßt sich eine Reihe von Anwendungsfällen oder Interpretationen der Grammatik ableiten. Solche Interpretationen schlagen die Brücke von der Grammatik bzw. der Wissenschaft von der Grammatik zu anderen Disziplinen, die sich ebenfalls mit Sprache befassen, dabei aber nicht wie die Grammatik die Form sprachlicher Einheiten als primären Gegenstand haben, sondern diese Form als Korrelat oder Teil einer anderen Untersuchungsgröße ansehen. Hat man mit einer Grammatik tatsächlich etwas Relevantes über das Sprachwissen einer Person oder unter diesem Gesichtspunkt homogenen Gruppe von Personen ausgesagt, so sollte es möglich sein, diese Grammatik sinnvoll in Beziehung zu setzen zu anderen Grammatiken, die offensichtlich verwandtes aber nicht identisches Sprachwissen anderer Personen oder Personengruppen darstellen. Überlegungen dieser Art lagen den Versuchen einer Verwendung generativer Grammatiken zur Erfassung schichtenspezifischen Sprachverhaltens zugrunde. Zwar ist schon häufig festgestellt worden, daß die Grammatik dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, aber noch niemand hat überzeugend dargelegt, daß sie ihr nicht gewachsen sein sollte. Schwierigkeiten bringt insbesondere der Gedanke einer Unterscheidung mehrerer Repräsentationsebenen mit sich, wie er für die generative Grammatik konstituierend ist. Für die Soziolinguistik ist er eher verwirrend als hilfreich. So ist es bisher nicht gelungen, den für die Beschreibung sprachlicher Differenzen wichtigen Begriff der syntaktischen Komplexität so zu fassen, daß er einerseits den Bedürfnissen der Soziolinguistik genügt, andererseits aber vernünftig im Sinne einer generativen Grammatik wäre: ist ein Satz oberflächenstrukturell, aber nicht bedeutungsmäßig einfacher als ein anderer, so ist er nach

22 Lang, M./Thümmel, W.: Literaturwissenschaftliche Betrachtung sprachwissenschaftlich-historischer Denkmäler. Linguistische Berichte 31 (1974), S. 59—72.

generativer Auffassung syntaktisch komplexer, weil transformativ ein größerer Aufwand getrieben werden muß, um von der komplexen Tiefenstruktur auf die einfachere Oberflächenstruktur zu kommen<sup>23</sup>. Damit läßt sich von der Grammatik her kein Argument für eine kompensatorische Spracherziehung dreheln. Aber auch in der anderen Richtung macht die Frage nicht viel Sinn. Der amerikanische Soziolinguist Labov hat sich einmal die Frage vorgelegt, ob zwei an der Oberfläche deutlich differierende Soziolekte tiefenstrukturell gleich oder verschieden seien<sup>24</sup>. Er ist zu keinem befriedigenden Ergebnis gekommen. Da nichts darüber bekannt ist, auf welche Weise Hypothesen über Tiefenstrukturen empirisch bewertbar sind, ist das prinzipiell das einzig mögliche Ergebnis, m.a.W.: falls Labovs Frage von empirischem Interesse für die Soziolinguistik ist, so ist sie falsch gestellt. Der Aufbau der linguistischen Theorie selbst verbietet es, bestimmte Fragestellungen als empirische zu erörtern.

Umgekehrt ergeben sich für die Grammatiktheorie erhebliche Probleme, wenn man versucht, den Anforderungen der Soziolinguistik gerecht zu werden. Statt verschiedene Grammatiken für verschiedene Soziolekte („Varietäten“) zu schreiben, gibt es auch den Vorschlag, eine einzige Grammatik zu verwenden, die für alle Varietäten gilt<sup>25</sup>. Die Regeln dieser Grammatik werden dann für die einzelnen zu beschreibenden Varietäten mit Wahrscheinlichkeitsindizes für ihre Anwendung bewertet, so daß z. B. eine Regel, die in einer Varietät nicht vorkommt, für diese den Index 0 erhalte. Dieses Vorgehen wirft eine Reihe von technischen Problemen auf, die für generative Grammatiken ursprünglich nicht vorgesehen waren. Diese Probleme lassen sich zwar lösen; jedoch haben die unter diesen Voraussetzungen noch möglichen Grammatiken Eigenschaften, die generative Grammatiken nicht haben dürfen, wenn sie ihrem ursprünglichen Erklärungsanspruch genügen wollen. Man kann sich im vorliegenden Zusammenhang mit dieser ganz formellen Darstellung des Gedankengangs begnügen, weil es nur auf das Ergebnis ankommt: eine generative Grammatik als Varietätengrammatik hat ihren Erklärungsanspruch aufgegeben. Sie kann natürlich trotzdem zur Sprachbeschreibung verwendet werden. Über ihren Wert als Beschreibungsinstrument hinausgehende Gründe zur Verwendung einer generativen Grammatik gibt es damit nicht.

23 Das ist nicht die einzige Schwierigkeit mit der syntaktischen Komplexität, vgl. Schulz, G.: Die Bottroper Protokolle. Parataxe und Hypotaxe. München 1973. (Rezensioniert von K. Jacobsen in *Argument* 90.) Einen Überblick gibt Bartsch, R.: Gibt es einen sinnvollen begriff von linguistischer komplexität? *Zeitschrift für germanistische linguistik* 1 (1973), S. 59—73.

24 Labov, W.: Is the Black English Vernacular a Separate System? In: ders.: *Language in the Inner City*. Philadelphia 1972, S. 36—64.

25 Klein, W.: *Variation in der Sprache. Ein Verfahren zu ihrer Beschreibung*. Kronberg 1974. Vgl. auch meine Rezension in *Argument* 93.

Fast noch schwieriger ist die Situation für die generative Grammatik, wenn man ihre Bedeutung für die auf sie bezogene Psycholinguistik betrachtet. Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß praktisch überall dort, wo man zunächst eine Bestätigung für linguistische Hypothesen oder Ergebnisse aus der Psycholinguistik erwartet hatte oder sie schon als gegeben ansah, diese bei näherem Hinsehen hinfällig wurde. Entweder zeigt sich, daß Ergebnisse der Psychologie wohl in gewissen Grenzen kompatibel mit solchen der Linguistik sind, sie aber keineswegs stützen, oder daß sie ihnen direkt widersprechen. Einige der meistdiskutierten Beispiele können das verdeutlichen. Die berühmten Klick-Experimente der Amerikaner Fodor und Bever<sup>26</sup> haben gezeigt, daß für Sprecher des Englischen ein Aussagesatz perzeptuell tatsächlich in Teile zerfällt, die umfangmäßig mit der Gliederung in Konstituenten übereinstimmen, wie sie von generativen Grammatiken angesetzt werden. Man hat daraus auf die psychische Realität bestimmter grammatischer Regeln geschlossen. Das ist durch nichts gerechtfertigt, denn (1) sagt die bloße Teilung von Sätzen nichts über den Realitätsgehalt von Begriffen wie Subjekt und Prädikat oder von Kategorien wie Nominalphrase und Verbalphrase aus (die von den entsprechenden Regeln impliziert werden), (2) werden die Hauptteile eines Satzes nach Ansicht der generativen Grammatik weiter zerlegt, wobei die Grammatik keiner der Zerlegungen einen Sonderstatus zubilligt, die psychische Realität also für alle gezeigt werden müßte (was nicht möglich war), (3) kann nichts Definitives darüber gesagt werden, ob die beobachtete perzeptuelle Gliederung oberflächen- oder tiefenstrukturell gilt und (4) sind Sätze auch nach der Duden-Grammatik gegliedert, und diese Gliederung dürfte den Ergebnissen von Klick-Experimenten mindestens so weit entsprechen, wie die von den meisten generativen Grammatiken angesetzten Gliederungen.

Die psychische Realität einer Zweiteilung in Oberflächen- und Tiefenstruktur hat man dadurch zu zeigen versucht, daß die reine Form von Sätzen (Oberfläche) schneller vergessen wird als ihre Bedeutung (Tiefenstruktur). Die für die Gedächtnispsychologie fundamentale Unterscheidung von Lang- und Kurzzeitgedächtnis wird dabei für die Linguistik regelrecht usurpiert. „Die linguistische Begründung für diese Vorstellung liegt in der Tatsache, daß die syntaktischen Strukturen auf der Oberflächenebene viel weniger komplex sind als auf der Tiefenebene . . . Das Argument ist schlagend; es bedeutet nämlich, daß wir eine Transformationsgrammatik haben

26 Fodor, J. A./Bever, T.: The psychological reality of linguistic segments. *Journal of Verbal Learning and Verbal Behavior* 4 (1965), S. 414 bis 420. Die Versuchsperson hört einen Satz und irgendwo im Satz ein Klick-Geräusch. Anschließend soll angegeben werden, wo das Geräusch im Satz gehört wurde. Es ergab sich, daß das Geräusch in die Grenze zwischen den Hauptkonstituenten verlegt wurde, auch wenn es tatsächlich in einem gewissen Bereich vor oder nach dieser Grenze aufgetreten war.

müssen.“<sup>27</sup> Dagegen ist mindestens einzuwenden, daß (1) Chomsky seine Tiefenstrukturen gerade nicht als semantische, sondern als syntaktische ansieht, die psychologisch notwendige Unterscheidung zwischen Form und Bedeutung, die in der Tat von der neueren, über die generative Linguistik hinausgehenden Psycholinguistik an den Anfang jeder Untersuchung gestellt wird<sup>28</sup>, dem also nicht notwendig entspricht, (2) unabhängig davon mit der Notwendigkeit einer Unterscheidung von Oberflächen- und Tiefenstruktur noch nichts darüber gesagt ist, daß sie gerade mit Hilfe von Transformationen ineinander überführt werden<sup>29</sup>, (3) die von den Linguisten vertretenen Auffassungen weder hinsichtlich der Form von Tiefenstrukturen noch der von Oberflächenstrukturen psychologisch bestätigt werden konnten und (4) die Korrelation von Einfachheit der Oberflächenstruktur und Bearbeitung im Kurzzeitgedächtnis ganz unhaltbar ist. Eins der wichtigsten aber wenig rezipierten Ergebnisse des theoretischen Zweigs der generativen Linguistik besagt, daß es nicht möglich ist, ‚generative Oberflächengrammatiken‘ zu schreiben, die genau die Sätze und Strukturen *direkt* erzeugen, die man sonst über Tiefenstrukturen und Transformationen erhält. Deshalb ist die Satzanalyse — schon was die Zuweisung von Oberflächenstrukturen betrifft — ein viel schwierigeres Problem, als es das Grammatikmodell zunächst vermuten läßt<sup>30</sup>. Es ist daher sicher ganz falsch, aus den Beschränkungen des Kurzzeitgedächtnisses ausgerechnet eine Bestätigung dieses Modells herzuleiten. Schließlich muß daran gezweifelt werden, daß die generative Grammatik ein brauchbares Modell für den Spracherwerb abgibt. Bense stellt klar, daß die Bindung der Grammatik an den Kompetenzbegriff mit seiner Beschränkung auf die *homogene Sprachgemeinschaft* eine Übertragung auf den *Spracherwerbsprozeß* ausschließt und daß weiter der gerade während des Spracherwerbs signifikante Unterschied zwischen aktivem und passivem Sprachvermögen keine Theorie zuläßt, die die Forderung nach *Richtungsneutralität* vertritt<sup>31</sup>. In der generativen Linguistik wird diese Forderung notwendigerweise vertreten, weil man mit dem Begriff *der* (einen) Sprachfähigkeit operiert.

Bisher sind Gründe dafür genannt worden, daß die vorherrschende Form der wissenschaftlichen Grammatik sich bestimmten Möglichkeiten der Anwendung oder Interpretation entzieht, denen sie ihrem

27 Slobin, D. J.: Einführung in die Psycholinguistik. Kronberg 1974, S. 40, Hervorhebung im Original.

28 Vgl. z. B. Engelkamp, J.: Psycholinguistik. München 1974, S. 76 ff.

29 In der Tat liegt hier einer der schwächsten Punkte: „Die Transformationsregeln lassen sich am wenigsten psychologisch fassen.“ Engelkamp, a.a.O., S. 75.

30 Zum Analyseproblem vgl. Pause, E.: Adäquatheitstests und Syntaxanalyse. In: Eisenberg, P. (Hrsg.): Maschinelle Sprachanalyse. Berlin (demn.).

31 Bense, E.: Mentalismus in der Sprachtheorie Noam Chomskys. Kronberg 1973, S. 78. Bense referiert und kritisiert auch empirische Arbeiten, die die Auffassungen Chomskys zum Spracherwerb stützen wollen.

Anspruch nach zugänglich sein sollte, sei dieser Anspruch nun von ihr selbst formuliert — wie beim Spracherwerb — oder nur indirekt gegeben wie bei den Anwendungen in der Soziolinguistik. Daneben gibt es jedoch eine Reihe von theoretischen und methodischen Problemen, die den Status der generativen Grammatik als Theorie betreffen, bevor von Anwendungen der genannten Art die Rede sein kann. Hierher gehört das schon angesprochene Problem der Richtungsneutralität. Es umfaßt sowohl die Formulierung von Oberflächengrammatiken als auch die Umkehrung aller Regeln einer Grammatik und muß insgesamt als nicht befriedigend gelöst angesehen werden<sup>32</sup>. Daneben muß vor allem das Problem der Bewertung von Grammatiken genannt werden. Nach Chomskys Auffassung ist die generative Linguistik theoretisch erst am Ziel, wenn es die Möglichkeit gibt, aus verschiedenen Grammatiken, die alle eine Sprache in einem hier nicht zu explizierenden Sinne adäquat beschreiben, die beste Grammatik auszuwählen<sup>33</sup>. Im Zusammenhang damit steht das Problem der Beschränkung von Grammatiken. Nach Chomskys Auffassung ist die Grammatik die beste, die eine Sprache adäquat mit den einfachsten formalen Mitteln beschreibt. Es ist jedoch seit längerem bekannt, daß die formalen Mittel, die eine beschreibungsadäquate Grammatik braucht, so gewaltig sind, daß eine wirkliche Beschränkung nicht möglich ist. Das heißt: stellt man die Mittel bereit, um überhaupt eine adäquate Grammatik zu schreiben, so reichen sie immer aus, um damit unendlich viele Grammatiken zu schreiben. Das Problem der Beschränkung ist nicht lösbar<sup>34</sup>. Als letztes wird ein gravierendes methodisches Problem erwähnt. Nach Chomskys Auffassung erklärt eine generative Grammatik gewisse Verwandtschaften zwischen Ausdrücken, indem sie sie auf die gleiche Tiefenstruktur bezieht. So würden etwa *das Haus meines Bruders* und *das Haus von meinem Bruder* als nur oberflächensyntaktisch verschieden angesehen. Für das Schreiben von Grammatiken muß dann zuerst geklärt werden, welche Ausdrücke von den gleichen Tiefenstrukturen abzuleiten sind. Die Frage ist jedoch kaum systematisch reflektiert worden<sup>35</sup>, und man kann sich leicht vorstellen, was für weitreichende Folgen das für die Vergleichbarkeit von Grammatiken hat.

Diese Überlegungen lassen — bei aller Unvollständigkeit und Vergrößerung — das folgende Fazit zu. Die wissenschaftshistorisch leicht zu erklärende Vormachtstellung der generativen Grammatik während der Aufbauphase der Linguistik hat dazu geführt, daß das Ab-

32 Vgl. Pause, a.a.O.

33 Vgl. Chomsky, *Aspekte*, S. 32 ff.

34 Eine zugängliche Darstellung dieses Problems findet sich in Wall, R.: *Einführung in die Logik und Mathematik für Linguisten*, Band 2: *Algebraische Grundlagen*. Kronberg 1973, S. 157 ff.

35 Eine vereinzelte Ausnahme bildet Ungeheuer, G.: *Paraphrase und syntaktische Tiefenstruktur*. *Folia Linguistica* 3 (1969), S. 178—227.

hängigkeitsverhältnis zwischen wissenschaftlicher und pädagogischer Grammatik auf den Kopf gestellt worden ist. Anstatt die Aufgabenstellungen für wissenschaftliche Grammatiken aus denen der pädagogischen zu entwickeln, konzipiert man letztere als Verschnitt der ersteren und nimmt gleichzeitig den vollständig überzogenen Erklärungsanspruch dieser Grammatik als Grundlage für die Lernzielbestimmung. Die Verkehrung des Abhängigkeitsverhältnisses geht so weit, daß sogar das Dilemma, das aus dem Versagen der generativen Grammatik herrührt, an der falschen Stelle angesiedelt wird. Man erweitert den Sprachbegriff und den Lernzielkatalog, läßt aber das Problem der Grammatik ungeklärt zurück.

Im Sprachunterricht redet man entweder über Sprache oder man lernt Sprechen und Schreiben, wobei letzteres ebenfalls ein Reden über Sprache verlangt. Auf mehr braucht man sich nicht zu einigen, um zu erkennen, worin sich eine wissenschaftliche Grammatik von der generativen unterscheiden muß, wenn sie etwas für die Schule nützen soll. Grammatik ist die Lehre von der Form sprachlicher Äußerungen. Die generative Grammatik hat den älteren Grammatiken mit Recht vorgeworfen, daß sie die Form von Äußerungen nicht systematisch genug fassen und — soweit es sich um normative Grammatiken handelt — in unzulässiger Weise funktionalisieren. Die generative Grammatik ist zwar in gewisser Weise systematisch, aber nicht in Hinsicht auf die Form. Niemand weiß, was Tiefenstrukturen mit der Form von Äußerungen zu tun haben. Die Grammatik hat den Begriff der Form nicht wörtlich genug genommen. Sie hat ‚Form‘ im Sinne von ‚äußere Gestalt‘ vermischt mit ‚kognitive Struktur‘, ‚Bedeutungsstruktur‘ usw., d. h. einem Ding, das ein Korrelat der äußeren Gestalt ist, über das die Grammatik selbst aber keinerlei Aussagen machen kann<sup>36</sup>. Die Grammatik als die Lehre von der Form stützt sich auf wahrnehmbare Eigenschaften von Äußerungen wie Intonation, Reihenfolge von Einheiten, Flexionssystem und morphologische Komplexbildung und expliziert den Begriff der grammatischen oder syntaktischen Struktur allein unter Rückgriff auf solche Größen. Sie ist damit entsprechend der üblichen Terminologie

36 Deshalb muß man selbst realistischeren Einschätzungen des Wertes von generativen Grammatiken für den Schulgebrauch wie der in Henn, B.: Einführung in die generative Transformationsgrammatik. Stuttgart 1974, widersprechen. Henn hält diese Grammatik — wenn auch mit einigen Wenss und Abers — hinsichtlich der Verbesserung des aktiven Sprachgebrauchs für wertlos, hinsichtlich des passiven aber nicht: sie liefere „eine relativ brauchbare Terminologie für einen Teilbereich, genauer: für den syntaktischen Bereich“ (S. 77, vgl. auch die Rezension von E. Bense in Argument 92). Die riesige für die Transformationskomponente entwickelte Terminologie braucht man nicht. Für Oberflächenstrukturen steht andererseits keine vernünftige Terminologie zur Verfügung. Eine Erscheinung wie die Satzklammer im Deutschen beispielsweise ist ‚generativ‘ nicht zu fassen.

eine reine Oberflächengrammatik<sup>37</sup>. Ein so restringierter Begriff von sprachlicher Form hat einen ebenso restringierten Grammatikbegriff zur Folge: die Grammatik ‚erklärt‘ nur noch, was genau unter der Form von sprachlichen Äußerungen zu verstehen ist, nichts mehr sonst. Allerdings sind der Verwendung einer wissenschaftlichen Grammatik dieser Art keine Grenzen gesetzt. Man kann im Sprachunterricht über die Bedeutung von Sätzen, über Folgerungen aus Sätzen, die Struktur von Argumenten, die Struktur von Dialogen usw. sinnvoll nur reden, wenn man jeweils zeigen kann, wie sie in der Sprache ‚realisiert‘ werden. Ebenso setzt man beim Reden über psychische Bedingungen des Sprechens, sozial differenziertes oder gestörtes Sprachverhalten Außersprachliches in Beziehung zur sprachlichen Form, die wir unmittelbar wahrnehmen. Wie eng diese Beziehung ist, ist dabei zunächst gleichgültig: auch wenn man über sprachliches Denken redet, setzt man Außersprachliches zu Sprachlichem in Beziehung.

Selbstverständlich heißt das nicht, daß alles, worüber man in Hinsicht auf die Sprache reden will, seine Entsprechung in der Form hat. Trivialerweise kann ein Satz mehrere Bedeutungen haben. Das sollte man seiner Form zwar ansehen, man sollte aber nicht versuchen, ihm mehrere Formen ‚zugrunde zu legen‘, wie das die generative Grammatik tut: der Satz hat mehrere Bedeutungen, nicht mehrere Formen. Diese kurzen Ausführungen zum Grammatikbegriff sollen auch deutlich machen, daß die Forderung nach Grammatik als Lehre von der Form nichts mit einer Forderung nach ‚formaler‘ Grammatik oder reduktionistischer Sprachwissenschaft zu tun hat. Grammatik treibt man letztlich nicht, weil man etwas über die Form wissen will, sondern weil man wissen will, wie Bedeutungen ‚realisiert‘ werden und wie sich Außersprachliches in sprachlicher Form niederschlägt.

37 An einer solchen Grammatik wird z. Zt. in einem Forschungsprojekt am Germanischen Seminar der FU Berlin gearbeitet. Einige — allerdings schwer rezipierbare — Ergebnisse finden sich in Lieb, H. (Hrsg.): Oberflächensyntax und syntaktische Konstituentenstrukturen des Deutschen. Zwei Arbeitspapiere. LAB Berlin (West) 4 (1975).

Walther Dieckmann

## Bedarf an Rhetorik?

### Zu einer neuen Welle auf dem Buchmarkt

#### I.

In den vergangenen zwei Jahren verging kaum ein Monat, in dem nicht eine Veröffentlichung auf dem Buchmarkt erschien, die den Begriff Rhetorik im Titel oder Untertitel führte. Stellt man dann beim Lesen fest, daß das Wort gelegentlich den Buchdeckel schmückt, auch wenn zwischen den Einbanddeckeln von Rhetorik nur nebenbei die Rede ist, dann weiß man, daß eine neue Welle zu verzeichnen ist, vergleichbar der Serienproduktion von Büchern und Aufsätzen zu Sprache und Politik Ende der 60er Jahre, Sprache und Gesellschaft 1971/72, Linguistische Pragmatik und Pragmatische Textanalyse seit 1971 und, alles in den Schatten stellend, Kommunikation. Und zwar handelt es sich hier wie da nicht nur um esoterische wissenschaftliche Abhandlungen — diese können im Falle der Rhetorik schon spätestens seit 1965 in zunehmender Zahl registriert werden, sondern um die verbrauchernahen Genres der Einführung und des Readers im Taschenbuchformat für den schulischen und universitären Lehrbetrieb. Parallel hat sich eine rege Tagungstätigkeit entfaltet, der sich kaum eine politische Akademie oder Institution der Erwachsenenbildung entziehen zu können scheint. Linguisten und Literaturwissenschaftler haben seit 1973 in der Sektion „Stilforschung und Rhetorik“ der Gesellschaft für Angewandte Linguistik ein jährliches Forum. In Essen fand im Oktober 1974 eine zentrale Tagung zum Thema „Zur Kritik des herrschenden Rhetorikverständnisses“ statt<sup>1</sup>.

Doch wer bedarf der Rhetorik? Die Antworten, die die Autoren der betreffenden Bücher geben bzw. die man diesen entnehmen kann, sind vielfältig und widersprüchlich. Bedarf an Rhetorik hat vorab die Schule, insbesondere der Deutschunterricht in der Sekundarstufe II nach ihrer „Neugestaltung“. Sie erscheint dort als mögliche Antwort auf das allgemeine Lernziel Kommunikationsfähigkeit und erweist sich in allen Arbeitsbereichen verwendbar: der Förderung der produktiven „Kommunikationsfähigkeit“, dem rezeptiv-

1 Das „herrschende Rhetorikverständnis“ ist in den hier zu besprechenden Arbeiten unterrepräsentiert. Es herrscht in ihnen ganz im Gegenteil die Kritik an diesem herrschenden Rhetorikverständnis, das als das technologische der Rednerschulen und der verbreiteten Taschenbücher zur Kunst und Technik der Rede identifiziert wird.

analytischen „Umgang mit Texten“ und der reflexiven „Sprachbetrachtung“. Hinsichtlich der akademischen Bezugsdisziplinen in der Lehrerbildung läßt sie sich sowohl linguistisch als auch literaturwissenschaftlich betreiben. In der Linguistik steht sie in einer gewissen Nähe zur linguistischen Pragmatik<sup>2</sup> und zur pragmatischen Texttheorie; rezipiert wird sie aber vor allem von Literaturwissenschaftlern in der Entwicklung einer rhetorischen oder pragmatischen Textanalyse. Der Spracherzieher bedarf ihrer in der Rede- und Gesprächserziehung, die Propagandaforschung je nachdem in der Entlarvung der Manipulatoren oder zur Verbesserung ihrer Techniken; Bedarf auch in der hermeneutischen Philosophie und der Ideologiekritik, bei Juristen und Theologen. Die Industrie braucht sie zur Effektivierung der Führungsstile, die Demokratie für den mündigen Bürger. In ihrem Zeichen soll mehr Demokratie gewagt und Emanzipation bewirkt werden; zugleich wird sie sozialtechnologisch ausgebeutet zur Entwicklung neuer Konfliktvermeidungsstrategien und zur Abwehr der Systemveränderer. Sie versteht sich fortschrittlich und profitiert zugleich vom neubelebten Appeal des Konservativen. Die wiederbelebte Rhetorik, wie sie sich in den Veröffentlichungen der letzten Jahre darstellt, ist als Ganzes gesehen eine widerspruchsvolle und ambivalente Erscheinung.

Deshalb bleibt es fraglich, ob J. Dyck<sup>3</sup> das Phänomen mit seiner bündigen Erklärung aus den Veränderungen im Produktionssektor seit 1967 im Anschluß an die Untersuchungen zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors von Altvater/Huisken, Hirsch/Leibfried u. a. voll erklärt. Sicher hat er damit den Rahmen gekennzeichnet, in den auch die Rhetorik einzuordnen ist, aber auf gleiche oder ähnliche Weise sind auch schon generative Linguistik, Soziolinguistik,

2 Ihr Einfluß im Sprachunterricht der Schule ist unübersehbar; sie geht in den Unterricht aber nicht als ‚Rhetorik‘, sondern als ‚Sprechakttheorie‘ ein, und es besteht kein Grund dafür, Übungen in den Sprachbüchern wie „Auskunft geben und einholen“, „Information erfragen“, „Argumentieren“, „Begründen“ etc. nun partout „rhetorische Übungen“ zu nennen, obwohl sie es, ein entsprechendes Rhetorikverständnis vorausgesetzt, natürlich sind. — Die innerlinguistische „Rhetorik“-Diskussion verläuft zum Teil unter dem Begriff „Argumentationstheorie“ und ist generell durch ihren Anschluß an die Logik charakterisiert. Einflußreich: St. E. Toulmin: *The Uses of Argument*. Cambridge University Press, Cambridge 1958; Ch. Perelman u. L. Olbrechts-Tyteca: *La nouvelle rhétorique. Traité de l'argumentation*. 2 Bde., Paris 1958. — Wenn von dieser linguistischen Diskussion im folgenden kaum noch die Rede ist, dann deshalb, weil ich in diesem Bericht von dem Wort „Rhetorik“ ausgehe.

3 Siehe die „Einleitung“ zu Dyck, Joachim (Hrsg.): *Rhetorik in der Schule*. Scriptor Taschenbücher S 39. Scriptor Verlag GmbH, Kronberg/Ts. 1974 (270 S., br., 14,80 DM), S. 7—31.

der Aufstieg der Linguistik überhaupt, neuere Tendenzen in der Kommunikationswissenschaft, in Betriebspsychologie und Betriebssoziologie und manches andere erklärt worden. Warum aber gerade die Renaissance der Rhetorik? Zu ihrer Erklärung muß man wohl sekundär auch andere Gesichtspunkte berücksichtigen, die mehr auf der Oberfläche liegen: Die Rhetorik ist nämlich z. T. auch ein erneuter Anlauf der Sprach- und Literaturwissenschaften, den Anforderungen der Lehrerausbildung im Sinne einer berufsrelevanten, gesellschaftsbezogenen und kritisch-emanzipativ gemeinten Wissenschaftlichkeit gerecht zu werden; und sie ist speziell auch ein Versuch der Literaturwissenschaft, der Linguistik temporär verlorengegangenes Terrain wieder abzugewinnen. Wenn Dyck im Gegenteil behauptet, die Rhetorik würde heute „im wesentlichen unter linguistischen Vorzeichen“ betrieben (30), so gelingt ihm der Nachweis für seine Behauptung nur, indem er alles, was ihm an der Rhetorik-Welle mißlieblich ist und gefährlich erscheint, der Linguistik zuschubst, auch wenn es von Literaturwissenschaftlern betrieben wird.

## II.

In der Literaturwissenschaft verknüpfen sich mit der Rhetorik in der gegenwärtigen fachinternen Diskussion verschiedene und leicht nachvollziehbare Hoffnungen: (a) Die Rhetorik ist von ihrem Ursprung her nicht auf literarische Texte im engeren Sinne beschränkt gewesen und bietet somit die Aussicht auf eine allgemeine textanalytische Theorie und Methode, die auch auf nicht-literarische, d. h. die sogenannten Gebrauchstexte, anwendbar ist. (b) Die Rhetorik hat sich, gleichfalls von ihrem Ursprung her, als eine „wirkungsbezogene“ Wissenschaft verstanden. Sie bietet somit eventuell die Möglichkeit, den Text in seinem vielberufenen pragmatischen Kontext zu erfassen, ohne daß sie, und das scheint für das Selbstverständnis der betreffenden Literaturwissenschaftler wichtig, aufhören würde, eine „Textwissenschaft“ zu bleiben. In der Hoffnung, mit Hilfe der Rhetorik die Wirkungsmittel im Text selbst aufspüren zu können, versucht der Literaturwissenschaftler, sein Schiff zwischen den Gestaden der Werkimmanenten (mit denen zusammen er nicht mehr gesehen werden will) und denen der Literatursoziologen oder gar der literaturwissenschaftlichen „Sozialgeschichtler“ (die er nicht recht leiden mag) auf das Eiland der Rhetorik zuzusteuern, ohne doch schon sicher ausmachen zu können, ob er dort nicht vielleicht die längste Zeit mit der künstlichen Bewässerung zu tun haben wird. (c) Eine dritte Hoffnung besteht darin, daß die Rhetorik es ihm erlauben wird, sich von der Einschüchterung durch die Linguistik zu befreien, kann er doch voll Stolz auf das tradierte System der rhetorischen Figuren als eine Möglichkeit verweisen, mit *eigenen* Mitteln sprachliche Phänomene zu identifizieren, zu klassifizieren und — so das Zauberwort — zu formalisieren. Er wird dabei — mit oder ohne Rhetorik — davon unterstützt, daß die Linguistik nach ihrem stürmischen Ausbau zu Beginn der 70er Jahre inzwischen ohnehin, nicht zuletzt im Zeichen des negativ besetzten Schlagwortes von der

„Linguistisierung des Sprachunterrichts“, in die Defensive gedrängt worden ist<sup>4</sup>.

Das Versprechen, mit der Rhetorik eine Alternative zu bieten, wird von den bisherigen literaturwissenschaftlichen Veröffentlichungen jedoch kaum zufriedenstellend eingelöst. Rhetorik hat es, wie A. Binder und seine Mitautoren in ihrer „Einführung in Metrik und Rhetorik“, Ludwig Fischer zitierend, feststellen, mit dem „Zusammenhang von beabsichtigter Wirkung und deren sprachlicher Umsetzung“ und der „Suche nach der Vermittlung von gesellschaftlicher Wirklichkeit in Sprache“ zu tun (85), und H. F. Plett sieht in der Rhetorik „ein Analyseinstrument allerersten Ranges, um manipulatorische Textmomente zu formalisieren und damit durchschaubar zu machen“ (III)<sup>5</sup>. Die Erwartungen, die solche Äußerungen im Leser wecken mögen, werden indes enttäuscht. Bei Binder u. a. wird Rhetorik einmal mehr faktisch reduziert auf die *elocutio*, speziell die rhetorischen Figuren im Teilbereich des *ornatus*. Diese werden im ersten Kapitel an einem Barock-Gedicht und einem Werbetext demonstriert, bevor die Autoren im zweiten Kapitel in didaktischer Puzzle-Arbeit ein Verfahren ausarbeiten, mit dem sich der Student in Lausbergs bekannten Handbüchern besser zurechtfinden kann. Plett verfolgt ein etwas anspruchsvolleres Ziel, indem er den überkommenen terminologischen Apparat von unnötigem Ballast befreit und den Rest übersichtlich ordnet und gut illustriert, so daß das Ergebnis als verbesserter Lausberg gelten kann. Seine Behauptung, mit der formal-rhetorischen Beschreibung betreibe der rhetorische Textanalytiker gleichzeitig eine funktionale Textpsychologie (6), bewahrheitet sich jedoch genausowenig, wie sich der Anspruch verwirklicht, durch Formalisierung Manipulation durchschaubar zu machen. Die nach syntaktischen und semantischen Kriterien unterschiedenen Figuren erweisen sich wie eh und je als plurifunktional. Vom pragmatischen Kontext ist, wenn dieser Begriff irgend etwas mit der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun hat, in der der Text ent-

4 So propagierte Dieter Breuer auf der erwähnten Rhetorik-Tagung in Essen ganz ausdrücklich den Rückgriff auf die Rhetorik in Universitätsausbildung und Schule, um die einseitig linguistisch orientierte Lehrerausbildung zu verändern und die jüngsten Sprößlinge der Linguistik, Text- und Pragmalinguistik, wieder aus den Lehrplänen und Schulbüchern zu vertreiben. Ähnliche Tendenzen sind auch bei Dyck feststellbar, wobei die Kritik an der Linguistik als einer meist formalistisch, unkritisch und ahistorisch betriebenen Wissenschaft durchaus ihre Berechtigung hat.

5 Binder, A. u. a.: Einführung in Metrik und Rhetorik. Scripten Literaturwissenschaft 11. Scriptor Verlag GmbH, Kronberg/Ts. 1974 (141 S., br., 12,80 DM). — Plett, Heinrich F.: Einführung in die rhetorische Textanalyse. 2., durchgesehene Auflage. Helmut Buske Verlag, Hamburg 1973 (126 S., br., 7,80 DM). Den Stellenwert der rhetorisch-stilistischen Sprachtechniken als Bestandteile eines ästhetischen Textmodells hat Plett in einer neueren Veröffentlichung zu bestimmen versucht: Textwissenschaft und Textanalyse. Semiotik, Linguistik, Rhetorik (UTB 328), Heidelberg 1975.

standen ist, nicht viel zu sehen. Die Beispielsammlung listet auswechselbar Cicero, Shakespeare, Goethe, Storm, Churchill, Peter Weiß und Werbeslogans nebeneinander auf.

Die Beobachtung, daß in den Vorwörtern und Einleitungen eine gesellschaftsbezogene und pragmatische Wolke produziert wird, hinter der man, hat sie sich erst verzogen, die Studenten bei der Jagd auf Assonanzen und Antithesen sehen kann, wird auch von anderen Veröffentlichungen bestätigt. Ein weiter Rhetorik-Begriff dient häufig zur Rechtfertigung einer sehr restriktiven Beschäftigung mit Rhetorik, oder der Rhetorik im traditionellen Sinne wird eine zunehmend größere Bedeutung prophezeit, wenn sie erst mit Hilfe von Kommunikationsforschung, Semiotik, Persuasionsforschung, Pragmalinguistik, moderner Stilistik erneuert worden sei<sup>6</sup>.

Das Forschungsprogramm, das D. Breuer als Herausgeber der Reihe „Pragmatische Texttheorie“ und als Verfasser des Einführungsbandes vorgelegt hat<sup>7</sup>, unterscheidet sich davon zumindest darin, daß er den Versuch unternimmt, die rhetorische Theorie in das umfassende Konzept einer pragmatischen Textanalyse zu integrieren. Ziel der Reihe ist die „Erarbeitung eines Interpretationsmodells, das dem pragmatischen Aspekt von ‚Text‘ gerecht wird“, wobei „pragmatische Interpretation“ darauf abzielt, die Texte „in ihrer historisch-sozialen Vermitteltheit und Funktionalität“ zu erfassen. „Texte“ meint einmal den literarischen Text als traditionellen Gegenstand der Literaturwissenschaft, darüber hinaus aber auch Text im allgemeineren Sinne des sprachlichen Kommunikations-

6 So in den neuesten stilistischen Einführungsbüchern, die jeweils mindestens ein Kapitel oder einen Abschnitt „Rhetorik“ enthalten und vorderhand aus den rhetorischen Handbüchern referieren. Zur Stilistik und zum Verhältnis von Rhetorik und Stilistik siehe u. a.: **Asmuth, Bernhard, u. Luise Berg-Ehlers**: Stilistik. Grundstudium Literaturwissenschaft, Bd. 5. Bertelsmann Universitätsverlag. Düsseldorf 1974 (178 S., br., 9,80 DM). — **Belke, Horst**: Literarische Gebrauchsformen. Grundstudium Literaturwissenschaft, Bd. 9. Bertelsmann Universitätsverlag. Düsseldorf 1973 (179 S., br., 9,80 DM). — **Sanders, Willy**: Linguistische Stiltheorie. Probleme, Prinzipien und moderne Perspektiven des Sprachstils. Kleine Vandenhoeck-Reihe 1386. Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 1973 (149 S., br., 11,80 DM). — **Spillner, Bernd**: Linguistik und Literaturwissenschaft. Stilforschung, Rhetorik, Textlinguistik. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart-Berlin 1974 (147 S., br., 19,80 DM).

7 **Breuer, Dieter**: Einführung in die pragmatische Texttheorie. Uni-Taschenbücher 106. Wilhelm Fink-Verlag, München 1974 (248 S., br., 16,80 DM). In der Reihe sind 1974 ferner erschienen die „Allgemeine Rhetorik“ der Rhetorik-Gruppe an der Universität Lüttich: **Dubois, J. u. a.**: Allgemeine Rhetorik. Übersetzt und herausgegeben von Armin Schütz. Uni-Taschenbücher 128. Wilhelm Fink Verlag, München 1974 (344 S., br., 19,80 DM), die „Rhetorik“ des Aristoteles (UTB 159) und eine „Medienkunde für Literaturwissenschaftler“ von H. Schanze (UTB 302).

vorgangs. Zur Gegenstandsbestimmung seiner pragmatischen Texttheorie greift Breuer auf das semiotische Zeichenmodell in der Traditionslinie Morris-Klaus und auf kommunikationstheoretische und kybernetische Textmodelle zurück und versucht, in diesen Rahmen das kategoriale System einzubauen, das die rhetorische Theorie zur Erkenntnis der Prozesse der Textherstellung und Textinterpretation erarbeitet hat. Den semiotisch-kommunikationstheoretischen Ausgangspunkt teilt Breuer mit der gesamten Pragmatik, einschließlich ihrer linguistischen Variante; der Rhetorik speziell fallen im wesentlichen zwei Aufgaben zu: sie soll als textanalytisches Verfahren die hochfliegenden Pläne kommunikationstheoretischer und linguistischer Theorieentwürfe in der konkreten Textanalyse verwirklichtbar machen; sie soll zum anderen die „Vernachlässigung der prinzipiellen Historizität allen sprachlichen Handelns“ (9, Anm.) vermeiden, die Breuer der linguistischen Pragmatik vorwirft. Das zweite setzt voraus, daß man die rhetorische Theorie selbst in ihrer Historizität begreift und die unhistorische Verabsolutierung bestimmter Stufen der rhetorischen Theorie und Methode, seien sie abgelesen an Aristoteles, Quintilian, Lausberg oder wem auch sonst, vermeidet. Übernommen werden soll deshalb nur das antike Modell des Redners, für das ein pragmatisches Kategoriensystem zur Analyse gegenwärtiger Prozesse der Textherstellung unter den gegenwärtigen kommunikativen und gesellschaftlichen Bedingungen zu erarbeiten bleibt. Entsprechend der pragmatischen Orientierung schuldet der Ansatz der verhaltenspsychologischen Richtung in der neueren Rhetorikforschung, wie sie in Deutschland vor allem von Dockhorn seit den 40er Jahren vertreten worden ist, mehr als der syntaktisch-semantischen Klassifizierung Lausbergs<sup>8</sup>.

Die Wirkungen der Dockhornschen Arbeiten werden auch in dem von H. Schanze herausgegebenen Band „Rhetorik“<sup>9</sup>, in dem sich ein primär historisches Interesse an der Rhetorik artikuliert, deutlich. Indem die Autoren in den neun Beiträgen des ersten Teiles an exemplarischen Fällen von der Reformation bis zur Gegenwart die „jeweils aktuelle rhetorische Theoriebildung an konkreten historischen Fall“ nachzeichnen (13), wird Rhetorik im Sinne Breuers nicht „als festgeschriebener Bestand antiker Kenntnisse über sprachliche Wirkmittel, sondern als Reflexion über deren zeitliche Jeweiligkeit“ sichtbar (Schanze in der Einleitung, 12).

8 Zu Dockhorn siehe u. a. K. Dockhorn: Macht und Wirkung der Rhetorik. Vier Aufsätze zur Ideengeschichte der Vormoderne. Bad Homburg 1968. Zu H. Lausberg das Handbuch der literarischen Rhetorik (2 Bde., München 1960) und die Elemente der literarischen Rhetorik (München 1949, <sup>3</sup> 1967).

9 Schanze, Helmut (Hrsg.): Rhetorik. Beiträge zu ihrer Geschichte vom 16.—20. Jahrhundert. Fischer Athenäum Taschenbücher 2095: Literaturwissenschaft. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974 (355 S., br., 19,80 DM).

Zur Einschätzung des Breuerschen Konzepts ist festzuhalten, daß Rhetorik bei ihm, entsprechend dem literaturwissenschaftlichen Frageinteresse, textwissenschaftlich umfunktioniert wird, d. h. daß die ursprünglichen Kategorien der Textproduktion (*ars bene dicendi*) wie oben bei Plett in textanalytische (*ars bene interpretandi*) umgewandelt werden. Neu gegenüber seinen Vorgängern ist die dezidiert pragmatische Begründung seiner Texttheorie. Der pragmatische Kontext reicht aber für die verschiedenen Wissenschaftler, das kann man in der Literaturwissenschaft wie der Linguistik studieren, unterschiedlich weit. Bei Breuer liegt eine wesentliche Beschränkung in der Bindung an das antike Modell der Redesituation, genauer: an das Modell der gerichtlichen Prozeßrede, in dem Breuer die wichtigsten Faktoren jeder Textproduktion pragmatisch unverkürzt zu fassen hofft. Eine pragmatische Analyse, die die institutionelle und sozio-ökonomische Analyse der jeweiligen konkret-historischen Gesellschaft, in deren Rahmen man kommunikatives Handeln untersucht, mit einschließt, würde wohl auch in diesem Fall erweisen, daß das rhetorische Modell des Redners in wesentlichen Bestimmungsstücken selbst noch an die gesellschaftlichen Bedingungen der griechischen Polis bzw. — in etwas späterer Ausprägung — an das römische Prozeßverfahren gebunden ist.

Breuers Insistieren auf der Historizität des sprachlichen Handelns ist trotzdem ein Vorzug seines Konzeptes; jedoch wird jene, wie Breuer weiß, nicht durch Rückgriff auf Rhetorik überhaupt sichtbar, sondern nur in einer entsprechend konzipierten Rhetorik. Das zeigen die vielen Beispiele literaturwissenschaftlicher Rhetorik-Rezeption, die mit Rhetorik in erster Linie einen universell anwendbaren Katalog rhetorischer Figuren meinen. Das Problem liegt in der von Breuer bekämpften linguistischen Pragmatik nicht anders; denn auch sie ist, zumindest in der Wunderlichschen Version, für die historische Dimension prinzipiell offen. Wieweit der Anspruch der historischen Methode sich verwirklicht, hängt in beiden Fällen davon ab, wie ernst man den eigenen Anspruch nimmt und welchen Begriff von Geschichte und geschichtlicher Entwicklung man hat. Und in dieser Hinsicht zeigt sich hier wie dort die Tendenz, den historisch-gesellschaftlichen Charakter von Sprache bzw. Literatur in den Einleitungen entschieden zu proklamieren, in der konkreteren Ausarbeitung die Pragmatik aber dann doch auf „die Sprache“, „die Literatur“, „den Text“ zurückzubiegen.

Auch die rhetorische Textanalyse im Sinne Breuers scheint mir stark nur gegenüber einer kunstwissenschaftlich orientierten und werkimmanenten Methode; denn die Forderung, Texte „in ihrer historisch-sozialen Vermitteltheit und Funktionalität“ zu erfassen, kann sich zwar sehr wohl auf die antike rhetorische Theorie berufen, aber im wesentlichen doch nur als das Beispiel eines Versuchs, eben jener Forderung — bezogen auf den sozialen und politischen Raum, in dem sie entstanden ist — nachzukommen.

## III.

Die im engeren Sinne literaturwissenschaftlichen Beiträge zeigen bei allen Unterschieden doch eine relative Einheitlichkeit. Sie wird deutlich, wenn man andere Rhetorik-Konzeptionen mitheranzt, die Rhetorik über die Sprache hinaus als allgemeine semiotische Disziplin etablieren wollen. — Wenn man als wesentliche Entdeckung der Rhetorik ansieht, daß jede sprachliche Äußerung funktionsbezogen ist und im Dreieck zwischen Sprecher (Schreiber), Hörer (Leser) und Situation (mit der Gesellschaft im Hintergrund) zu untersuchen ist, dann läßt sich diese These, semiotisch erweitert, auf andere akustische Zeichen (z. B. Rhetorik der Musik), visuelle Zeichen (Rhetorik der Mimik/Gestik, des Bildes, des Films, der Architektur), ja auf alle kulturellen Äußerungsformen des Menschen im weitesten Sinne (Rhetorik des Staatsbesuchs, Rhetorik der Werbung, Rhetorik der Maschine, Rhetorik der Großstadt etc.) erweitern. Wer Rhetorik sagt, kann also, das Minimalerfordernis des Funktions- und Wirkungsbezugs vorausgesetzt, auch Semiotik, Kommunikationswissenschaft oder speziell Literaturwissenschaft, Philosophie, Soziologie, Theologie, Informationstheorie, Politikwissenschaft usw. sagen<sup>10</sup>. Eine Variante eines solchen verallgemeinerten Rhetorikverständnisses artikuliert sich in dem Band „Rhetorik, Ästhetik, Ideologie“<sup>11</sup>. Die Autoren der dort gesammelten Arbeiten, entstanden im Rahmen des Seminars für Allgemeine Rhetorik in Tübingen und dem Lehrstuhlinhaber Walter Jens gewidmet, versuchen, wie es im Vorwort (VII) heißt, „einige wesentliche Entwicklungsstufen bürgerlicher Ideologiefabrikation thematisch abzudecken“. Das Spektrum reicht vom Stand der Massenkommunikationsforschung und Notizen zum neuen Spiel-trend über die Entstehung des Verlags- und Urheberrechts vor 1800 und die Brecht-Lukács-Debatte bis zu Lassalles Rhetorik und dem Problem der Objektivität in politischen Nachrichten. Die Klammer bildet das Konzept einer interdisziplinären (ideologie-)kritischen Kulturwissenschaft, einer „funktionsbezogenen Kulturanalyse“, der die Rhetorik, „als Lehre von sprachlichen Zweckformen begriffen“, schon immer nahe stand (VII). Angesichts der Vielfalt von Gegenständen mag auch der Leser, der in den oben behandelten literaturwissenschaftlichen Beiträgen noch gewisse Konstanten hat entdecken können, vor der Aufgabe, Rhetorik zu definieren, verzweifeln.

Genausowenig wie Rhetorik als Ganzes einer bestimmten (anderen) wissenschaftlichen Disziplin, kann sie auch einer bestimmten

10 Zur Interdisziplinarität aus der Sicht eines Politikwissenschaftlers siehe H. G. Schumann: Ideologiekritische Rhetorikforschung als interdisziplinäre Aufgabe, in: H. Schanze (Hrsg.), Rhetorik, 199—215.

11 Rhetorik, Ästhetik, Ideologie. Aspekte einer kritischen Kulturwissenschaft. Vgl. auch die Rezension in diesem Heft. — Walter Jens hat einen wichtigen Stellenwert in der Rhetorik-Renaissance in Deutschland. Siehe seinen Artikel „Rhetorik“ in: Reallexikon der deutschen Literaturgeschichte. 2. Aufl., hrsg. v. W. Kohlschmidt/W. Mohr. Bd. 3, Berlin, New York 1971, 432—456, und die Aufsatzsammlung Von deutscher Rede. München 1969.

wissenschaftstheoretischen Richtung zugeordnet werden. Die Auseinandersetzungen zwischen empirischer Sozialforschung, kritischer Theorie, hermeneutischer Philosophie, strukturalistischer Methode und historischem und dialektischem Materialismus spielen sich innerhalb dessen ab, was sich, diesem weiten und undifferenzierten Begriff zufolge, Rhetorik nennen kann. In der deutschen Diskussion allerdings verbürgt der weithin bestimmende Einfluß der Kritischen Theorie und der Hermeneutik-Diskussion im Umkreis von Adorno/Horkheimer, Gadamer, Habermas und Apel eine gewisse Einheitlichkeit. Er kann an den Veröffentlichungen von Kopperschmidt und Geißner verdeutlicht werden<sup>12</sup>.

Kopperschmidts „Allgemeine Rhetorik“ bezweckt keine restaurative Rehabilitation des klassischen Lehrgebäudes der antiken Schulrhetorik, wendet sich auch gegen die in der rhetorischen Theorie schon frühzeitig einsetzende Reduktion der Rhetorik auf die Redestrategie (*elocutio*) und spricht sich schließlich auch dezidiert gegen alle Formen eines instrumentell-technologischen Rhetorik-Verständnisses aus<sup>13</sup>. Wichtiger als diese Kritik ist jedoch, daß Kopperschmidt seinerseits diese Reduktionen nicht einfach durch pauschale Erweiterung des Begriffs aufhebt, was leicht zu dem alles umarmenden Rhetorik-Verständnis führt, das schlechterdings überall nur noch Rhetorik zu sehen erlaubt, sondern daß er den eigentlichen Gegenstand der rhetorischen Theorie seinerseits stark eingrenzt.

12 **Kopperschmidt, Josef:** Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der Persuasiven Kommunikation. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1973 (216 S., br., 24,— DM). — **Geißner, Hellmut:** Rhetorik und politische Bildung. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen e. V., Nr. 18. Europäische Akademie Otzenhausen e. V. Institut für Rhetorik und Methodik in der politischen Bildung, Saarbrücken 1973; dies Buch Geißners ist nur geringfügig erweitert neu erschienen beim Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (250 S., br., 19,80 DM).

13 Ein Musterbeispiel für das technologische Rhetorikverständnis, das Kopperschmidt bekämpft, ist **Schlüter, Hermann:** Grundkurs der Rhetorik. Mit einer Textsammlung. dtv, Wiss. Reihe 4149. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1974 (323 S., br., 12,80 DM). Der präsentierte Rhetorik-Begriff ist platt instrumentell und dementsprechend zynisch: Es gilt die stilistischen und argumentativen Techniken zu erkennen und zu beherrschen, um, „wenn jemand faule Tricks benützt, ihm nötigenfalls mit gleicher Münze heimzahlen“ zu können (13). Als rhetorischer Gewährsmann tritt H. Lemmermann, Lehrbuch der Rhetorik. Die Kunst der Rede und des Gesprächs. München 2 1968, neben Lausberg, wobei der erste für die Tricks, der zweite für die Systematik zuständig ist. Der Rhetor ist ihm entweder Agitator oder Propagandist, in jedem Fall ‚Demagoge‘ (23). Wenn sich „die Leute“ von ihnen überreden und verführen lassen, sind sie selber schuld; denn „jedes Publikum hat die Demagogen, die es verdient“ (60). Folgerichtig entscheidet sich für Schlüter die Frage des Mißbrauchs weniger oder gar nicht an der Rhetorik, sondern an der Sache, die geglaubt und vertreten wird (vgl. 12). Und an diesem Punkt wäre die Auseinandersetzung mit Kopperschmidt, wenn auch vielleicht nicht auf dem Niveau Schlüters, noch einmal aufzunehmen.

Ausgehend von dem gesamten Repertoire situationsbewältigender Möglichkeiten, unterscheidet er in verschiedenen Schritten die unmittelbare Zielrealisation von der mittelbaren (etwas selber tun vs. den anderen bewegen, es zu tun bzw. es gemeinsam zu tun), innerhalb der mittelbaren Zielrealisation die nicht-sprachlichen von den sprachlichen (Anwendung brachialer Gewalt oder anderer Formen des Zwangs vs. sprachliche Formen der „Beeinflussung“) und innerhalb der sprachlichen Zielrealisation — hier liegt die entscheidende Eingrenzung — die Persuasion von der Bitte, dem Befehl, der Warnung usw. Die persuasive Kommunikation wird des näheren bestimmt als mittelbare, sprachlich vermittelte und argumentativ bestimmte Form der Zielrealisation. In ihr versuchen sich die Kommunikationspartner wechselseitig mit dem Ziel zu beeinflussen, durch überzeugende Argumentation einen handlungsermöglichenden Konsens (wieder) herbeizuführen. Die idealtypische Beschreibung der Gelingensbedingungen dieser spezifischen Form kommunikativer Situationsbewältigung im Kap. 4 ermöglicht u. a. die weitere Unterscheidung zwischen ‚Überzeugen‘ und ‚Überreden‘ und rückt den Begriff der persuasiven Kommunikation in die unmittelbare Nähe des Habermasschen Diskursbegriffs und, das ist der Sinn der intensiven Auseinandersetzung mit der Rhetorik-Tradition, in die Nähe dessen, was, nach Meinung Kopperschmidts, Rhetorik bei Aristoteles meinte. Auch die Bedingungen eines gelingenden persuasiven Sprechakts, die Kopperschmidt im Anschluß an die Sprechakttheorie als Regeln angibt, sind z. T. nur eine Umformulierung der moralischen Postulate, die sich in der Rhetorik-Literatur seit der Antike finden. Die Bestimmungen betreffen z. T. die Kommunikationspartner selbst (ernsthafte Interesse an einer argumentativ erzielten Verständigung; Verzicht auf persuasionsfremde Mittel; Zurechnungsfähigkeit und Bereitschaft, sich eventuell überzeugen zu lassen; Verpflichtung, gemäß der Überzeugung zu handeln), z. T. ihre Beziehung (subjektive Bereitschaft und faktische Möglichkeit, als gleichberechtigte Kommunikationspartner zu interagieren) und z. T. die Problemstruktur des Sachverhalts (dieser muß nicht nur objektiv strittig, sondern auch *dissensfähig* sein). Strittig im erforderlichen Sinne sind nur solche Sachverhalte, über die ‚so oder auch anders‘ entschieden werden kann, die also weder einem wissenschaftlichen Beweisverfahren unterworfen werden können (und dann auch müssen) noch rein dem Zufall unterliegen (und darum nur arbiträr entscheidbar sind). Die Rhetorik hat es also nur mit den Rechtfertigungsverfahren zu tun, die sich auf Gegenstände beziehen, die der überzeugenden Argumentation zugänglich sind. Dieser Begriff von persuasiver Kommunikation und von Rhetorik als ihrer Theorie hat nicht nur den Vorzug der Klarheit und der analytisch sinnvollen Begrenzung, sondern wird wohl in der Tat auch Aristoteles gerecht und beschreibt ein spezifisches kommunikatives Problemlösungsverfahren, dessen gesellschaftliche Relevanz jedoch wesentlich geringer ist, als der Anspruch es suggeriert, mit dem die Theorie bei Kopperschmidt vorgetragen wird. Die persuasive Kommunikation in diesem Sinne setzt nämlich eine weitgehende

ideologische und soziale Homogenität der an ihr Beteiligten voraus — eine Bedingung, die übrigens für die Gemeinschaft der Vollbürger Athens, für die Aristoteles seine Rhetorik verfaßte, im wesentlichen gegeben war —, und sie ist damit primär als eine Form der in-group-Kommunikation zu kennzeichnen. Höchst fragwürdig wird die Theorie, wenn man, was die Formulierungen durchaus nahelegen, die oben zitierten Bedingungen in Aufforderungen umwandelt: Sei ernsthaft...!, sei bereit...!, verpflichte Dich...!, und die Kommunizierenden für das Gelingen des persuasiven Sprechakts verantwortlich macht, ohne zu fragen, ob die objektiven Bedingungen der Situation den Diskurs im definierten Sinne überhaupt zulassen. Gegen diese Methode, die Theorie Kopperschmidts und das, was von Habermas' Theorie der kommunikativen Kompetenz in sie eingegangen ist, ins redepädagogisch Praktische zu wenden<sup>14</sup>, würden beide protestieren, jedoch zeigt sie, daß es nur einer Akzentverschiebung bedarf, um auch dieses Rhetorik-Verständnis in der ohnehin herrschenden Diskussionsideologie aufgehen zu lassen. Deutlicher als bei Kopperschmidt wird diese Gefahr allerdings in dem Aufsatzband „Rhetorik und politische Bildung“ von H. Geißner. Er ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse, weil sich an ihm zeigen läßt, wie Kritische Theorie und hermeneutische Philosophie sich, beim Wort genommen, redepädagogisch verwirklichen lassen; denn charakteristisch für die zahlreichen Veröffentlichungen von Geißner, von denen in diesem und seinem unten zu behandelnden Rhetorik-Band eine repräsentative Auswahl vertreten ist, ist die enge Verbindung von theoretischer Reflexion im Horizont von Gadamer, Habermas und Apel einerseits und praktischer Redepädagogik als Sprech-erzieher an der Universität Saarbrücken und als wissenschaftlicher Leiter des „Instituts für Rhetorik und Methodik in der politischen Bildung“ an der Europäischen Akademie Otzenhausen e. V. andererseits. Für die Theorie-Konzeption sei vor allem auf den Aufsatz „Anpassung oder Aufklärung. Zur Theorie der rhetorischen Kommunikation“ (182—218) hingewiesen; für die praktische Redepädagogik auf die beiden detaillierten Kursbeschreibungen „Formen des Gesprächs“ (17—56) und „Formen der Rede“ (107—179), jeweils mit dem Untertitel „Didaktik der rhetorischen Kommunikation“.

In der Frage nach den Gründen für die Wiederentdeckung der Rhetorik in den letzten Jahren ist Geißner ein Vertreter der sogenannten Demokratietheorie, nach der sich in der Interesselosigkeit, ja Mißachtung der Rhetorik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert der Zustand einer Gesellschaft spiegelt, die das „zum Gehorsam auf-

14 Daß dieser Anwendungsbereich auch Kopperschmidt nicht ganz fernliegt, zeigt das 8. Kapitel des besprochenen Buches mit dem Titel „Skizze einer Didaktik der Persuasiven Kommunikation“; neuerdings auch J. Kopperschmidt: „Linguistik und Hochschuldidaktik. Versuch einer systematischen Skizze des Problemfeldes“, in: Hans-Heinrich Baumann u. Jochen Pleines (Hrsg.): Linguistik und Hochschuldidaktik. Kronberg/Ts. 1975, S. 133—197.

stilisierte Hörigkeitsverhalten“ (9) verlangte und am mündigen Bürger, dessen politische Mündigkeit eine sprachlich-rhetorische Mündigkeit voraussetzt, kein Interesse hatte. Dem möglichen Einwand, warum dann die Rhetorik nicht schon 1918 oder doch wenigstens 1945 den ihr angemessenen Platz in der politischen Bildung erhalten habe, begegnet er mit dem Argument, die Weimarer Republik sei zu kurz gewesen, um die Kluft zwischen formal garantierter Redefreiheit und faktischer Redeunmündigkeit schließen zu können, und nach 1945 seien 20 Jahre notwendig gewesen, bis die herangewachsene Nachkriegsgeneration ihr Rederecht einklagen konnte.

Da praktische Rhetorik ambivalent ist, nämlich sowohl Instrument der Erziehung zu kritischer Mündigkeit als auch Instrument zu unkritischer Hörigkeit sein kann, ist es notwendig, daß Rhetorik als Wissenschaft von der Rede sich am emanzipatorischen Ziel der kritischen Mündigkeit orientiert. Die Redepädagogik muß den Menschen dabei helfen, sich ihrer eigenen Unfreiheit und Unmündigkeit, die das Ergebnis jahrhundertelanger Bevormundung und ein in der Sozialisationsgeschichte erworbenes Verhalten ist, zu entledigen, damit sie die formal gewährte Freiheit zu gebrauchen lernen. Unfreiheit und Unmündigkeit sind für Geißner also ein individual- und sozialpsychologisches Problem (vgl. 111). Die Redepädagogik beseitigt Sozialisationschäden.

Der Ambivalenz von Aufklärung und Anpassung, die Geißner in der Rhetorik allgemein feststellt, entgeht sein eigenes Konzept aber keineswegs. Im Vorwort des Leiters der Akademie kann kaum mehr von Ambivalenz die Rede sein. Dort heißt es lapidar: „In einer fortschrittlichen Gesellschaft werden strittige Fragen nicht durch absolute Herrschaftsausübung, sondern durch Konfrontation der Meinungen und Argumente entschieden. Einfluß auf die Entscheidungen über Ziele und Mittel in der Politik und Wirtschaft wird jedoch nur der ausüben, der seine Argumente in Rede und Debatte sach- und situationsgerecht zu formulieren weiß. Daher muß Beredsamkeit wieder zu einem vorrangigen Bildungsziel politischer Pädagogik werden.“ Und einen Absatz weiter: „Auch in der Wirtschaft hat man erkannt, daß die menschlichen Produktionskräfte nicht durch Befehlen, sondern durch Überzeugen voll entfaltet werden können. Überzeugungskraft in Rede und Gespräch ist eine der wesentlichen Grundlagen effizienter Menschenführung in Betrieb und Verband“ (2). Interessanter ist, was Geißner zu diesem Problem zu sagen hat. Er beklagt vorab, daß in die Kurse leider „nur sehr selten Führungskräfte aus Wirtschaft, Industrie und Verwaltung in geschlossenen Gruppen finden“ (174), und der, der komme, frage nach Rhetorik meist nur als Herrschaftswissen. Das soll in den Kursen der Akademie geändert werden und, lassen sich die leitenden Angestellten und Beamten überzeugen, so „führte (das) in der Praxis dazu, daß sich Sprachmuster, Sprechmuster und Verhaltensmuster im Betrieb, in der Verwaltung, in der Rechtssprechung usw. änderten; konkret: daß Rückfragen ermöglicht, Kritik eingeräumt, Meinungen geäußert wer-

den könnten. Das verändert die herrschende Wirtschaftsstruktur nicht, aber es erleichtert den Druck für die Mehrheit der Arbeitenden, die damit überhaupt erst allmählich erkennen lernten, wo ihre Interessen liegen. Erst von solchen Voraussetzungen her ist ‚Mitbestimmung‘ im vollen Sinne des Wortes möglich“ (175).

Den Sinn dieses Konzeptes haben Kapital und Staat aber schon längst für sich selbst entdeckt und reklamiert; Geißner hat es nur offensichtlich, mit Führungskräften zu tun, die das Gebot der Stunde und die neuen Führungsstile noch nicht begriffen haben. Allgemeiner gesagt: Geißner webt am Tuch der „diskutierenden Gesellschaft“, hinter dem sich ganz anderes verbirgt, und macht den Schein nur dichter und undurchschaubarer. Wo Rückfragen „ermöglicht“, Kritik „ingeräumt“, „Meinungen zu äußern“ erlaubt wird, kann von Diskussion, durchaus im Sinne von Geißner oder Kopperschmidt, kaum die Rede sein.

#### IV.

Daß inzwischen auch eine Reihe von Rhetorik-Büchern für den schulischen Unterricht erschienen ist, hat seinen primären Grund in der Oberstufenreform, auf die selten ein Hinweis fehlt. Die Kursprogramme der einzelnen Länder enthalten, wie in Berlin, ganz ausdrücklich einen Rhetorikkurs oder doch Kurse, die Rhetorik in diesem oder jenem Sinne meinen. Und zwar rekurren gewöhnlich der jeweils erste Grund- und Leistungskurs unter Titeln wie „Mündliche und schriftliche Kommunikation“, „Praxis und Theorie der Rede und des Gesprächs“, „Gebrauchsformen der Sprache in Rede und Schrift“, „Formen der Rede — Praktische Übungen“ o. ä. auf Rhetorik als ein Mittel der Erweiterung der produktiven Kompetenz, sei es als kommunikationstechnische Fertigkeiten, sei es in emanzipatorischer Absicht, während Rhetorik als textanalytisches Verfahren im „Umgang mit Texten“, „Textanalyse“, „Analyse von Gebrauchstexten“, „Textanalyse und Textinterpretation“ zur Geltung kommt<sup>15</sup>.

15 Der Einfluß der Rhetorik ist im zweiten Bereich geringer als im ersten, da sie in der Sachtextanalyse mit den verschiedensten literatur- und sprachwissenschaftlichen Methoden und den schulischen Hausmethoden in Konkurrenz tritt. Hier schließen sich die entsprechenden Bände der Reihe „Projekt Deutschunterricht“ des Bremer Kollektivs an. Zusätzlich sei auf drei Veröffentlichungen hingewiesen: **Eigenwald, Rolf**: *Textanalytik*. bsv Studienmaterial. Bayerischer Schulbuch-Verlag, München 1975 (182 S., br., 14,80 DM). — **Hasubek, Peter, u. W. Günther**: *Sprache der Öffentlichkeit. Informierende Texte und informatorisches Lesen im Unterricht der Sekundarstufe*. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1973 (200 S., br., 15,— DM). Dazu den Materialband: *Texte zum informatorischen Lesen* (115 S., br., 8,— DM). — **Stocker, Karl**: *Praxis der Arbeit mit Texten. Zur Behandlung von Texten der Gebrauchs- und Alltagssprache*. Verlag Ludwig Auer, Donauwörth 1974 (152 S., br., 13,80 DM). Der Band von Eigenwald ist ein Arbeitsbuch, in dem aus der fachwissenschaftlichen und didaktischen Literatur Materialien

Folgt man Dyck, so setzt sich in der Schule über die Kultusbürokratien und die Lehrplan-Kommissionen ein technologisches Interesse an Rhetorik durch<sup>16</sup>, das sich aber schon dort z. T. emanzipatorisch und kritisch gibt<sup>17</sup>. Das gleiche ist in den akademischen Bezugsdisziplinen und in den veröffentlichten Büchern ganz eindeutig der Fall. Nur ist, wie allgemein bekannt, eine Vielzahl von Emanzipationsbegriffen im Schwange, und das technologische und das artikulierte emanzipatorische Interesse sind nicht notwendigerweise unverträglich. Zum Teil sind die Begriffe von Emanzipation, Kritik,

zur Analyse von publizistischen, ökonomischen, politischen, juristischen und wissenschaftlichen Texten zusammengetragen werden. Die Grundintentionen stimmen mit dem ideologiekritischen Ansatz des Bremer Kollektivs überein. — Hasubek und Günther verstehen ihre Analysen, methodischen Vorschläge und bereitgestellten Materialien zum „informativischen Lesen“ prononciert als Alternative zu dem als einseitig politisch-ideologisch angesehenen Konzept des Bremer Kollektivs. Sie verwarfen sich entschieden gegen „einen wie auch immer gearteten Aktivismus, d. h. die Umsetzung bestimmter Einsichten in politische Aktionen mit mehr oder weniger demokratischem Charakter“ und beschwören im Rot-Braun-Vergleich eine „sehr dunkle Epoche der deutschen Geschichte“ (181). Trotzdem wird der Deutschlehrer für einen Kurs oder eine Unterrichtsreihe „Umgang mit Texten“ / „Analyse von Sachtexten“ in dem sorgfältig ausgearbeiteten und dokumentierten Programm mehr praktische Hilfe finden als in vielen anderen Veröffentlichungen zum gleichen Thema; z. B. bei Stocker. In diesem Buch werden Adorno und Wygotski, Chomsky und Silbermann, Haug und Searle und mit ihnen ca. 250 andere im großen Topf der Stockerschen Textarbeit zu einem undefinierbaren Brei verrührt, in dem sich kaum einer der Betroffenen wiederfinden wird. An dem versprochenen geschlossenen didaktischen Konzept ist das einzig Systematische die modische Kapitelzählung (2., 2.1., 2.1.1.). Es besteht im übrigen aus pseudowissenschaftlichem Wortsalat, unterbrochen von immer neuen Aufzählungen von Kriterien, Richtzielen, Lehrzielen, Anregungen, Aufgaben und Strategien. Stocker macht das Zerrbild wahr, das viele Fachwissenschaftler von der Didaktik überhaupt haben.

16 Eine Bestandsaufnahme zur „Rhetorik im Deutschunterricht. Untersuchungen zur didaktischen und methodischen Entwicklung mündlicher Kommunikation“ hat E. Ockel als Dissertation vorgelegt (Göppinger Arbeiten zur Germanistik, 134. Göppingen 1974). — Will man sich darüber hinaus über den aktuellen Stand in der Schule unterrichten, so sollte man sich nicht auf die Lehrpläne und auch nicht auf die hier besprochenen Veröffentlichungen beschränken, sondern sollte in den Schulen, Lehrerseminaren und in Institutionen wie dem Berliner „Pädagogischen Zentrum“ versuchen, der Kursprogramme und Unterrichtseinheiten habhaft zu werden, die in hektographierter Form den Unterricht wesentlich bestimmen und zum geringsten Teil das Licht des öffentlichen Buchmarkts erblicken.

17 Das war bei der Aufnahme der generativen Linguistik oder der Soziolinguistik Bernsteinscher Prägung nicht anders. Siehe dazu P. Eisenberg u. H. Haberland, Das gegenwärtige Interesse an der Linguistik, in: *Das Argument* 72 (1972), 326—349; F. Hager, H. Haberland u. R. Paris: *Soziologie + Linguistik. Die schlechte Aufhebung sozialer Ungleichheit durch Sprache*. Stuttgart 1973.

Kritikfähigkeit soweit reduziert, daß sie sich bruchlos kommunikationstechnologisch auswerten lassen; etwa wenn Emanzipation und Kritikfähigkeit nicht viel mehr bedeuten als die Fähigkeit, sich flexibel an die sich wandelnden „Sachzwänge“ anzupassen, was immer auch bedeutet, sich von liebgewordenen Vorurteilen, Gewohnheiten und Verhaltensweisen zu „emanzipieren“, die im systemrationalen Sinne dysfunktional geworden sind; oder wenn Kritikfähigkeit sich darin erschöpft, daß man sich gegen die „Manipulation der Systemveränderer“ immunisiert<sup>18</sup>. Von anderen Emanzipationskonzepten kann man, auch wenn sie weit radikaler formuliert werden, doch sagen, daß sie dem technologischen Interesse zumindest nicht schaden, weil die Emanzipation entweder nur als individuelle Aufgabe und Leistung begriffen wird oder sich jedenfalls mit einem Zuwachs an Einsicht und der Möglichkeit des Durchschauens beruhigt, ohne daß aus dieser Bewußtseinsveränderung Konsequenzen für das praktische Handeln gezogen werden oder gezogen werden könnten. Die öffentliche Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien und ihre Nachgeschichte hat für die Situation 1972 recht genau die Grenze des tolerierten Emanzipationsanspruchs gekennzeichnet; sie ist heute im Zeichen der Berufsverbote gerade im Ausbildungsbereich erheblich weiter zurückverlegt. Vor diesem Hintergrund sind auch die folgenden schulbezogenen Veröffentlichungen zur Rhetorik zu sehen.

Der Klappentext zu dem Sammelband „Rhetorik in der Schule“<sup>19</sup> verspricht eine repräsentative Übersicht über die Entwicklung der wissenschaftlich-didaktischen Ansätze zum Problem. Trotz des Titels und trotz der Berücksichtigung praktizierender Lehrer unter den Autoren soll der Band offensichtlich nicht direkt Unterrichtshilfen für den Lehrer geben, sondern ist eher an die Fachdidaktiker, Lehrplan-Verfasser, Seminarleiter in der Referendarausbildung und die Literatur- und Sprachwissenschaftler in den lehrerausbildenden Fachbereichen gerichtet; denn, so der Herausgeber am Schluß seiner Einleitung: „Ein emanzipatorischer Unterricht zum Problemkomplex ‚Rhetorik in der Schule‘ im Sinne inhalts- und interessenbestimmter Kommunikation hat daher mit einer Kritik der hier versammelten Beiträge, den vorliegenden eingeschlossen, zu beginnen“ (31).

Der erste Teil enthält vier Beiträge zu „Rhetorik als mündliche Kommunikation“ (Geißner, Pelster, Pawlowski, Homberger), der zweite drei zu „Rhetorik und Aufsatzlehre“ (Herrlitz, Bukowski/

18 Hilfestellung leisten, neuerdings gesammelt, die Autoren in: G. K. Kaltenbrunner (Hrsg.): Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter. Verlag Herder, Freiburg 1975. Vgl. dazu die Rezension in diesem Heft.

19 Siehe Anm. 3. — Außer dem einleitenden Beitrag sind alle zwischen 1965 und 1974, die Mehrzahl zwischen 1972 und 1974, schon an anderer Stelle veröffentlicht worden. Da sie fast ausnahmslos in den gängigen Zeitschriften oder in Taschenbüchern erschienen sind, entfällt zur Rechtfertigung als Sammelband auch das vor einiger Zeit noch notwendige Argument der schweren Zugänglichkeit. Den Gewinn hat der Verlag, das Prestige der Autoren und die Bequemlichkeit des Lesers.

Herrlitz, Lucks), also zu einer schulischen Form schriftlicher Kommunikation. Abschnitt III führt vier Beispiele „rhetorischer Interpretation“ vor (Bürger, Winckler, Eigenwald, Brieda u. a.); Abschnitt IV meldet unter dem Titel „Moderne Rhetorik: Theorie und kritische Analyse“ höhere Ansprüche an und versammelt Haug, Kopperschmidt, Negt/Kluge und Fischer. — Inhaltlich hat das Problem der kommerziellen Werbung quer durch die Abschnitte mit fünf Beiträgen eindeutig eine Spitzenstellung. Das entspricht, nimmt man die (politische) Rede hinzu, der Schwerpunktsetzung, die seit dem Einzug der „Gebrauchsformen der Sprache“ in den Deutschunterricht dort schon seit Jahren praktiziert wird. Da man davon ausgehen kann, daß es nicht Ziel des Deutschunterrichts sein sollte, Werbefachleute, Festredner und Reden haltende Staatsoberhäupter heranzuziehen, sind die entsprechenden Beiträge nur unter dem textanalytischen (hermeneutischen, ideologiekritischen, gesellschaftskritischen) Gesichtspunkt zu rechtfertigen. Bei den Beiträgen, die auf den Arbeitsbereich „Mündliche und schriftliche Kommunikation“ mit dem Ziel der (Ein-)Übung der Gebrauchsformen der Sprache in Rede und Schrift bezogen sind, erhält der Aufsatzunterricht eine hervorragende Stelle.

Im Gegensatz zu dem weiten Spektrum dieses Sammelbandes und seiner Absicht, den disparaten Diskussionsstand zu dokumentieren, sind die Veröffentlichungen von Pelster und Schafarschik als konkrete Unterrichtshilfen für die Analyse politischer Reden konzipiert<sup>20</sup>. Sie stehen damit in der Tradition der Analyse politischer Sprache und des Verhältnisses von Sprache und Politik, die in der Germanistik mit Schwerpunkt auf der Sprache des Faschismus, der Sprache in der DDR und — beide überlappend — der Sprache der Propaganda schon seit Mitte der 60er Jahre besteht und auch bald in den Deutschunterricht Eingang fand, allerdings erst relativ spät und zögernd zur Analyse von gesamten Redetexten fand<sup>21</sup>. Der Reclam-Arbeitstext von W. Schafarschik ist in erster Linie eine Textsammlung, die zwölf Reden von Perikles bis Nixon enthält und nur zum Schluß in Kap. III einige „Arbeitsvorschläge“ zur Analyse dieser Reden im Unterricht auf der Grundlage von Geißner, Dieckmann und Zimmermann anfügt. Das „Arbeitsheft“ von Pelster enthält gleichfalls eine Sammlung „bedeutender Reden“ zwischen 1914 und 1970, ist aber wesentlich umfangreicher und stellt den Anspruch, die

20 **Pelster, Theodor:** Rede und Rhetorik. Arbeitsheft. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 2 1974 (1. Aufl. 1972) (142 S., br., 7,80 DM). — Herrschaft durch Sprache. Politische Reden. Für die Sekundarstufe hrsg. v. Walter Schafarschik. Universal-Bibliothek Nr. 9501/01a (Arbeitstexte für den Unterricht). Philipp Reclam Jun., Stuttgart 1974 (149 S., br., 3,— DM). — Siehe auch die Textsammlung von H. Grünert (Hrsg.): Politische Reden in Deutschland. Diesterweg, Frankfurt 1974.

21 Bis heute in der Schule von Einfluß H. D. Zimmermann: Die politische Rede. Der Sprachgebrauch Bonner Politiker. Stuttgart 1969.

Grundlage für einen halbjährigen Grund- oder Leistungskurs in der Sekundarstufe II zu bieten, der den Schüler „von der Analyse über die Auslegung und Deutung bis zur selbstverantworteten Rede“ (10) führt, um ihn so „auf das Leben in der Gesellschaft und damit in der Öffentlichkeit vorzubereiten“ (9). Da der Autor mit der Gesellschaft, in der er lebt, im Reinen ist, kann er sich ganz darauf konzentrieren, aufgrund langerprobter Unterrichtserfahrungen ein leicht verständliches, gut aufgebautes und solides Büchlein zu schreiben, für das ihm jeder Lehrer, der von ähnlichen Prämissen ausgeht, dankbar sein dürfte.

Das methodische Instrumentarium ist genauso gut wie das, welches ihm Literatur- und Sprachwissenschaft zur Zeit seines Studiums um 1960 zur Verfügung gestellt haben, ergänzt durch weiterbildende Lektüre, soweit sie dem praktizierenden Lehrer noch möglich ist. Die sprachwissenschaftlich gemeinte *Analyse* leistet die „wissenschaftliche“ Vorarbeit und erfordert eine sachlich-objektive, distanzierte und wertungsfreie Haltung; in der literaturwissenschaftlich gemeinten *Interpretation* tritt der Interpret in den Dialog mit dem Text. Hier wird vor allem Redlichkeit von ihm erwartet, und es erweist sich, ob „er dem Text gewachsen ist“. Die noch fehlende pragmatische Dimension stellt sich fast von selbst ein, indem die Reden Adenauers und de Gaulles vom 4. bzw. 5. September 1962 in die kommunikative Situation „de Gaulle in Deutschland“ eingebettet werden, ein historischer Exkurs über das Verhältnis von Frankreich und Deutschland (vom Erbfeind zur Verständigung) eingefügt wird und die Spiegelungen des Besuches in der in- und ausländischen Presse ausführlich dokumentiert werden. Nach der Analyse einzelner Reden steigt der Schüler schließlich im Kapitel VII auf zur Ebene der philosophischen Reflexion, wo das Phänomen Rede anhand von Äußerungen über die Rede von Plato bis Gadamer als solches kritisch durchdacht wird, ehe er in den „Übungen in der Fertigkeit des Redners“ (Kap. VIII) „praktiziert... , was gelernt wurde“ (11). Dort lernt er, wie man am besten einen Diskussionsbeitrag aufbaut, wie man ein Hearing veranstaltet, einen Vortrag oder ein Referat verfaßt und, wenn nötig, auch eine kleine Begrüßungsrede hält. So spiegelt sich das Universum des Deutschunterrichts in einer Unterrichtsreihe zur Rede und Rhetorik.

Hellmut Geißners Rhetorik-Buch<sup>22</sup> ist als gemeinsames Arbeitsbuch für Schüler bzw. Studenten und Lehrer bzw. Dozenten in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe und in den Eingangsemestern der Universität konzipiert. Dem Band ist Geißners eigener Theorieentwurf „Anpassung oder Aufklärung. Zur Theorie der rhetorischen Kommunikation“ als Einleitung und Reflexionshintergrund vorangestellt. Die übrigen Aufsätze gruppieren sich locker in vier Teile,

<sup>22</sup> Geißner, Hellmut: Rhetorik, bsv. Studienmaterial. Bayerischer Schulbuch-Verlag, München <sup>2</sup>1974 (176 S., br., 14,80 DM).

fortschreitend von der historischen Entwicklung der Rhetorik über ihre Systematik und ihre logischen, informationspsychologischen, kommunikationswissenschaftlichen und zeichentheoretischen Grundlagen zu ihrer Anwendung in der Redepädagogik und der Redeanalyse.

Im Vergleich mit dem Sammelband von Dyck, der ähnliche Funktionen zu haben scheint, sind die Unterschiede wichtiger als die Gemeinsamkeiten. Während Dyck den Diskussionsstand dokumentieren will, um die Möglichkeiten einer kritischen Rhetorik auszuloten, ist das Buch von Geißner ein Arbeitsbuch, dessen Inhalt, zusammengehalten von Geißners eigenem Theorieentwurf, ein Programm für den Arbeitsbereich „Mündliche und schriftliche Kommunikation“ darstellt. Und in der Tat, was anders als solch ein sprechwissenschaftlich orientierter Ansatz könnte einem Lernzielkatalog gerecht werden, wie er, um ein willkürliches Beispiel herauszugreifen, in Nordrhein-Westfalen für die Sekundarstufe I (Gymnasium) empfohlen wird: „— Sich aktiv, zielbewußt und tolerant an Gesprächen, Diskussionen, Debatten beteiligen können / — Kleine vorbereitete Diskussionen eines bekannten Teilnehmerkreises (Klasse) leiten können / — Einen Vortrag, ein Referat unter Verwendung der entsprechenden rhetorischen Mittel halten können / — Eigene Gedankengänge entwickeln, ordnen und schriftlich in einem dem Gegenstand und der Situation angepaßten Ausdruck niederlegen können / — Die Formen der schriftlichen Kommunikation (Brief, Bewerbung etc.) hinreichend beherrschen und sich dabei zwar nicht rollenkonform, aber doch rollenbewußt verhalten / — Orthographie, Grammatik und Zeichensetzung entsprechend den für die Sprache der Öffentlichkeit geltenden Normen beherrschen.“<sup>23</sup>

Der sonst und auch bei Dyck dominierende textanalytische Aspekt fehlt völlig, entsprechend auch literaturwissenschaftliche Beiträge. An deren Stelle tritt jedoch nicht die Linguistik, sondern die Sprechwissenschaft, die auf der Grundlage der eigenen sprechkundlichen Tradition und in enger Verbindung mit Informations- und Kommunikationspsychologie ihre Kompetenz für die Lehrerbildung dokumentiert<sup>24</sup>. Wenn sie in ihr bisher noch keine große Rolle gespielt hat und viele Studenten nicht einmal wissen, was Sprechwissenschaft denn eigentlich ist, und das ‚e‘ nur für einen Druckfehler halten, dann deshalb, weil an vielen Universitäten noch Sprechkundler tätig sind, deren Tätigkeit sich auf Stimm- und Atemübungen, Übungen in der Hochlautung und im Gedichtvortrag beschränkt, weil außerdem die universitären und staatlichen Apparate schwerfällig sind

23 Abgedruckt in: Mitteilungen des Deutschen Germanisten-Verbandes 20 (1973), H. 1/2, S. 20. — Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß ich bei diesem Zufallsbeispiel gerade auf einen Lehrplan gestoßen bin, an dem Geißner selbst nicht unschuldig ist.

24 Zur Information über die Sprechwissenschaft sei verwiesen auf das Handbuch Sprache und Sprechen. Hrsg. v. W. L. Höffe u. H. Geißner. 3 Bde., Wuppertal 1968 (Bd. 1), 1969 (Bd. 2), 1972 (Bd. 3).

und weil die Literatur- und Sprachwissenschaftler ihre angestammte Domäne zu verteidigen wissen. Im Sinne des eingangs festgestellten Bedarfs der Gesellschaft an Rhetorik liegt hier jedoch der relevanteste und nützlichste Rhetorikbegriff vor, auch wenn Geißners emanzipatorischer Anspruch dem technologischen Interesse zu widersprechen scheint.

Rhetorik, so kann man zusammenfassend feststellen, ist zuerst einmal ein *Wort*, mit dem man sich zu kaum etwas verpflichtet. Es signalisiert in seiner allgemeinsten Form ein gewisses Traditionsbewußtsein (in Abgrenzung zum modernistischen Kult des jeweils Allerneuesten) und die Bereitschaft, den „Wirkungsbezug“ kommunikativer Akte in der Analyse mitzuberücksichtigen. Doch dies ist selbst wiederum eine Leerformel. Innerhalb dieses Rahmens möglicher Berufung auf Rhetorik lassen sich sehr verschiedene Rhetorikbegriffe, Zielsetzungen und Konkretisierungen unterscheiden. In Beschränkung auf die hier besprochenen Arbeiten und die Frage der Relevanz der Rhetorik in Schule und Lehrerbildung sind die verschiedenen Beiträge unterschiedlich zu beurteilen. Einige Veröffentlichungen (z. B. Binder u. a., Plett) präsentieren in übersichtlicher und leicht zugänglicher Form das tradierte System rhetorischer Figuren und Tropen. Es sind nützliche Bücher für den, der selbst schon bestimmt hat, in welchem Zusammenhang und zu welchem Zweck die Identifizierung und Klassifizierung solcher sprachlichen Mittel sinnvoll ist. — Ein anspruchsvoller Versuch, die rhetorische Theorie in eine semiotisch-kommunikationstheoretisch fundierte Literaturwissenschaft zu integrieren, ist das Forschungsprogramm von D. Breuer: Meriten und Schwächen dieses Konzepts sind jedoch innerhalb der Literaturwissenschaft und der textorientierten Sprachwissenschaft zu diskutieren; denn geht man von der Schule aus und fragt in diesem Zusammenhang nach der Funktion der Rhetorik, so scheint mir insgesamt das *textanalytische* Problem von sekundärer Bedeutung. Gleichgültig, ob man das Interesse an der Rhetorik aus der verstärkten Notwendigkeit erklärt, die mittleren und oberen Führungskräfte in Konfliktvermeidungsstrategien einzuüben, oder ob man dieser Kommunikationstechnologie in der Schule einen emanzipatorischen Unterricht „im Sinne inhalts- und interessenbestimmter Kommunikation“ (Dyck, 31) entgegensetzen will, die zu erwerbenden Fähigkeiten liegen primär im Bereich der produktiven Redefähigkeit, und zwar in mündlicher und dort vor allem dialogischer (oder auch pseudo-dialogischer) Kommunikation. Deshalb scheinen mir die Beiträge von Kopperschmidt und Geißner von besonderer Bedeutung. Das Problematische dieser Konzepte liegt in der unangemessenen Verabsolutierung der Diskussion als kommunikatives Problemlösungsverfahren mit einer ausdrücklichen oder latenten Diskriminierung anderer Rede- und Gesprächsformen. Eine sich als Aufklärung verstehende Redepädagogik hätte gerade, statt den Bürger weiterhin undifferenziert mit der Diskussion auf die Sachlichkeit und Rationalität des Stärkeren zu verpflichten, umgekehrt auf den *begrenzten* Stellenwert der Diskussion hinzuweisen

und aufzuzeigen, wo überall sie nur zum Dampfablassen gewährt und wo sie überall — in Parlament, Schule, Universität und Betrieb — scheinhaft inszeniert wird. Wichtiger als die Erlernung der Diskussionstechniken ist es, die Fähigkeit zu entwickeln, die jeweilige Situation in ihren objektiven Bedingungen zu erkennen und einzuschätzen, um entscheiden zu können, wann mit wem über welches Problem eine Diskussion möglich ist, und wo statt dessen verhandelt, agitiert, gestreikt oder verweigert werden muß.

Jürgen Ellerbrock, Peter Jaritz, Walter Kühnert, Ulrich Schmitz

## Ansätze materialistischer Sprachtheorie

### 1. Strukturalismuskritik und der Gegenstand Sprache

Die Geschichte der Sprachwissenschaft der letzten vierzig Jahre ist, zumindest was Rezeption, Verarbeitung und Verbreitung betrifft, wesentlich geprägt durch die Vorherrschaft strukturalistischer Verfahrensweisen. Diese legten den sprachwissenschaftlichen Gegenstand begrifflich auf ein strukturiertes System von wechselseitig auseinander definierten und voneinander abhängigen Zeichen fest. Die durch die strukturalistische Reduktion ausgeschlossenen, aber real wirksamen Momente des Gegenstandes (insbesondere der funktionale Zusammenhang von Sprechen und sonstiger menschlicher Lebens-tätigkeit) wurden implizit an andere Einzelwissenschaften verwiesen, die faktische Totalität des Gegenstands Sprache in seiner wissenschaftlichen Behandlung zersplittert und die Perspektive einer einheitlichen Theorie über Genesis, Struktur und Funktion von Sprache aufgegeben.

Unter den Schlagworten „Entideologisierung“ und „Berufspraxisrelevanz“ begrüßten sowohl die BRD-Bildungsreformer der späten sechziger Jahre als auch die frühe Studentenbewegung, wenngleich mit unterschiedlichen Interessen, den linguistischen Strukturalismus als relativen Fortschritt gegenüber der traditionellen Altphilologie und der idealistischen Germanistik. Zudem diente und dient die moderne strukturalistische und generative Linguistik als methodisches Vorbild für andere Wissenschaften: Strömungen in Literaturwissenschaft, Soziologie, Philosophie und sogar Theologie bedienten sich zunehmend der Begrifflichkeit der modernen Linguistik<sup>1</sup>, was die Dominanz des Strukturalismus nur noch weiter absicherte.

Die dann weitgehend im Fortgang der Studentenbewegung vorge-tragene Kritik am Strukturalismus erkannte zwar seinen reduktiven Charakter, vermochte jedoch nicht dessen Ursachen zu überwinden: Noch in der Kritik setzte sich das Kritisierte insofern durch, als die immer mehr vorgegebene Ausrichtung auf das strukturalistische Pa-radigma andere Ansätze sprachwissenschaftlicher Tradition weit-gehend dem Gesichtskreis der Kritik entzog. Letztes Extrem ist die

1 Vgl. Manfred Geier, Linguistischer Strukturalismus als Sprach-kompetenztheorie. Zu Noam Chomskys „Revolutionierung“ der Linguistik. Phil. Diss. Marburg 1973, S. III f.

Benennung von ‚Fehlern‘ bürgerlicher Wissenschaft, die alternative Ansätze nicht nur nicht entwickeln kann, sondern auch nicht will<sup>2</sup>.

Die Kritik am Strukturalismus argumentierte primär methodologisch — weitgehend orientiert am Positivismusstreit in der deutschen Soziologie — und bezog ihre Ergebnisse nicht mehr auf Konsequenzen für eine alternative wissenschaftliche Konstitution des Gegenstandes.

Eine zweite Variante der Reaktion auf die Unzulänglichkeiten der herrschenden formalen Sprachbetrachtung versuchte diejenigen Momente des Gegenstandes, die in seiner strukturalistischen Behandlung ausgeblendet blieben, gesondert in Teildisziplinen zu behandeln. Dies geschah weniger als Resultat wissenschaftstheoretischer Überlegungen — etwa vermittelt mit der Positivismuskritik —, sondern war eher dadurch motiviert, daß die praktische Bedeutung dieser Seiten des Gegenstandes zur wissenschaftlichen Bearbeitung drängte<sup>3</sup>. So entstanden — zum Teil unter Rückgriff auf Vorarbeiten, die in anderen Wissenschaftszweigen zu dort interessierenden Teilmomenten von Sprache geleistet worden waren<sup>4</sup> — unterschiedliche Ansätze wie Soziolinguistik, Psycholinguistik, Pragmatik, die jeweils die isolierte Behandlung eines durch die Verfahrensweisen der formalen Linguistik ausgeschlossenen Aspekts deren Resultaten an die Seite stellten, ohne diese Verfahren und die Prinzipien ihrer Gegenstandskonstitution wissenschaftstheoretisch zu reflektieren<sup>5</sup>.

Jede dieser Teildisziplinen konstituiert — und das heißt hier: reduziert — ihren Gegenstand für sich neu, ohne daß der Zusammenhang der einzelnen Momente, ihre Einheit am realen Gegenstand, reflektiert würde. Solche Reduktionen erscheinen auf den ersten Blick plausibel; Eingrenzungen des Gegenstands sind sicher auch notwendig. Entscheidend ist, inwieweit die jeweiligen Abstraktionen

2 So Karl Held, *Kommunikationsforschung — Wissenschaft oder Ideologie? Materialien zur Kritik einer neuen Wissenschaft*. München 1973, S. 7.

3 Man denke etwa an die Relevanz sozial bedingter sprachlicher Deprivation zu einem Zeitpunkt, zu dem (unter dem Stichwort „Bildungskatastrophe“) die Ausnutzung des intellektuellen Potentials größerer Teile der Bevölkerung auf der Tagesordnung stand.

4 Wir denken dabei besonders an Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Ordinary Language Philosophy.

5 Die mangelhafte Vermittlung der — im Fall der Soziolinguistik — soziologischen und sprachwissenschaftlichen Kategorien zeigt sich beispielhaft in der wegweisenden Dissertation von U. Oevermann, in der durch hilf- und kritiklose Übernahme eines formal zugerichteten Sprachbegriffs die zwar immer detailliertere linguistische Untersuchung immer weiter vom theoretischen Sinn der anfänglichen Problemstellung weggeführt. — U. Oevermann, *Sprache und soziale Herkunft*. Frankfurt 1972, bes. S. 15 ff. und 187 ff.

die Erkenntnis des Zusammenhangs der abstrahierten Eigenschaften untereinander gestatten und nicht diesen in der Analyse eliminieren. Angesichts der konstatierten Zersplitterung des Gegenstands Sprache in seiner wissenschaftlichen Behandlung muß das letztere befürchtet werden, da aufgrund unterschiedlicher Methoden die Ergebnisse inkommensurabel werden und die Einheit des Gegenstandes nachträglich nicht mehr einzuholen ist. Die an der strukturalistischen Linguistik kritisierte Abspaltung von wesentlichen Merkmalen des Gegenstandes setzt sich damit insofern noch durch, als zwar deren Vernachlässigung durch ergänzende Teildisziplinen in der Form eines „und auch“ kompensiert werden soll, damit aber die Zersplitterung selbst vorausgesetzt bleibt. Daraus folgt, daß der Gegenstand in seiner Gesamtheit nicht mehr in den Blick kommt, der Versuch, eine Sprachwissenschaft zu entwickeln, die bezogen auf ihren Gegenstand mehr darstellt als die Summe der existenten Teildisziplinen, wurde innerhalb der bestehenden Linguistik nicht unternommen.

Damit ist die hauptsächliche Schwierigkeit benannt, die sich allen Versuchen stellt, Sprachwissenschaft durch Umstülpen einer solchen Teildisziplin materialistisch begründen zu wollen: Ein solcher Versuch läuft Gefahr, die prinzipiellen Fehler der bestehenden linguistischen Teildisziplinen, die zu überwinden er gerade intendierte, insofern zu reproduzieren, als er die inadäquate Zersplitterung des Gegenstands Sprache in isolierte Teilmomente immer noch voraussetzt und den Gegenstand somit zu verfehlen droht, bevor die Analyse eigentlich beginnt. Die vorgängige Beschränkung auf einen Aspekt verstellt den Blick auf das, was materialistische Sprachwissenschaft — vorläufig gesagt — leisten müßte: die theoretische Rekonstruktion des wirklichen Seins ihres Gegenstandes<sup>6</sup>.

Schließlich ist eine dritte Variante der Reaktion auf die strukturalistisch-formalen Verkürzungen der Linguistik zu erwähnen: die der Kritik an ihren praktisch-pädagogischen Konsequenzen. Mit wachsendem Einfluß der „neuen Wissenschaft“<sup>7</sup> in Universität und Schule wurden die Folgen der formalen Reduktionen zunehmend deutlich. Entgegen anfänglichen Hoffnungen zeigte sich, daß der z. T. formulierte emanzipatorische Anspruch mit den Mitteln der formalen Grammatik nicht einzulösen war. Doch die Kritik des linguistisch reformierten Sprachunterrichts vermochte nicht schon die theoretischen Grundlagen für einen besseren Unterricht zu schaffen; so er-

6 Entsprechend fruchtlos sind auch die Resultate der Versuche geblieben, die bestehenden Teildisziplinen materialistisch umzukrempeln zu einer marxistischen Pragmatik, Soziolinguistik etc.

7 Beispielhaft repräsentiert durch das Funkkolleg „Sprache“; vgl. dazu Maas in Maas/Wunderlich, Pragmatik und sprachliches Handeln. Mit einer Kritik am Funkkolleg „Sprache“. Frankfurt 1972, bes. S. 6—45; Maas entwickelt dort kritisch den Begriff der „neuen Wissenschaft“.

wies sich an der Hilflosigkeit alternativer Versuche<sup>8</sup> die Notwendigkeit einer fundierteren Sprachtheorie, deren Formulierung daher keineswegs ein praxisfernes, bloß akademisches Problem darstellt. Den fortgeschrittensten Stand dieser Kritik des auf der formalen Linguistik aufbauenden Unterrichts repräsentiert Utz Maas. An seinen Arbeiten zeigt sich besonders deutlich, daß weder die Kritik der herrschenden Lehre noch die der herrschenden Praxis ausreichen, um einen besseren Sprachunterricht zu begründen<sup>9</sup>. Es bedarf einer ausgeführteren theoretischen Grundlegung. Maas weiß zugleich selbst; er versucht den Gegenstand neu zu bestimmen und einen Sprachbegriff zu formulieren, „auf den das Programm einer Sprachwissenschaft gestützt werden soll, die einen Beitrag zu den emanzipatorischen Aufgaben im Ausbildungsbereich leisten kann“<sup>10</sup>. Dies dem Anspruch nach materialistisch:

„Dieser Sprachbegriff stammt aus der Gesellschaftstheorie, die Karl Marx in seiner Kritik der Politischen Ökonomie, insbesondere in seinem Hauptwerk *Das Kapital*, entwickelt hat.“<sup>11</sup>

Maas versucht, Gesellschaft, Bewußtsein und Sprache in Zusammenhang zu bringen.

„Mit Sprache verbindet sich zunächst einmal das ganze Problemfeld von Sprache und Denken bzw. Bewußtsein — und damit die genetischen Zusammenhänge mit dem gesellschaftlichen Verkehr: Dieser ist einerseits nur möglich durch Sprache, andererseits ist diese aber auch sein Produkt. Sprache meint hier soviel wie Symbolisierung, d. h. die Vermittlung des Besonderen mit dem Allgemeinen.“<sup>12</sup>

Dieser Zusammenhang bleibt jedoch weitgehend unausgeführt. Zwar bestimmt Maas Sprache als „symbolische Bindung von Situations-(Handlungs-)zusammenhängen“<sup>13</sup> und begreift die damit gegebene symbolische Verselbständigung als Bedingung der Möglichkeit, die Handlungszusammenhänge zu hinterfragen und sich ihrer

8 Vgl. etwa das Offenbach-Projekt von Martin Berg und Johannes Beck: *Martin Berg, Negative Didaktik oder die Entfesselung der Produktivkraft Sprache*. In: *alternative 74* (1970), S. 185—202. Johannes Beck/Martin Berg, *Vorstellung eines Projekts zur Sprachförderung*, in: *alternative 74* (1970), S. 203—204. Martin Berg, *Soziales Lernen und Sprachförderung in der Grundschule*. O.O. o. J. (1972; Nr. 10 der Arbeitshefte der Landeszentrale für politische Bildung).

9 Zu Maas' Kritik des „linguistisierten Sprachunterrichts“, die vor allem in seinem Buch *Utz Maas, Argumente für die Emanzipation von Sprachstudium und Sprachunterricht*, Frankfurt 1972, zusammengefaßt ist, vgl. die Rezension dieses Buchs von J. Ellerbrock in diesem Heft.

10 Utz Maas, *Grundkurs Sprachwissenschaft I. Die herrschende Lehre*. München 1973, S. 38.

11 Ebd.

12 U. Maas, *Die pragmatische Wende: Was ist kommunikationsorientierter Sprachunterricht?* In: *Maas, Argumente*, a.a.O., S. 114—133; hier S. 114.

13 Maas, *Grundkurs* . . . , a.a.O., S. 41.

gesellschaftlichen Bedingungen bewußt zu werden<sup>14</sup>. Unklar bleibt jedoch dabei, in welchen sprachlichen Instanzen und auf welche Weise sich die gesellschaftlichen Handlungsbedingungen symbolisch binden. Maas' Begriffe „sprachliche Kategorien“ bzw. „grammatische Kategorien“ als „Leistungen gesellschaftlicher Arbeit“<sup>15</sup> geben darauf keine Antwort. Diese Bestimmungen münden vielmehr in einfache Analogien, die über den behaupteten Zusammenhang nichts mehr aussagen:

„So wie der Arbeitswert, gleichgültig in welchem Äquivalent ausgedrückt, geronnene menschliche Arbeit ist, so sind die sprachlichen Kategorien geronnenes menschliches Handeln.“<sup>16</sup>

Schon dieser erste Blick auf Maas' Ansatz zeigt<sup>17</sup>, daß Sprache als wissenschaftlicher Gegenstand offenbar gerade dann besondere Probleme aufwirft, wenn man sie nicht strukturalistisch als selbständige Menge beobachteter Sprachformen oder generativ als linguistisches Konstrukt eines autonomen und sonst leeren Sprecherbewußtseins auffassen will, sondern sie im Rahmen aller Bedingungen der wirklichen Welt erklären will, in dem sie tatsächlich lebenswichtige Funktionen erfüllt. Die globale Forderung, Sprache müsse im Rahmen der gesellschaftlichen Totalität behandelt werden, ist leicht gestellt. Doch die genauere Bestimmung des Phänomens Sprache innerhalb dieser Totalität ist wohl deshalb besonders schwer, weil sich gerade mit Hilfe der Sprache die Vermittlung von Sein und Bewußtsein sowie der bewußte gesellschaftliche Kontakt der Menschen untereinander vollzieht, ohne daß sie selbst doch als ‚Grund‘ oder ‚Ursache‘ für die Existenz des Bewußtseins und gesellschaftlicher Beziehungen angesehen werden könnte. Mit Marx und Engels gilt die Arbeit, genauer: die Produktion von Lebensmitteln, in die die „Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ... zunächst unmittelbar verflochten“ ist und sich dann aus „der Notdurft des Verkehrs mit anderen Menschen“ als ‚praktisches Bewußtsein‘ herauslöst, als Anfang und Grundlage der Gesellschaft<sup>18</sup>. Wie aber hängen Arbeit und Sprache zusammen?

<sup>14</sup> Vgl. ebd.

<sup>15</sup> Maas, Argumente ..., a.a.O., S. 11.

<sup>16</sup> U. Maas, Sprechen und Handeln — Zum Stand der gegenwärtigen Sprachtheorie. In: M. Gerhardt (Hrsg.), Linguistik und Sprachphilosophie. München 1974, S. 141—170; hier S. 166. Maas liefert in seinem Nachwort zu diesem früheren Aufsatz die Kritik gleich mit: „Die Art, wie dabei mit weitgehend äußerlich bleibenden Analogien von Bestimmungen der Politischen Ökonomie zu denen der Sprachtheorie operiert wird, ist vor allem dadurch gefährlich, daß durch derartig schnelle Scheinlösungen die Aufgaben für die theoretische Arbeit verstellt werden“ (ebd., S. 169).

<sup>17</sup> Wir betonen, daß diese Bemerkungen zu Maas nur die Probleme illustrieren sollten, die unter den beschriebenen Voraussetzungen dem Versuch einer materialistischen Sprachwissenschaft sich stellten. Eine systematische Kritik an Maas hätte weiter auszuholen; wir glauben, in der Kritik an Rossi-Landi einige entscheidende Punkte auch des Maas'schen Ansatzes angesprochen zu haben.

<sup>18</sup> Vgl. MEW 3, S. 20—30; Zitate S. 26 und 30.

## 2. Die Homologie von Arbeit und Sprache

Ferruccio Rossi-Landi hat einen Versuch zur Klärung des Verhältnisses von Arbeit und Sprache vorgelegt, in dem er das Problem direkt aus der Marxschen Theorie zu lösen beabsichtigt, ohne sich von den Ergebnissen der bürgerlichen Einzelwissenschaften irritieren lassen zu wollen. Er gelangt von der Einsicht, daß es keine Spezialwissenschaft ohne Ideologie gibt<sup>19</sup>, zu der weitgehenden Negation der bestehenden Einzelwissenschaften überhaupt:

„Mich interessieren nicht die der bürgerlichen Linguistik möglichen Verbesserungen oder Erweiterungen, ebensowenig interessieren mich die revisionistisch und mitte-links Vermischungen von Methoden und Ergebnissen der bürgerlichen Linguistik einerseits und den Erfordernissen oder Ideen der marxistischen Tradition andererseits. Mich interessiert eine unmittelbare marxistische Sprachwissenschaft...“<sup>19a</sup>

Die Rossi-Landische Formulierung von der ‚unmittelbaren‘ marxistischen Sprachwissenschaft legt zumindest nahe, daß diese nicht auf dem Wege der marxistischen Kritik bestehender Theorien über Sprache, sondern — eben unmittelbar — sei es aus marxistischer Theorie gleichsam deduziert, sei es durch Anwenden, Übertragen marxistischer Begriffe gewonnen werden soll. Doch Anwenden worauf? Dem ‚unmittelbaren‘ Verfahren ist die Bestimmung des Gegenstands offenbar kein Problem, er erscheint ihm naiv als gegebener. Dies läßt bereits befürchten, daß einem nicht reflektierten Vorverständnis von Sprache — sei es dem Alltagsbegriff des common sense oder der nicht hinterfragten Rezeption traditioneller Theorien<sup>20</sup> — marxistische Begrifflichkeit übergestülpt werden soll.

19 Vgl. F. Rossi-Landi, *Dialektik und Entfremdung in der Sprache*. Zwei Beiträge. Frankfurt 1973, S. 44 f.

19a Ebd., S. 55; vgl. auch ebd., S. 15: „Zusammenfassend muß ich sagen, daß die Idee zu den Untersuchungen ... wesentlich mehr aus dem Studium des Marxismus als aus dem der Sprachwissenschaft entstanden ist.“

20 In der Tat zeigt sich, daß Rossi-Landi z. B. Saussuresche Begriffe völlig unkritisch als positive Gegebenheiten, als Eigenschaften des Gegenstands Sprache nimmt, die er dann umtauft: „Die sprachliche Arbeit als Semantisierung ergibt als ihr Produkt die Einheit von Signifikant und Signifikat. Überträgt man auf diese Ebene die Dialektik von Gebrauchs- und Tauschwert, kann man vielleicht im Signifikat eine embryonale Form des Gebrauchswerts, im Signifikant eine solche des Tauscherts sehen...“ (F. Rossi-Landi, *Sprache als Arbeit und als Markt*. München 1972, S. 35.) Darin zeigt sich, daß sich die bürgerliche Sprachwissenschaft gerade in ihrer abstrakten Negation hinter dem Rücken durchsetzt, indem sie unkontrolliert das Vorverständnis prägt.

*Sprache als Arbeit und als Markt*<sup>21</sup>

Indem Rossi-Landi seinen verkürzten Arbeitsbegriff, nach dem die Differenz zwischen dem Nicht-Vorhandensein und dem Vorhandensein eines Produkts immer durch Arbeit zustande kommt<sup>22</sup>, auf die richtige Feststellung anwendet, „daß die Wörter und Nachrichten nicht in der Natur vorkommen“ (SAM 8), kann er Sprache als Arbeit bestimmen. Beide sind damit — als sprachliche und nicht-sprachliche Arbeit — „auf dieselbe Ebene“ (SAM 8) gestellt. Rossi-Landi weist zwar mit Recht jeden Versuch zurück, „die nicht-sprachliche Arbeit und Produktion als etwas von der Sprache Losgelöstes und Unabhängiges aufzufassen“ (SAM 10) und betont demgegenüber die Einheitlichkeit des Entstehungsprozesses beider (SAM 17), vermag aber darüber nicht mehr innerhalb dieser Einheit zu differenzieren, wie beide zusammenhängen. Der Priorisierung der Sprache<sup>23</sup>, die er richtig ablehnt, setzt er entgegen: „Eine solche Priorität besteht weder in dem einen noch in dem anderen Sinn.“ (SAM 16)

Weitere vorläufige Beobachtungen zum Gegenstand Sprache, die zum Teil durchaus fruchtbare Ansätze bieten könnten, dienen Rossi-Landi nicht als Ausgangspunkt zu wissenschaftlicher Analyse, sondern nur als Anlaß, die jeweils kurz angedeuteten Zusammenhänge anschließend zum Zwecke des Einbaus in sein System in ökonomisierenden Termini zu formulieren, was den Erkenntniswert nicht nur nicht erhöht, sondern auch jene Ansätze meist bis zur Unkenntlich-

21 Im folgenden beziehen wir uns auf die in Anm. 20 zitierte Übersetzung. Dies, obwohl in Dialektik und Entfremdung . . . , a.a.O., S. 9, die Rede von „vielen Fälschungen und willkürlichen Kürzungen“ ist, derentwegen der Verfasser (gemeint ist wohl Rossi-Landi) sie nicht empfehlen könne. Diese Ausgabe trotzdem zugrunde zu legen (im Text unter der Sigle SAM zitiert), legitimiert sich u. E. durch die Tatsache, daß dieser Text der in der BRD hauptsächlich zugängliche und damit breit rezipierte ist.

22 So unterscheidet sich der Rossi-Landische Arbeitsbegriff in seiner nebulösen Allgemeinheit vom Marxschen u. a. durch das Fehlen der zentralen Momente der Zweckgerichtetheit und der ideellen Vermitteltheit in Form der bewußten Antizipation des verallgemeinerten Zwecks. Marxens Biene wäre für Rossi-Landi bereits Baumeister. Rossi-Landi würde allenfalls stutzig werden, wenn nur der Baumeister, nicht jedoch die Biene zu sprechen begänne. Sie hätte ein Kriterium des Menschseins nicht erfüllt, ohne daß damit die unterschiedliche Qualität des Arbeitsprozesses erkannt wäre. Arbeit und Sprache sind metaphysisch als Kriterien des Menschseins gesetzt, ohne den konkreten Funktionszusammenhang von Menschwerdung, Arbeit und Sprachentwicklung zu begreifen. Vgl. zur Kritik am Arbeitsbegriff auch U. Erckenbrecht, Marx und Rossi-Landi. Kritik einer vulgärmaterialistischen Sprachtheorie. In: ders., Politische Sprache. Gießen/Lollar 1975, S. 59—96; hier S. 61 f.

23 Vgl. den Kommentar zum Bloomfield-Zitat, SAM S. 16.

24 Entfällt.

keit wieder verzerrt. So wird z. B. die Differenz von gattungsge-  
schichtlicher Konstitution sprachlicher Elemente und deren Verwen-  
dung durch einzelne Individuen gesehen (SAM 18 f.), jedoch in ihrer  
Bedeutung für die Sprachtheorie nicht weiter verfolgt; statt dessen  
werden den beiden Momenten die Termini ‚konstantes Kapital‘ und  
‚variables Kapital‘ (SAM 25) zugeordnet.

Als Waren, die auf dem sprachlichen Markt zirkulieren (SAM 28),  
haben Wörter Gebrauchs- und Tauschwert. Während der Gebrauchs-  
wert der Wörter geschaffen wird in jener Form sprachlicher Produk-  
tion, die die Wörter als Resultat gesellschaftlicher Arbeit *hervor-  
bringt*, wird ihr Tauschwert durch die zur Verwendung der bereits  
bestehenden Wörter erforderlichen Arbeit konstituiert, die Rossi-  
Landi als abstrakte faßt. (SAM 28 ff. u. 34)

Schon diese knappe Skizze, die nur das Verfahren illustrieren soll,  
nach dem Rossi-Landi seine Kernbegriffe gewinnt und sein System  
aufbaut, läßt erkennen, daß Rossi-Landis Verwendung der Begriff-  
lichkeit der marxistischen Theorie zu einer Reihe von Verzerrungen  
und Unstimmigkeiten führt<sup>25</sup>. Doch für die prinzipielle Kritik des  
Rossi-Landischen Ansatzes als Ganzem, die sich nicht mit dem kriti-  
schen Aufweis korrigierbarer Details in der Verwendung einzelner  
Begriffe, mit Hinweisen zur Präzisierung begnügt, kann dies nur  
von untergeordneter Bedeutung sein. Primär muß es uns um die  
Legitimität der Übertragung selber gehen.

### *Semiotik als Grundwissenschaft*

Rossi-Landi stellt selbst diese Frage nach der Legitimität der dar-  
gestellten „Anwendung der Ökonomie auf die Sprache“ (SAM 49).  
Noch im Versuch, das Mißverständnis einfacher Analogisierung  
(„bloße Annäherung zweier verschiedener wissenschaftlicher Diszi-  
plinen...“; SAM 49) auszuräumen, bestätigt und vertieft er den  
Verdacht der Parallelisierung: Produktion und Zirkulation von Gü-  
tern (Waren) und Äußerungen (Nachrichten) werden explizit als zwei  
Äste ein- und desselben Stammes bezeichnet (SAM 49). Beide lassen  
sich auf das Gemeinsame zurückführen, menschliche Kommunika-  
tionsformen zu sein; Rossi-Landi geht es um

„die theoretische Aufarbeitung jener beiden fundamentalen Formen  
menschlichen Sozialverhaltens aus deren immanenter Struktur  
heraus...“ (SAM 49)

<sup>25</sup> Besonders in dem Kapitel über die „Dialektik der sprachlichen  
Werte“ stolpert man geradezu über solche Verwechslungen und Verfäls-  
chungen. Zur Kritik an der Verwendung einzelner Begriffe vgl. Ercken-  
brecht a.a.O., dem wir im wesentlichen zustimmen.

Einmal zu fundamentalen Kommunikationsformen geronnen, die nicht weiter begründet und erklärt werden können<sup>26</sup>, sind Sprache und (nicht-sprachliche) Arbeit „von ihrer Konstitution her konvergent“. (SAM 50)

Dies trifft auch für weitere Bereiche gesellschaftlicher Wirklichkeit zu: „die Politik, die Ökonomie, das Recht, die Kleidung, die Küche“ (SAM 51) werden von Rossi-Landi als Zeichensysteme interpretiert, denen kommunikative Strukturen zugrunde liegen. Diese interessieren allein, alle weiteren Eigenschaften, alle Spezifika der verschiedenen Bereiche verliert Rossi-Landi aus dem Gesichtskreis seiner Theorie. Zwar werden Differenzen der Bereiche untereinander zugestanden, doch diese sind gerade nicht Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse. Von ihnen gilt es eher zu abstrahieren, um zu erkennen, daß

„jenseits der Differenz eine Einheitlichkeit durch die Verwendung von Zeichen konstituiert wird“. (SAM 54)

Sein methodischer Anspruch ist also nicht — trotz verbaler Beshwörung des „Kapitals“ — die ‚eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes‘, vielmehr geht es um die Aufdeckung der gemeinsamen Grundstrukturen, nach denen die verschiedenen Systeme organisiert sind. Da somit „die Analyse grundsätzlich das gleiche Objekt vor sich hat“ (SAM 55), ist es möglich,

„daß die zur Analyse einer Form entwickelten Konzepte auf die jeder anderen Form übertragen werden können“. (SAM 50)

Freilich, wenn an Formen averbaler Kommunikation — wie z. B. der nicht-sprachlichen Arbeit — nur mehr das Moment ihrer Strukturiertheit als Kommunikationssystem in den Blick kommt,

„so ist es möglich, zwischen einer allgemeinen Theorie der Gesellschaft und einer allgemeinen Semiotik einen so engen Bezug zu institutionalisieren, daß ... die allgemeine Semiotik zur Theorie der Gesellschaft und diese zur allgemeinen Semiotik wird“. (SAM 51)

Ökonomie ist damit verstanden als „Sektor der Semiotik“ (SAM 61). „Die Ökonomie ist die Analyse der Waren als Nachrichten“ (SAM 60). Alle anderen Aspekte außer semiotischen fallen an Gegen-

26 Als Versuch einer Begründung des Vorkommens von Sprache könnte man allenfalls eine Stelle interpretieren, wo Rossi-Landi Sprache zurückführt auf „die fundamentalen Bedürfnisse, sich auszudrücken und zu kommunizieren“ (SAM 29). D. h. Formen der Kommunikation resultieren aus dem Bedürfnis nach Kommunikation, ohne daß die Genese dieses Bedürfnisses im Rahmen der ‚Produktion der Gattung‘ erklärt werden kann; es wird zu einem „fundamentalen“ stilisiert. Zu den prinzipiellen Schwierigkeiten, die aus der Zugrundelegung des Bedürfnisbegriffs resultieren, vgl. L. Sève, *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*. Frankfurt 1972, S. 34 f.

ständen der Ökonomie weg; das Beispiel der Ware macht Rossi-Landis Form des Kurzschlusses deutlich:

„Jede Ware stellt sich auf dem Markt innerhalb signifikativer Bezüge dar“; (SAM 52)

ein Satz, gegen den mit Marx sicher nichts einzuwenden wäre, doch ein paar Zeilen weiter ist daraus bereits gefolgert:

„Kurz ... eine Ware ist Ware ... insofern sie Nachricht ist.“ (SAM 52)

Daran wird deutlich, daß die Reduktion der Gegenstände auf ihre semiotischen Bezüge als das vermeintlich Allgemeine nur um den Preis deren völliger ‚Entmaterialisierung‘ möglich ist. Von den Gegenständen der Analyse — ursprünglich Teilmomente der Wirklichkeit — bleiben im wissenschaftlichen Resultat nur die dürren Abstrakta von Grundstrukturen; das offenbare Gegenteil der von Marx geforderten „reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen“<sup>27</sup>.

Der Zusammenhang der als diskrete Systeme verstandenen verschiedenen Wirklichkeitsbereiche besteht nurmehr in der allgemeinen Gültigkeit jener Strukturen. Damit tritt an die Stelle einer Erklärung des funktionalen Zusammenhangs verschiedener Momente des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (z. B. Arbeit und Sprache) der Aufweis eines formal-strukturellen Zusammenhangs, der nicht nur im einzelnen falsch (aufgrund von schiefen Analogien, falschen Begriffsverwendungen etc.), sondern vor allem theoretisch nichtssagend ist: Er reduziert die Vielfalt verschiedener Momente des Realen auf ein Gleiches, statt deren spezifisches Wesen zu erklären<sup>28</sup>.

Die Frage nach dem logischen Status dieser Grundstrukturen macht den ahistorischen, ontologisierenden Charakter des Rossi-Landischen Konzepts vollends deutlich. In Abgrenzung von bloßer Analogie, die durch induktive Generalisierung bestehender Ähnlichkeiten nachträglich konstruiert wird und den Gegenständen äußerlich bleibt, postuliert Rossi-Landi die Beziehung der Homologie zwischen Arbeit und Sprache<sup>29</sup>. „Die Homologie ... macht deutlich, daß das, was sich als Getrenntes zeigte, oder für gewöhnlich zeigt, in

27 K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Einleitung. Frankfurt o. J. (1939), S. 21.

28 Das „homologische Schema der Produktion“ (SAM 153 ff.) ist ein Musterbeispiel für Rossi-Landis Vorgehen. Es enthält einen durchaus richtigen Kern, indem es auf analoge Momente an den Prozessen der Entstehung und Verwendung von Sprache wie von Werkzeugen hinweist; es demonstriert aber vor allem in nuce den analogistischen Kurzschluß, der über strukturelle Parallelen hinaus im Resultat schließlich nichts mehr auszusagen vermag über den realen genetischen Zusammenhang.

29 Vgl. dazu insbesondere SAM Kap. V: Ansatz zu einem homologischen Schema der Produktion, S. 132 ff. „Die ‚Arbeitsvorgänge‘, die zu den Teilstücken und dann zu den Utensilien führen, wie jene, die zu Wörtern und dann zu Sätzen führen, sind, relativ aufgefaßt, dieselben“ (ebd., S. 133).

Wirklichkeit genetisch zusammengehört<sup>30</sup>. „Genetische Zusammengehörigkeit‘ ist jedoch nicht verstanden als der komplexe Zusammenhang ursächlicher und wechselseitiger Wirkungen, in dem beide miteinander stehen, sondern als Ausdruck der gemeinsamen Zugehörigkeit zu einem Dritten: „Die Homologie ist die Zurückführung der zwei auf eines...“<sup>31</sup>

Die Homologie zwischen Sprache und nicht-sprachlicher Arbeit formuliert Rossi-Landi zwar weitgehend in der auf Kapitalismus bezogenen Begrifflichkeit der politischen Ökonomie, meint jedoch offensichtlich universalere Zusammenhänge: es ist nicht nur die Rede davon, daß diese Theorie nur formationsspezifische Momente der Sprache erfaßt, vor allem handelt es sich nach Rossi-Landi um „eine dem Produzieren *immanente Homologie*“ (SAM 140), also nicht auf bestimmte Gesellschaftsformen beschränkt. Wenn also „die Sprache eine Art Kapital“ (SAM 70) darstellt, zwischen Sprache und nicht-sprachlicher Arbeit eine Homologie besteht, müßte Rossi-Landi die Universalität kapitalistischer Produktionsweise behaupten. Dies ist jedoch nicht nur schlechterdings wissenschaftlich unhaltbar, insbesondere läuft es auch Rossi-Landis marxistischem Anspruch gar zu offenbar zuwider. Rossi-Landi nimmt Zuflucht zu der abenteuerlichen These,

„daß eine Art Kapital mit einer organischen Struktur, die der heute im materiellen Kapital identifizierbaren in gewisser Weise ähnlich ist, sich seit Urzeiten zu bilden begonnen habe: das heißt, daß sich, mit einer immensen zeitlichen Antizipation gegenüber der Bildung eines Kapital im eigentlichen Sinne, ein inneres Kapital in der Form von Modifikationen unseres Nervensystems akkumuliert habe...“ (SAM 178)

Daraus folgt logisch, daß „die materielle Produktion partiell als progressive projektive und nachahmende Realisierung einer schon bestehenden sprachlichen Produktion konzipiert werden könnte“ (SAM 178)<sup>32</sup>.

Wie wenig solche Spekulationen geeignet sind, eine materialistische Sprachtheorie zu begründen<sup>33</sup>, ist unmittelbar evident. Die Ana-

30 Rossi-Landi, *Dialektik und Entfremdung...*, a.a.O., S. 63.

31 Ebd., S. 64.

32 Die immanenten Tiefschläge, die Rossi-Landi damit seiner Theorie versetzt, brauchen hier nur angedeutet zu werden: diese Thesen widersprechen sowohl dem Postulat der Priorität „weder in dem einen noch in dem anderen Sinn“ (SAM 16) als auch dem, „daß die Homologie zwischen materieller und sprachlicher Produktion gleichzeitig eine logisch-strukturelle und geschichtlich-genetische (!) ist“. (SAM 143)

33 Besonders perfide, zugleich aber auch erhellend für Rossi-Landis Verständnis von dialektischem (?) Materialismus ist sein Versuch, dies als materialistisch auszugeben: „Worin keinerlei Idealismus liegt, denn die ‚innere Struktur‘ ist völlig materiell und ihre Modifikationen hängen von der Bildung der Gesellschaft ab. Die Identität von Natur und Geschichte würde sich deswegen mit der völligen Umstülpung unseres Nervensystems nach außen herstellen: Vielleicht wäre in diesem Sinn ‚Gesellschaft die wahre Auferstehung der Natur.‘“ (SAM 178)

lyse hat gezeigt, daß dies nur die Konsequenz aus Rossi-Landis Ansatz ist, Sprache und Arbeit homolog zu setzen, die Beziehung zwischen beiden also als Strukturgleichheit zu deuten.

Wenn man Rossi-Landis Fehler vermeiden will, muß man nicht seine Intention aufgeben: den Versuch einer theoretischen Fundierung marxistischer Sprachwissenschaft im Arbeitsbegriff. Aber das Verhältnis von Arbeit und Sprache darf nicht als Identität gedacht werden, wenn die Sprachwissenschaft über anregende Analogien hinauskommen soll.

### 3. Sprache als zweites Vergesellschaftungsprinzip

Jürgen Habermas hat das Problem des Verhältnisses von Arbeit und Sprache nicht mit der Absicht aufgenommen, zur Begründung einer marxistischen Sprachwissenschaft beizutragen. Ihn interessiert dies Verhältnis als Problem der Erkenntnistheorie und der Konstitutionstheorie von Erfahrung. Der Einfluß seiner Arbeiten auf einige sprachwissenschaftliche Theoriebildungen erscheint uns aber so bedeutend, daß wir hier auf sie eingehen wollen.

Habermas' Rückgriff auf sprachtheoretische Aussagen kam zustande bei der Suche nach nicht-positivistischen Zugriffsweisen auf die Gegenstände der Sozialwissenschaften im Rahmen einer Diskussion um gesellschaftswissenschaftliche Theoriebildung, die als ‚Positivismusstreit in der deutschen Soziologie‘ bekannt ist<sup>34</sup>. Seine Ausgangsposition in diesem Streit:

„Erst der wissenschaftliche Apparat erschließt einen Gegenstand, von dessen Struktur ich gleichwohl vorgängig etwas verstanden haben muß, wenn die gewählten Kategorien ihm nicht äußerlich bleiben sollen. Dieser Zirkel ist durch keine aprioristische oder empiristische Unmittelbarkeit des Zugangs zu brechen, sondern nur in Anknüpfung an die natürliche Hermeneutik der sozialen Lebenswelt dialektisch durchzudenken.“<sup>35</sup>

Dieser hermeneutische Zirkel, das Argument des notwendigen Vorverständnisses gesellschaftlicher Sinnzusammenhänge, wird einerseits kritisch gegen eine positivistische Methodologie ins Feld geführt<sup>36</sup> und muß andererseits als Ausgangsbasis dienen, wenn gegenüber dem positivistischen Auseinanderreißen von Vernunft und Entscheidung daran festgehalten werden soll, daß eine gesellschaftswissenschaftliche Theorie das Ganze des gesellschaftlichen Zusammenhangs wiedergeben muß, also „zugleich die Objektivitäten erklä-

34 Dokumentiert in Th. W. Adorno u. a., Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Neuwied und Berlin 1969. Vgl. dazu: M. v. Brentano, Die unbescheidene Philosophie. Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften. In: Das Argument 43 (1967), S. 102—116.

35 Der Positivismusstreit, a.a.O., S. 158.

36 Vgl. M. v. Brentano, Die unbescheidene Philosophie, a.a.O., S. 108.

ren und das Bewußtsein der Menschen von ihnen verstehen, (...) die objektiven Verhältnisse als vom Menschen gemachte verstehen und das Bewußtsein als von Verhältnissen geprägtes erklären“<sup>37</sup>.

Wenn dem Vorwurf der Hybris dialektischer Methode begegnet werden sollte, dann mußte der Ort angegeben werden, an dem sich — u. a. mit den Instrumenten der empirischen Sozialforschung — die Genese dessen feststellen läßt, was Habermas unter der Kategorie Sinn faßt. Denn nur wenn der empirisch feststellbare Tatbestand einer Gesellschaft und der Begriff ihrer selbst sowie das Bewußtsein ihrer Mitglieder in ihrem Wirkungszusammenhang aufgewiesen werden — und nur wenn die Theorie dies möglich macht, also über die Kategorie des gesellschaftlichen Sinns verfügt — kann die Wahrheitsfähigkeit praktischer Fragen behauptet<sup>38</sup> und die Einheit von Vernunft und Entscheidung wiedergewonnen werden.

Als die Untersuchungsbereiche, in denen sich das Vorverständnis gesellschaftlicher Sinnzusammenhänge bildet, gelten Habermas die Alltagserfahrungen und die Sprache, in der jene festgehalten werden. Ein ‚phänomenologischer‘ und ein ‚linguistischer‘ Bereich werden zunächst noch gleichgewichtig behandelt<sup>39</sup>, wobei sich allerdings herausstellt, daß auch in der Linguistik unter dem methodischen Diktat des Behaviorismus die Trennung von Sinnverstehen und empirisch feststellbaren Regelmäßigkeiten, von Struktur und Bedeutung durchgegriffen hat. Da ihm also aus methodischen Gründen aus den linguistischen Disziplinen nicht zugearbeitet werden konnte, ging der Sozialwissenschaftler Habermas daran, jene Theorieansätze zu sichten, die wenigstens einzelne Aspekte der Einheit von Sprache, Denken und Handeln im Blick behielten.

Als erstes nahm er Gedanken des späten Wittgenstein auf, der die Gültigkeit sprachlicher Regeln aus im praktischen Handeln eingeübten Sprachspielen herleitete<sup>40</sup>. Mit Wittgensteins Argumenten ließ sich zwar plausibel machen, daß sprachliche Bedeutungen an gesellschaftliches Handeln gebunden sind, aber die erkenntniskritische Frage, welches denn die Voraussetzungen dafür sind, daß wir uns mit sprachlichen Zeichen auf einen gemeinsamen Sinn und auf wechselseitige Intentionen beziehen können, ist mit Wittgensteins Hinweis auf die Abrichtung im Rahmen gemeinsamer Lebenspraxis nicht hinreichend beantwortet<sup>41</sup>.

37 Ebd. S. 110.

38 J. Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1973, S. 140 ff.

39 J. Habermas, *Zur Logik der Sozialwissenschaften*, in: *Philosophische Rundschau*, Beiheft 5 (1967), S. 95 ff.

40 Ebd. S. 137 ff.

41 L. Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt/M. 1971, S. 16.

Dagegen ergab die Interaktionstheorie G. H. Meads<sup>42</sup> erste Erklärungsansätze für die Entstehung von Intersubjektivität und mit Hilfe der Theorie der Sprechakte von Austin und Searle sowie einer Erweiterung des Chomskyschen Kompetenzbegriffs<sup>43</sup> ließ sich eine Analyse der Alltagssprache vornehmen, welche ergab, daß in der Form der Alltagssprache die Bedingungen der Möglichkeit zu praktischem und reflexivem Reden, zum Befolgen und Infragestellen von Regeln enthalten sind. Aus der Alltagssprache ließen sich jene ‚dialogkonstituierenden Universalien‘ gewinnen<sup>44</sup>, die, nach dem Muster der Protophysik P. Lorenzens<sup>45</sup>, welche durch Idealisierung alltäglicher Meßoperationen das transzendental genannte Vorverständnis möglicher physikalischer Gegenstände erklärt, den Rahmen darstellen, in dem die Menschen Erfahrungen machen, Sinn verstehen und soziale Normen problematisieren können.

Eine Kritik dieses sprachanalytisch aufgeäumten Entwurfs einer Erkenntnistheorie müßte — entsprechend Habermas' vielfältigen Begründungsstrategien — weit ausholen. Hier soll nur eine Linie seiner Gedankenführung verfolgt werden, seine Kritik marxistischer Erkenntnistheorie und die von ihm vorgeschlagene Alternative.

Das Wesentliche einer materialistischen Erkenntnistheorie besteht Habermas zufolge darin, daß die Grundlagen der Erkenntnisrelation zwischen Subjekt und Objekt — in der Tradition der klassischen deutschen Philosophie spricht er von den Kategorien der Synthesis — nicht als Kategorien oder Bewegungsformen des Geistes vorgestellt werden, sondern aus der Reflexion der geschichtlich sich ändernden Formen der gesellschaftlichen Reproduktion zu erschließen sind. Synthesis im materialistischen Sinn „ist nicht die Leistung eines transzendentalen Bewußtseins, nicht das Setzen eines absoluten Ich oder gar die Bewegung eines absoluten Geistes, sondern die gleichermaßen empirische wie transzendente Leistung eines sich historisch erzeugenden Gattungssubjekts“<sup>46</sup>. Wenn damit Arbeit als die grundlegende Kategorie der materiellen und ideellen Vermittlung der Menschen zur Natur und untereinander erkannt ist, können wir Habermas soweit folgen. Die Frage nach den Voraussetzungen der Erkenntnis im Subjekt-Objekt-Verhältnis kann nicht durch logische Konstruktionen, sondern muß aus dem Zusammenhang menschlicher Praxis beantwortet werden.

42 Vgl. J. Habermas, *Zur Logik der Sozialwissenschaften*, a.a.O., S. 69 ff.

43 J. Habermas, *Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz*, in: Ders. u. N. Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Frankfurt/M. 1971, S. 101 ff.

44 Ebd. S. 110.

45 P. Lorenzen, *Methodisches Denken*, Frankfurt/M. 1968, bes. S. 148 ff.

46 J. Habermas, *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt/M. 1968, S. 43.

Nun hat aber Marx — so Habermas weiter — die erkenntnistheoretischen Konsequenzen seiner materialistischen Wendung der Hegelschen Bewegungsform des Geistes nicht konsequent ausgeführt. Wenn wir Habermas richtig verstehen<sup>47</sup>, argumentiert er so: gesellschaftliche Arbeit in kapitalistischer Form hat nicht nur eine Ansammlung von Waren zum Resultat, sondern auch Verkehrsverhältnisse, die unter dem Schein des gerechten Tauschs den Gegensatz von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung verbergen. In gesellschaftlicher Arbeit wird objektiver Schein mitproduziert, hinter dem sich das Wesen der gesellschaftlichen Organisiertheit versteckt. Entsprechend zielen erkenntnistheoretische Fragen auf die Bedingungen der Erkennbarkeit von Erkenntnisgegenständen, die systematisch verzerrt sind und unmittelbar nicht angemessen erkannt werden können. Erkennbar werden sie nur über eine Vermittlung, die in der Reflexion der Verhältnisse besteht, deren Ergebnis sie sind.

Nimmt man nun Arbeit als Kategorie der Synthesis, dann muß die Entstehung des Bewußtseins, seine Fähigkeit, das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse erkennen zu können, auf eben die Ursachen zurückgeführt werden, die in ihrer historisch konkreten Gestalt jenes Wesen unmittelbar unzugänglich halten. Das Bewußtsein muß sozusagen schon wissen, was es doch erst lernen soll. Darin liegt ein Zirkel, der — immer nach Habermas — nur aufzuheben ist, indem man eine zweite grundlegende Vermittlungskategorie neben der der Arbeit annimmt und menschliche Praxis doppelt gründet: auf Arbeit und Interaktion. Nur so lassen sich beide Aspekte menschlicher Praxis in den Griff bekommen, die Auseinandersetzung mit der äußeren Natur ebenso wie die Reflexion der Bedingungen, unter denen sie stattfindet.

An dieser Argumentationsweise ist in unserem Zusammenhang dreierlei bemerkenswert: der zugrundeliegende Irrtum, das Motiv für diesen Irrtum und schließlich seine Folgen.

Der fundamentale Fehler der Habermasschen Kritik an Marxens „Reduktion des Selbsterzeugungsaktes der Menschengattung auf Arbeit“<sup>48</sup> liegt in der Verwechslung der Kategorie der menschlichen Arbeit mit dem Begriff der konkreten Arbeit. Das ist an anderer Stelle ausführlich dargelegt und muß hier nicht wiederholt werden<sup>49</sup>.

47 Das Folgende ist der Versuch einer möglichst knappen Rekonstruktion des Hauptarguments des ersten Kapitels von Erkenntnis und Interesse. Auf dem zur Verfügung stehenden Platz kann diese Lesart nur behauptet und zur Überprüfung angeboten, nicht aber philologisch gesichert werden.

48 Erkenntnis und Interesse, a.a.O., S. 58.

49 Zur Vertauschung der Kategorie der gesellschaftlichen Arbeit mit dem Begriff der konkreten Arbeit bei Habermas vgl. E. Hahn, Die theoretischen Grundlagen der Soziologie von J. Habermas. In: Materialien zu Habermas' Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M. 1974, S. 220 ff., hier bes. S. 224.

Die Dichotomie von Arbeit und Interaktion wäre zu umgehen, wenn ausgehend von der Kategorie der Arbeit im Denkmodell von Vergegenständlichung und Aneignung nicht nur die Rekonstruktion gattungsgeschichtlicher Entwicklung unternommen werden könnte, sondern auch gezeigt würde, wie sich nach diesem Modell die Bildungsprozesse individueller Subjekte im systematischen Zusammenhang mit den bestimmten Formen gesellschaftlicher Arbeit und den darin mitproduzierten Formen sprachlicher Verallgemeinerungen sowie den Überlieferungen ungleichzeitiger Bedeutungsgehalte vollziehen. Es wäre zu zeigen, daß der Begriff der Reflexion, der Habermas zufolge aus dem Marx'schen Arbeitsbegriff sich nicht entwickeln läßt, in diesem enthalten ist, und daß, wenn auch die Einübung in elementare Reflexionsfähigkeit außerhalb der Sphäre materieller Produktion geschieht, für diesen Vermittlungsprozeß keine besondere Basis, nämlich die der Interaktion, angenommen werden muß.

Aber damit, daß man Habermas' Überlegungen in diesem Punkt nicht folgen kann, ist das Problem noch nicht gelöst und der falsche Lösungsweg nicht vor weiteren Pilgern bewahrt.

Das Motiv für die Dichotomie von Arbeit und Interaktion liegt für Habermas darin, daß er einerseits am Primat materialistischer Synthesis festhalten will, andererseits nicht sieht, wie aus der menschlichen Arbeit, die er bloß als instrumentelles Handeln gegenüber äußerer Natur begreift, jene Reflexionsfähigkeit hervorgehen kann, die den Schein der Alltagserfahrungen durchdringt und die man der „positivistischen Verkümmern der Erkenntnistheorie“<sup>50</sup> entgegensetzen kann. Solange niemand gezeigt hat, wie die begrifflichen Vermittlungen zwischen der Kategorie der gesellschaftlichen Arbeit und den von Habermas gemeinten Bildungsprozessen aussehen und wie sie als theoretischer Bezugsrahmen empirischer, aber eben nicht positivistischer, Untersuchungen des Bewußtseins dienen können, bleibt die Herausforderung der Habermas'schen Gedanken bestehen, auch nachdem man ihnen Fehler nachgewiesen hat.

Nun zu den Folgen dieser Gedanken. Habermas hat auf viele der derzeit publizierenden Linguisten, die sich als Antipositivisten oder als Materialisten verstehen, einen nachhaltigen Einfluß gehabt oder hat ihn noch<sup>51</sup>. Besonders sein Entwurf einer „Konstitutionstheorie

50 Erkenntnis und Interesse, a.a.O., S. 58.

51 Die meisten Diskussionsthemen, die in der Linguistik der letzten sieben Jahre aktuell waren, sind von Habermas' Schriften begleitet oder gar angeregt worden und wurden z. T. mit den von ihm gesammelten Argumenten bestritten: zur Kritik der strukturalistischen Sprachwissenschaft und der Transformationsgrammatik bediente man sich der ‚Logik der Sozialwissenschaften‘ und der Aufsätze zum Positivismusstreit, zur Diskussion über Sprachbarrieren und Sozialisation konnten die ‚Thesen zur Theorie der Sozialisation‘ (Stichworte und Literatur zur Vorlesung, SS 68, O.O. o. J.) herangezogen werden, zur Diskussion über Sprechakttheorie und Pragmatik die ‚Einführende(n) Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz‘ (s. Anm. 43).

der Erfahrung“<sup>52</sup>, der sprachtheoretisch begründet wird, kann in hochspezialisierten Linguistenköpfen, die das zugespitzte Argument gegen systemtheoretische Denkschranken schon für die ganze Sprachtheorie nehmen, als das aufgefaßt werden, was er nur zum Teil auch ist: ein Versuch, die Kategorien der Erfahrung in der Grammatik natürlicher Sprachen nicht nur enthalten, sondern auch begründet zu sehen<sup>53</sup>.

Es gibt Nachfolger Habermasschen Denkens, die in der Dichotomie von Arbeit und Interaktion nicht den methodisch verfehlten Versuch sehen, eine materialistische Erkenntnistheorie so auszustatten, daß sie das Feld der Methodologie nicht dem Positivismus überläßt, sondern darin eine ‚unaufgebbare Grundidee‘ erblicken. Sie lassen Habermas' Ausgangspunkt der materialistischen Synthesis unberücksichtigt und der manchmal Kantsche Sprachgebrauch, in dem er dem Zusammenhang von Sprache und Erfahrung nachgeht<sup>54</sup>, wird seinen Nachfolgern zur wirklichen „transzendente(n) Wirksamkeit von Symbolen“<sup>55</sup>. So radikalieren sie die Irrtümer eines Lösungsversuchs, dessen Problem sie längst aus den Augen verloren haben.

#### 4. Logischer Materialismus und Symboltheorie der Praxis

Anton Leist kann als Hauptvertreter<sup>56</sup> einer habermasinspirierten, sich materialistisch nennenden Symboltheorie gesellschaftlichen Handelns gelten. Sie sieht die konstitutive Rolle des Subjekts in der intersubjektiven Interaktion vom Marxismus gleichermaßen vernachlässigt wie vom Positivismus und will diese Lücke mit Hilfe von Ansätzen der Hermeneutik, insbesondere aber soziologischer Rollen- und Interaktionstheorien sowie der sprachanalytischen Philosophie und der Sprechakththeorie füllen.

Dabei wird Habermas' Trennung von Arbeit und Interaktion dahingehend kritisiert, daß Arbeit „nicht einseitig instrumentalistisch“ verstanden werden dürfe (der Aspekt ihrer gesellschaftlichen Organisation, heißt das wohl mit Recht, müsse vielmehr von Anfang an mitberücksichtigt werden), sondern als ‚übergreifend Allgemeines‘ selbst erst durch Sprache ermöglicht werde. Beide nämlich, „Naturerfahrung“ wie ‚soziale Erfahrung‘ sind nach Leist erst sprachlich konstituiert. Wenn er schreibt: „Sprache ermöglicht die kooperative

52 J. Habermas, N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, a.a.O., S. 202—209.

53 Der Begriff ‚Grammatik‘ ist dabei sehr weit gefaßt. Er bedeutet etwa die Gesamtheit der Regeln, die beim Sprechen befolgt werden, und von denen man annimmt, daß sie das sprechende Gegenüber auch befolgt.

54 Beispiel: Habermas/Luhmann, Theorie der Gesellschaft, a.a.O., S. 209.

55 A. Leist, Widerspiegelung der Realität — Realität der Widerspiegelung?, in: Das Argument 81 (1973), S. 611.

56 Der von Leist herausgegebene Band „Ansätze zur materialistischen Sprachtheorie“ (Kronberg 1975) versammelt recht heterogene Beiträge und konnte hier noch nicht berücksichtigt werden.

Koordination von Arbeitsvorgängen und des gesellschaftlichen Verkehrs — und damit erst Arbeit als *gesellschaftliche* Einstellung zur Natur“<sup>57</sup>, so bezeichnet er Sprache nicht einfach als notwendige (in ihrer Genesis und Funktion näher zu erklärende) Folge- und Begleitbedingung gesellschaftlicher Arbeit<sup>58</sup>, sondern hypostasiert sie zum letzten Ermöglichungsgrund der Arbeit. Insofern bei Leist also Zeichenhandeln letzten Endes unabhängig von der Arbeit schon für das ganze gesellschaftliche Handeln gilt, ist die marxistische Fundierung des Arbeitsbegriffs in der materiellen Produktion und Reproduktion der Gattung preisgegeben. Jetzt ist weder einzusehen, wie Arbeit noch als übergreifend Allgemeines gelten soll (was ja behauptet wird), noch wie man den Ursprung der Sprache anders als aus einer eben unerklärlichen anthropologischen Grundausstattung begreifen könnte.

Doch verfolgen wir die Entwicklung der Leistschen Frage nach der konstitutiven Rolle des Subjekts. Aus der Kritik der positivistischen, logisch-empiristischen und wissenschaftstheoretischen Unterschlagung des erkennenden Ich<sup>59</sup> bzw. der neopositivistischen Aporien bei der naturwissenschaftlichen Erklärung psychischer Phänomene<sup>60</sup> gewinnt Leist den Subjektbegriff als einen erkenntnistheoretischen<sup>61</sup> und baut ihn mit Hilfe der Deutung des intersubjektiven und intentionalen Charakters der Alltagssprache durch Wittgenstein und Sellars<sup>62</sup> als sprachtheoretischen aus. Wittgensteins Überwindung einer naiven Auffassung der Logik als Abbild der Welt durch die Anerkennung der subjektkonstituierten alltäglichen Sprachspiele gilt als Programm einer Sprachanalyse, mit der man „die menschliche Naturgeschichte“ aufschließen könne<sup>63</sup>, sofern sein ‚latenter

57 Alle Zitate Anton Leist: Widerspiegelung der Realität — Realität der Widerspiegelung? In: Das Argument 81, S. 590.

58 So MEW 3, S. 30: „Jetzt erst, nachdem wir bereits vier Momente, vier Seiten der ursprünglichen, geschichtlichen Verhältnisse betrachtet haben, finden wir, daß der Mensch auch ‚Bewußtsein‘ hat.“

59 Leist: Rezension zu Ayer: Sprache, Wahrheit und Logik. In: Das Argument 68, S. 853—855. Ders.: Rezension zu Watzlawick, Beavin, Jackson: Menschliche Kommunikation. In: Das Argument 68, S. 857. Ders.: Rezension zu Stegmüller: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. 1. In: Das Argument 76, S. 840 und 842. Ders.: Rezension zu Kolakowski: Die Philosophie des Positivismus. In: Das Argument 87, S. 657.

60 Leist: Rezension zu Giegel: Die Logik der seelischen Ereignisse. In: Das Argument 87, S. 664 f.

61 Von daher auch die positive Einschätzung konventionalistischer Wahrheitstheorien; z. B. Leist-Rezension zu Stegmüller 1, in: Das Argument 76, S. 840, sowie Leist: Widerspiegelung, S. 603 und 607 (Anm. 100 und 110).

62 Leist-Rezension zu Watzlawick in Argument 68, S. 857; Leist-Rezension zu Stegmüller 1, in Argument 76, S. 842; Leist-Rezension zu Giegel in Argument 87, S. 664—666.

63 Leist-Rezension zu Kolakowski in Argument 87, S. 657.

Behaviorismus' durch die Anerkennung der Kreativität der Sprachgeschichte überwunden werde<sup>64</sup>. Die „im Neopositivismus angelegte und gegen sein anfängliches Programm sich durchsetzende Restitution eines Sprach- und Sinnaprioris“ in der analytischen Philosophie erzwingt, so Leist, die Untersuchung einer (sprachtheoretisch verstandenen) Konstitution<sup>65</sup>.

Da er die „Praxis der Subjekte“ auf ihre „eingespielte Kommunikation“<sup>66</sup> reduziert und Sozialbeziehungen für kommunikativ konstituiert hält, glaubt er folgerichtig auch, daß die einzelnen Akte gesellschaftlichen Handelns aus Normen und Verhaltenskonventionen sowie intentional-kreativen Kommunikations-Leistungen (vollends) zu erklären seien. So wird im Rahmen seines Programms die Sprechakttheorie als Vermittlerin zwischen „analytischer Rollentheorie“ und symbolischer Interaktionstheorie zum vordringlich zu entwickelnden Baustein einer Gesellschafts- als Sprachtheorie (statt umgekehrt Sprach- als Gesellschaftstheorie)<sup>67</sup>. Unter diesem sprachgesellschaftlichen Blickwinkel gilt die Wittgensteinsche Systemlosigkeit bei der Beschreibung von Sprachspielen als potentiell überwunden durch Austins die Positivität der Sprache allerdings unkritisch hinnehmenden pragmatischen Begriff vom Sprechakt. In dessen Weiterführung, so Leist, helfe Searle im illokutionären Akt Sprechen als gesellschaftliche Aktivität aufzeigen und halte in der Unterscheidung regulativer von handlungsermöglichenden konstitutiven Regeln die gesellschaftlich konstituierten sozialen Institutionen von den dem Handeln vorgegebenen Tatsachen antipositivistisch, antiempiristisch und in dieser Beziehung auch antisprachanalytisch richtig auseinander<sup>68</sup>.

Auch den Ansatz der generativen Grammatik interpretiert Leist in Richtung auf eine Konstitutionstheorie des sprechenden Subjekts weiter. Hatte Chomsky das nach Leist ‚unaufgebbare‘<sup>69</sup> „Prinzip der Generativität“<sup>70</sup> ursprünglich bloß auf das mathematische Modell einer grammatischen ‚Kompetenz‘ zur Erzeugung prinzipiell unendlich vieler Sätze (nicht Äußerungen) bezogen, so übernimmt Leist die andernorts schon kritisierte<sup>71</sup> mentalistische Behauptung von der „psychologische(n) Realität generativer Grammatiken“<sup>72</sup> und unter-

64 Leist-Rezension zu Giegel in *Argument* 87, S. 665 f.

65 Leist-Rezension zu Kolakowski in *Argument* 87, S. 657.

66 Ebd. S. 657.

67 Leist: Rezension zu Searle: *Sprechakte*. In: *Das Argument* 86, S. 459 f.

68 Ebd. S. 459 f.

69 Leist: *Zur Intentionalität von Sprechhandlungen*. In: D. Wunderlich (Hrsg.): *Linguistische Pragmatik*. Frankfurt/M. 1972, S. 65.

70 Ebd. S. 59.

71 Geier: *Linguistischer Strukturalismus als Sprachkompetenztheorie*, a.a.O., S. 267–280.

72 Leist: *Intentionalität*, S. 63.

stellt den modellhaft idealisierten als alltäglich empirischen ‚kompetenten‘ Sprecher<sup>73</sup>. Angeblich nicht genügend konsequente<sup>74</sup> ontologische<sup>75</sup> Erweiterungen gelten jetzt als Beispiele „für die Wiederaufnahme des Zusammenhangs Sprache und Handeln“<sup>76</sup>, „für die Wiedergewinnung der Dimension Sprache und Geschichte“<sup>77</sup>, der „Dimension von Sprache und Reflexion“ und für die Diskussion des Zusammenhangs des angeblich „von der Grammatik repräsentierte(n) Universum(s) der Rede mit dem Universum der Realität“<sup>78</sup>. Handlungsmuster können angeblich, weil in Sprache ‚sedimentiert‘, „nach einem analogisierenden (!) System semantischer Beziehungen aus Sätzen extrahiert werden“<sup>79</sup>. Der Handlungskontext für Sätze soll — insofern vergleichbar mit Maas’ grammatischen Kategorien als geonnener Arbeit — aus den Sätzen selbst rekonstruiert werden können<sup>80</sup>. Denn mit Habermas’ nicht genannter Trennung von Arbeit und Interaktion (die sich übrigens auch in Leists Unterscheidung von elementaren und sozialen Wahrnehmungssätzen<sup>81</sup> durchsetzt) und ausdrücklicher Berufung auf seine ‚unaufgebbaren Grundideen‘ gelten die Sprechsituationen als rein kommunikativ, durch Dialog selbst erst und allein konstituiert<sup>82</sup>.

Die vom materialistischen Standpunkt her richtige Auffassung der Sprache „als Registratur gesellschaftlichen Bewußtseins“<sup>83</sup> ist hier also nicht vom (dialektisch-materialistisch gefaßt) übergreifend Allgemeinen der gesellschaftlichen Arbeit als praktischer Aneignung der Natur her verstanden, sondern bei Gleichsetzung gesellschaftlicher mit kommunikativen Prozessen auf hoher Abstraktionsstufe tautologisch. Die behauptete innige „Verzahnung linguistischer Formen mit sozialen“<sup>84</sup> ist aus dem Begriff von Gesellschaft als Kommunikationsgemeinschaft, wie er sich aus der heimlichen Verallgemeinerung der wissenschaftstheoretischen zur gesellschaftstheoretischen Argumentation ergab, nur noch analytisch abgeleitet. Die berechnete Abneigung gegen die induktiven Verfahren des logischen Empirismus hat offenbar die Marx-Rezeption hier derart kontaminiert, daß dessen Dialektik von Praxis und Theorie, auch von Handeln und Sprechen, nicht mehr verstanden wird: sprachlicher Ausdruck und theoretische Antizipation praktischer Verhältnisse können nicht mehr

73 Ebd. S. 64.

74 Ebd. S. 65.

75 Vgl. ebd. S. 61, 64; auch 65.

76 Ebd. S. 61.

77 Ebd. S. 63.

78 Ebd. S. 64.

79 Ebd. S. 62.

80 Ebd. S. 62 f.

81 Ebd. S. 84.

82 Ebd. S. 65.

83 Leist-Rezension zu Searle in *Argument* 86, S. 461.

84 Ebd. S. 461.

aus diesen „jedemaligen wirklichen Lebensverhältnissen“ selbst entwickelt werden<sup>85</sup>, sondern fallen mit ihnen zusammen.

Das Verfahren exakter immanenter Kritik durch Rekonstruktion der Probleme und „Leerstellen“ metatheoretischer Diskussionen dient, anders betrachtet, zwar der Eröffnung nachpositivistischer, insbesondere auch hermeneutischer und pragmatischer Ansätze<sup>86</sup>, hypostasiert den betretenen Boden der Methodologie jedoch sogleich zur Ontologie im folgenden Sinne. Das erkennende Subjekt wird unbesehen für das praktische genommen, das sprechende ist schon das handelnde: dico ergo sum. Ein Teilaspekt gesellschaftlicher Produktion und Zirkulation wird nicht eben diesem Allgemeinen, dem gesellschaftlichen Prozeß in seiner Einheit von Theorie und Praxis mit praktischer Aneignung der Natur als dem bestimmenden Moment, subsumiert, sondern selbst als die Keimzelle des gesellschaftlichen Prozesses aufgefaßt: In der (für sich nicht falschen und weit über die formale Linguistik hinausgehenden) Qualifizierung von Sprechen als sozialem Handeln<sup>87</sup>, insbesondere der Wissenschaft als methodisch-rationalem Handeln<sup>88</sup>, wird zugleich unterstellt, gesellschaftliches Handeln sei primär symbolische Interaktion, und Gesellschaft erschöpfe sich in einem Gefüge wechselseitiger Rollenerwartungen, also Phänomenen des Bewußtseins. Damit erscheint das habermasische Diskursmodell der Forschergemeinschaft als Erklärungsmodell für Gesellschaft überhaupt als berechtigt<sup>89</sup>.

Entsprechend sieht Leist bei der Beschreibung der Intentionalität von Sprechhandlungen<sup>90</sup> die Zwecke erst auf der Ebene sprachlichen Handelns konstituiert, ohne die zugrundeliegenden bedürfnisgeleiteten und sprachlich bloß formulierten praktischen Zwecke menschlichen Handelns im Rahmen der Reproduktion der Gattung bzw. einer Gesellschaft zu berücksichtigen. Was aus marxistischer Sicht eine analogisierende Metabasis von abgeleiteten Phänomenen des Sprechens (Theorie) auf das übergreifende der praktischen Arbeit wäre (umgekehrt also als bei Rossi-Landi), gilt in Leists im Anschluß an Parsons, Mead und die Sprechakttheorie gewonnener Symboltheorie der Praxis als integral, „weil Sinn sich in der Kommunikation durch reziproke *Antizipation* von Sinn erst herstellt“<sup>91</sup>. „Potentiale subjektiver Zuschüsse“<sup>92</sup> sind solche des kreativen Sprecher-

85 MEW 23, S. 393 (Anm. 89).

86 Leist: Rezension zu Stegmüller: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. 2. In: Das Argument 83, S. 962.

87 Vgl. Leist: Rezension zu Chomsky: Aspekte der Syntax-Theorie u. a. In: Das Argument 73, S. 525.

88 Leist-Rezension zu Stegmüller 1, in Argument 76, S. 839.

89 Vgl. Habermas: Vorbereitende Bemerkungen, a.a.O., S. 136—141.

90 Leist: Intentionalität, a.a.O.

91 Leist: Widerspiegelung, S. 594.

92 Ebd. S. 601.

bewußtseins, das offenbar selbständig Sinn gebiert und „Rationalität“ nicht in der Arbeit, sondern „in der praktischen Welterkenntnis erst“ herstellt<sup>93</sup>. Die Konstitution von „Sinn“ erscheint als eine selbständige Leistung des Bewußtseins. Nicht praktische, sondern intellektuelle Tätigkeit soll Sinn „der“ ‚objektiven Realität‘ erst beilegen, damit sie uns ‚objektiv‘ erscheint“<sup>94</sup>. Die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis ist in der Gleichsetzung symbolischer Interaktion mit Praxis verschwunden. Eine ‚Lücke‘ im Marxismus, die Frage nach der Rolle der Sprache im stets gesellschaftlich organisierten Reproduktionsprozeß der Menschen, hat sich zum Praeceptor der ganzen Theorie gemacht.

Wenn Leist folgerichtig behauptet, die „Konstitution von Erfahrung durch Sprache“ sei als erworbene „Fähigkeit der Subjekte in einer linguistischen Pragmatik zu erklären“<sup>95</sup>, so ist daran also der Bezug auf die subjektive Tätigkeit richtig, deren Interpretation als allein sprachliche jedoch falsch, und die Feststellung der gegenüber der sinnlich präsenten Realität ‚abgehobenen‘ kommunikativen und symbolhaften „Realität“<sup>96</sup> im Bewußtsein der Sprecher richtig, ihre völlige Ablösung von der materiellen Realität als selbständige Konstitutionsleistung der *Sprecher*<sup>97</sup> jedoch falsch. Immerhin weist Leist an ganz vereinzelt Stellen auf den Zusammenhang von Wahrnehmung, Sprache und tätigem Umgang mit den Gegenständen in der Arbeit selbst hin<sup>98</sup>, ohne daß er daraus freilich Konsequenzen für seine Konstitutionstheorie zöge.

Im Gegensatz zu Leists Auffassung<sup>99</sup> kann die Konstitution von „Sprechsituationen“ durch „Sprecher“ nicht selbständiger Forschungsgegenstand sein, solange nicht die Genesis sprachlicher Bedeutungen aus dem praktischen Verhältnis der Menschen zur Natur und untereinander sowie die Genesis sprachlichen Handelns aus der Notwendigkeit der praktischen (letztlich außersprachlichen) Reproduktion der Subjekte erklärt wird. Die „Notdurft des Verkehrs“<sup>100</sup> ist selbst praktisch, nicht sprachlich konstituiert. In Wirklichkeit,

93 Ebd. S. 605 (Anm. 107).

94 Ebd. S. 601.

95 Leist: Intentionalität, S. 65.

96 Bei Leist ebd. S. 65 selbst zu Recht in Anführungszeichen.

97 Vgl. auch ebd. S. 66 (Anm. 19).

98 „Die Wahrnehmung dieser Gegenstände konstituiert sich nicht nur im Sprechen, sondern auch (?) im tätigen Umgang mit ihnen“ (ebd. S. 91). „So erzeugen wir im Wechsel (?) von erkenntnisformender Arbeit und arbeitsformender Erkenntnis eine Erfahrungswelt“ (Leist-Rezension zu Kolakowski in Argument 87, S. 654). „Untersuchung der durch Arbeit geformten und als geformter (!) mittels Sprache in ihren Naturgesetzen fixierten Natur“ (Leist: Widerspiegelung, S. 608).

99 Leist: Intentionalität, S. 65.

100 MEW 3, S. 30.

und auch gemäß Marxscher Theorie<sup>101</sup>, wäre die Bedeutung der Zeichen nicht als Schöpfung eines genialen Sprecherbewußtseins zu erklären, sondern doch gerade erst aus dem wirklichen Verhältnis der Menschen zur materiellen Außenwelt und folglich auch zueinander. Die Relevanz der materiellen Außenwelt für die Menschen geht der Bedeutung der Zeichen logisch und historisch voraus und konstituiert sich durch den praktischen, bedürfnisorientierten Zugang der Menschen zur Natur in der Arbeit. Zeichen, und damit die Rede, haben nur „Sinn“ in bezug auf tätige Praxis. Eine solche materialistische Semantik, die die Bedeutung der Zeichen nicht aus dem Sprecherbewußtsein, sondern aus der Konstitution realer Sachverhalte erklärt, hätte auch Vorrang vor einer linguistischen Pragmatik jedenfalls im herkömmlichen einschließlich Leistschen Sinne.

Daß Intentionen nur als symbolische Intentionen feststellbar sind, ist eine Tautologie. Nur was wir sprachlich ausdrücken können, wissen wir. Aus dieser Tatsache kann nicht gefolgert werden, daß auch der Gegenstand unseres Wissens sprachlich konstituiert sei. Leists Umkehrschluß<sup>102</sup>, daß die Intentionalität von Sprechakten mit der Untersuchung sprachlicher Einheiten erschöpfend erfaßt würde, ist daher ein Fehlschluß, der in ausdrücklicher Anknüpfung an Mead Interaktion aus der symbolischen Ebene selbst erklären will, ohne zu betrachten, für welche nichtsymbolische Realität die ‚Welt‘ der Symbole eigentlich steht. „*Intentionen* von Sprechern mit der Aktqualität in gelingender Kommunikation“ gleichzusetzen<sup>103</sup> heißt, das Universum der Rede kontrafaktisch als (gegenüber Arbeit) autonomen Bereich zu betrachten, in dem die Gesellschaftlichkeit der auf Sprecher reduzierten Menschen (als Interaktion) ganz aufgehe.

In dieser Perspektive beantworten sich „Fragen zum *Zusammenhang von Sprechen und Handeln*“ bereits „damit, daß Sprechen immer als Handeln intentional ist“<sup>104</sup>, denn nicht nur ist Sprechen Handeln, sondern auch Handeln erschöpft sich im Umgang mit Symbolen. „*Intentional* nennen wir ein Handeln, das einen intentionalen Gehalt in Sprechsituationen anhand von Symbolen intersubjektiv repräsentiert.“<sup>105</sup> Wenn aus der Sprachform die Realitätsaneignung erschlossen werden soll<sup>106</sup> — statt umgekehrt —, wie soll man dann etwa die Art der Realitätsaneignung in fremden Kulturen mit un-

101 Vgl. etwa nur den Argumentationsaufbau MEW 3, S. 28–31 und entsprechend die ideologiekritische Anweisung, „aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln“ (MEW 23, S. 393 [Anm. 89]) (und nicht umgekehrt).

102 Leist: Intentionalität, S. 79.

103 Ebd. S. 79.

104 Ebd. S. 87.

105 Ebd. S. 88.

106 Vgl. z. B. ebd. S. 88 et passim.

bekanntem Sprachbedeutungen, ja sogar diese Sprachbedeutungen selbst erschließen?<sup>107</sup>

Mit der rein symbolisch konstituierten Intentionalität wird auch Leists darauf aufbauende Begründung der Intensionalität einer pragmatischen Metasprache<sup>108</sup> hinfällig. Denn wenn — diese Kritik trifft auch Carnap, auf den Leist sich stützt — der ‚Sinn‘ als die Menge aller einen Begriff metasprachlich konstituierenden Merkmale ausschließlich metasprachlich definiert werden soll, kann er nur relativ zum ‚Sinn‘ anderer Begriffe oder sprachlicher Bedeutungen, niemals aber in Beziehung zum damit bezeichneten wirklichen Realitätspartikel bestimmt werden. So berechtigt das für künstliche Sprachen (Carnaps eigentliche Domäne) sein mag, so sehr verfehlt diese Sinnbestimmung die Eigenart natürlicher Sprachen als Mittel der menschlichen Verständigung letztlich nicht über Symbole, sondern über wirkliche, letzten Endes nichtsymbolische Sachverhalte.

Nur in der irrealen Perspektive von Individuen, die nichts tun als sprechen und die über den Sinn ihrer Ausdrücke autonom entscheiden, die sich also einbilden, daß ihre Sprache „etwas anderes als das Bewußtsein der bestehenden Praxis“ sei<sup>109</sup>, ist Intentionalität wesentlich „*sprechersensitiv*“ und hängt die „Wahrheitsfunktionalität“ intentionaler und damit angeblich auch intensionaler Sätze „letztlich“ „vom Sprecherverständnis des eigenen Satzes“ ab<sup>110</sup>.

- In Wirklichkeit vollzieht sich sprachliches Handeln jedoch nicht um seiner selbst willen, sondern im Rahmen praktischen Handelns und in bezug auf dessen Zwecke. Intentionalität von Sprechhandlungen drückt daher die praktische Zweckgerichtetheit menschlichen Handelns symbolisch aus (konstituiert sie aber nicht) und erlaubt den Menschen, sich über ihre praktischen Zwecke zu verständigen: sie zu entdecken, erörtern, verändern, verbergen. Es ist sinnlos, die ‚sprechersensitive Wahrheitsfunktionalität‘ etwa des Satzes ‚Ich verspreche dir, ab sofort fleißig zu sein‘ zu untersuchen ohne Anbetracht der praktischen Realisierung des propositionalen Gehalts ‚ist fleißig‘.
- Es gibt nicht den Wunsch, das Versprechen, die Intention an sich (d. h. sprachlich konstituiert), sondern stets nur in bezug auf *praktische* Handlungen als die praktische Befriedigung von Bedürfnissen. Daher ist es auch nicht einsichtig, wieso Sprache „primär nicht durch abbildhafte oder referentielle, sondern durch illokutionäre Akte zu definieren“ sein soll<sup>111</sup>.

Leists solcherart begründete Konstitutionstheorie des sprechenden Subjekts als eine mit Habermas und Alfred Schmidt gestützte<sup>112</sup>

107 Vgl. B. Malinowski: Das Problem der Bedeutung in primitiven Sprachen. = Supplement in: C. K. Ogden, I. A. Richards: Die Bedeutung der Bedeutung (1923). — Frankfurt/M. 1974, S. 323—384, bes. S. 330 f.

108 Leist: Intentionalität, S. 96—98.

109 MEW 3, S. 31.

110 Leist: Intentionalität, S. 98.

111 Leist: Widerspiegelung, S. 594.

112 Ebd. S. 587.

„erkenntnisanthropologische(n) Interpretation des Marxschen Arbeitsbegriffs, die sich mit Hilfe sprachanalytischer Argumente (...) präziser diskutieren läßt“<sup>113</sup>, wendet sich völlig zu Recht gegen objektivistisch-abbildtheoretische Implikationen, wenn er meint, eine „naiv vorgegebene Realität“ könne nicht zur Interpretation der Zeichen benutzt werden. Bei dieser Abgrenzung verfällt er jedoch „umgekehrt“ ins subjektivistische Extrem und hält „das Universum möglicher Rede“ durch die gegenüber der Realität autonome Interpretationskraft naiv vorgegebener Zeichen für eröffnet<sup>114</sup>. Wenn gegenüber einer objektivistisch verkürzten ‚Abbild‘-Theorie eine sprachsubjektivistisch verabsolutierte ‚Konstitutions‘-Theorie verteidigt wird<sup>115</sup> und dabei die Argumente gegen jene schon als Argumente für diese gelten sollen<sup>116</sup>, so ist in beiden Extremen das wesentliche Konstituens menschlicher Erkenntnis, die praktische Tätigkeit als Einheit von Vergegenständlichung und Aneignung gleichermaßen vernachlässigt worden. Konstitution geschieht doch durch Arbeit, und die Leistung des menschlichen Bewußtseins im Medium der Sprache wäre erst als begleitende Reproduktion oder Antizipation wirklicher bzw. nichtwirklicher Bedingungen, Prozesse und Resultate der praktischen Arbeit zu erklären. Auch die symbolische Konstitution nichtwirklicher (d. h. möglicher) Welten bleibt gerade in der Negation der materiellen Realität stets noch auf diese bezogen, wie sich an Marxens Baumeister-Biene-Beispiel<sup>117</sup> ebenso zeigen ließe wie am skurrilsten science-fiction-Roman. Die sprachlichen Begriffe, die wir so abgezogen von der sinnlichen Präsenz des Gemeinten ad libitum im Kopfe verschieben können, ohne schon die Realität zu verändern, sind schließlich phylogenetisch wie ontogenetisch aus der Erfahrung im praktischen Umgang mit der Natur und mit zuhandelnden Arbeitsprodukten erst hervorgegangen.

Wie oft geht mit dem Eifer, die Konstitutivität des Verstandes gegen die Konstitutivität der Arbeit zu verteidigen, auch der Materialismus über Bord<sup>118</sup>.

## 5. Schluß

Wir hoffen gezeigt zu haben, wieso die vorgestellten sprachtheoretischen Ansätze ihren materialistischen Anspruch nicht einlösen können. Eine Sprachtheorie darf nicht analogisieren, d. h. von einer Theorie über einen Gegenstandsbereich (hier: der politischen Ökonomie) unmittelbar auf einen anderen Gegenstandsbereich (hier: der Sprache) kurzschließen. Vielmehr muß der Zusammenhang beider theoretisch geklärt werden: statt Analogie der Theorien Nachweis des Zusammenhangs der Gegenstände.

113 Ebd. S. 576.

114 Leist: Intentionalität, S. 65.

115 Leist: Widerspiegelung, S. 592.

116 Ebd. S. 592—594.

117 MEW 23, S. 193.

118 Leist: Widerspiegelung, S. 612, sieht andere Gefahren.

Eine Sprachtheorie darf aber auch nicht Grundlage einer Gesellschaftstheorie werden, es sei denn, man erklärt die Gesellschaft selbst für sprachlich konstituiert. Was aber ist dann das andere der Sprache? Und wie wäre die Existenz der Sprache bzw. die Fähigkeit der Menschen zu sprechen zu erklären? Schließlich würde man im Vergleich zu analogisierenden Ansätzen ins entgegengesetzte Extrem fallen und den Anspruch der politischen Ökonomie leugnen, die „wirkliche(n) Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann“<sup>119</sup> und auf denen die (kapitalistische) Gesellschaft aufbaut, zu erklären.

Dagegen ist eine Sprachtheorie Desiderat, die aus der Funktion der Sprache im wirklichen Leben der Menschen (präziser: aus ihrer Funktion im Rahmen der gesellschaftlichen Aneignung der Natur), also aus der Eigenart des Gegenstands zu entwickeln wäre und die Genesis, Struktur und Funktion der Beziehung der Sprache auf anderes als sich selbst konkret erklären kann. Die Hypostasierung der politischen Ökonomie als vollständiger Theorie schon für alle Bereiche des gesellschaftlichen Verkehrs einerseits wie die Hypostasierung der Sprache als Grundlage der Gesellschaft andererseits können dabei gleichsam als Scylla und Charybdis auf dem Wege zu einer materialistischen Sprachtheorie aufgefaßt werden. Auf diese Gefahren zunächst aufmerksam zu machen, war Ziel dieses Aufsatzes. Über die geleistete Kritik hinaus werden wir demnächst den weiteren Weg ein Stück abzustecken versuchen und einen eigenen Vorschlag zur Lösung des Problems zur Diskussion stellen<sup>120</sup>.

119 MEW 3, S. 20.

120 Wir nehmen dabei Gedanken sowjetischer Psychologen (Wygotski, Leontjew) und von Klaus Holzkamp auf und würden uns freuen, wenn einzelne oder Gruppen, die in ähnlicher Richtung arbeiten, mit uns Kontakt aufnehmen.

Friedrich Tomberg

## Warum an unseren Hochschulen Marxisten unentbehrlich sind \*

In einem Zeitschriftenaufsatz von 1844, betitelt: „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“, lesen wir den Satz: „Wir“ — und damit sind die Deutschen gemeint — „wir . . . befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung“<sup>1</sup>. Der noch sehr junge Autor dieser Schrift, ein radikaler Demokrat namens Karl Marx, bemühte sich damals vergeblich um eine Anstellung als Dozent an der Universität Bonn. Die preußische Monarchie und der Geist der Metternichschen Demagogenverfolgung ließen dies nicht zu. So mußte Marx sein gewaltiges wissenschaftliches Werk außerhalb der wissenschaftlichen Institutionen — und dazu noch im Exil — unter den widrigsten Umständen ausarbeiten.

Die Monarchie ist längst abgeschafft, wir haben Demokratie in Deutschland — auch in Westdeutschland und in Westberlin. Daß eine Bewerbung von Karl Marx — denken wir ihn in unsere Zeit versetzt — ebenso wie seinerzeit von der Universität Bonn und verwandten Institutionen abgelehnt würde — wenn auch diesmal aus demokratischen Gründen —, bezweifelt wohl niemand. Marx wäre wieder genötigt, seine Wissenschaft in irgendeiner Dachstube zu betreiben und könnte sich nicht einmal als Briefträger oder sonstiger Beamter sein Brot verdienen.

Hätte er den genannten Satz nicht schon vor über hundert Jahren niedergeschrieben, so käme er ihm gewiß angesichts der gegenwärtigen Situation in den Sinn. Marx würde damit jedoch, vermute ich, mehr sagen wollen, als mancher, der sich an der schönen Formulierung freut, aus ihm herausliest. Denn immerhin gesteht er zu, daß Deutschland in die Gesellschaft der Freiheit geraten ist, sei es auch erst am Tag ihrer Beerdigung. Läßt sich ähnliches heute für die Bundesrepublik — und entsprechend immer, wegen der bekannten engen Bindungen, für Westberlin — auch sagen?

\* Redebeitrag auf einer Veranstaltung aller Hochschulgruppen der „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS)“ in der Technischen Universität Berlin, November 1975, zum Thema „Marxistische Lehrinhalte — Bestandteil demokratischer Ausbildung“.

1 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin/DDR 1964, S. 379 f.

In marxistischer Sicht ist die Entstehung der Bundesrepublik identisch mit der Restauration des Kapitalismus in einem Teil des ehemaligen Deutschen Reiches. Eine reelle Chance wurde damals verpaßt: der Übergang zum Sozialismus, der — bei ungehinderter Aufklärung — der Zustimmung einer großen Bevölkerungsmehrheit hätte sicher sein können. Über dem Mißlingen dieser historisch einzig angemessenen Lösung darf jedoch nicht übersehen werden, was trotzdem oder gerade deswegen gelang: Um des Gegensatzes zum existierenden Sozialismus willen wurde es notwendig, die „Freiheit“, wie sie in der Tradition der bürgerlich-liberalen Demokratie verstanden wurde, gegen den sogenannten Totalitarismus der kommunistischen Staaten auszuspielen. Der Gedanke einer so verstandenen Freiheit hat in breiten Schichten der westdeutschen Bevölkerung Wurzel geschlagen — und zwar mehr als es den alten Strategen des Kalten Krieges lieb sein kann. Die vorherrschende Mentalität in der Bundesrepublik hat sich dem individualistischen Weltverständnis jener westeuropäischen Länder angeglichen, in denen die bürgerliche Demokratie seit viel längerer Zeit sich schon durchgesetzt hatte. Bei aller Gestrigkeit, mit der die Bundesrepublik so reich gesegnet ist — und auf dem Weg über die engen Bindungen auch Westberlin — scheint mir dies ein — allerdings nicht unerschütterliches — Moment des Fortschritts zu sein, von dem kein Demokrat, welcher Couleur auch immer, wünschen dürfte, daß wir noch einmal dahinter zurückfallen. Hier besteht ein deutlicher Unterschied zu Weimar. Und er zeigt sich gerade auch an den Hochschulen: bei den Studenten, aber auch bei den Hochschullehrern. Daran hat auch die sogenannte Tendenzwende nichts — oder muß man sagen: noch nichts? — ändern können. Und in diesem Sinne ließe sich sagen, daß wir endlich doch in die Gesellschaft der Freiheit geraten sind — leider erst am Tag ihrer Beerdigung.

Denn kaum ist dem westdeutschen Bürger die Freiheit im Vollsinne der liberalen Ideologie zum elementaren Bedürfnis geworden, da muß er erleben, wie sie täglich mehr untergraben wird. Und es sind nicht die berüchtigten Systemveränderer, etwa die Jusos oder sogar die Kommunisten, die dafür ernsthaft verantwortlich gemacht werden können. Ihre augenblickliche Einflußlosigkeit liegt allzu offen zutage. Es sind vielmehr die objektiven Abläufe in der freiheitlichen Ordnung selbst, die auf die Liquidation der Freiheit hintreiben.

Freilich bemüht man sich nach Kräften, das, was vor aller Augen sich abspielt, dennoch nicht wahrzunehmen. Nur hin und wieder meldet sich ein Couragierter zu Wort, und dann nicken alle eine Zeitlang betroffen, ehe sie zu ihren alten Illusionen zurückkehren. So getraute sich Alfred Grosser, ein Professor und Journalist eher konservativ-liberaler Färbung, dem soeben — womöglich versehentlich — der Friedenspreis des westdeutschen Buchhandels verliehen wurde, bei diesem Anlaß immerhin folgendes auszusprechen: „Während ein großer Teil der Welt den großen Gott Marx anbetet, gehört die Bundesrepublik zu den Anbetern eines anderen Gottes: des Got-

tes Markt! — Dieses oder jenes afrikanische Land geht heute beinahe daran zugrunde, daß der Preis des Kupfers zusammengebrochen ist. Was kann man da tun? Der Preis ist doch marktgerecht! Die erdöl-erzeugenden Staaten einigen sich, um einen gemeinsamen Verkaufspreis festzulegen! Welch marktverhöhrendes Kartell! — Das Schlimme ist, daß man in allen Parteien der Bundesrepublik so gläubig ist, daß man sich der Widersprüche gar nicht mehr bewußt wird. Und doch: die Wirtschaft der Entwicklungsländer darf nicht durch feste Rohstoffpreisregelungen einigermaßen saniert werden, während man es nicht wagen würde, dem Deutschen Bauernverband zu sagen, Preise dürfen nur vom Markt bestimmt werden. Und die Kartell-Verbindung unter den Öl-Ländern ist natürlich die erste, die es auf dem Erdölmarkt je gegeben hat. Überhaupt, wer hat schon von Kartellen in der freien, marktgerechten Wirtschaft gehört?“<sup>2</sup>

Der Ausdruck „Kartell“ mag hier signalisierend für die Konzentrationsprozesse in der kapitalistischen Wirtschaft stehen, und für die Zwänge, die von ihnen auf die Masse der um ihre individuelle Freiheit bangenden Werktätigen ausgehen. Wider sein liberales Gewissen ruft der Bürger in seiner Not nun doch nach dem Staat. Aber dieser, statt die großen Konzerne in die für alle verbindlichen Schranken zu weisen, kann gar nicht anders, als ihnen zu Willen zu sein, da sie nun einmal den Markt beherrschen und diese Herrschaft zu behaupten wissen. Er bemüht sich also, die Kleineren mit Kleinerem bei Laune zu halten — mit Subventionen einzelner Gruppen; mit Steuererleichterungen, die bald wieder durch Erhöhungen mehr als ausgeglichen werden; mit Vermögensumverteilungen, die keine sind usf. In einem Wort: Der Staat wird immer mehr selbst in das ökonomische Geschehen mit einbezogen, und der Bürger sieht sich zunehmend von einer zweiten Macht bedrängt, der Staatsbürokratie, und er muß erleben, wie Staat und Großkapital in entscheidenden Momenten sogar an einem Strang ziehen.

Die Wissenschaft steht im ganzen ratlos diesem Phänomen gegenüber. Sie kann das Paradox nicht fassen, wieso Freiheit der Grund für den Tod der Freiheit sein soll. Das scheint ihr ein Verstoß gegen den Satz des Widerspruchs und damit gegen die Logik, so wie sie sie versteht. Wenn es dabei wenigstens bliebe! Aber die Wissenschaft wird selbst immer mehr in diesen Prozeß einbezogen. Alles Philosophieren über die Grenzen des Wachstums erweist sich als hilflos gegen die Expansionswut, die dem Kapitalismus wesenseigen ist, diese fordert in immer rasanter werdendem Tempo von der Wissenschaft technisch verwertbare Innovationen, und den Wissenschaftlern bleibt gar nichts anderes, als sich zu fügen — falls sie nicht den Ausweg eines Karl Marx wählen wollen, womit jedoch für einen Naturwissenschaftler, der ohne teure Apparate gar nicht wissenschaftlich arbeiten kann, sein Schicksal besiegelt wäre.

2 FAZ, Nr. 237, vom 13. 10. 1975, S. 5.

Die ökonomischen Großmächte, die staatlichen Bürokratien, die wissenschaftlich-technischen Prozesse verbinden sich dem Bewußtsein des westdeutschen Bürgers, kaum daß er sich die demokratischen Freiheiten zu Herzen genommen hat, zu einer allgegenwärtigen, ihn zunehmend bedrängenden Macht, die sogar noch seine Freizeit mehr und mehr zu reglementieren droht. Diese Situation hat die Wissenschaft, wie sie von freiheitsliebenden Bürgern betrieben wird, genötigt, über ihre partiellen Fragestellungen hinaus und ihrer zur Schau getragenen „kritischen“ Selbstbescheidung zum Trotz offen heraus oder auch nur unterderhand sich Gedanken über den Zusammenhang des gesellschaftlichen Ganzen zu machen und die Möglichkeit einer umgreifenden, in der materiellen Realität fundierten Theorie der Gesellschaft mindestens zu erwägen. „Das Bedürfnis nach Theorie“, so schrieb der Politologe Kurt Sontheimer kürzlich in der Süddeutschen Zeitung, „ist selbst eine Folge des Unbehagens an den bislang vorherrschenden Formen begrenzter oder widersprüchlicher Theoriebildung. Die neue Theorie soll die verwirrende, keine dauerhafte Orientierung vermittelnde Theorievielfalt überwinden helfen.“<sup>3</sup> Sontheimer nennt seinen Artikel: „Der Einbruch der Theorie in das politische Denken“. Er muß gestehen: „Es gibt nur eine Theorie, welche dem spezifischen Theoriebedürfnis, das sich seit dem Studentenprotest bei einer wachsenden Zahl linker intellektueller bemerkbar gemacht hat, einigermassen gerecht werden kann: die marxistische. Sie vermittelt das moralische Engagement für die Schaffung einer besseren Gesellschaft und einer besseren Welt mit dem Instrumentarium einer wissenschaftlichen Analyse der bestehenden Verhältnisse.“ Sontheimer möchte diese Sätze wohl in skeptischer, wenn nicht gar in ironischer Meinung gelesen wissen; sie sind ihm jedoch zu einer nüchternen Feststellung geraten, die den Nagel auf den Kopf trifft.

Die marxistische Theorie bietet für die Lösung des Problems, vor dem demokratisch engagierte Wissenschaftler heute stehen, eine Lösung an, die in ihrem Kerngedanken so einfach ist, wie nur, nach einer geläufigen Wendung, das Geniale einfach sein kann. Es ist freilich ein Einfaches, das — um mit Brecht zu sprechen — schwer zu machen ist.

Der Zusammenstoß der privaten Individuen, die in klassischen liberalen Zeiten noch wähen konnten — gute Vermögenslage natürlich vorausgesetzt —, die Gesellschaft sei ein bloßes Außerhalb für sie, dieser Zusammenschluß zu einem komplexen System direkter gesellschaftlicher Abhängigkeiten muß nach der Lehre des Marxismus nicht den Untergang der individuellen Freiheit bedeuten, sondern eröffnet im Gegenteil erst die Möglichkeit, sie vollends zu verwirklichen. Der Grund der Unfreiheit liegt nicht in der Zwangsanstalt des gegenwärtigen Monopolkapitalismus selbst, sondern er resultiert aus dem Grundcharakter jener freien, allen im Idealfall

3 SZ, Nr. 234, vom 11./12. 10. 1975, S. 83.

gleiche Chancen bietenden kapitalistischen Marktwirtschaft, nach der sich manche zeitkritische Intellektuelle immer noch zurücksehnen, ja er ist mit der privaten Warenwirtschaft, gleich in welcher Form, selbst schon gegeben. Gerade die Verwachsung der einzelnen gesellschaftlichen Wirtschaftseinheiten zu einem allumfassenden Gefüge der Produktion und Distribution macht es möglich, daß die Menschen die von ihnen selbst unwillentlich hervorgebrachten sachlichen Gewalten nicht mehr menschenfeindlich auf sich einwirken lassen, sondern zu ihren eigenen menschlichen Zwecken gemeinsam unter ihre Kontrolle nehmen. Diese Umwendung der Verhältnisse — daß nämlich nicht mehr die Sachen über die Menschen, sondern die Menschen über die Sachen herrschen — ist nach marxistischer Auffassung nicht nur eine schöne Idee, sondern eine gesellschaftliche Naturnotwendigkeit, die sich allerdings nicht von selbst realisiert, sondern nur dann, wenn eine bestimmte Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, auf dem Weg der genannten Umwälzung — der Marxismus spricht da latinisierend von Revolution — vorangeht.

Das alles, so einfach und einleuchtend es an sich ist, ist nicht nur schwer zu machen — und zwar viel schwerer, als noch die marxistischen Klassiker sich dies vorgestellt haben —, es ist auch für viele schwer zu begreifen. Aus naheliegenden, ernsthaften Gründen. Der westdeutsche Bürger, endlich in die Gesellschaft der Freiheit geraten, jedoch ihres nahen Todes gewahr werdend, hört aus marxistischem Munde gern die tröstliche Botschaft, daß der Tod nicht das Ende bedeutet, daß dieser vielmehr das Tor zum Leben ist und daß uns — um in der christlichen Terminologie zu bleiben — zwar nicht ein neuer Himmel, wohl aber eine neue Erde verheißen ist. Schaut er jedoch, vom Prinzip Hoffnung beflügelt, nach jenen Regionen aus, in denen an der Verwirklichung der marxistischen Theorie schon gearbeitet wird, so nimmt er dort verständlicherweise nichts anderes wahr, als was man ihn von Jugend auf in dieser Richtung zu sehen gelehrt hat: jenen schrecklichen Totalitarismus, der, wie man in einschlägigen Darstellungen lesen kann, die Individuen zu Marionetten, zu bloßen Nummern herabwürdigt. Er beschließt, sich dann doch lieber mit seiner bescheidenen bürgerlichen Freiheit zu begnügen. Nimmt er jedoch die Postulate der Wissenschaft ernst, der es, wie den neuen Linken immer wieder vorgehalten wird, allein um die Wahrheit geht und nicht um die Verfälschung der Wirklichkeit in irgendeinem Interesse, so muß er ehrlicherweise gestehen, daß auch die freie bürgerliche Welt mehr und mehr jene Gestalt annimmt, die er unter dem Namen Totalitarismus verabscheut. Er sucht nach einem Ausweg und muß sich z. B., wie wir schon hörten, von einem so unverdächtigen und politisch integren Wissenschaftler wie Kurt Sontheimer sagen lassen: Es gibt nur eine Theorie, die überhaupt das Format hat, einen Ausweg zu formulieren, die marxistische. „Wer sich auf sie eingelassen hat“, so fährt Sontheimer in nun allerdings unverhüllter Ironie fort, „wird Nutznießer einer neuen theoretischen Gewißheit, denn er weiß sich im Besitz einer Form von Wissenschaft,

die sich nicht in immer neuer Weise und mit neuen Methoden um Erkenntnis der Wahrheit bemühen muß, sondern bereits über die Grundlinien richtiger Erkenntnis verfügt. Alles weitere ergibt sich dann quasi von selbst.“

Sontheimer spielt mit seinem letzten Satz auf den sogenannten Dogmatismus an, und er spricht da sicherlich aus eigener Erfahrung. Woher hat er diese Erfahrung? Aus erster Hand, wie er andernorts hervorhebt<sup>4</sup>. Nämlich aus dem Umgang mit jenen jungen Marxisten, wie sie jetzt häufiger die Hochschulseminare bevölkern. Diesen Studenten war vor einigen Jahren der Marxismus noch so fremd wie heute nach wie vor vielen ihrer Lehrer. Ohne Anleitung mußten sie sich die neu entdeckte Theorie aneignen und hatten gleichzeitig noch den Kampf um ein Minimum an demokratischer Mitbestimmung in den Hochschulen zu führen. Da reichte es oft nur zur Kenntnisnahme der wichtigsten Grundsätze. Unvermittelt auf konkrete Situationen angewandt, wirkten diese leicht abstrakt, klischeehaft. Mangelnde Kenntnis der Details führte zur Starrheit in den Aussagen, zu überschwenglichen Verallgemeinerungen im Guten wie im Bösen. Usw. usf. Noch längst nicht sind diese typischen Fehler eines Neubeginns alle überwunden. Fortschritte aber sind unverkennbar. Man wirft nicht mehr mit Farbeiern um sich, wohl aber noch allzu häufig mit scheinrevolutionären Phrasen. Intensivere Studien wirken sich inzwischen aus. Man ist nicht mehr genötigt, die bürgerliche Wissenschaft aus Unkenntnis oder aus Angst vor ihrer Verlockung in Bausch und Bogen als bloße Ideologie des Kapitals zu verdammen, mancher hat schon gelernt, aus eigenem Denken heraus und daher bedenkenswert zu argumentieren, er fürchtet die Stärke des Gegners nicht mehr, weil er sich selbst stark weiß.

Auch auf der anderen Seite deutet sich ein Sinneswandel an. Soeben ist ein Buch erschienen unter dem bedeutungsvollen Titel: „Marxismus — ernstgenommen“<sup>5</sup>. Ein wenig spät, will mir scheinen. Auch ist es häufig nicht der Marxismus, der da ernst genommen wird. Dennoch geht aus einigen wenigen beachtenswerten Beiträgen hervor, wie viel an marxistischen Theoremen in die fortschrittliche nichtmarxistische Wissenschaft schon eingegangen ist. Selbst Ernst Topitsch, der, wo es um den Marxismus geht, inzwischen ganz auf das Niveau von demagogischen Pamphleten herabgesunken ist, muß doch zugestehen: „Viele Gedanken aus dem marxistischen Erbe sind geradezu in den Blutkreislauf der Sozialwissenschaften aufgenommen worden“<sup>6</sup>. Günter Hartfiel, seinerzeit Rektor der hiesigen PH, zeigt als Soziologe verständnisvolle Gesprächsbereitschaft. Am wei-

4 Vgl. K. Sontheimer, Marx als Allheilmittel, in: DIE ZEIT, Nr. 16, vom 13. 4. 1973, S. 13.

5 Gerhard Szesny (Hrsg.), Marxismus — ernstgenommen. Ein Universalsystem auf dem Prüfstand der Wissenschaften. Rowohlt-Taschenbuch, 1975.

6 A.a.O., S. 12.

testen aber geht Thomas Nipperdey. Sein Lebensablauf, soweit er hier interessiert: Ein von früh an gegenüber sozialen Problemen ungewöhnlich aufgeschlossener Historiker, wird in Westberlin mit Farbeiern beworfen, flieht nach München, macht sich vorher zum Sprecher der „Notgemeinschaft“<sup>7</sup> und des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“. Diese bedauerliche Überreaktion hinderte ihn aber nicht, in dem vorliegenden Beitrag ein außerordentlich weitgehendes Verständnis für den historischen Materialismus zu beweisen, dessen Leistungen für seine Wissenschaft weitgehend zu würdigen und sine ira et studio seine Kritik anzumelden, die teils auf Mißverständnissen beruht, teils aber auch wirkliche, noch vorhandene Mängel der marxistischen Theorie benennt.

Das sind erfreuliche Zeichen. Auch sie deuten eine Tendenzwende an. Die Zeit zu einem wirklichen Kräftemessen mittels rationaler Argumentation reift offensichtlich heran — und eben in diesem Augenblick soll nach dem Willen der Mächtigen im Lande diese lebendige Geistigkeit, die es seit den ersten Nachkriegsjahren an den westdeutschen und Westberliner Hochschulen nicht mehr gegeben hat, abgewürgt werden, ehe sie sich noch recht entfalten konnte. Und dies im Namen der Freiheit der Wissenschaft und der Sicherheit der Demokratie. Für jeden wirklich demokratischen Wissenschaftler ein unfassbarer Vorgang. Und eben jene sollen vom wissenschaftlichen Disput ferngehalten werden, ohne die ein fruchtbarer Schlagabtausch der Lehrmeinungen gar nicht durchführbar ist: die Konsequenzen nämlich unter den Marxisten, die die marxistische Theorie ganz ernst nehmen, auf die dem Marxismus wesenseigene Einheit von Theorie und Praxis nicht verzichten wollen und daher vorrangig in der Lage sind, die Theorie auch adäquat zu vertreten. Wie lächerlich das Argument der Verfassungsfeindlichkeit ist, mag man in der erwähnten Rede A. Grossers nachlesen. Erstens stimmt es für wirkliche Marxisten nicht, und zweitens wäre es, wenn es stimmte, unerheblich gegenüber dem Preis, den wir bereits jetzt zu zahlen im Begriff sind.

Sogar die sanfte Hauszeitschrift der schläfrigen bundesdeutschen Intelligenz, „Die Zeit“, die es sich längst angewöhnt hatte, immer mit der Zeit zu gehen, bäumt sich gegen diesen neuen Zeitgeist auf. Sie nennt ihn: „Metternich-Geist auf Amtmannsebene ...“<sup>8</sup>. Übrigens sind nicht nur die Marxisten betroffen, sondern auch ihre zur Auseinandersetzung gerüsteten nichtmarxistischen Kontrahenten. Denn eine wirkliche wissenschaftliche Auseinandersetzung läßt sich nur führen, wenn jeder der Partner dem anderen die Möglichkeit

<sup>7</sup> Gemeint ist die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“, die es sich u. a. angelegen sein läßt, Marxisten und anderen demokratischen Wissenschaftlern in Westberlin die Freiheit der Forschung und Lehre streitig zu machen.

<sup>8</sup> Hans Schueler, Vom Staate, den wir wollen, DIE ZEIT, Nr. 43, vom 17. 10. 1975, S. 1.

einräumt, daß er, zumindest partiell, auch recht haben könnte und wenn er bereit ist, die Richtigkeit einer Lehrmeinung, sofern er von ihr überzeugt wurde, auch anzuerkennen. Verschiedentlich ist es jedoch bereits als unzulässig erklärt worden, gewisse Theoreme des Marxismus auch nur ernsthaft wissenschaftlich auf ihre Richtigkeit hin zu erwägen — und das von solchen Politikern, die offensichtlich gar nicht wissen, wovon sie da reden. (Man erinnere sich daran, wie der SPD-Politiker Rudi Arndt angegriffen wurde, bloß weil er es gewagt hat, den Sinn des Ausdrucks „Diktatur des Proletariats“ gegen seine bei uns übliche Verfälschung klarer herauszustellen.)

Und noch ein Letztes — speziell zur Westberliner Situation, jedoch wohl nicht nur von lokalem Interesse. Was über die Bundesrepublik zu sagen war, ließ sich, mutatis mutandis, auch auf Westberlin beziehen. Diese Stadt hat jedoch, als Einheit betrachtet, ihre Besonderheiten. Eine davon besteht darin, daß sie z. Z. nichts Rechtes mit sich anzufangen weiß. Die Frontstadtzeiten sind auf immer dahin. Spielbank und Kongreßzentrum dürften kaum einen vollwertigen Ersatz darstellen. Daß ein wenig Kultur nach außen ausstrahlt, ist nicht zuletzt marxistisch verdächtigen Linken zu verdanken, man denke an die Schaubühne am Halleschen Ufer. Sollte Westberlin nicht wenigstens versuchen, den Ruf, den seine Universitäten vor einiger Zeit noch genossen, zu erneuern?! Angeblich waren es die Studenten, die vor allem die Freie Universität zugrunde richteten und die guten Professoren alle davontrieben. Daß davon keine Rede sein kann, ist längst dokumentiert worden. Die Anziehungskraft, die die FU lange Zeit auf Auswärtige ausübte, ging nicht von ihren wissenschaftlichen Leistungen aus — die hatten andere Hochschulen auch aufzuweisen —, sondern von ihrer relativ fortschrittlichen Verfassung. Die Studentenbewegung tat ein übriges, um eine Vielzahl von aufgeschlossenen, hochbefähigten jungen Menschen heranzuziehen. Die neuerlichen Repressionen treiben sie wieder davon und lassen die Stadt noch müder erscheinen, als sie ohnehin schon ist.

Wäre aber Westberlin nicht gerade der Ort, an dem sich die Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Nichtmarxisten, an der heute niemand mehr vorbeikommt, so einzigartig durchführen ließe, wie vielleicht sonst nirgendwo in der Welt? Keine kapitalistische Region ist so dicht und so allseitig in die Wirklichkeit eines sich aufbauenden Sozialismus eingehüllt wie Westberlin. Einblick in die immer vielfältiger werdende Theoriediskussion der sozialistischen Staaten ist hier — wenigstens soweit sie sich in deutscher Sprache abspielt oder widerspiegelt — unmittelbar zu gewinnen. Andererseits sind an eben diesem Ort die Marxisten mit den geistigen Strömungen des Westens und so auch mit der Kritik am Marxismus ganz ungefiltert konfrontiert und müssen vor ihr zu bestehen suchen — eine Verlegenheit, der die Wissenschaftler in sozialistischen Ländern enthoben sind, nicht immer übrigens zu ihrem und ihrer Theorie Vorteil. Würden die Westberliner Hochschulen zu einem Forum

freier, von Sachkenntnis getragener Auseinandersetzung zwischen den tragenden Ideen unserer Zeit, so würden dadurch nicht nur die jetzt noch gefürchteten Linken angezogen und zu kritischer Reflexion auf ihre eigenen Anschauungen gezwungen, sondern es fühlen sich mindestens ebenso die eher skeptischen, aber doch selbstdenkenden jungen Menschen angesprochen, die von dem muffigen Geruch mittelalterlich anmutender Scholastik, wie er durch manche westdeutsche Hochschulen wieder oder immer noch hindurchzieht, auf die Dauer nur zu erneuter Rebellion angereizt werden könnten.

Wieviel von dieser Wunschvorstellung einer wirklich freien Universität in Westberlin Wirklichkeit werden kann, das hängt nicht nur von dem Durchsetzungsvermögen der demokratischen Kräfte in den staatlichen Institutionen ab — die es dort nämlich gibt! —, es hängt nicht nur von der Bündnisbereitschaft demokratischer Wissenschaftler ab, sondern es hängt wesentlich auch ab von der Überzeugungskraft der Marxisten in Theorie und Praxis. Simple Heilsgewißheit, undifferenziert dramatisierende Publikums- und res publica-Beschimpfung, sektiererische Selbstabschließung und ähnliches sollten mehr und mehr der Vergangenheit angehören. Und vor allem gilt für den ideologischen Kampf auf dem Feld der Wissenschaft mehr als anderswo: Ohne fundiertes rational durchreflektiertes Wissen sind hier keine dauerhaften Erfolge zu erringen. Was Lenin in anderem Zusammenhang gefordert hat, gilt gewiß auch hier. Es ist ganz einfach, man behält es schon nach dem ersten Hören. Lenin forderte schlicht: lernen, lernen, lernen. Wie er dazu kam und was er damit im weiteren meinte, mag man an Ort und Stelle nachlesen. Es kann auch einem Marxisten, der bereits ganz von sich selbst überzeugt ist, nicht schaden, die Leninschen Werke — aber auch, wie Lenin selbst das tat —, die zeitgenössische bürgerliche Wissenschaft gründlich durchzustudieren. Diese Forderung mag in Zeiten drohender oder vollzogener Berufsverbote ein wenig deplaziert erscheinen. Erfüllbar — wenigstens ansatzweise — ist sie, wie das Beispiel der marxistischen Klassiker beweist, in jeder Lebenslage. Zudem: Wer morgen ernten will, darf heute nicht vergessen zu säen. Mag gegenwärtig und in weiterer Zukunft die politische Unvernunft an den Hochschulen noch so sehr an Boden gewinnen — sie würde, wenn sie sich gänzlich durchsetzte, damit doch nur eine neue Studentenbewegung oder sogar ein konkreteres Analogon zu ihr provozieren.

Dieter Hassenpflug

## Umwelt zu Marktpreisen? (II) \*

Eine Kritik am Umweltgutachten 1974

### IV. Konkretisierungen staatlicher Umweltpolitik

Das *Wesen* des *bürgerlichen* Staates besteht darin, daß er in der Form der Klassenneutralität die Herrschaft einer Klasse über eine andere *vermittelt*.<sup>24a</sup> Der bürgerliche Staat ist also mit dem Kapital gesetzte notwendige Form zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals über die ganze Gesellschaft, d. h. er ist Vermittler kapitalistischer Gesamtrationalität. Dieses Gesamtinteresse ist insofern ein illusorisches, der bürgerliche Staat daher ‚ideeller Gesamtkapitalist‘, als es seine systematische Grundlage in den — von uns bereits diskutierten — Formen der einfachen Warenzirkulation hat, wo *alle* als freie und gleiche Staatsbürger *erscheinen*. Indem sich der bürgerliche Staat auf diese gesellschaftlichen Charaktere bezieht, kann er reale Unfreiheit und Ungleichheit in den Formen zirkulativer Egalität vermitteln. Sein Klassencharakter ist ein mystifizierter. Im Rahmen dieser allgemeinen Bestimmung bewirkt die ‚Umweltkrise‘ zunächst eine Differenzierung der Vermittlung kapitalistischer Gesamtrationalität, eine Veränderung und Ausweitung von Staatsfunktionen.

Die zunehmend die materielle Systemgrundlage bedrohende Zerstörung der Gebrauchswerte verlangt immer dringlicher eine Ergänzung der bisherigen Staatsfunktionen durch Gebrauchswertkalküle und gebrauchswertorientierte Politik. Deutlich spiegelt sich dieser Imperativ im Gutachten: „Die umweltpolitische Gesamtzielvorstellung ist global als ‚Erhaltung und Verbesserung‘ der *Umweltqualität* beschrieben worden. Im einzelnen umfaßt dies das Verfolgen bestimmter *Qualitätsziele* (Herv. — der Rat) in den verschiedenen Umweltbereichen. Qualitätsziele beschränken sich zwar nicht auf Umweltmedien (Luft, Wasser, einschließlich aquatischer Ökosysteme, Boden mit entsprechenden Ökosystemen), lassen sich hier jedoch am leichtesten operationalisieren ... Umweltbelastungen treten bei der Nutzung einzelner Elemente der ‚natürlichen‘ und ‚gebauten‘ Umwelt auf. Dementsprechend sind Qualitätsziele *nutzungsorientiert* (Herv. — der Rat) zu formulieren. *Je nach Nutzungsart und -intensität sind u. U. unterschiedliche Anforderungen an die Umweltqualität zu stellen*“ (Ziff. 32, Herv. — D. H.).

\* Der erste Teil dieses Aufsatzes ist veröffentlicht in *Das Argument* 93, S. 769—793.

24a Vgl. Wirth, M., Zur Kritik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: *Probleme des Klassenkampfes* 8/9, 1973, S. 31 f.

Der Widerspruch nun, der darin liegt, daß auf den Gebrauchswert in der Form lebensfeindlicher Objektivität reflektiert wird, bedingt eine Bewegung, die mit der Verherrlichung des Marktmechanismus als ewig gültigem Funktionsmodell gesellschaftlicher Synthesis in der neoklassischen Sozialkostentheorie (auch bekannt als ‚Theorie der externen Effekte‘) beginnt und bis zur Forderung nach Institutionalisierung von Gegenkräften in Form von Bürgerinitiativen führt. Diese ‚Bewegung‘ soll nun anhand des Gutachtens skizziert und charakterisiert werden.

### 1. Kosten- und Gebrauchswertkalkül

Wie bereits erwähnt, bedingt die fehlende Anwendbarkeit des idealtypischen Verursacherprinzips dessen Aufsplitterung in zahlreiche Instrumente, die auf eine ‚markt- oder nicht-marktmäßige Zurechnung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Kosten‘ hinauslaufen. Die Ernüchterung bewirkt zunächst eine Zurechnung nach „Wirklichkeits- und Wahrscheinlichkeitsmaßstäben“ und „grob geschätzter Kosten“ (Ziff. 567). Der absolute Anspruch der neoklassischen Theorie wird hier relativiert. Letzte Objektivität im Sinne des sozialen Preissystems ist unerreichbar, eine wenigstens partielle Subjektivität außermarktmäßiger Quantifizierungen implizit eingestanden.

Subjektive Entscheidungen sind jedoch nach Belieben kritisierbar, können als falsche, zu hohe, verfehlte etc. zurückgewiesen werden. Hiernach würde jede Zurechnung sofort eine weitere, ‚richtigere‘, objektivere Schadensbemessung o. ä. nach sich ziehen, oder sie würde als diktatorische Einmischung in die private Interessensphäre zurückgewiesen<sup>25</sup>. Wer einem anderen ‚grob geschätzte‘ Kosten anhängen will, dem wird, je nach Interesse, eine andere ‚grob geschätzte‘ Kostenrechnung entgegengehalten. Welche Instanz entscheidet darüber, wer die richtige Rechnung aufgemacht hat bzw. wie hoch die Kosten objektiv sind?

Die Umweltgutachter erahnen die Unzulänglichkeit solcher Bewertung und Zurechnung und gehen einen Schritt weiter: „Ist die Zurechnung jedoch auch nach groben Plausibilitätsüberlegungen nicht

25 Genau dies geschieht in der Praxis massenhaft. Der oder die ‚Betroffenen‘, seien es Einzelkapitale, Verbände, Branchen, Bundesländer etc. machen jeweils ihre eigene Rechnung auf, die immer unterschiedlich ausfällt, je nach Interesse. Um zu einem gewünschten Ergebnis zu kommen, muß nur ausreichend mit Zahlen jongliert werden. Schmid/Freiburghaus z. B. resümieren bezüglich zweier konkurrierender Bewertungs-Gutachten: „Tatsächlich diente weder die eine noch die andere KNA als Entscheidungskriterium. Daß der Aufwand dennoch betrieben wurde, ist vor allem auf den Legitimationszwang staatlicher Bürokratie zurückzuführen. Bei dem hohen Ansehen, das Wissenschaftlichkeit in der Öffentlichkeit genießt, bietet sich ihre scheinbar sachlogische Objektivität als hervorragendes Legitimationsinstrument dar.“ Schmid/Freiburghaus, a.a.O. A. 52.

möglich, so muß eine Kostenentlastung (also das genaue Gegenteil von Kostenzurechnung, was einem Eingeständnis der illusorischen Gültigkeit des Sozialkostenkalküls gleichkommt! — D. H.) nach dem Gemeinlastprinzip erfolgen. In diesem Falle werden die Kosten über die öffentlichen Haushalte abgegolten mit der weiteren Folge einer Weitergabe dieser Kosten im Besteuerungsprozeß“ (Ziff. 567). Eine Ziffer weiter wird erklärt: „Das Gemeinlastprinzip wird dort anzuwenden sein, wo eine Anwendung des Verursacherprinzips zu politisch unerwünschten Zieleinbußen an anderer Stelle führen müßte. Führt beispielsweise eine mittels Auflagen erzwungene Kosteninternalisierung in bestimmten Branchen zu einem Beschäftigungsrisiko, so kann der Staat dies vorübergehend durch Subventionen auffangen“ (Ziff. 568).

Für bestimmte Fälle setzt das Verursacherprinzip also aus. Doch auch die Strategie der Kostendiffusion kann zu Zielverzichten führen: „Auch bei der Anwendung des Gemeinlastprinzips sind im Zuge des Steuerlastverteilungsprozesses relative Preisverschiebungen mit Substitutionswirkungen die Folge, die sich jedoch nicht nach den Zielen der Umweltpolitik, sondern nach den vielfach anderen Zielen und Zufälligkeiten der Steuerpolitik richten“ (Ziff. 567). Um diese Unwegbarkeiten zu vermeiden, werden weitere Instrumente erdacht, die wiederum irgendwelche Zielverzichte bewirken, und so beginnt jenes Karussell sich zu drehen, wo jede Zielkollision ein neues Instrument entstehen läßt und jedes Instrument einen neuen Zielkonflikt zur Folge hat. Das Ergebnis ist eine abstrakt-sinnlose, konkretistische Bewegung. Schließlich kommt man zum Ausgangspunkt zurück: „Eine eindeutige Überlegenheit des Verursacherprinzips besteht dabei dort, wo eine Identifizierung, Bewertung und Zurechnung der Umweltbelastung grundsätzlich möglich ist“ (572). Aber wer ‚Kosten‘ sagt, muß auch ‚Bewertung‘ sagen; und wer bewertet, muß die Legitimität bzw. Nicht-Beliebigkeit oder Objektivität seiner Quantifizierung begründen. Da die Begründungsversuche Widersprüche aufweisen, wird erneut festgestellt, daß alle Lösungsstrategien im Rahmen des „Verursacherprinzips im weiteren Sinne“ (Ziff. 570) nur „mehr oder weniger exakt“ (Ziff. 572) sind. Also bewegt man sich wieder vom Ausgangspunkt fort, nach neuen Methoden und Instrumenten Ausschau haltend.

Im Rahmen des Coase-Theorems diskutieren sie etwa die „Ausdehnung der Eigentumstitel auf knappe Umweltgüter. Hier wird unterstellt, soziale Zusatzkosten seien die Folge unvollständiger Eigentumstitel . . .“ (Ziff. 573; vgl. auch die folgenden Ziffern). Hierzu gehört auch die sog. Zertifikatsökonomie (vgl. Ziff. 577). Erwogen wird hier u. a. eine sog. ‚Umweltbörse für Umweltnutzungslizenzen‘, z. B. die Einrichtung eines ‚Marktes für Luftverschmutzungsrechte‘. Jeder darf nach Maßgabe seines Zertifikats, welches er an der Börse erworben hat, die Luft verschmutzen. Die Zertifikate selbst sind limitiert, knapp und werden gehandelt wie Aktien.

Solche Überlegungen, die in der bürgerlichen Umweltökonomie und entsprechend bei den Gutachtern einen breiten Raum einnehmen, sind an Zynismus kaum zu überbieten. Sie entlocken sogar diesen blutleeren Gesellen eine — allerdings sehr schnell wieder verdrängte — ‚kritische‘ Bemerkung: „Es sei nicht verkannt, daß einem derartigen ‚Umweltverkauf‘ bereits beachtliche psychologische Hemmnisse entgegenstehen. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß ein solcher, freilich nur partiell beschreibbarer Weg erhebliche Möglichkeiten eröffnet“ (Ziff. 578). Und wieder ganz heimisch in der Sphäre des ‚blauen Dunstes‘ fahren sie mit den ‚Vorteilen‘ fort: „a) Minimierung der einzelwirtschaftlichen Umstellungskosten . . . c) Aktionsmöglichkeiten für Bürgerinitiativen und Touristikunternehmen durch Ankauf und Stilllegung von Lizenzen“ (ebd.). „e) weitestgehende Bewahrung der einzelwirtschaftlichen Verantwortung und Dispositionsfreiheit“ (ebd.). In diesen Zitaten stellt sich begrifflich, kalkulierend und spekulierend jene Welt vor, in der der Mensch kaum mehr noch ist als ein mit ‚psychologischen Hemmnissen‘ ausgestattetes Aperçu, eine Welt, die den Menschen aus dem Auge und aus dem Sinn verloren hat.

Geradezu zwanghaft, so wird hier ersichtlich, klammern sich die Sachverständigen an die vorfindbaren Formen der Marktökonomie: an ihr Rationalitätskriterium bzw. Vernunftprinzip (a), an ihre Handlungsformen und Aktionsmöglichkeiten (c) und ihre Entscheidungsmuster und institutionellen Strukturen (e) (vgl. auch ausf. Ziff. 578). Doch auch im Falle der Umweltnutzungslizenzen macht sich die Wühlarbeit des Widerspruchs bemerkbar: „Das Lizenzinstrument ist *kurzfristig* noch nicht einsetzbar, da als Vorbedingung die ökologischen Regionen funktionsgerecht abgegrenzt werden müssen. Zugleich müssen die ökologischen Informationsmodelle . . . verbessert und Probleme der zweckmäßigen Stückelungseinheiten gelöst werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Aspekt einer relativ überschaubaren und kontrollierten Zahl von potentiellen Lizenzmarktteilnehmern, da der Staat die Berechtigung von Umweltnutzungen überwachen muß. Neben derartigen Anwendungsproblemen, die sich auch in spürbaren Kontrollkosten auswirken können, birgt dieser Lösungsansatz jedoch auch einige grundsätzliche Gefahren in sich (. . .): So können durch unternehmenspolitisch gezielte Hortung von Emissionsrechten systematisch Marktzugangsbarrieren . . . aufgebaut werden. Zudem besteht die Gefahr, daß die dargestellte Strategie auch wegen technologischer Starrheiten insgesamt *mobilitätshemmend* (Herv. — der Rat) wirkt“ (Ziff. 578, Herv. — D. H.). „Die Lizenzstrategie ist somit trotz ihrer zunächst *bestechenden Vorzüge* keineswegs ein universell geeignetes Lenkungsmittel“ (ebd., Herv. — D. H.).

Im obigen Zitat fällt ein Wort auf, welches im Rahmen der Diskussion umweltpolitischer Instrumente immerzu wiederholt wird: es handelt sich um den Terminus ‚kurzfristig nicht möglich‘ bzw. ‚langfristig möglich‘. Er wird uns gleich wieder begegnen. Im Rah-

men der Erörterung ‚finanzpolitisch orientierter Umweltinstrumente‘ (Ziff. 579—586) lesen wir beispielsweise: „Die gegenüber der ersten Gebührenvariante (gemeint sind am Rohstoffeinsatz orientierte ‚Umweltverwertungsgebühren‘ [Ziff. 581] — D. H.) veränderte Beweislastverteilung geht von dem durchaus marktkonformen Gesichtspunkt aus, daß die Einzelwirtschaften an dem Einsatz bestimmter Rohstoffe interessiert sind, zugleich aber auch am besten in der Lage sind, die Umwelteinwirkungen bestimmter Produktions- und Konsumprozesse zu kontrollieren und abzustellen. So können die wirtschaftlichen Gewinnmotive nutzbar gemacht werden, um sowohl die Gebührenhöhe an die tatsächlich verursachten Umweltschäden heranzuführen . . . als auch das wirtschaftliche Wachstum in Richtung umweltfreundlicher Rohstoffe, Einsatzverfahren und Endprodukte umzugestalten.“ So weit, so gut, nun aber gehts los: „Diese zweifellos elegante Lösung setzt jedoch voraus, daß die sozialen Umweltkosten einzelner Rohstoffe bestimmt werden können, ein bei der Länge und Vielgestaltigkeit der Produktionsketten sicherlich noch lange unlösbares Problem“. Und jammervoll geht es mit der vordem noch schillernd-eleganten Lösung bergab: „Zudem sind über die Überwälzungsmöglichkeiten der einzelnen Rohstoffgebühren noch keine Aussagen möglich, so daß die Folgeprobleme in der Einführungsphase nicht überblickt werden können. Demnach ist auch über die Verteilungseffekte keine Stellungnahme möglich“ (Ziff. 582).

Dieses Zitat dokumentiert noch einmal exemplarisch das Dilemma der Umweltpolitik: Zuerst wird eine — meist auf ein partikulares ‚Umweltphänomen‘ bezogene — elegante umweltpolitische Lösung vorgestellt. Sie wird in dem Maße als ‚eleganter‘ betrachtet, in dem sie als ‚marktkonform‘ erachtet wird. Dies bedingt im Endeffekt die Sichtbarmachung, d. h. Quantifizierung von bisher unsichtbar gebliebenen sog. Umweltnutzungen, um sie sodann in das System der Individualentscheidungen einzubringen, damit Gewinnmaximierung auf Basis des sozialen Kostenniveaus stattfinde. Durch die Bewertungsfrage aber, die immer wieder auftaucht, rückt die Lösung mitsamt ihrer ‚Eleganz‘ und ihren ‚bestechenden Vorzügen‘ in eine unsichere Zukunft. Dieses nahezu durchgängige, geradezu rhythmische Auf (marktkonforme Lösung) und Ab (vorläufig nicht realisierbar) hat seine systematische Ursache darin, daß auf den ‚Gebrauchswert der Umwelt‘ in Formen reflektiert wird, wie diese Intention überhaupt nicht transportieren können. Dieser Denkstruktur wiederum liegt der reale Widerspruch zugrunde, daß das Kapital in wachsendem Maße die qualitative Einheit des stofflichen Universums zur Voraussetzung seiner Reproduktion (Lebensqualität als allgemeine Produktionsbedingung) hat, doch diese in seiner abstrakten Maßlosigkeit zugleich immer wieder zerreißt.

## 2. Kosten und Zielverzichte

Indem das Kapital das qualitative Ganze der Natur zerstört (ökologische Krise), vernichtet es tendenziell seine eigene Voraussetzung.

Daher die Einbeziehung des Gebrauchswerts in die staatliche Politik. *Umweltpolitik ist dabei die notwendige Form, in der das Kapital seine Profitabilität unter der Bedingung der Erhaltung der Produktionsvoraussetzung ‚Umwelt‘ organisiert.* Der Widerspruch, die konkreten Zustandsformen der Natur als auf Einheit angelegt denken zu müssen, dies aber in Formen zu tun, die völlig indifferent gegen das qualitative Ganze der Natur sind, dokumentiert sich im Umweltgutachten zuweilen in hochgradiger Sprachverwirrung.

Wir finden beispielsweise folgende Überlegung: Die Umweltzerstörung verursacht Kosten (soziale Zusatzkosten). Um die ‚Umwelt‘ wieder in Ordnung zu bringen, müssen die Mittel dafür aufgebracht werden von ‚der Gesellschaft‘. In Höhe der Kosten sinkt das Realeinkommen. Sinkende Realeinkommen bedeuten aber sinkende Lebensqualität (vgl. Ziff. 604). Steigende Lebensqualität durch Umweltschutz muß also — so dürfen wir schließen — mit sinkender Lebensqualität erkaufte werden.

Für die quantifizierende Vernunft stellt sich angesichts der Umweltkrise die Ausgangsfrage immer als Frage nach Preisen und Kosten. Der amerikanische CEQ (Council on Environmental Quality) — und mit ihnen auch die Gutachter — stellt die Ausgangsfragen z. B. so: „1. Welches sind die Kostenarten, die bei Umweltschutzentscheidungen zu berücksichtigen sind? 2. Wie hoch stellen sich die Kosten in den einzelnen Kostenkategorien? 3. Wer trägt die Kosten der Umweltschutzpolitik?“ (Ziff. 604) Zunächst einmal „der Bürger“ (Ziff. 604), dessen im Tausch verankerte Unabhängigkeit notwendige Form der Vermittlung seiner — als Arbeiter — völligen Abhängigkeit ist. Problematisch ist daher höchstens quantitative Inzidenz: „Sicher ist aber, daß die niedrigeren Einkommensschichten tendenziell einer größeren Umweltbelastung gegenüberstehen als höhere Einkommensschichten. Gesichert erscheint jedoch auch, daß die höheren Einkommensschichten ein höheres Niveau an Ausweichkosten (Klimaanlagen, längere Wege zur Arbeitsstelle, usw.) in Kauf nehmen, so daß Kompensationswirkungen vermutet werden dürfen. Für den Bereich der Schadenskosten kommt der CEQ zu der Erkenntnis, daß die niedrigeren Einkommensschichten zwar einer relativ unwirtschaftlichen Umwelt ausgesetzt sind und weniger natürliche Erholungsmöglichkeiten nutzen können, weil die entsprechenden Ausweichkosten zu hoch sind bzw. Zugangsprobleme auftreten. Nach seiner Auffassung stellen sich die Probleme aber keineswegs so drängend dar, da sich die direkt betroffenen Einkommensschichten aufgrund anderer für sie vorrangiger Bedürfnisse (Einkommen, Ernährung, Wohnung) nur wenig betroffen fühlen. Dementsprechend sind nach seiner Analyse (des CEQ — D. H.) auch hauptsächlich die höheren Einkommensschichten mit Ausweichkosten belastet, da ... niedrigere Einkommensschichten gar nicht an Ausweichkosten interessiert sind“ (Ziff. 611). Den Sachverständigen entgeht der unglaubliche Zynismus dieser CEQ-Ansichten. Für sie sind diese allenfalls ‚einseitig‘, ‚nicht stichhaltig‘, weil „Umweltqualität den Charakter eines öffentlichen Gutes“ (ebd.) hat.

Die systemkonforme Reduktion der Umweltkrise auf ein Kostenproblem produziert ihr gemäße Ansichten und Problemstellungen. Der Erfolg des ‚Umweltschutzes‘ erscheint so abhängig vom richtigen Umfang und Verhältnis privater und öffentlicher Finanzkraft, vom Verzicht auf Einkommen usw. Es beginnt jene atemberaubende Jongliererei mit monetären Größen (hier muß was hin, dort etwas weg, da muss besteuert, dort subventioniert werden, da ist's zu viel usw. usf. — „die Probleme des Umweltschutzes sind komplex“ [Ziff. 614]), in deren Verlauf irgendwann einmal „hinzugefügt werden“ muß, „daß weder die Mittel der öffentlichen Hand noch die Finanzkraft der Privatwirtschaft für eine totale Beseitigung der Umweltgefahren ausreichen“ (Ziff. 614). Schließlich gibt es auch noch andere Probleme, die Beachtung verlangen: Inflation, Arbeitslosigkeit, Verteilungs- und Wachstumsprobleme. „... ‚volkswirtschaftliche Kosten‘ sind als Realisierungsverzichte innerhalb eines Spektrums volkswirtschaftlicher und damit staatlicher Ziele zu interpretieren“, die „immer in Geldeinheiten“ meßbar sind (Ziff. 617). „Interpretiert man den Rahmen volkswirtschaftlicher Ziele weit, so ergeben sich insgesamt sechs Zielkomplexe...: Das Ziel der Vollbeschäftigung... das Ziel der Preisniveaustabilität... das Ziel eines angemessenen realen Wirtschaftswachstums... das Ziel einer gerechteren, d. h. gleichmäßigeren Einkommensverteilung... das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts... sowie schließlich die umweltpolitische Zielsetzung selbst, die in der Realisierung auch einer Selbstbeeinflussung unterliegt“ (Ziff. 625; vgl. auch Ziff. 42—47).

Zum Verhältnis von Wachstum und Verbesserung der Umweltqualität bemerken die Gutachter, daß hier ein „grundsätzlicher Zielkonflikt“ (Ziff. 43) bestehe<sup>26</sup>. „Eine Verbesserung der Umweltqualität geht bei nicht vermehrbaren Ressourcen zwangsläufig zu Lasten des materiellen Konsums“ (Ziff. 43). Was für das Kapital Mittel seiner Selbstverwertung ist, erscheint hier als Zweck: Die „Maximierung materieller Konsumziele“ (ebd.). Was kann demgegenüber das Ziel der Umweltpolitik sein? „Umweltschutz bedeutet zunächst lediglich, daß materielle Konsumziele gegenüber *immateriellen Konsumzielen* zurücktreten“ (Ziff. 44, Herv. — D. H.). Abermals extremste Verkehrung der Begriffe! Die unmittelbare Reflexion auf den Gebrauchswert als Zweck erscheint hier ins Gegenteil verkehrt: als Durchsetzung immaterieller Konsumziele.

In den Ziffern 47 und 629 diskutieren sie den Zielkonflikt zwischen Verbesserung der Umweltqualität und gerechter Einkommensverteilung.

<sup>26</sup> Es entspricht dem Wissenschafts- bzw. Weltverständnis der Sachverständigen, Zielkonflikte als kurzfristig überwindbare ‚Reibungsschwierigkeiten‘ zu sehen. Sie können daher schreiben: „... aus dem dargestellten Zusammenhang folgt außerdem, daß das Verfolgen umweltpolitischer Ziele keineswegs in einem generellen Konflikt mit dem Ziel der Erhaltung eines angemessenen Wirtschaftswachstums (§ 1, StWG) steht. Politisch werden diesbezüglich sogar Komplementaritäten sichtbar“ (Ziff. 43; vgl. auch Ziff. 628).

lung. Es versteht sich von selbst, daß ihre verteilungspolitischen Überlegungen die durch Arbeit bewirkte *Werterhaltung* ausklammern. Zur Disposition stehen nur die neu geschaffenen Einkommen (Nettosozialprodukt). Daß jedoch den Einkommen aus ‚unselbständiger‘ und aus ‚selbständiger‘ Arbeit (Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen) eine strukturelle Differenz zugrunde liegt, zeigt sich selbst am Umweltgutachten: Es wird festgestellt, daß die Anwendung des Verursacherprinzips verteilungspolitische Folgen habe. Insofern die ‚Entzugswirkungen‘ von Abgaben „den Verteilungseffekten von Verbrauchssteuern ähneln“ (Ziff. 47), entstünden „tendenziell Verteilungswirkungen zu Lasten unterer Einkommensschichten (regressive Effekte) . . . die sich gegen eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung richten“ (ebd.).

Diesen regressiven Einkommensverteilungswirkungen würden jedoch solche Verteilungswirkungen entgegenstehen, die durch die *Abgabenverwendung* verursacht würden. Zwar müßten die niedrigen Einkommensschichten auf Teile ihres Realeinkommens verzichten, doch auf der anderen Seite springe auch etwas heraus: „Hieraus (aus der durch die Abgabenverwendung erhöhten Umweltqualität — D. H.) ist nun insofern eine positive Verteilungswirkung zu erwarten, als die auf solche Weise geförderte Umwelt vor allem den einkommensschwachen Schichten zugute kommt — weil die höheren Einkommensschichten der vorgefundenen Umweltbelastung durch Wohnungswechsel usw. bereits in höherem Maße ausgewichen sind“ (ebd.). Auf diese Weise ist also endlich das leidige Problem der Umverteilung des Volkseinkommens aus der Welt geschafft. Die Arbeiter haben den ‚Umweltschutz‘ mit realen Lohneinbußen zu bezahlen. Der Gegenwert für diese, leider unvermeidbaren Einschränkungen wird in Naturalien — in Form einer besseren Lebensqualität — an die Lohnabhängigen ‚ausgezahlt‘. So ist allen gedient. Die Kapitalisten brauchen die Kosten nicht zu tragen, und die Lohnabhängigen erhalten für ihren Einkommensverzicht eine lebenswertere Umwelt. Daß die Lohnabhängigen diesem Kuhhandel nicht unbedingt auf den Leim gehen, wird von den Sachverständigen in der folgenden Ziffer erwogen. Die Verteilungswirkungen könnten insgesamt doch unsozial sein. Dann müßten diese Wirkungen halt durch Einkommens-transfers kompensiert werden (vgl. Ziff. 48).

Gegen Ende der Zielkonflikts-Diskussion, auf die wir hier nicht weiter eingehen wollen, stellen die Gutachter fest: „Als Ergebnis ist daher festzuhalten, daß Umweltqualität in der vorstehenden Betrachtung als relativ ‚teures Ziel‘ erscheint, da es in der Regel — mit Ausnahme des Ziels eines ‚außenwirtschaftlichen Gleichgewichts‘ — mit gewissen Verzichten bei der Realisierung anderer gesamtwirtschaftlicher Ziele einhergeht.“ Allerdings seien die Zielgewinne, die sich in gesamtwirtschaftlichen Opportunitätskosten (Kosten der nächstbesten Verwendung) ausdrücken ließen, zu berücksichtigen.

Hier also schließt sich der Kreis. Die vorausgesetzte Kostenkategorie ist zum Schluß nach einem grandiosen Zirkelschluß wieder eingeholt: Umweltschutz ist teuer.

Um die so entsagungsvolle Verbesserung der Umweltqualität (warum sollen wir sie überhaupt wollen, wenn wir dafür verzichten müssen?) wenigstens ein wenig den Politikern schmackhaft zu machen, verweisen die wackeren Gesellen auf die — bislang noch — chronisch aktive Zahlungsbilanz der BRD und erkennen listig, daß Umweltschutz zum Abbau des Leistungsbilanzüberschusses beitragen könne (Umweltschutz führt zur Verteuerung inländischer Produkte und so zu sinkenden Exporten). Wie gut, daß die BRD ein ‚Aktiv-Land‘ und nicht eines jener bedauernswerten ‚Passiv-Länder‘ ist; denn letztere müßten, um zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht zu gelangen, mehr Umweltzerstörung propagieren. Doch auch hier stehen lang- und kurzfristiges Raisonement in einem Gegensatz zueinander: „Es sei allerdings . . . vermerkt, daß gerade die Annahme eines überoptimalen Leistungsbilanzüberschusses tendenziell problematisch wird“ (Ziff. 630).

### 3. Bürgerinitiativen als institutionalisierte Gegenkräfte

Bürgerinitiativen sind ein Bedürfnis des Kapitals. Initiativen von Bürgern gegen Mißstände in allen Bereichen der Reproduktion bleiben im Interesse des Gesamtkapitals, wenn sie — im strengen Sinne des Begriffs — *Bürgerinitiativen* bleiben. Solange also die beteiligten Individuen im Möglichkeitsspektrum der ökonomischen Charaktermasken ihre Kritik formulieren, ihre Ansprüche anmelden und durchzusetzen versuchen, solange ist ein Aktionsergebnis im Sinne der Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse gewährleistet. Wie wichtig sie für das kapitalistische Krisenmanagement geworden sind, erhellt das folgende Zitat: „Besondere Aufmerksamkeit hat der Rat in allen Diskussionen den Problemen des gesellschaftlichen Verhaltens geschenkt. Er ist überzeugt, daß der Entwicklung eines Umweltbewußtseins, das heißt einer bewußten und aktiven Mitverantwortung jedes einzelnen Bürgers, für den Erfolg aller umweltpolitischen Maßnahmen eine schlechthin entscheidende Rolle zufällt. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auf die große Bedeutung der zahlreichen Bürgerinitiativen im Umweltschutz . . . hingewiesen. Auch dieser Komplex konnte wegen seiner Verschränktheit mit der Problematik unserer Staatsform auf allen Ebenen des politischen Handelns, wie es mit dem Stichwort ‚Partizipation‘ angedeutet werden soll, im ersten Gutachten noch nicht zusammenfassend behandelt werden“ (Ziff. 11; Herv. — D. H.).

Es ist überdies bemerkenswert, daß die Sachverständigen sich selbst der hier beschworenen Mitverantwortung per Dezision entziehen wollen. Dieser Widerspruch kommt ihnen jedoch nicht zu Bewußtsein, denn sie betrachten sich selbst unter einer besonderen Kategorie, nämlich der des Experten: Sowohl in Ziff. 26 als auch in Ziff. 27 wird die Notwendigkeit einer „technokratisch beeinflussten Willensbildung“ betont, wobei ‚Technokrat‘ und ‚Experte‘ als identische Begriffe gehandhabt werden (vgl. Ziff. 27). Sie sehen sich also insofern nicht als ‚Bürger‘, als sie die ‚Willensbildung‘ beeinflussen:

„Der Rat sieht eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, hier in einer immer unüberschaubarer werdenden Diskussion klare Richtwerte und Ziele deutlich zu machen“ (Ziff. 15).

Die Möglichkeit kollektiver Erfahrungs- und Lernprozesse, die das verkrüppelte Alltagsbewußtsein revolutionieren können, machen die Bürgerinitiativen aber tendenziell zu einer systemgefährdenden Kraft. Aus der Sicht der Expertokratie bedürfen sie daher besonders sorgsamer Zuwendung: „Geht man aus von einer allgemeinen Norm — bürgerschaftliche Willensbildung so weit wie möglich, technokratische Willensbildung so weit wie nötig — dann ist politische Beteiligung uneingeschränkt sinnvoll und notwendig innerhalb des Betroffenen-sektors. Sie entwickelt sich hier aus eigenem Antrieb in geregelter Form, wenn das politische System dazu Wege vorbereitet und öffnet, ungeregt, wenn solche Wege nicht existieren. Im Bereich des (noch) nicht Betroffensein ist die Mitwirkung der Bürger ebenfalls sinnvoll; sie kann über den Weg umweltbezogener Information durch Experten Betroffenheit und damit Bereitschaft zum Engagement auslösen“ (Ziff. 31, Hervorh. — D. H.). Die ‚Wege der Bürgerinitiative regeln‘ meint genau die Gewährleistung ihrer systemkonformen Funktion, womit zugleich ihr eigentlicher Charakter, Gegenkraft zu sein, aufgehoben ist. Wenn sich die Bürgerinitiativen gemeinsam mit den Sachverständigen ‚ein X für ein U‘ über die verborgenen Ursachen der Umweltzerstörung vormachen, haben sie ihre Existenzberechtigung. So lesen wir denn auch weiter: „Erst die umfassende Beteiligung des Bürgers an der Umweltplanung und an den Diskussionen über die dabei aufbrechenden Zielkonflikte eröffnet die Chance einer mehrheitlichen Zustimmung zu materiellen Einschränkungen zugunsten des Konsumguts ‚Lebensqualität‘“ (ebd., Herv. — D. H.). Hier ist die Katze aus dem Sack gelassen. Erst die umfassende Beteiligung aller am politischen Willensbildungsprozeß gestattet Verallgemeinerung der Verantwortlichkeit. Schuldige und Unschuldige gibt es diesem Verständnis zufolge gar nicht; denn alle sind Bürger, und alle Bürger sind verantwortlich. Auf diese Weise soll dann beispielsweise jenes Konfliktpotential kanalisiert werden, welches entsteht, wenn der ‚Umweltschutz‘ mit realen Lohnsenkungen (vgl. den vorangehenden Abschnitt) bezahlt werden soll.

Die Systemkonformität der Bürgerinitiative ist also gesichert, wenn das Gebrauchswertkalkül, das in Form des umweltpolitischen Kostenkalküls in die Bestimmung kapitalistischer Gesamtrationalität eingeht, auch ihr Kalkül ist. Die illusorische Gesellschaftlichkeit des kapitalistischen Staates verlängert sich so in die initiativen Bürgergruppen hinein. Die Mitwirkung und Mitverantwortung des Bürgers als Staatsbürger ist fiktiv. Was geschieht also, wenn die Bürger nicht als Staatsbürger, d. h. nicht von sich aus ‚rational‘ handeln? Der Rat weiß Rat: „Da man sich einem Informationssystem in einer freiheitlichen Gesellschaft immer entziehen kann, ist ein funktionierender Sanktionsmechanismus der bessere Anknüpfungspunkt“ (Ziff. 572). Zu diesen Sanktionen gehört aber auch die Androhung und Prakti-

zierung von unmittelbarer Gewalt. Sind die initiativen Bürger nicht länger bereit, sich den von ‚oben‘ übermittelten Sachzwängen zu beugen, entziehen sie sich also dem Informationssystem, dann entscheidet bei divergierenden Interessen<sup>27</sup> Gewalt. Wo der Sachzwang ökonomischer Verhältnisse versagt, entscheidet das, was durch eben diese Verhältnisse vermittelt ist: Unmittelbare Gewalt.

### V. Schlußbemerkung

Versuchen wir kurz zu rekonstruieren, wie die Sachverständigen an ‚ihre Sache‘, die Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität, herangehen. — Herangehen? Davon kann keine Rede sein! Sie stellen sich überhaupt nicht einer solchen Aufgabe, sondern sie laufen vor ihr davon! Daher gerät unser Résumé zur Beschreibung von Fluchtwegen und Fluchtversuchen. Wie kann es dazu kommen?

Umweltschutz ist ein vertracktes Bedürfnis des Kapitals, was erforderlich macht, daß gebrauchswertorientierte Kalküle in die Bestimmungen kapitalistischer Gesamtrationalität eingehen müssen. Denn der sich selbst verwertende Wert macht den Gebrauchswert, damit aber auch spezifische, auf den Menschen als physiologisch-biologischen Komplex bezogene ökologische Zustandsformen zu seiner Voraussetzung. Die Umweltkrise signalisiert eine Zerstörung der Gebrauchswerte, die zunehmende ‚Unfähigkeit‘ des Werts, synthetische Leistungen zu vermitteln. Von daher ist es objektiv die Aufgabe der ‚Umweltpolitik‘, Gebrauchswert und Tauschwert auf gesamtgesellschaftlicher Ebene — Umwelt als allgemeine Produktions- und Reproduktionsvoraussetzung — wieder miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Der Widerspruch besteht darin, daß die Umweltkrise im Interesse der Aufrechterhaltung der Reproduktion des Gesamtkapitals unmittelbar gebrauchswertorientierte Entscheidungen erforderlich macht, andererseits derartige Entscheidungen im Kapitalismus überhaupt nicht getroffen werden können. Diesen, an der Basis der kapitalistischen Gesellschaft verankerten Widerspruch bewegen die Sachverständigen hin und her, anstatt an seine Auflösung heranzugehen. Hier ist der Ausgangspunkt ihrer Flucht: d. h. sie entziehen sich der Kritik, bleiben affirmativ.

Sie fliehen zunächst einmal in jene Richtung, wo die Sache der Verbesserung der Lebensqualität auf ein Kostenproblem heruntergebracht wird. Da jedoch der vorausgesetzte Widerspruch — Verbes-

27 Die Möglichkeit divergierender Interessen wird von den Gutachtern durchaus erwogen: „So erscheint eine Gefährdung des Ziels einer möglichst weitgehenden Mitwirkung der Planungsbetroffenen (vgl. hierzu auch Ziff. 23, 4 b — D. H.) möglich, wenn auch keineswegs notwendig. Zielkonflikte entstehen hier nur bei falscher Einschätzung der Interessenslage der Betroffenen bzw. wenn deren Vertreter nicht den gesamten Planungsraum repräsentieren“ (Ziff. 49).

serung der Umweltqualität mit Mitteln, die bessere Umweltqualität nicht zum Ziel haben — sich permanent Geltung verschafft, wird eine konkretistisch verlaufende Denkbewegung erzeugt, die einem Spießrutenlauf von einem zum nächsten Instrument gleicht. Schließlich, nach langem schwankenden Gang entlang der hohen Mauer selbst auferlegter methodischer Beschränkung, gelangen sie atemlos dort an, wo sie sich fortbewegt haben: beim Kostenproblem.

Schauen wir uns den Fluchtweg genauer an, so fällt folgendes auf: Die naturblinde quantifizierende Vernunft, mit der sie ihre Aufgabe in Angriff nehmen, bedingt eine enorme Akzentuierung der Zeit. Die Unzulänglichkeit der ausgedachten und explizierten umweltpolitischen Instrumente erscheint den Sachverständigen nicht als prinzipielle, sondern als in der Zeit aufhebbare. Kosten und Zeit sind miteinander verknüpft. Die Kosten und die Zeit aber, die zur Lösung der Umweltkrise benötigt werden, werden nie aufgebracht werden. Vielmehr: Solange die Umweltkrise unter den quantitativen Bestimmungen ‚Kosten‘ und ‚Zeit‘ überwunden werden soll, wird sie ständig aufs neue gesetzt.

Weiter fällt am Fluchtweg auf, daß jedesmal, wenn ein Instrument vorläufig gescheitert ist, ein neues vorgestellt wird, welches ebenfalls vorläufig nicht operational ist usw. usf. Im Zuge dieser Bewegung wird die Umweltkrise gleichsam in zahlreiche Partialkrisen atomisiert, denen jeweils eine eigene Lösungsstrategie zugeordnet wird. Dies ist also ein weiteres Moment ihrer Flucht: Um nicht von der Wucht einer erfahrbar totalen ‚Krise des Gebrauchswerts‘ erdrückt zu werden, wird sie zerlegt und auf diese Art entschärft. Auf diese Weise erscheint die Umweltkrise gleichsam scheinchenweise therapiefähig, ihre Beherrschbarkeit läßt sich so vorgaukeln. Zerstückelung und Dehnung der Umweltkrise erweisen sich als wesentliche Momente einer insgesamt dem Gegenstand gegenüber äußerlichen Strategie der Umweltgutachter.

Bevor wir zum Ende kommen, sei noch auf jenen anfänglichen Bogen im Fluchtweg der Gutachter hingewiesen, der jedoch am Schlagbaum defizienter Forschungsergebnisse ein vorläufiges Ende fand: Die Labilität des auf dem Untergrund der Kostenfrage erbauten Weges erschien ihnen vorerst derart signifikant, daß sie wohl selbst die Mangelhaftigkeit ihrer Vorgehensweise erahnten und an einen theoretisch-integrativen Umweltbegriff herangingen. Der Bedarf nach einer, dem Blickwinkel der Fachdisziplinen überlegenen, totalitätsbezogenen Theorie der Gesellschaft dokumentiert sich im ökonomisch-ökologischen Gesamtmodell, welches jedoch nur noch in Form von Bruchstücken im Anhang aufzufinden ist. Allerdings sei noch hinzugefügt, daß es sich hier, dem Selbstverständnis nach, um einen ‚funktionalistischen Umweg‘ handelt. Das heißt, das Problem der Wahrheitsfähigkeit der Forschungsergebnisse wird hier dadurch ‚gelöst‘, daß es umgangen wird.

Schließlich: Die Mauer, durch die die Flucht der Gutachter alles andere als eine Flucht nach vorn, sondern ein Zirkellauf wird, haben sie sich selbst sorgfältig aufgebaut. Sie tun dies, indem sie durch freiwillige ‚Wahl‘ der dezisionistischen Variante wissenschaftlicher Politikberatung ihre Aussagemöglichkeiten auf den Horizont des Käfigs einengen. Der Verzicht auf wahrheitsfähige Aussagen ist damit von vornherein eingestanden; weshalb sonst wäre eine solche methodologische Kastration notwendig?

*Objektiv* dient das Umweltgutachten dem Zweck, affirmative Haltungen der herrschenden Umweltpolitik gegenüber zu bestätigen, zu erzeugen. Fragen, die auf die Ursachen der Vernichtung der Umwelt zielen könnten, sollen blockiert und umgelenkt werden. Sie sollen sich von vornherein in den Geleisen der Vernunftprinzipien der Marktökonomie bewegen. Quantifizierende Rationalität soll als einzig mögliche Form wissenschaftlicher Vorgehensweise akzeptiert und verinnerlicht werden. Damit soll verhindert werden, daß sich die Betroffenen organisieren, um ihre gemeinsamen Probleme zu diskutieren und um zu versuchen, ihre Lebensinteressen jenseits der ökonomischen Charaktermasken und gegen die herrschenden Verhältnisse durchzusetzen.

Für die gesamte politische Praxis, für den Bereich der Umweltplanung, ist das Gutachten (das gilt zumindest für die in unsere Kritik einbezogenen Teile — vgl. Fußnote 1) praktisch folgenlos. Die Funktion liegt daher wesentlich dort, wo gleichsam präventiv insbesondere die sozialwissenschaftliche Intelligenz darin gehindert werden soll, sich darüber klar zu werden, wie die Sache der Verbesserung der Lebensqualität anders als äußerlich und mit scheinbar vernünftigen Plankalkülen angegangen werden kann.

## Diskussion

Rudi Dutschke

### **Antwort auf Schmidt und andere**

#### **I. Über kleinere Fehler sich vor größeren Fragen davonzustellen?**

Zunächst zu den „großen Entdeckungen“ des Herrn (Genossen) Schmidt: den zwei Anmerkungsfehlern. Einige mehr, Druckfehler etc., ließen sich durchaus noch finden, und die anderen Bischöfe in der Mode-Manier des „allgemeinen Kapitalbegriffs“ werden sie sicher aufspüren. Die Verantwortung für Fehler trage zwar ich und kein anderer, aber es fällt doch auf, daß die Kardinäle des „Marxismus“, des „Marxismus-Leninismus“ usw. sich nur zu gern daran festnageln, um bestimmten Fragestellungen aus dem Wege zu gehen. Wenn nun aber demnächst vielleicht italienische Kommunisten mein „Machwerk“ (Schmidt) ohne Druck- und Anmerkungsfehler lesen können? Sie würden wohl nicht „neue“ formale Fehler benutzen, um den Inhalt des Buches undurchschaubar zu machen. KPI, KPF, KP Spaniens usw. streiten doch nicht umsonst mit der KPdSU über die Okkupation der CSSR, lehnen den Führungsanspruch der KPdSU ab und versuchen selbständig zu gehen, um nicht in die Geschichtslosigkeit des gekrümmten Kommunismus<sup>1</sup> zurückzufallen. Schwere tut sich die DKP. Herr Schmidt setzt hier im „Argument“ den Stil und Tenor des Angriffs, genauer: der verkrampften Verteidigung des Genossen Steigerwald fort. Aber „Argument“ ist nicht „UZ“ oder „Marxistische“ oder „Rote Blätter“; trotz aller politischen Differenzen hat „Argument“ geschichtlich und personell sehr viel mehr mit der SDS- und APO-Geschichte zu tun als mit der *Geschichte der Geschichtslosigkeit*.

#### **II. Was sind die größeren Fragen?**

Mit dem, der nicht bereit ist, die Wirklichkeit — und sei sie noch so dreckig — kritisch-materialistisch zu analysieren, ist eine produktive Diskussion und politische Kooperation unmöglich. Zentraler Hintergrund vieler Fragestellungen ist die Unkenntlichwerdung des befreienden Wesens des Sozialismus-Kommunismus in der SU der nachrevolutionären Periode. Was hat das mit Marx zu tun? Anders als Schmidt meint, ist in der MEW gerade ein bestimmter Marx-Artikel über Rußland, der sich mit den Konstitutionselementen rus-

1 Ihr Hinweis auf die KZs ist fatal. Bedarf man erst der besonders gekrümmten Lage, um als Kommunist Moskauer Prägung aufrecht gehen zu lernen? Was für eine Erniedrigung der Ziele der Arbeiterklasse!

sischer Geschichte auseinandersetzt, nicht zu finden.<sup>2</sup> Über den von Stalin liquidierten Rjasanow, den großen Marx-Forscher und MEGA-Herausgeber, war ich an den Rußland-Text von Marx herangeraten<sup>3</sup>. An Rjasanows Versuch, die Marxsche Analyse zu widerlegen, fiel auf, daß er weder die Formationstheorie von Marx und Engels noch deren Einschätzung des Wesens der asiatischen Produktionsweise begriffen hatte. Was für mich von wachsendem Interesse ist — die Rußlandforschung von Marx, Engels und Lenin —, scheint für Schmidt eine keine neuen Fragen aufwerfende Provokation zu sein. An das Wesen der Sache, an den heißen Brei der Debatten über die asiatische Produktionsweise: an die halbasiatische Geschichte Rußlands und an das daraus abzuleitende Bürokratie-Problem der herrschenden Despotie- und Staatsmaschine wagt er sich nicht heran. Der Grund dafür ist klar: es genügt ein Blick auf die Diskussionen über diese Formationskategorie im Rahmen der Kommunistischen Internationale, der Kominform und der SU-Wissenschaft<sup>4</sup>. Herr Schmidt und die DKP-Führung schwärmen ja so von der Sowjetwissenschaft der letzten 50 Jahre; so mögen sie uns erklären, warum z. B. der Sowjetwissenschaftler Tulstov Anfang der 50er Jahre die „Vernichtung der berüchtigten ‚asiatischen Produktionsweise‘“ pries? Der Vernichtungsprozeß begann 1931 auf der Leningrader Diskussion und wurde von Stalin etc. in den nächsten Jahren systematisch „vertieft“. Was konnte unter solchen Bedingungen vom kritischen Materialismus und vom wissenschaftlichen Sozialismus noch übrigbleiben? Fragen wir uns: was hatte die Stalin etc. vor der „Vernichtung“ der asiatischen Produktionsweise so beruhigt? Hoffentlich versuchen die „jungen“ Bischöfe des Systems der Geschichtslosigkeit, einen Durchbruch zu erzielen und dem von ihnen so geliebten und von Marx so gehaßten „Universalschlüssel“ des „Kapitals im allgemeinen“ ein Ende zu bereiten. Herr Schmidt von den alten Bischöfen kennt allerdings die politische Gefahr.

### III. Was ist die asiatische Produktionsweise?

Marx und Engels erreichten die Einsicht in die Gliederung der vorkapitalistischen Formationen, nachdem sie die bürgerliche Formation vom proletarischen Klassenstandpunkt aus kritisch-materialistisch durchschaut hatten. Auf welchem Standort Herr Schmidt steht, wird zu klären sein. Nach ihm ist die „asiatische Produktionsweise“ die „höchste Entwicklung des Urkommunismus, gekennzeichnet durch eine starke Zentrale, deren Notwendigkeit vor allem aus dem Zwang zur Wasserregulierung erwächst“. Eigenartigerweise ist bei ihm der Zwang der Zentrale zur Mehrwerterpressung sekundär

2 S. K. Marx, *Relevations of the Diplomatic History of the Eighteenth Century* (1857), in: „Free Press“.

3 S. D. B. Rjasanov, *Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa*, 1909.

4 S. E. Varga, *Über die asiatische Produktionsweise*, in: *DAW* zu Berlin, 1967, IV.

oder gar nicht erwähnenswert. Als ob nicht der Zentral- und Wasserzwang dadurch konstituiert würden. Schmidt setzt das urkommunistische *Stammeigentum* in den asiatisch-orientalischen Dorfgemeinden mit dem ausbeutenden *Staatseigentum* an Grund und Boden des Despoten und seiner bürokratischen Maschine gleich. Ist diese „Verwechslung“ von ungefähr? Der entscheidende Unterschied zwischen dem urkommunistischen Gemeineigentum und dem Staatseigentum der asiatischen Produktionsweise ist die Herausbildung einer Klassenstruktur! Zwar ist dieser Durchbruch der Klassenstruktur von der sich herausbildenden Zentrale und den von ihr über „öffentliche Arbeit“, „nicht-ökonomischen Zwang“ usw. hergestellten Wasserregulierungssystemen nicht zu trennen, aber die Geschichte und Stärke der *Dorfgemeinden* läßt sich nicht vulgär auf die Wasserregulierung usw. reduzieren. Der Doppelcharakter der Kanal- und Wassersysteme der Zentrale ist unzweideutig: sie sichern die Erpressung des Mehrwerts, die Einheit von Produktion, Ausbeutung und Herrschaft ab. Wenn diese Einheit verschwindet in Krisenzeiten, so heißt das nicht, daß die *Grundstruktur* der asiatischen Produktionsweise aufhört zu existieren. Besonders (!) darum, weil das Stammeigentum in der asiatischen Produktionsweise nicht wirklich zerstört werden konnte. Es wurde vielmehr in ihr über die patriarchalisch-despotischen Eigentumsverhältnisse der Zentrale perpetuiert. Anders ist die Abwesenheit des Privateigentums in dieser Produktionszone nicht zu verstehen. Desgleichen wäre nicht die Widerstandskraft dieser „stereotypen Urformen“ (Marx) gegen die englische Irlandisierung Indiens zu erklären. Gerade in *solchen* vor-kapitalistischen Verhältnissen sind die „Urformen der Warenproduktion“ (Engels) zu Hause. Diese Urform ist das Gegenstück jeder kapitalistischen Warenproduktion: „Die große Ökonomie und Zeitersparung, die aus der unmittelbaren Verbindung von Ackerbau und Manufaktur hervorgeht, bietet aber hartnäckigen Widerstand den Produzenten der großen Industrie“<sup>5</sup>, Widerstand gegen die kapitalistischen Preise mit ihren falschen, genauer: toten Kosten. Prinzipiell war das in China, Indien, Persien usw. zu finden. Was die Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten bzw. die Differenzen mit Rußland betrifft, werden wir noch zu befragen haben.

Die asiatische Produktionsweise kann nicht in die Antike, wohl aber in einen asiatischen *Krisen-Feudalismus* spezifischen Typs übergehen. Auftretend in Perioden des Zerfalls der Zentrale, löste er sich auf, sobald Despotie und Wasserregulierung wiederhergestellt waren. Die Stagnation wurde fortgesetzt. Die Kategorie der Stagnation ist also ein sozialökonomischer Begriff dieser Formation, der die Nähe zu den „Urformen der Warenproduktion“ (Engels) ausdrückt.

Man wird nun fragen, was eine „asiatische Produktionsweise“ mit der *russischen Geschichte* zu tun hat. Die *These* von mir ist, daß der entscheidende Haken für die Beantwortung der Frage die

5 K. Marx, Das Kapital, Bd. 3 (MEW 25), S. 346.

agrikole Struktur der Dorfgemeinden und der Entstehungsprozeß des russischen Staates als Einheit unter der Führung des Reichs der Moskowiter ist.

#### IV. Ist Marx ein reaktionärer Anti-Kommunist bzw. ein uninformatierter Forscher?

Zuerst muß ich die ‚antiautoritäre‘ Aktion von Herrn Schmidt gegen Marx bewundern. Also auch in der ideologischen Führung der DKP ist der ‚Antiautoritarismus‘ nicht undenkbar. Die Marxschen Analysen über Rußland werden im Verhältnis zur Sowjetwissenschaft als irrelevant und falsch betrachtet. Was für eine Beleidigung der Spezialarbeit von Marx und Engels über Rußland, was für eine Schande für die DKP! Wird da die Partei- und Sympathisanten-Basis mitspielen? Die Kenntnisse von Marx und Engels waren so „unzureichend“ (Schmidt), daß sich alle revolutionären Kräfte und Wissenschaftler des Landes an sie wandten, von den Narodniki bis zu Plechanow usw. Von ihnen erhielt Marx, wie Engels sagt, in „wünschenswertester Vollständigkeit“ die „statistischen Aufnahmen und sonstigen Veröffentlichungen über Grundeigentum“<sup>6</sup>. Und ist nicht gerade die Geschichte der Formen des russischen Grundeigentums die Geschichte dieses Landes? Hätte Schmidt das Vorwort des 3. Bandes des „Kapital“ gelesen, so wüßte er, daß Marx jahrelang systematisch den russischen Grundbesitz und seine Ausbeutungsformen studierte, deren Kenntnis er für den Abschnitt über die Grundrente benötigte. In den „Theorien über den Mehrwert“ wird die Weltmarktlage des agrikolen Rußland mit der des industriellen England bezüglich der Preisentwicklung des Getreides verglichen.

Marx hat seine theoretische Einschätzung — ausgehend von der in den MEW fehlenden Analyse über den Brief an V. Sassulitsch bis zu den bald danach entstandenen Entwürfen einer Analyse der revolutionsstrategischen Möglichkeiten in dem agrarischen Rußland in der Etappe einer besonderen Weltsituation — voll durchgehalten. Allerdings studierte er die immer neu auftauchenden Probleme mit Hilfe der dialektischen Methode und verschwieg sie nicht aus politischen Gründen, integrierte sie nicht mit dem „theoretischen“ Universalschlüssel des „Kapitals im allgemeinen“ in ein ahistorisches System der Scholastik.

Lassen wir Schmidt sprechen, um zu einer wesentlichen Differenz vorzustoßen: „Mit Hilfe von Zitatenflederei versucht der Verfasser, die erzreaktionäre These, die Eroberung Rußlands durch die Tataren-Mongolen im 13. Jahrhundert habe die russische Geschichte bis heute entscheidend determiniert und zu grundverschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen in Rußland und dem übrigen Europa geführt, ‚marxistisch‘ aufzupolieren.“ Wenn Schmidt es doch bloß wagen

6 Engels, in: MEW 25, S. 14. Zur Marxschen Selbsteinschätzung vgl. MEW 19, S. 108.

würde, an die Substanz der Zitate, ihre systematische Gliederung von mir und die dazugehörigen Erklärungen, Entwicklungen usw. heranzugehen. Es geht nicht nur um die grundlegende Differenz zwischen dem asiatischen und dem westeuropäischen Feudalismus, sondern auch um die Frage der Folgen von Eroberungen, vor deren Beantwortung Schmidt sich drückt. Für Marx und Engels gab es diesbezüglich immer drei prinzipielle Möglichkeiten:

1. die Einführung einer neuen Produktionsweise durch die Eroberer;
2. die alte Produktionsweise lassen die Eroberer bestehen und stellen Tributforderungen;
3. oder es kommt zu einer Verquickung der alten und der neuen Produktionsweise.

Was taten die tatarisch-mongolischen Eroberer? Einigkeit besteht darüber, daß sie Verwüstungen ungeheuren Ausmaßes anrichteten; nach Marx waren diese Ausdruck ihrer Produktionsform, der Viehweide. Die „große Metzgerei“ (Marx) wie die Viehweide waren ein politisch-ökonomisches Prinzip, um russischen Widerstand zu verunmöglichen und die eigene Produktionsweise angemessen durchzusetzen. Was konnte also herauskommen? Die Russen zu Nomaden mongolischen Typus werden zu lassen, ließ die Agrarstruktur der Dorfgemeinden nicht zu. Mit dem Tribut allein konnten sich die Mongolen nicht zufriedengeben. Die Beibehaltung der alten Produktionsweise — und zwar ohne Reduktion — behinderte die politische Herrschaft und das zugrunde liegende Viehweide-System. Eine widersprüchliche Verquickung von Produktions- und Herrschaftsweisen setzte sich durch. Natürlich war das keine „Paarung“ von Produktionsweisen, und es entstand erst recht nicht eine Zwischenform eines europäisch-asiatischen Zentralisationstypus. Es entstand vielmehr über die Tatarisierung die russische *Eigenform*. Darunter verstehe ich die durch die Gewalt der Eroberer aufgezwungene, aufgepfropfte völlig neue *Herrschaftsweise*. Und die damit verbundene neue Produktionsweise wurde der alten und dominierenden Produktionsweise gleichermaßen aufgezwungen. Welcher Begriff ist nun für die in Rußland vorherrschende jener Epoche angemessen? Eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Und die Sowjetwissenschaft der letzten „50 Jahre“ hat uns bisher nur in die falsche Richtung geführt. Darum müssen wir die seit Jahrzehnten unbeachteten oder verleumderten Analysen von Marx über Rußland so vollständig wie nur möglich rekonstruieren, weiterentwickeln und politische Konsequenzen daraus ziehen.

In der Rekonstruktion können wir sagen, daß eine Tendenz Rußlands Agrikultur und die asiatischen Formen der Produktion schon vor der Tatarisierung strukturell berührte: es geht um das, was Marx als die „ursprüngliche Einheit zwischen Arbeiter und Arbeitsbedingungen“ in Agrarländern bezeichnet. Diese Einheit hatte nach ihm „zwei Hauptformen: das asiatische Gemeinwesen (naturwüchsi-

ger Kommunismus) und die kleine Familienagrikultur (wo mit Hausindustrie verbunden) in one or the other form". Und er sagt noch etwas, was für das Problem der asiatisch/halbasiatischen Entwicklung des Kapitalismus in solchen Ländern von größter Bedeutung ist: „Beide Formen sind Kinderformen und gleich wenig geeignet, die Arbeit als *gesellschaftliche* Arbeit und die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln“<sup>7</sup>. Vergessen wir das nicht, Herr Schmidt! Das „Festgerittensein in eine bestimmte Arbeit“ (Marx) war durch die Tatarisierung vertieft worden. Mit der Eroberung Rußlands durch die Mongolen setzte sich die extremste despotische Herrschafts- und Ausbeutungsform der nomadischen Grenzzone Asiens durch, zugleich aber wütete die niedrigste Form der asiatischen Produktionsweise durch das russische Land<sup>8</sup>. Den Mongolen-Tataren war die Rolle und Funktion von Wassersystemen noch ein Rätsel. Hierin liegt auch die Wurzel dafür, daß Lenin noch 1923 von der „halbasiatischen Kulturlosigkeit“ Rußlands sprach. Asiatischer, orientalischer Despotismus fand somit in diesem Land angemessene Bedingungen vor. Der halbasiatische Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse ist aus dieser Einheit von agrikoler „Kinderform“ und asiatischem Despotismus abzuleiten. Es ist nicht verwunderlich, daß Rußland vor der tatarischen Eroberung über keine allgemein gültige Staatsform verfügte. Der Ansatz der Ruriks war in sich vollständig zusammengebrochen.

Über die Tatarisierung hat sich die geographische Nähe zwischen Asien und Rußland in politisch-ökonomischer Hinsicht wesentlich vertieft. Der gesellschaftlich-strukturelle Abstand von Europa erweiterte sich. Woher sollte unter diesen Bedingungen der westeuropäische Feudalismus sich herausbilden können? Der Khan war der erste (!) Oberherr Rußlands. Vom russischen Fürsten bis zum letzten Knecht, alle sind über den Khan zu „Staatsklaven“ erhöht bzw. erniedrigt worden. Warum leistete Rußland keinen breiten Widerstand gegen die Eroberer? Hat das nicht damit zu tun, daß dieses Agrarland noch keine politisch-organisatorische Einheit der Nationen war? Zwar kämpfte A. Newski (1220—1263) gegen die europäischen Ritter; einen gemeinsamen Kampf mit der katholischen Kurie gegen die Tataren lehnte er aber ab. Ob gewollt oder nicht — die Differenz zwischen der sozialökonomischen Entwicklung Rußlands und der Europas wurde immer größer.

Wie befreiten sich nun die Russen von der tatarischen Knechtschaft? Nach offizieller Deutung der SU-Geschichtsschreibung heißt es: „Die Grundlage dieser Politik war es, die Macht des Khans für

7 MEW 28, S. 414.

8 Selbstkritisch muß ich sagen, daß dieser Punkt im Buch unzureichend, teilweise falsch behandelt wird. Ich machte den Unterschied zwischen stationären Dorfgemeinden und nomadischen Horden nicht deutlich. Dadurch wurde weder der bornierte Charakter der Tataren noch der Doppelcharakter der asiatischen Produktionsweise deutlich genug.

die eigenen Interessen zu benutzen“<sup>9</sup>. Ist diese Politik nicht fortgeführt worden, sagt Marx nicht in diesem Sinne, wenn auch tiefer: „Iwan Kalika, der mongolische Sklave, erwarb seine Größe dadurch, daß er die Kraft seines größten Feindes, des Tataren, gegen seine kleineren Feinde, die russischen Fürsten, lenkte“<sup>10</sup>, und bald mußten die Republiken, die europäischen Elemente Rußlands, dran glauben. Da liegt Marx gar nicht so falsch, mag Herr Schmidt eventuell denken. In der Tat war der Grund und Boden Rußlands dominierend in der Hand des Despoten und seiner Staatsmaschine, und die Dorfgemeinden bildeten einen Typus des Kollektiveigentums des Bodens. Allein über diese Eigentumsstruktur konnten die Knechtschaftsverhältnisse aufrechterhalten werden. Die Einschätzung der Innen- und Außenpolitik Peter des I. durch Marx wird dann verständlich: „Waren die moskowitischen Zaren, die ihre Gebietsanweisungen hauptsächlich mit Hilfe der tatarischen Khans vornahmen, genötigt gewesen, Moskau zu *tatarisieren*, so war Peter der Große, der mit Hilfe des Westens wirken wollte, gezwungen, Rußland zu zivilisieren.“ Damit beginnt aber nicht die Europäisierung Rußlands; Marx nennt es einen „Firniss von Zivilisation“, der den Russen angedrillt wurde: sie sollten „zu den technischen Einrichtungen der Völker des Westens befähigt“ werden, „ohne sie doch mit deren Ideen zu erfüllen“<sup>11</sup>. Die Entfaltung des Kapitalismus westeuropäischer Manier war daher in diesem Agrarland unmöglich. Mit dem „Firniss von der Zivilisation“ entstand eher ein *Firniss von Industrialisierung im Interesse der aggressiven Außenpolitik und der erpresserischen Innenpolitik*.

Die Leibeigenschaft, die über die Erbüntertänigkeit von 1649 durchgesetzt worden ist, scheint mir ein Glied in dieser Kette zu sein. Nach Plechanow (s. bei mir S. 55) erhielt der Dienstadel erst 1742 ohne Dienstverpflichtung die volle Verfügungsgewalt über seinen Boden. Er erhielt aber natürlich nicht den Boden der Dorfgemeinden. Eine „gewisse Art von Feudalismus“, der asiatische Feudalismus, hatte damit ein gewisses sozialökonomisches Fundament erreicht, so meine These.

## V. Zu den Schwierigkeiten der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland

Herr Schmidt versucht dieses Hauptproblem des ganzen Leninischen Lebens zu ignorieren bzw. zu leugnen. Damit ist es ihm möglich, an der Ursache, an der agrikolen Wurzel vorbeizugehen, d. h.

9 In: Bol'saja Sovietskaja Enciklopedija, 2. Aufl., Bd. 2, Moskau 1950, S. 78.

10 K. Marx, a.a.O., bei mir S. 46.

11 S. in meinem Buch S. 52: „Über Peter I. beginnt die Geschichte der scheinbaren Veränderungen, der gesellschaftlichen Metamorphosen Rußlands (die bis zur Oktoberrevolution von 1917 reichen).“ Schmidt wirft mir vor, das bis heute zu denken. Diese Verdrehung hat ein Moment von Wahrheit, das ich zum Schluß erwähnen werde.

an den russischen „Knechtschaftsverhältnissen“ („krepostnicestvo“). Eventuell wird Schmidt einverstanden sein, wenn ich sage, daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte in dem vorkapitalistischen Agrarland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch unentwickelt waren, der Wert der Arbeit der russischen Bauern also auf dem Weltmarkt niedrig war. Dann kann sich aber die kapitalistische Produktionsweise in Rußland noch nicht wirklich durchgesetzt haben. Denn hierzu muß die Kapitalistenklasse ungestört akkumulieren können. Zum andern müßte diese Klasse, und keine andere, über eine breite politisch-juristische Sicherheit verfügen — von anderen objektiven Voraussetzungen ganz zu schweigen. Diese Klasse muß die Staatsmaschine beherrschen und nicht von ihr behindert werden. Wenn aber all das einen fragmentarischen Charakter trägt, so kann es zwar noch höhere Stufen der Ausbeutung geben — da haben die Getreidezahlen Schmidts ihren Stellenwert — aber der qualitative Umwälzungsprozeß in die neue Formation kommt nicht zustande bzw. nur auf der niedrigsten Stufe: in ihr ist das parasitäre Wucherkapital zu Hause. Diese Klasse macht Profit über die Zinsen: „Es ist hier die ganze kapitalistische Produktion, ohne ihre Vorteile, die Entwicklung der gesellschaftlichen Formen der Arbeit und der aus ihnen hervorsprießenden Produktivkräfte der Arbeit“<sup>12</sup>. Eine solche Lage auf dem Lande tritt in der patriarchalischen Produktionszone asiatischen und halbasiatischen Typus spezifisch in Erscheinung: „Bei asiatischen Formen kann der Wucher lange fort dauern, ohne etwas anderes als ökonomisches Verkommen und politische Verderbtheit hervorrufen, ohne aber real aufzulösen“. Was natürlich in allen „Kinderformen“ der Fall sein muß. Marx fährt fort: „Erst in der Epoche, wo die übrigen Bedingungen zur kapitalistischen Produktionsweise vorhanden sind — freie Arbeit, Weltmarkt, Auflösung des alten Gesellschaftszusammenhangs, Entwicklung der Arbeit auf eine gewisse Stufe, Entwicklung der Wissenschaft etc. —, erscheint der Wucher als eines der Bildungsmittel der neuen Produktionsweise; zugleich Ruin der Feudallords, der Säuberung des antibürgerlichen Elements, und Ruin der kleinen Industrie, Agrikultur etc., kurz, Mittel der Zentralisation der Arbeitsbedingungen als Kapital“<sup>13</sup>. Ja, wie sah es mit diesen Voraussetzungen des Übergangs in die neue Formation vor und nach der „Bauernbefreiung“ (1861) aus? Über den Doppelcharakter der Weltmarktbeziehungen Rußlands haben wir schon gesprochen; war es bei den anderen Gliederungselementen verschieden? Bestimmt nicht. Von „freiem Markt“ und realen „Auflösungen des alten Gesellschaftszusammenhangs“ etc. konnte wohl äußerst wenig die Rede sein. Sind nicht die „antibürgerlichen Elemente“ über die *Einheit* von despotischer Maschine und asiatischem Feudalismus immer wieder perpetuiert worden? Tendenzielle Zersetzung ist noch keine reale Auflösung, wenn die Gegenkraft noch kraftlos ist. Die herrschende Klasse wurde zwar nach

12 MEW 26.3, S. 478.

13 MEW 26.3, S. 520.

militärischen Niederlagen gesellschaftlich schwächer, war aber noch immer stark genug, um jeden wirklichen Durchbruch einer anderen Klasse zu verhindern. Und zwar um neue Kriege vorzubereiten. Dem diente natürlich die sprunghafte Erweiterung der Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahn in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Dabei konnte es nicht um die „Erschließung des inneren Marktes“ gehen, es ging um die schnellere „Erschließung“ der „nationalen Revenue“, um die schnellere Erpressung des Landes, schließlich ging es um eine schnellere Beweglichkeit des Heeres. Wo blieben in diesem Prozeß die „bürgerlichen Elemente“ Rußlands, wo der „Aufstieg“ des russischen Bürgertums? Beim westeuropäischen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus „handelt es sich um die Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums. Bei den russischen Bauern würde man im Gegenteil ihr Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln“<sup>14</sup>. Dieser Umwandlungsprozeß möge uns besonders von denjenigen erklärt werden, für die der Aufstieg des Kapitalismus in Rußland sich so „stürmisch“ vollzog. Marx eine Mir-Romantik nachzusagen ist eine Denunziation, nicht Ausdruck einer Rezeption des Marxschen Standpunktes in dieser Frage. Der Zersetzungsprozeß der russischen Dorfgemeinden wurde von Marx nie bestritten, aber er wußte erst recht von der Besonderheit desselben und wie es revolutionsstrategisch zu begreifen ist. Marx wußte von der Vermittlung zwischen Auflösungsprozeß der Dorfgemeinden und Auflösungsprozeß der asiatisch-despotischen Struktur, ließ aber das Spezifikum der Langsamkeit etc. nie aus dem Auge. Marx hat doch nicht aus Gründen der Propaganda für die Narodniki von diesem durch den zaristischen Staat eingeführten und gestützten „Betrug“, über dieses „kapitalistische Ungeziefer“ gesprochen. Das waren für ihn keine moralischen Kategorien, sie drückten vielmehr das Problem des Übergangs, genauer, das der Aufpfropfung kapitalistischer Elemente auf einen agrikolen Unterbau mit asiatisch-despotischer Zentrale aus. Zwar war 1893 die Umverteilung des Bodens eingeschränkt worden, aber erst 1902 wurde als Folge vieler lokaler Bauernaufstände die Solidarhaft aufgegeben. Damit waren aber die dominierenden Knechtschaftsverhältnisse ebensowenig aufgehoben worden wie mit der Agrar-Reform der 90er Jahre oder der Stolypinschen „Reform“ von 1906. Das *Verhältnis* von Erweiterung des „kapitalistischen Ungezieters“ in den wenigen Industriezentren und Erweiterung der Ausbeutung der Bauernschaft — das war die Dialektik der herrschenden Klasse zwischen 1861 und Februar 1917. Als Ergebnisse der Stolypinschen Reform schieden ca. 2 Mio. Bauern aus den Dorfgemeinden aus; ferner wurde der politische Terror zur Absicherung der Knechtschaftsverhältnisse verschärft. Für die Entstehung einer russischen Bourgeoisie in Stadt und Land schlechte Bedingungen! So nisteten sich zwischen 1900 und 1914 unvermeidlich in wenigen Städten *hoch zentralisierte und -konzentrierte kapitalistische Fragmente ein, die*

14 MEW 19, S. 243.

aber nicht den Kapitalismus als Produktionsweise zur Herrschaft bringen konnten. Über Hochschutzzölle und ausländisches Kapital „blühte“ der russische Firnis von Kapitalismus auf. Ganze Anlagen, die auf dem höchsten Stand des Weltmarkts waren und für die man relativ wenige Arbeiter benötigte, wurden importiert. Wie kann es unter solchen Bedingungen und Voraussetzungen zu einer breiten Entwicklung der russischen Bourgeoisie, der russischen Arbeiterklasse kommen? Die Profitrate einzelner Kapitalagenten konnte somit hoch sein, gleichermaßen die Wachstumsrate in verschiedenen Industriezweigen —, und dennoch stagnierte und zersetzte sich die Gesellschaft in ihrer Totalität immer mehr. Ist das so schwer zu durchschauen, Herr Schmidt? Der „asiatische Hohn auf die Persönlichkeit“ (Lenin) durch die zaristischen Knechtschaftsverhältnisse behinderte prinzipiell den Aufstieg des westeuropäischen Kapitalismus und der westeuropäischen Arbeiterklasse. Die gut 2 Millionen Industriearbeiter um 1900, die zu einem großen Teil Arbeiter und Bauern waren, lassen sich doch statistisch nicht weglegen<sup>15</sup>.

Zu den Unklarheiten und Verfälschungen der Sowjetwissenschaft gehört die Behauptung, daß die russische *ursprüngliche Akkumulation* durch die zaristische Zentrale gefördert und durch die Feudalherren gehemmt worden sei<sup>16</sup>. Marx hat uns im „Kapital“ erklärt,

15 Ja, ich zitiere anerkennend oder kritisierend öfters B. Rabehl, aber ob er auf Koch oder ich auf A. Rosenberg, Geschichte der Bolschewismus (1932) rekurriere — die Wirklichkeit läßt sich schwer auf den Kopf stellen: Für Schmidt gab es schon 1860 (!) 3,96 Mio. Lohnarbeiter, 1913 fast 18 Mio. Er hütet sich allerdings, die Zahlen des Industrieproletariats zu nennen. 1927 gab es in der SU 2,3 Mio., nach der „sozialistischen Akkumulation“ 5,4 Mio. Jedesmal stieg die Summe der Lohn- und Gehaltsempfänger stärker als die Industriearbeiterschaft — hat das was mit Entbürokratisierung oder mit neuer Stufe von Bürokratisierung zu tun? Rosenberg sagt: „Deutschland hatte im Jahre 1925 bei einer erwerbstätigen Bevölkerung von 32 Millionen nicht weniger als 21 Millionen Arbeitnehmer. Wenn man eine Bevölkerung Deutschlands von 65 Millionen und eine Einwohnerzahl Rußlands von 160 Millionen zugrunde legt, ergibt sich folgendes: In Deutschland ist jeder dritte Mensch Lohn- oder Gehaltsempfänger, in Rußland jeder achte...“ (S. 217) 1931 betrug nach Rosenberg die Gesamtsumme aller Lohn- und Gehaltsempfänger 18,5 Millionen. Wenn ich mich richtig erinnere, verwies die Sowjetwissenschaft auf 17,8 Millionen für 1913. Was für ein großer Aufschwung...

16 S. Geschichte der UdSSR, Bd. I/II, Berlin (DDR) 1962, S. 450, Ist es zu provokativ, danach zu fragen, ob die „sozialistische Akkumulation“ (Preobraschenskij) am Ende der 20er Jahre, Anfang der 30er Jahre nichts anderes als eine Wiederholung von 1861 war, allerdings unter anderen geschichtlichen Voraussetzungen und mit einer neuen politischen Führung in der SU? In beiden Fällen wurden Millionen von Bauern herausgeholt in die Städte, aber ein viel größerer Teil verblieb der ländlichen Knechtschaft, diesmal hieß es „sozialistische Kollektivierung“. Erst 1974 erhielt jeder russische Bauer einen Paß! Mir scheint jedenfalls die Stalinsche Methode ein Glied in der „Reihe gewaltsamer Methoden der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ gewesen zu sein. Was die Arbeiterklasse dabei gewonnen hat, muß Schmidt uns auch noch erzählen.

daß ohne die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals keine Akkumulation des Kapitals sich ausdehnen kann, d. h. es müssen größere „Massen von Kapital und Arbeitskraft in den Händen von Warenproduzenten“<sup>17</sup> entstanden sein, um überhaupt Mehrwert hecken zu können. Das wiederum setzt voraus die „Auflösung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums“<sup>18</sup>. Was aber, wenn nicht einmal diese Form des Privateigentums dominierend vorhanden ist? War das nicht die grundlegende Marxsche Frage, war sie nicht weiter aktuell geblieben? Es gab nur einen einzigen „großen“ Warenproduzenten in Rußland, das war der Zar, er hatte auf dem Markt keine wirkliche Konkurrenz innerhalb Rußlands. Kann man unter solchen geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen von einer „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ sprechen? Mitnichten! Die Unsicherheit der Sowjetwissenschaft war durchaus erkennbar, aber noch mehr die Vernebelung. Wie kann eine despotische Staatsmaschine, die die Bauern auspreßt, um die aggressive Außenpolitik zu treiben, und deren Staatsbudget immer pleite ist, systematisch an der ursprünglichen Akkumulation arbeiten? Diese Frage muß uns von DKP-Theoretikern beantwortet werden.

Schauen wir doch bloß die berühmten *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* von 1905 an. Im gleichen Jahr ist sie geschrieben worden, somit sechs Jahre nach der Schrift über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Lenin ist fest davon überzeugt, daß diese Revolution kein Ausdruck der „Untergrabung des Kapitalismus“ ist, vielmehr würden (bzw. sollten) sie zum „*erstenmal gründlich den Boden für eine breite und rasche, europäische und nicht asiatische Entwicklung des Kapitalismus säubern*“<sup>19</sup>. Lenin konstatiert, daß die bisherige Entwicklung des Kapitalismus in seinem Lande einen asiatischen Charakter trägt. „Asiatische Entwicklung des Kapitalismus“, wie sie somit in Rußland noch stattgefunden hat, heißt für Lenin fragmentarischer, aufgepfropfter Weg der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Lenin hat somit allein logische Konsequenzen gezogen aus dem, was bei Marx noch für Rußland „*gewisse Art von Kapitalismus*“ hieß! Allerdings mit einem wesentlichen Unterschied. Lenin hat die positive Seite des niedrigen Standes der Warenproduktion in einem Agrarland mit wesentlichen Relikten immer negativ bestimmt. Wodurch es ihm auch unmöglich wurde, das Verhältnis der SDAPR, der Bolschewiki usw., der Arbeiterklasse des „industriellen Überbaus“ auf dem so starken und sich zersetzenden „agrikolen Unterbau“ völlig konsequent und politisch-organisatorisch wirklich zu klären. Was niedriger Stand der Warenproduktion mit Urkommunismus bzw. Moment des Weges zum Sozialismus nach der Zerstörung der despotischen Maschine zu tun hat, blieb Lenin immer ein Rätsel. Noch 1923 wirft er

17 MEW 23, S. 751.

18 MEW 23, S. 801.

19 Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. I, S. 558.

den russischen Bauern vor, „Handel auf asiatische Manier“ zu treiben. Während es doch darum gehe, die „europäische Manier“ sich anzueignen. Erst dann sei man ein wirklicher Händler, „der Kulturansprüchen genügt“. Als ob Kulturrevolution in solcher Produktionszone bedeuten müßte, sich die europäische Warenproduktion des Kapitalismus anzueignen. All das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Lenin im Rahmen der SDAPR und später der KPR derjenige war, der die Bauern in entscheidenden politischen Augenblicken am klarsten einzuschätzen wußte.

## **VI. War Lenin schon verkalkt, als er immer intensiver begann, von der Bürokratisierung der Staats- und Parteimaschine zu sprechen?**

Schmidt spricht von dem „vermeintlichen Bürokratismus der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder“. Warum aber sprach bereits Lenin, besonders nach dem Kronstädter Aufstand der Matrosen, immer mehr vom *realen Bürokratismus* in der jungen SU und immer weniger vom *realen Sozialismus*? War dieses Bürokratieproblem in der jungen SU für Lenin ein „Schlendrian-Problem“, wie Herr Schmidt meint? Jeder Leser, der mir bis hierher gefolgt ist, wird sich des geschichtlichen und sozial-ökonomischen Hintergrunds des Bürokratie-Komplexes im halb-asiatischen Staats-Kapitalismus erinnern. Nun war aber die Februar- und die Oktoberrevolution geschehen, wesentliche politische Kräfte- und Klassenverschiebungen hatten sich abgespielt. Es war aber den Bolschewiki, der KPdSU weder gelungen, den in *Staat und Revolution* bzw. *Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?* geforderten *Staat neuen Typus in der Tradition der Pariser Kommune* zu schaffen, noch war es zu erfolgreichen proletarischen Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern gekommen. Beides Kriterien für die Weiterexistenz der jungen SU für die ersten Jahre. Beide wurden nicht erfüllt, und doch lebte die junge SU weiter. Für Lenin aber, und für uns heute sollte es noch viel intensiver sein müssen, ging es immer mehr um das *Wie des Überlebens* unter spezifischen Bedingungen. Er griff dabei auf Begriffe und Vergleiche zurück, die uns aus *Zwei Taktiken* ... bekannt sind: „Sozialismus ist besser als Kapitalismus, aber Kapitalismus ist besser als die Mittelalterlichkeit, als die Kleinproduktion und die mit der Zersplitterung der Kleinproduzenten verbundene Bürokratie“<sup>20</sup>. Die Geschichte der isolierten Dorfgemeinden Rußlands steht da ohne jeden Zweifel im Hintergrund, nicht der politisch motivierte Schlendrian des Herrn Schmidt. Lenin versucht also, den Bürokratisierungsprozeß aus sozialen Verhältnissen abzuleiten. Die Kluft zwischen Stadt und Land, Kulturlosigkeit, Armut etc. sind weitere Aspekte für Lenin, um an die bürokratische Wurzel zu gelangen. Das wäre die eine Seite, aber wenn nur die beachtet würde, würde sich daraus ein Determinismus ergeben, der einen sozialistischen Weg der „Diktatur des Proletariats“ im Leninschen

20 Lenin, Werke, Bd. 32, S. 364.

Sinne (d. h. politische Führung der KPdSU) ausschließen würde. Die zweite Seite ist darum für ihn Reflektion über den Charakter der jetzigen Staatsmaschine und über die Möglichkeiten, ihn wesentlich zu verbessern. Den Kommunisten und Kommunistinnen der 3. Internationale hatte er auf dem 4. Kongreß klar gesagt: „Wir haben den alten Staatsapparat übernommen und das war unser Unglück.“<sup>21</sup> In *Lieber weniger, aber besser* machte er den letzten Versuch, den übernommenen alten Staatsapparat der konterrevolutionären Periode doch noch in einem Prozeß zu sprengen. Wie verstand er somit zum Schluß den von ihm mitgeschaffenen Staatsapparat? Seine Selbstkritik, sein Angriff gegen die bestehenden Verhältnisse ist schärfer geworden: „Unser Staatsapparat ist, mit Ausnahme des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten“, sehr bezeichnend, „zum größten Teil ein Überbleibsel des Alten, an dem nur zum geringsten Teil einigermaßen ernsthafte Veränderungen vorgenommen worden sind. *Er ist nur äußerlich leicht übertüncht worden, im übrigen aber stellt er etwas ganz typisch Altes* aus unserem alten Staatsapparat dar“<sup>22</sup>. Herr Schmidt, wissen Sie noch, wie der aussah, welche Rolle und Funktion der im Lande spielte, woher er gekommen ist usw.? Lenin hatte seinen Erpressungs- und Knechtschaftscharakter nicht vergessen, war sich bewußt, daß der Staat die Gesellschaft beherrschte, nicht umgekehrt. Über den Wert und die Wichtigkeit der Zerschlagung der zaristischen Führung der Maschine, über die Zerschlagung des asiatischen Feudalismus und diesem asiatischen Fragment von Bourgeoisie war sich Lenin schon klar, sonst hätte er keinen Grund, einen solchen Versuch zu unternehmen. Aber auf was für einem gesellschaftlichen Boden stand nun die bolschewistische Führung? Da war die riesige Bauernmasse auf dem Lande, die sich in den Revolutionen den seit langem so ersehnten Boden erkämpft hatte, von den Bolschewiken im Bürgerkrieg etc. ausgelaut wurde (werden mußte?) und durch die NEP neue „kleinbürgerliche Ruhe“ erhielt. Für Lenin und die Bolschewiki ein äußerst unsicherer Klassenkandidat. Und wie sah es mit der sozialen Grundlage der „Diktatur des Proletariats“ aus, der russischen Arbeiterklasse? Wie auch immer, von ihr war wenig übriggeblieben. Groß waren ihre politischen Leistungen in den Revolutionen, aber eine geschichtlich-soziale Größe Rußlands in einem soziologischen Sinne war sie sowenig wie die russische Bourgeoisie. Schljapnikow, einer der wenigen russischen Proletarier in der Partei-Führung, hat die Lage auf dem 10. Parteitag bissig und problematisierend so formuliert: „Wladimir Iljitsch (Lenin) sagte gestern, daß das Proletariat als Klasse im marxistischen Sinne (in Rußland) nicht existiere. Erlauben Sie mir, Ihnen zu gratulieren, daß Sie die Avantgarde einer nicht existierenden Klasse sind“<sup>23</sup>. Schljapkin glaubte an diese

21 Lenin, Werke, Bd. 33, S. 414.

22 A.a.O., S. 468.

23 In meinem Buch, S. 17.

Klasse, Lenin desgleichen, aber er wußte aufgrund seiner Kenntnisse über die noch ungebrochene halbasiatische Grundstruktur Rußlands, daß diese Klasse ein gesellschaftliches Fragment war, durch Krieg und Bürgerkrieg fast vollständig vernichtet. (Ob es da andere Möglichkeiten gegeben hat, um die drei Glieder Partei, Arbeiterklasse und wesentliche Fraktionen der Bauernschaft als dialektische Einheit zu entfalten, kann hier nicht diskutiert werden; Ansätze versucht gerade mein Buch.) Also mußte Lenin von seiner Einschätzung der Lage aus dem Hebel der politischen Macht, dem Staatsapparat, erneut eine entscheidende Rolle zuweisen. Für Schmidt ist das schier problemlos. Lenin aber war sich klar, daß die „Diktatur des Proletariats“ primär eine der Partei sein mußte, um den Hebel der Macht nicht zu verlieren bei diesen ambivalenten Klassenverhältnissen: „Unser ZK hat sich zu einer strengen zentralisierten Gruppe herausgebildet, die hohe Autorität genießt, aber für die Arbeit dieser Gruppe sind nicht die Bedingungen geschaffen, die ihrer Autorität entsprechen“<sup>24</sup>. Es geht um den alten Staatsapparat, von dem er weiß, wie schädlich es wäre, „sich darauf zu verlassen, daß wir immerhin einiges wissen, oder darauf, daß es bei uns eine einigermaßen beträchtliche Menge von Elementen für den Aufbau eines *wirklich neuen Apparates* gibt, der *wirklich den Namen eines sozialistischen, eines sowjetischen usw. verdient*“<sup>25</sup>. Der vorhandene verdiente es somit in keinem Falle, denn ein „aufgetünchter“ Sozialismus ist so wenig ein Sozialismus im Sinne der Befreiung der Arbeiterklasse wie ein „aufgepfropfter“ Kapitalismus die sozial-ökonomische Struktur eines Agrarlandes halbasiatischen Typus revolutionär umstülpen kann. Das *wichtige Fragment vom Sozialismus*, welches in Rußland durch die Revolution geschaffen worden war, bedurfte der systematischen Weiterentwicklung, um die Bürokratisierung zu beenden. Denn sonst würde *aus dem wichtigen Fragment ein hemmendes Relikt werden* (vgl. dazu S. 316 ff. meines Buches).

Wenn man die Geschichte der SU mit Hilfe von Legitimationskategorien entmaterialisiert, so kann man in der Tat die Wirklichkeit auf den Kopf stellen, kann man sorgen- und problemlos für den

24 Lenin, Werke, Bd. 33, S. 472.

25 Lenin, Werke, Bd. 33, S. 475. Auch Schmidts Standpunkt ist politisch-sozial zu erklären. Bemerkenswert ist, daß er die „Organisationsprinzipien der leninistischen Partei“ auf „(demokratischen Zentralismus, Fraktionsverbot)“ festnagelt. Armer Lenin, im Grunde hast Du nach Schmidt erst 1921, in der Zeit der großen nachrevolutionären Krise das Wesen Deiner Prinzipien entdeckt! Ist die SU noch immer in der Krise bzw. ist die Krise Ausdruck des Wesens des „Leninismus“, des „Marxismus-Leninismus“, des „despotischen“ Kommunismus?

„Sieg des Sozialismus“ „unter der Führung der UdSSR“ agieren<sup>26</sup>. Eine fatale Ähnlichkeit der Staatsmaschine der UdSSR mit der tradierten Bürokratie-Maschine der vorrevolutionären Periode der russischen Geschichte kann für solch ein Denken nur eine „antikommunistische Denunziation“ sein. Für Schmidt ist die Sache klar: „Ich kenne keine Fragen mehr, nur noch Antworten“ in Sachen Rußland-Sowjetunion: die der Sowjetwissenschaft.

Meine bisherige Forschung weist darauf hin, daß Sowjet-Sozialismus nicht die „Lüge des Jahrhunderts“ (Glucksmann), sondern die sozialistische Tragödie unseres Jahrhundert ist.

Den DKP-Theoretikern seien zum Schluß einige Fragen gestellt:

1. Wer bzw. welche Gruppe hat nach Lenin den „gigantischen Widerstand“ gegen die Verunreinigung der „Institutionen“ und „Gehirne“ (alles von Lenin) geleitet?

2. Seit wann verdient der Staatsapparat der SU den Namen Sozialismus?

3. Wann und wie hat sich der Umschlag in die sozialistische Qualität vollzogen?

4. Wie sind die Arbeiter und Bauern in diesem Prozeß davongekommen?

5. Hat der Staatsapparat der SU noch immer mehr Ähnlichkeit mit der zaristischen Tradition oder hat er schon eine dominierende Ähnlichkeit mit dem der Pariser Kommune erreicht?

Es könnten noch 50 weitere Fragen hinzugefügt werden, aber ich wäre schon froh, wenn ich auf diese wenigen nicht phrasenhafte, sondern konkrete Antworten erhalten würde.

26 Noch einmal Schmidt: „politisch spielt der Verfasser keine Rolle mehr, bei dem Versuch, sich als marxistischer Theoretiker zu profilieren, hat er zu hoch gereizt und damit seine rechten wie auch seine linken Leser zumeist enttäuscht“. Nun wissen wir es. Nur: warum werde ich gerade in den letzten Monaten besonders von der Springer-„Welt“ und der „UZ“, den „Marxistischen“ und den „Roten Blättern“ bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit attackiert und denunziert? Von Herrn Schmidt wäre in einer Rezension meines Buches wenigstens zu erwarten gewesen, daß er den „Argument“-Leser im Jahre 1975 nicht nur auf die ersten Rezensionen nach dem Erscheinen des Buches aus dem Jahr 1974 hinweist. Und da gibt es viele . . .

Gerhard Armanski

## Antwort auf Müller\*

Zunächst sei Herrn Müller Dank für den von ihm aufgewendeten Fleiß, mit dem er gearbeitet haben muß, um mir Verzicht „auf die Quellenangabe und gleichzeitig auf die Genauigkeit der Textvorlage“, „zusammengesetzten Abklatsch“, „kopierenden Eklektizismus“ und „Unkenntnis und Nichtbenutzung thematisch wichtiger Literatur“ so schlagend wie möglich nachzuweisen. Diese Hinweise sind für eine spätere Zweitaufgabe des Buches sicherlich außerordentlich nützlich. Aber er wird schon verzeihen, wenn mich und andere seine proseminaristische Kritik ziemlich wenig beeindruckt. Denn die zornige Empörung Herrn Müllers beruht in doppelter Weise auf der Übung von Proseminaren der bürgerlichen Geschichtswissenschaft: sie argumentiert ausschließlich formal, und sie sieht die höchste Tugend der Wissenschaft im genauen Umgang mit Fundorten der Produkte privater Wissensproduktion. Daß die nicht besonders vermerkte Übernahme von Positionen aus der Sekundärliteratur eher einer inhaltlichen Identifizierung bzw. Modifizierung von ihnen plus formaler Schlamperei denn einem von ihm groß aufgeputzten Plagiatversuch geschuldet ist, kommt seinem detektivischen Klatschdenken nicht in den Sinn. Offensichtlich hat er schon Jahre über der Sache gebrütet, seine vorgestellte Detailkenntnis beweist es. Was hätte er eigentlich gesagt, wenn er keine formalen Fehler entdeckt hätte?

Sicherlich nichts oder wenig, denn die „Rezension“ glänzt weiterhin neben dem gekennzeichneten Formalismus mit dem vollkommenen Ausblenden des eigentlichen Kerns meiner Arbeit, des Versuchs der Nachzeichnung der Entwicklungsstufen des wissenschaftlichen Sozialismus und der Charakterisierung seines historischen Reifegrades. Neben die Beschränktheit des Aufspürens formaler Mängel tritt die Einengung im wesentlichen auf den Einleitungsteil des Buches. Indem Müller so den Gegenstand der Kritik seinem Geschmack entsprechend zurechthobelte, als Methode der Kritik sich auf quellenkundliche Verweise beschränkte, ist er am Anliegen des Buches voll vorbeigeklappt. In der Tat findet sich nicht die Spur einer inhaltlichen Kritik an den in zwei Dritteln der Arbeit entwickelten Positionen, etwa von der „Historizität“ in der Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, zum Unterschied von historischem Materialismus und Kritik der politischen Ökonomie, von revolutionärer

\* Vgl. Die Kritik von Reinhard Müller an: Gerhard Armanski: Die Entstehung des wissenschaftl. Sozialismus, in: DAS ARGUMENT 94.

Proklamation und wissenschaftlicher Analyse einer geschichtlichen Formation usw. Oder hält Herr Müller seine frei im Raume schwebenden Behauptungen im Einleitungsabsatz („Nachbeten des Marx-Verständnisses von Lukács und Korsch“, Einschränkung des Gegenstandsbereichs des wissenschaftlichen Sozialismus auf die Untersuchung der bürgerlichen Gesellschaft, methodische „Beliebigkeit eines soziologischen „Bezugsrahmens“) sowie später über die von mir errichteten „metaphysischen Trennwände von Ökonomie, Politik und Ideologie“, über meine bösen Mißverständnisse des Bildungsprozesses der proletarischen Partei, des Verhältnisses von Arbeitern und Intellektuellen im Bund der Kommunisten, der Einschätzung der Frühsozialisten usw. — hält er diese schnoddrige Unausgewieseneheit etwa für Kritik? Vielleicht hätte er lieber einen Teil seiner Mühe vom quellenkundlichen Klatsch abziehen und für die Begründung seiner Kritik bzw. erst deren Entwicklung verwenden sollen.

Auf seine in die Gegend gesetzten einzelnen Kritikpunkte will ich hier nicht näher eingehen. Wer allerdings den „Bund der Kommunisten“ als proletarische Partei bezeichnet, hat trotz möglicherweise immenser Lektüre von historischer Klassenbildung nichts begriffen. Und wer die hervorragende Bedeutung der revolutionären Intellektuellen in den frühen kommunistischen Organisationen leugnet, möchte nur nicht wahrhaben, was nicht sein darf — von einem wie auch immer gewonnenen, jedenfalls außer der Sache stehenden Standpunkt aus. Die von Herrn Müller mir unterstellte Einschränkung des Untersuchungsbereichs des wissenschaftlichen Sozialismus ist schließlich eine Unverschämtheit und verweist zugleich auf (unausgesprochene) politische Drehmomente der Kritik. Bei mir heißt es nämlich: „Die wissenschaftliche Analyse der allgemeinen Natur des Kapitalismus und seiner historischen Erscheinungsformen ist die erste Voraussetzung zur revolutionären Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft. Kommunismus ist die den gegenwärtigen Gesellschaftszustand aufhebende, aus seinen inneren Konflikten hervortreibende Bewegung. Der wissenschaftliche Sozialismus ist sein theoretischer Ausdruck“ (11).

Herrn Müllers groß aufgemachte Kritik vermag allenfalls die Verletzung von Formregeln der Wissenschaft zu begründen. Der stolze Titel „Verballhornung des wissenschaftlichen Sozialismus“ schrumpft bei näherem Zusehen auf ein präventives Aushängeschild für kleinliche Stichelei zusammen. Hier ist Müller auch gründlich in die Spiegelfechterschule der frühen Sozialisten gegangen. Die bisherige Rezeption des Buches hat derartige Blüten nicht hervorgebracht wie die Müllersche. Sie hat in ihm vielmehr im wesentlichen, bei aller Kritik an Einzelpunkten, das gesehen, was es sein will: die Zusammenfassung, Gliederung und Interpretation der Frühentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, welche sich in Methode und Umfang erheblich von den „leicht zugänglichen Standardwerken“ unterscheiden. Sieht man das anders, müßte man sich schon die Mühe machen, auf den Inhalt des Buches einzugehen.

## Redaktionelle Anmerkungen zur Diskussion

### I.

Der Ton so manches der von uns veröffentlichten Beiträge ist schriller, als die mitgeteilte Sache es rechtfertigt. Passen wir auf, daß er die sachliche Mitteilung nicht übertönt! Das Klima auf der Linken ist gereizt. Aber es ist dies aus Gründen, die es dringend nahelegen, sich auf die Diskussionspunkte zu konzentrieren und nicht den Druck von rechts auf andere Linke weiterzugeben. Allerdings ist die Versuchung dazu anscheinend groß, vor allem, wenn die Weitergabe des Drucks auf den Kraftlinien des Antikommunismus erfolgt. Oft genug ist *Das Argument*, obwohl parteipolitisch ungebunden, Zielscheibe solcher Denunziationen — zuletzt durch Fritz Vilmar, der in der Frankfurter Rundschau und in einem (von Dutschke herausgegebenen) Rowohlt-aktuell-Band die Lüge verbreitete, unsere Zeitschrift (von ihm „Argumente“ genannt) sei „mit ganz kapitalistischen Tricks, durch Beschaffung von verlegerischen Eigentumsrechten, auf DKP-Linie gezwungen worden“ (FR, 24. 5. 75). Inzwischen wurde der Sozialdemokrat Vilmar zum Professor ernannt.

Auf der andern Seite ist für viele die Versuchung gewaltig, die großen Vorbilder Marx und Lenin vor allem darin zu imitieren, wie sie ihre Kontrahenten gelegentlich niederschmetterten. Das lernt man immer wieder zuerst, lange bevor man wie Marx und Lenin die Kontrahenten *der Sache nach* widerlegen kann.

Wer immer sich in der einen oder andern Weise positiv auf den Wissenschaftlichen Sozialismus bezieht, muß einsehen, daß er alles Interesse daran hat, elementare Kriterien der Verbindlichkeit und der Wissenschaftlichkeit zu akzeptieren. Bei aller Notwendigkeit des *Streits* — er gehört zum Lebensmedium wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse —, notwendig ist er fürs *Dazulernen*, für die schrittweise *Einigung*. Oft ist es so, daß bei einem Streit die einzige Lernchance auf seiten derer liegt, vor denen er geführt wird. Bei den Streiten gibt es etwas, das manchmal wertvoller wäre als die treffende Kritik: die betroffene Selbstkritik. Die Spuren davon, die sich gelegentlich in unseren Diskussionen finden, sind auf jeden Fall mehr wert als bombastische Beschimpfungen.

Wenn wir die Repliken von Dutschke und Armanski abdrucken, dann nicht nur deshalb, weil die Kritik an ihren Büchern von uns unter der Rubrik *Zur Diskussion gestellt* gebracht worden ist, sondern auch deswegen, weil wir in den Repliken berechnete Momente sehen. Abstrahiert man bei Dutschke vom Ton, dann bleibt ein Stück objektiver Berechnung, das von Schmidts Kritik nicht getroffen ist: das kritische Insistieren auf dem, was die Redeweise vom

„gekrümmten Kommunisten“ meinen kann. Dutschke bildet diese Redeweise in Anlehnung an Bloch, der, z. B. in „Naturrecht und menschliche Würde“, den „aufrechten Gang“ als Bürgertugend lobt. Für Bloch — und natürlich auch für uns — ist es wichtig, darauf zu insistieren, daß die Errungenschaften der bürgerlichen Form der menschlichen Emanzipation bei den sozialistischen Erben nicht verlorengehen, sondern bestens aufgehoben bleiben, besonders in einer Epoche, in der die Bourgeoisie auf der Grundlage des Monopolkapitals die Bürgertugenden liquidiert hat. Die wenigen Spuren, in Form von „Bürgerinitiativen“ oder individueller „Zivilcourage“ sind hoch zu schätzen. Die Rede vom „gekrümmten Kommunisten“ dürfte aber von zwei Dingen nicht schweigen: eben von der Liquidation des „aufrechten Gangs“ auf bürgerlicher Seite und von der Tatsache, daß die Kommunisten die historische Last des unentwickelten Kommunismus und der Angriffe des Faschismus und Imperialismus zu tragen hatten. Sollten sie, um des aufrechten Ganges willen, diese Geschichtslast abwerfen? Andererseits ist diese Last heute auf sehr viel mehr Schultern verteilt und ist die sozial-ökonomische Grundlage des Sozialismus ungleich entwickelter als noch in den fünfziger Jahren. Um bei der Metapher vom aufrechten Gang zu bleiben: heute ist diese Haltung unter Kommunisten sehr viel mehr verbreitet, aber noch mehr davon wäre möglich und auch notwendig, um nämlich voranzukommen. Das historische Recht ist selber nichts Unhistorisches! Es ist stets auf seiten derer, die die soziale Bewegung voranbringen. — Nach unserer Auffassung ist es für den Fortschritt in unserem Lande notwendig, daß die Fronten zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung und der linken Intelligenz überprüft werden im Hinblick auf künftige Bündnisse. Um mitzuhelfen, daß das Trennende und vor allem das Verbindende der verschiedenen bündnisfähigen Richtungen deutlicher wird, damit verändernde Impulse freigesetzt werden, beginnen wir demnächst eine umfassende Diskussion über *Sozialismus und Demokratie*.

Von seiten des „Projekts Klassenanalyse“ wurde eine Formel gefunden, mit deren Hilfe sich vorschlagen läßt, wie die Diskussion innerhalb der Linken geführt werden sollte. Bezogen auf die Auseinandersetzung zwischen Sandkühler und Haug in *Argument* 92 rügt das PKA, die Auseinandersetzung verlaufe „in derart rücksichtsvollen Formen, wie sie nur ein gemeinsames Interesse hervorbringt“ (Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus, 1/76, S. 227). Was vom PKA entlarvend gemeint ist (aber eher selbstentlarvend wirkt), läßt sich umkehren: *Wir brauchen eine Form der Diskussion auch und gerade des Trennenden, wie sie nur ein gemeinsames Interesse hervorbringt*. Bündnisfähige Adressaten und Teilnehmer der Sozialismus-Diskussion sind diejenigen Richtungen, die — bei allem, was sie von den anderen Richtungen trennt — ein gemeinsames Interesse der Arbeiterbewegung und des Sozialismus festhalten und von hierher die Formen der Auseinandersetzung bestimmen.

Die Redaktion

## II.

Die Replik von Armanski bringen wir vor allem deshalb, weil auch uns scheint, daß über dem Plagiat-Vorwurf und einer Vielzahl von Detailberichtigungen die Hauptfrage, nach der Auffassung des Wissenschaftlichen Sozialismus, zu kurz gekommen und der (von der Redaktion gewählte) Titel „Armanskis Verballhornung des Wissenschaftlichen Sozialismus“ überzogen war. Gleichwohl sollte man den Plagiat-Vorwurf nicht so leicht nehmen, wie Armanski es tut. Die Angabe der Quellen ermöglicht das Überprüfen der Behauptungen. Zum anderen hätte eine Analyse der Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus zu fragen: Wie wird der Sozialismus wirklich *wissenschaftlich*, d. h. wie kommt er zu wahren, überprüfbaren, sich in der Praxis bewährenden Einsichten in die gesellschaftliche Entwicklung; und auf welche Weise ist die Theorie *sozialistisch*, d. h. wie ist sie eingespannt in die Aufgaben der entstehenden sozialistischen Bewegung? Auf beide Fragen findet man bei Armanski keine Antwort.

Er berichtet über ein fortwährendes Umschreiben der Theorie durch Marx und Engels. Sie kritisieren die Einsichten ihrer theoretischen Vorläufer und ihre eigenen. Richtigkeit und Falschheit werden dabei vorausgesetzt, wahr ist, was im „Kapital“ steht. Worin der nicht-dogmatische, überprüfbar wahre Charakter des wissenschaftlichen Sozialismus besteht, wird nicht gefragt. Was sich als „Beitrag zur Entdogmatisierung des Marx-Verständnisses“ darstellt (Klappentext), muß sich selbst den Vorwurf des Dogmatismus gefallen lassen. Auch die wenigen Andeutungen über das von Hegel übernommene „methodische Prinzip, die innere Logik dieses Gegenstandes aufzuspüren“ (197), bleiben rein dogmatisch. In Formulierungen wie: der wissenschaftliche Sozialismus sei der „theoretische Ausdruck“ des Zeretzungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft (10), verschwindet das Problem der wissenschaftlichen Anstrengung ganz und gar.

Über sein Verfahren schreibt Armanski: „Die Untersuchung geht *materialistisch* vor, d. h. sie versucht, Entstehung und Entwicklungsgang des wissenschaftlichen Sozialismus auf den Stand und die Widersprüche der geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklung zu beziehen“ (9). Doch abgesehen von einem einleitenden Referat über den „Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Konflikte in Deutschland in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts“, an dem Müller seinen Plagiat-Vorwurf festmacht, sowie einem unvermittelten Abschnitt mit „Hauptdaten der Lebens- und Werkgeschichte“ muß man den Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung mit der Lupe suchen. Sie bildet allenfalls die Kulisse für eine Unmenge von Zitaten und freien Wiedergaben von Marx-Engels-Texten, die den Hauptbestandteil der Arbeit ausmachen. Wenn doch einmal gefragt wird, was der Grund dafür ist, daß ein bestimmter Vorgang noch nicht analysiert worden ist, heißt die Antwort: Weil die Analyse des Mehrwerts noch nicht vorlag (z. B. 140, 150, 151). Das mag richtig sein — kann aber

doch kaum für sich beanspruchen, den Bezug auf die „geschichtlich-gesellschaftliche Entwicklung“ herzustellen. Die „historischen Bezüge“, die Armanski herstellt, sind im wesentlichen Bezüge zwischen Theorien. Sogar ihren Gegenstand, die bürgerliche Gesellschaft, sollen Marx und Engels aus Büchern entnommen haben: den Werken Hegels (197). Dementsprechend wird unter Wissenschaftlichem Sozialismus nur eine Theorie verstanden, nicht Theorie und Praxis der handelnden Bewegung.

Beiläufig werden „Kontakte“ zur Arbeiterbewegung erwähnt, auch, daß die Theorien von Marx und Engels großen Einfluß auf die Arbeiterbewegung hatten (hierzu immerhin drei Seiten am Schluß des Buches). Aber vom umgekehrten Einfluß, den die praktischen Probleme der kommunistischen Bewegung auf Marx und Engels hatten: nichts. Natürlich hat Armanski recht, wenn er auf die große Bedeutung der revolutionären Intellektuellen in den frühen kommunistischen Organisationen verweist. Nur wird dieser Hinweis falsch (und läßt tatsächlich so etwas wie einen Führungsanspruch der Intellektuellen hindurchschimmern), wenn unterschlagen wird, daß diese Intellektuellen in einem vorgefundenen Kraftfeld sozialer Auseinandersetzungen wirkten, das ihnen die Aufgaben diktierte, daß es nur vordergründig um den Kampf gegen Theorien ging, letztendlich aber um die Orientierung der wirklichen sozialistischen Bewegung. Diese entstehende Bewegung bildet Armanski vor allem unter der Perspektive ab, daß sie eigentlich noch gar nicht sozialistisch gewesen sei. In diesem Zusammenhang gewinnen auch die „Plagiat-Fälschungen“ ihren Sinn. Armanski eliminiert, wie Müller nachweist, Verweise auf die Bedeutung des Proletariats für die frühe sozialistische Bewegung, wahrscheinlich mit der an sich richtigen Überlegung, daß es vor allem Handwerker gewesen sind, die in diesen Organisationen führend waren. Indem jedoch das Hauptgewicht auf das Nicht-Proletarische und Nicht-Wissenschaftliche gelegt wird (z. B. 74 f.), muß die *Herausbildung* des wissenschaftlichen Sozialismus im Dunkeln bleiben, bzw. ist sie letztlich den theoretischen Einfällen zweier Intellektueller zuzuschreiben. Engels besteht demgegenüber auf dem Bereits-Proletarischen und auf den „genialen Gedankenkeimen und Gedanken“ (MEW 21, S. 194) in der frühen sozialistischen Bewegung: „Es gereicht ihnen zur höchsten Ehre, daß sie, die selbst noch nicht einmal vollgültige Proletarier waren . . . , daß diese Handwerker imstande waren, ihre künftige Entwicklung instinktiv zu antizipieren und, wenn auch noch nicht mit vollem Bewußtsein, sich als Partei des Proletariats zu konstituieren“ (ebd., S. 211). Armanski begreift die Arbeiterbewegung merkwürdigerweise als „Moment der Kapitalbewegung“ (199) — vielleicht der treffendste Ausdruck für die Unterschätzung der Arbeiterbewegung als eines Subjekts, das Geschichte macht.

Rolf Nemitz

## Besprechungen

### Philosophie

**Raddatz, Fritz J.:** Karl Marx. Eine politische Biographie. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1975 (540 S., Ln., 38,— DM).

Marx als happening; das wohlinszenierte Rauschen im Blätterwald um diese Biographie ist längst vorbei. Soll eine wissenschaftliche Zeitschrift sie dennoch besprechen? als Symptom?

Biographien erzählen Geschichten. Ein Biograph, der seine Arbeit kühn eine „politische Biographie“ nennt, mischt ungeniert: Menschlich-Allzumenschliches wird in Überdosierung eingeführt; Marxens Aggressivität gegenüber Freund und Feind, seine Wohn- und Trink-sitten, das Sexualleben langatmig ausgebreitet. Was soll's? Spaß an der Lektüre soll sein. Nicht zufällig wird das SPIEGEL-Magazin zweimal erwähnt; dessen Stil schleicht sich ein. Auf über 400 Seiten, ermüdend, und wenn man zurückblättert, unergiebig. Gewiß, Raddatz steigert das Ganze nicht zu einem grotesken Psychogramm, wie es 1966 der Schweizer Arnold Künzli in seiner Psychobiographie zelebrierte (ausführlich analysiert in *Argument* 63/1971, S. 79—107): Raddatz' Demystifikationsversuch geriert sich weder in dieser Weise originell noch so verzerrt; das Aufgetischte ist ganz einfach zu häufig Aufgewärmtes, Neuangerichtetes unter dem Aspekt, aktuell zu scheinen. Zu scheinen, denn der Versuch, Werk und Leben nicht bloß in den Zusammenhang der Entstehungszeit, sondern auch in unsere Zeit zu verankern, wird gar nicht, oder, siehe unten, schlampig gemacht.

Andere mögen die Fehler im einzelnen aufzeigen; am Detail jedenfalls liegt es nicht. Es liegt viel schlimmer. Im Wichtigsten zeigen sich arge Irrtümer und, genauso schlimm, Halbrichtiges.

Zum Beispiel: halbrichtig, in der Konsequenz falsch, nennt Raddatz die Entstehungsgeschichte des „Kapital“ die intellektuelle Biographie des Karl Marx: „Es war die Aufgabe, die er sich gestellt hatte: Lebensmitte. Und es war die Bürde, unter der er zerbrach: Ziel und Zerstörung in einem“ (345). Natürlich ist der Ton humanitärer Empörung im „Kapital“ enthalten, ist die theoretische Leistung ohne die moralische nicht denkbar. Nur das genügt Raddatz nicht: Marx „schleudert zornsprühende Haßpfeile und beschwört Fluch und Verderben, die kommen mögen über die Ungerechten. Das ist das Überragende dieses Buches . . .“ (373). Nicht doch.

Ebensowenig läßt sich aus dem Satz, daß der Kopf der Emanzipation die Philosophie sei und ihr Herz das Proletariat, *nicht* ableiten, das sei nicht die Stimme des Politikers, Philosophen, Wissenschaftlers, sondern die eines Pentateuch eines Propheten; bis in die Satzstruktur hinein, bis in die Metaphorik (119). Hier hat, Bücher sind halt nicht folgenlos, einer streckenweise eben doch zu tief in Künzlis Psychogramm geschaut; nicht zufällig. Marx, als Prophet „entlarvt“, wird, weil er das ihm zugeschriebene nicht erfüllt, Versäumnis, Mittelmäßigkeit, ja Unfähigkeit angelastet: „Die Analyse ist glanzvoll und richtig, die Folgerungen sind vage oder falsch“ (382). Und belegt wird das als „nichtgenuin“ Apostrophierte mit Engels, der in der Tat geschrieben hat: „Dies Buch (das *Kapital*, U. J.) wird manchen Leser enttäuschen . . ., aber was dann nach der sozialen Umwälzung werden soll, darüber gibt er uns nur sehr dunkle Andeutung.“ Richtig. Nur: Was, bitte schön, heißt hier „nichtgenuin“? Und was ruft nach dem Propheten? Der Biograph trägt, wenig später, noch viel dicker auf: „Der Mensch als Idee, als mit Hoffnungen besetzte Chiffre, als ‚Volk‘ oder ‚Proletariat‘ oder ‚Klasse‘, auch als Fixpunkt für Erbarmen und Mitleid — dieser Mensch kommt bei Marx vor; der Mensch als je *eigenes* Universum, *eigene* Hoffnung, *eigene* Grenze aber auch und *eigene* Endlichkeit — dieser Mensch kommt bei Marx nicht vor“ (386).

Es ist dies keine einmalige Entgleisung, eher ein schlichtes Unverständnis; Raddatz' eigenes. Es zieht sich durchs Ganze. So wird das doch wahrlich oft genug kommentierte Beispiel von der Biene und dem menschlichen Baumeister inhaltlich und philologisch verzerrt, wird charakterisiert als „umgekehrter Hegel“, als „Hirnleistung, unendlich verlängerbar und grenzenlos, als Motor der Geschichte“ (387). Grenzenlos eher die beliebige Interpretierbarkeit von Zitaten. Nicht zufällig, wie gesagt: Wenn Karl Marx, so Raddatz, sich nicht einlasse auf die Fragestellung nach dem Eigenwert von Individualität — nach Eros und Tod zum Beispiel —, sondern die Menschen als Vollstrecker der Geschichte sehe, gleichsam tüchtige Ameisen, die einen Balken Historie begriffen und ergriffen haben —, dann habe dies zu tun mit seinem verqueren Diktum, die Anatomie der Menschen sei ein Schlüssel zur Anatomie der Affen: es degeneriere dies den Menschen zur historischen Kategorie (389).

Man staunt. Was hat einer begriffen, der nicht begreift, daß das Aufdecken der Kernstrukturen, daß das Bloßlegen dessen, was Marx die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft nannte, zwar natürlich mit menschlichen Verhältnissen, mit nichts als diesen zu tun hat; gewiß aber ist nicht der *ganze* Mensch gemeint, keine verblasene totalisierende Vorstellung vom Individuum. Selbst jene bürgerlichen Soziologen, die den Namen Marx nur mit Abscheu im Munde führen, haben inzwischen begriffen, daß der Mensch ein geschichtliches, ein gesellschaftliches Wesen ist und keine Monade. Für Raddatz soll die Absicht das Mittel heiligen. Er versucht zu zeigen: der Stalinismus, das Totalitäre, steckte, quasi als Erbsünde des Marxismus, schon tief

in Marx selbst. Ich interpretiere dabei nichts hinein. Die Konklusion, die Raddatz im Vergleich zwischen Bakunin („Reisender in Revolution“) und Marx („Die einsame Höhe der disziplinierten politischen Theorie“) zieht, mag dies verdeutlichen: „Es ist zugleich der Unterschied, der auch zu politischer Taktik befähigt, zu gemeinsamen Aktionen zwischen NSDAP und KPD im krisengeschüttelten Berlin 1932; zum Nicht-Streik-Aufruf der KPF 1968, während Daniel Cohn-Bendits Studenten (!) die Schönheit der Pflastersteine bedichteten; zum Überbordwerfen aller eigenen Postulate aus Staat und Revolution, zehn Tage später, nachdem der Autor, Lenin, die Macht erkämpft hatte.“ (318) Unhaltbar, natürlich. Ganz abgesehen davon: welcher Leser, der sich über Marx orientieren will, soll diese *mixture*, diese ‚Verwirrpassagen‘ eigentlich verstehen?

Der Eingeweihte versteht's (siehe oben): er gehört ins Töpfchen oder ins Kröpfchen. Sehr einfach: die Libertären und die Strengen, die Anarchisten und die Kommissare. Ich habe gewiß nichts gegen das Popularisieren, im Gegenteil; aber die Fülle des offensichtlich Falschen und Halbfalschen, und dort, wo Aktualität vonnöten gewesen wäre, die leichtfertige Garnierung mit Namen, von Luxemburg, Liebknecht bis Dutschke: So nicht.

Hätte Raddatz, bei allem Urteilen und Verurteilen, wenigstens klar Stellung bezogen. Hätte er nicht bloß eine Materialschlacht, aufgezäumt als Buch, geliefert. So stößt der Verlag bereits im Klappentext den Leser deutlich darauf: es handelt sich um die erste umfassende deutsche Marxbiographie seit 1918. Gut; aber an dieser Biographie ist nichts spezifisch deutsch, außer, daß in andern Ländern sorgfältigere Biographien geschrieben worden sind. Und was bei dem auf Subjektivität hin angelegten Versuch zumindest nahegelegen hätte und was gegenüber der anvisierten Leserschaft angebracht gewesen wäre: die Aktualität des Themas nicht schlampig, in unmöglichen Kurzeinschüben abzuhalftern, sondern klärend darzustellen. Nichts davon. Wer Raddatz mit Mehring abwägt, und auf diesen Vergleich stoßen einen Autor und Verleger gleichermaßen, könnte zum Kulturkritiker verkommen. Urs Jaeggi (Berlin/West)

**Der unbekannt junge Marx.** Neue Studien zur Entwicklung des marxischen Denkens 1835—1847. Hase & Koehler Verlag, Mainz 1973 (311 S., br., 18,— DM).

Dieser Sammelband ist eine erweiterte Ausgabe der aus Anlaß des 150. Geburtstages von Karl Marx erschienenen Publikation „Karl Marx 1818—1968 — Neue Studien zu Person und Lehre“. Das Buch will Forschungen über den „jungen Marx“ vermitteln. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß die lange modisch gewesene Unterscheidung zwischen dem „jungen“ und dem „alten“ Marx von der Forschung fallengelassen worden sei. „Sie sieht die Persönlichkeit, das Werk und deren Ausstrahlung und Auswirkung als

Ganzes“ (7). Die Verfasser der Beiträge beschäftigen sich mit dem „wirklich jungen Marx“, mit dem Karl Marx des Trierer Abiturientenjahrgangs 1835 bis zur Dissertation 1841.

Es ist die Phase der Standortsuche. Marx ist noch kein „Marxist“. Heinz Monz berichtet mit einer allzu professoralen Akribie über den Deutschaufsatz von Karl Marx „Betrachtung eines Jünglings bei der Wahl eines Berufes“. Da der Aufsatz bereits in der MEGA (1929) veröffentlicht wurde, ist der Kernsatz der Abiturarbeit seit langem Gegenstand unterschiedlicher Deutungen. Er lautet: „Aber wir können nicht immer den Stand ergreifen, zu dem wir uns berufen glauben; unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen im Stande sind“. Daß in diesem Aperçu des Siebzehnjährigen die spätere Grundidee blitzartig aufleuchtet, wie dies auch der eminente Marxforscher Auguste Cornu annimmt, wird, so einleuchtend die Annahme ist, bestritten von Rüdiger Thomas. Marx spreche nicht von sozialen Determinanten, sondern ausschließlich von konstitutionsbedingten subjektiven Hindernissen einer Berufswahl (157). Diese Deutung erscheint, angesichts des Wortlauts, an den Haaren herbeigezogen. Aus der Studie von Monz erfährt man Einzelheiten über den fortschrittlich-liberalen Charakter der Schule und insbesondere über den Einfluß des Deutschlehrers von Wytenbach. Welchen Informationswert es freilich haben soll, sämtliche Aufsätze der 31 Mitschüler Marxens im Wortlaut wiederzugeben, ist nicht recht ersichtlich. In dem von Manfred Henke analysierten Religionsaufsatz zur Reifeprüfung deutet der Prüfling Karl Marx die der Interpretation unterliegende Stelle aus dem Johannesevangelium im Sinne einer philosophischen Erlösungssehnsucht des Menschen.

In dem Hauptstück, das die Suche nach theoretischer Orientierung des jungen Marx in den Jahren 1835—1841 behandelt, steht naturgemäß die Hegelsche Linke im Mittelpunkt. In seinem Brief an den Vater vom 10. November 1837 liefert Marx selbst den Schlüssel zum Verständnis dieser Suchjahre, indem er die Bilanz seines ersten Berliner Studienjahres zieht (MEW Erg. Bd. I, S. 3 ff.). Marxens Vorsatz: „im Wirklichen selbst die Idee zu suchen“.

Ausführlich verweilt der Verfasser der Studie bei der „romantischen Periode“ im Schaffen des jungen Marx, deren Gedichte und Epigramme Mehring nicht sehr hoch schätzte. Die Analyse der Doktordissertation schließt den Essay ab. Für Marx gelte es im Rahmen einer Interpretation der epikuräischen und demokritischen Naturphilosophie die Frage nach dem Verhältnis von Philosophie und Wirklichkeit zu beantworten. Vielzitiertes Kernsatz: „So ergibt sich die Konsequenz, daß das Philosophisch-Werden der Welt zugleich ein Weltlich-Werden der Philosophie“ ist.

Der Beitrag von Hans Pelger „Theorie und Praxis der sozialen Revolution bei Marx und Engels“ (1842—1847) enthält als Information eigentlich nur die auf DDR-Publikationen gestützte zusammen-

fassende Darstellung der „Kommunistischen Korrespondenz-Komitees“.

Der revisionistische Pferdefuß der im strengen Scholargewande auftretenden Autoren kommt zum Schluß in einer zweiten Arbeit von Rüdiger Thomas zum Vorschein. Unter der Überschrift „Theorie und Methode“ prüft der Verfasser, inwieweit Marx die Zukunft programmiert habe. Marx habe das Mittel der Gewalt als Instrument der Befreiung postuliert, weil er dem aufklärerischen Glauben an die unaufhaltsame Macht der Vernunft die These von der Ohnmacht der Vernunft gegenüber der sachlichen Gewalt der bestehenden Verhältnisse entgegengesetzt habe. „Marx war gleichwohl kein Revolutionär aus Prinzip (!), eine evolutionäre Befreiung der Menschheit würde daher die Forderungen von Marx einlösen, indem sie seine ideologiekritisch geschärfte skeptische Vernunft widerlegt“ (311). Das kann natürlich nicht anders ausgehen als mit der Forderung: „Ehren wir Marx und nützen wir uns, indem wir ihn kritisch aufheben.“

Bruno Frei (Wien)

**Post, Werner, u. Alfred Schmidt: Was ist Materialismus?**

Zur Einleitung in Philosophie. Kösel Verlag, München 1975 (96 S., br., 9,80 DM).

„Zur Einleitung in Philosophie“ — was soll dieser Untertitel versprechen? Eine *Einführung* in Philosophie oder auch nur in das Gebiet materialistischer Auffassungen wird jedenfalls nicht gegeben. Es wird kaum die Anstrengung des Übersetzens und Herleitens auf sich genommen, die für eine Einführung notwendig wäre. Der Leser wird eher hineingeleitet in eine fertige Position und ihre Redeweise. Die Schrift hat die Form eines Dialogs, entstanden 1971 als Beitrag der beiden Autoren „zum ‚Dialog‘ von Theologie und Marxismus, zumal als Kritischer Theorie“ (Vorwort). Von der seitherigen Überarbeitung sagen die Autoren, daß sie „die ursprüngliche Antithetik abmilderte“ (ebd.). Der Rezensent hat keine eigentliche Antithetik zwischen den Autoren entdecken können. Er hat auch nicht finden können, daß die Seite der Theologie eindeutig von einem der beiden Gesprächspartner eingenommen würde. Allenfalls ist eine andere Art von Abstufung erkennbar: Werner Post ist mehr der Fragende, auch etwas unbefangener Formulierende, Alfred Schmidt mehr der Antwortende, Belehrende. Stellenweise liest sich das Gespräch wie ein Dialog mit Horkheimer bzw. wie die Fortsetzung Horkheimer-scher Dialoge aus dessen späten Jahren. Eine milde Offenheit zu dem alten Kontrahenten der Materialisten, zu Religion und Metaphysik waltet vor. Statt einzuführen wird eher mitten darin weitergesprochen. Die Themen sind die bekannten, vor allem das Motiv der „Kritik der instrumentellen Vernunft“ wird immer wieder abgewandelt. Schmidt sieht eine „positivistische Schicht des Marxschen Werks“ (46) darin, daß Marx die arbeitende Aneignung der Welt durch den

Menschen positiv wertet. „Sicher ist schon Marx der Ideologie ‚technologischer Rationalität‘, wie es heute bei Marcuse heißt, auf den Leim gegangen.“ Nachdem darüber hinaus festgestellt ist, daß Marx „die Sprache der Herrschaft über Natur“ spricht, taucht die Frage auf, „wie Emanzipation gelingen soll als Beherrschung der Naturbeherrschung, wie sie geleistet werden soll von Menschen, die ihrerseits von herrschaftlicher Kultur geprägt sind“ (89). So teilt Schmidt zwischen den Zeilen mit, daß er die Auffassung von Marx, in den Produktionsverhältnissen den entscheidenden Zusammenhang gefunden zu haben, den wirklichen Angelpunkt, nicht akzeptiert. „Es besteht hier die Schwierigkeit“, sagt Schmidt, „daß die unverstümmelten, wirklich lebendigen Menschen, die sich einer neuen Gesellschaft verdanken würden, schon dasein müssen, damit sie entsteht“ (90).

Kritik als individuelle Haltung, die sich nicht einläßt in ihre eigne Positivität, nämlich in verändernde Praxis, sondern sich eher kritisch in der fremden Positivität der bestehenden Gesellschaft einrichtet, mündet in das Lob der Skepsis. Vergessen scheint, was Horkheimer in „Montaigne und die Funktion der Skepsis“ gelehrt und später preisgegeben hatte, daß Skepsis als solche heute nur noch als eine gegen die Möglichkeit konkreter Veränderung der Verhältnisse wirksam wird. Das Lehrgespräch endet mit folgender Ermahnung Schmidts: „Materialistische Philosophie verkörpert gegenüber dem Idealismus nicht ein für allemal das höhere Bewußtsein. Ob der Materialismus das wahrere Prinzip von Weltinterpretation ist, darüber entscheidet nicht einfach sein Lehrgehalt, sondern das Maß, in dem dieser, kritisch gebrochen, Einsicht ins menschliche Leiden bleibt. Die Marxsche Theorie behält gerade angesichts der Gegenwart analytische Kraft; entfalten kann sie sich nur, wenn ihre Vertreter sich falscher Positivität ent schlagen, wenn Horkheimers Skepsis ernst genommen wird. Nur dann wird der humane Zweck einer besseren Welt nicht fragwürdigen Mitteln aufgeopfert, ihn zu erreichen“ (96). — Trotz manchen klugen Gedankens im einzelnen macht der hier vertretene „kritisch gebrochene Materialismus“ auf den Rezensenten den Eindruck einer Zurücknahme des Marxismus in eine private „Weltinterpretation“ von skeptischer Liberalität, scharf nurmehr gegen jeden nicht in erster Linie skeptischen, sondern auf die Praxis eines wissenschaftlichen Sozialismus orientierten Marxismus.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

### **Sprach- und Literaturwissenschaft**

**Behr, Klaus, u. a.:** Grundkurs für Deutschlehrer: Sprachliche Kommunikation. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 2 1973 (347 S., Loseblattsammlung im Ordner, 24,— DM).

— zit.: a

- Eichler, Wolfgang:** Einführung in die theoretische Linguistik auf fachdidaktischer Grundlage. Schroedel Verlag, Hannover 1972 (109 S., br., 7,40 DM). — zit.: b
- Schödel, Siegfried:** Linguistik. Bayerischer Schulbuch-Verlag, München 1972 (194 S., br., 12,80 DM). — zit.: c
- Zarnikow, Annemarie:** Einführung in die Linguistik. Kommunikation/Sprache. Materialien für den Kurs- und Projektunterricht. Diesterweg Verlag, Frankfurt/M. 1973 (85 S., br., 6,80 DM). — zit.: d

Nach der Etablierung der Linguistik an bundesrepublikanischen Hochschulen nimmt es nicht wunder, wenn die Diskussion um linguistische Studiengänge auch kommerziellen Niederschlag findet in Einführungslehrbüchern, die nicht nur dem Studenten die Eingangsphase seines Studiums erleichtern, sondern auch den Hochschullehrer einer eigenen Seminarplanung von linguistischen Einführungskursen entheben sollen.

Während die Grundkurse von Behr u. a. und Eichler ausschließlich für die Eingangsphase des Studiums konzipiert sind, beanspruchen Schödel und Zarnikow darüber hinaus, daß mit ihren Einführungen auch Deutschkurse der gymnasialen Oberstufe bestritten werden können (vgl. c 7; d Klappentext).

Alle Konzepte setzen voraus, daß die Linguistik sinnvolle Beiträge zur Reform des muttersprachlichen Unterrichts zu liefern in der Lage ist. Während Eichler, Schödel und Zarnikow aus diesem Grund mehr oder minder vollständig die Vielzahl gegenwärtiger linguistischer Arbeitsbereiche präsentieren — teils in historischer (Zarnikow), teils in systematischer Folge (Eichler), Schödel versucht, beide Aspekte zu kombinieren —, will der Grundkurs von Behr u. a. nicht so sehr „die Wissenschaftsgrundlagen einer Fachdisziplin vermitteln, sondern das Spektrum der Lernbereiche, die insgesamt ein Studium strukturieren sollen, das einen qualifizierten Deutschlehrer ausbildet“ (a 13 f.).

Entsprechend beginnen Behr u. a. mit einer Darstellung der Grundbegriffe der Kommunikation(swissenschaft) und gliedern weiter nach den Aspekten der Sprachverwendung und des Sprachverhaltens.

Auch Eichler skizziert eingangs Probleme der Kommunikation anhand von Modellen (b 9 ff.), führt danach den Begriff des Sprachsystems ein (19 ff.) und kann sodann Phonetik, Phonologie, Morphologie, generative Syntax und Semantik abhandeln. Die gleichen Aspekte werden auch von Schödel thematisiert, darüber hinaus werden sozio-, psycho- und pragmalinguistische Fragen aufgeworfen (c 73 ff.) sowie Probleme des Verhältnisses von Linguistik und Literaturwissenschaft diskutiert. (c 107 ff.) Zarnikow behandelt nach der „saussureschen Wende“ die europäischen und amerikanischen strukturalistischen Schulen (d 11 ff.), die generative Grammatik (d 31 ff.) sowie die Beziehungen zwischen Linguistik und Pragmatik (d 58 ff.) und Linguistik und Philosophie (d 68 ff.).

Am nachdrücklichsten auf die Berufspraxis der künftigen Deutschlehrer bezogen argumentieren Behr u. a.: Jeweils ein eigenes Kapitel ist den Problemkreisen „Kommunikation im pädagogischen Kontext“ (a 211 ff.), „Lernzielbestimmungen und Curriculumprobleme des Deutschunterrichts“ (a 241 ff.) und „Methoden und Organisationsprobleme des Deutschunterrichts“ (a 269 ff.) gewidmet. Fragen zum Aufbau und zur Organisation des Studiums (a 307 ff.) werden ebenfalls diskutiert. Legt man diesen Anspruch jedoch als Maßstab an das tatsächlich Dargebotene an, so ergibt sich eine weitreichende Diskrepanz. Der gesellschaftsbezogen und berufspraktisch ausgerichtete Anspruch steht in keinem Verhältnis zu den linguistischen Fragestellungen und Ergebnissen, die ihn einlösen sollen: Sprache als nach internen Regeln funktionierendes Zeichensystem zu begreifen (a 28), den Spracherwerb als Programmierung (!) des kommunikativen Repertoires zu bestimmen (ebda.) und Kommunikation als „ein komplexes Ineinandergreifen von Regelungsprozessen“ (a 26) zu definieren, offenbart ein technizistisches Verständnis von Sprache, vor dem die Ansprüche der Autoren nur noch als gutgemeinte, aber folgenlose bestehen können.

In dieses Dilemma geraten die drei anderen Konzepte nur deswegen nicht, weil sie mit reduziertem Anspruch ohnehin nur das reproduzieren, was von der Linguistik vorgegeben ist. Sie alle sitzen einem strukturalistisch verkürzten Sprachbegriff auf (b 20; c 10; d 69), der mit dem realen Sprechen nicht mehr zu vermitteln ist. Auf diese Weise wird einer Tendenz Vorschub geleistet, die den muttersprachlichen Unterricht abzulösen droht durch ein Schulfach „Linguistik“. Lehrerstudenten werden damit schon in der Studieneingangsphase zu Linguisten ausgebildet, die die Relevanz dessen, was sie später im Sprachunterricht betreiben sollen, lediglich aus der Wissenschaftlichkeit der Fachdisziplin herzuleiten vermögen, nicht jedoch aus den realen Erfordernissen der Schule und den objektiven Bedürfnissen der Schüler nach Erweiterungsmöglichkeiten für das kommunikative Handeln.

Jürgen Ellerbrock (Siegen)

**Bergmann, Rolf, u. Peter Pauly:** Einführung in die Sprachwissenschaft für Germanisten. Max Hueber Verlag, München 1975 (114 S., br., 11,— DM). — zit.: a

**Pelz, Heidrun:** Linguistik für Anfänger. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1975 (285 S., br., 28,— DM). — zit.: b

Angesichts der Vielzahl bereits publizierter Einführungsbücher in die Linguistik sehen sich die Autoren unter Legitimationsdruck und liefern zwei Begründungen: Es bestehe einerseits die Notwendigkeit, „die Grundlagen der neuen Sprachwissenschaft unter Einbeziehung didaktischer Überlegungen wirklich für den Anfänger darzustellen“ (b 11), andererseits diene das „Studium sprachwissenschaftlicher Fragestellungen, Methoden und Ergebnisse (...) aber nicht zuletzt

auch der Vorbereitung des künftigen Lehrers auf den Sprachunterricht. Gerade diese Perspektive auf die Funktion der Sprachwissenschaft für den Sprachunterricht bestimmt die Anlage dieser einführenden Darstellung“ (a 6).

Vor diesem Hintergrund werden bei Bergmann/Pauly Einblicke (aber auch nicht mehr!) gegeben in Phonologie und Phonetik, Morphologie, Syntax, Semantik, Sprachgeographie, Soziolinguistik, Sprachwandel und Pragmatik. Ein solches Programm, das darüber hinaus noch beansprucht, in das Verhältnis von Sprachwissenschaft und Sprachunterricht einzuführen, muß bei einem Umfang von ca. 100 Textseiten notwendig scheitern, weil die dabei erforderlichen Auslassungen und Verkürzungen nicht nur ein schiefes, sondern ein schlicht falsches Bild der Sprachwissenschaft produzieren. So wird Chomskys Dichotomie von Kompetenz und Performanz direkt bezogen auf „die Sprachfähigkeit und die Sprachanwendung des Individuums“ (a 10), ohne auf die komplizierten modelltheoretischen Argumente einzugehen, die Chomsky zur Unterscheidung des individuellen Sprachteilhabers vom idealen Sprecher/Hörer führen. Dem Vorwurf der Fetischisierung der Systemhaftigkeit von Sprache durch die Strukturalismuskritik soll anscheinend dadurch begegnet werden, daß die Systemhaftigkeit auf die Spitze getrieben wird: Sprache im ganzen habe nicht nur systematischen Charakter, sondern bestehe aus einer Vielzahl von Subsystemen, die jeweils für die linguistische Untersuchung „genau abgegrenzt werden“ (a 12) müssen. Die Bezeichnungen Phonologie und Phonetik werden nicht differenziert (a 29 ff.), so daß der Eindruck beim Leser (der ja Anfänger ist) entstehen muß, es handele sich hier um Synonyme; Begriffe wie „lexikalische Bedeutung“ (a 53) werden ohne Erklärung eingeführt. Total verdreht werden schließlich soziolinguistische Befunde, in denen Relationen zwischen Sprechweisen und sozialen Gruppierungen (Klassen, Schichten, peer-groups etc.) aufgewiesen werden: Bergmann/Pauly lösen die an sich schon fragwürdige Dichotomie von Idiolekt und Soziolekt durch die Behauptung, die Soziolinguistik habe es ohnehin mit „den Beziehungen zwischen den Sozialdaten und den sprachlichen Möglichkeiten des einzelnen [!]“ (a 73 f.) zu tun. Die Liste solcher Verzerrungen und Verfälschungen ließe sich beliebig verlängern. Die Frage nach dem Verhältnis von Sprachwissenschaft und Sprachdidaktik wird gelöst durch die rigide Abschottung gegeneinander, wobei konsequent der Sprachwissenschaft die dominante Stellung zukommt (a 109). Die Tatsache letztlich, daß in der Darstellung laufend so getan wird, als stellten sich der Linguistik keine offenen Fragen mehr, weil auf alles schon eine Antwort bereitliege, läßt für die praktische Anwendung des Buches in Einführungskursen und Selbststudium verheerende Folgen befürchten.

Pelz' Einführung hebt sich dagegen wohltuend ab, weil die dargestellten sprachwissenschaftlichen Ansätze und Teildisziplinen (weitgehend identisch mit denen, die Bergmann/Pauly darzustellen versprechen) ausführlich und differenziert charakterisiert werden;

darüber hinaus bringt Pelz häufig Verweise auf den Fremdsprachenunterricht. Die Abfolge der vorgeführten linguistischen Teilbereiche folgt systematischen, nicht so sehr wissenschaftsgeschichtlichen Gesichtspunkten (obwohl Pelz das Gegenteil will, vgl. b 13), was stellenweise wünschenswert wäre, um die Interdependenzen und Unterschiede einzelner Ansätze deutlicher hervortreten zu lassen. Das „eigentliche Relevanzkapitel“ (b 13), das über die Linguistische Pragmatik (b 209—241), steht am Schluß des Buches. Hier wird versucht, neben der Darstellung der Sprechakttheorie, die Sprachwissenschaft auch sprachphilosophisch zu begründen: Habermas' Konzept von kommunikativer Kompetenz und pragmatischen Universalien wird zur Fundierung herangezogen. Dieser Versuch wirkt allerdings aufgesetzt, weil eine grundlegende Absicht Habermas' zu kurz kommt: die der Kritik positivistischer Zugriffe auf die sozialwissenschaftlichen Untersuchungsgegenstände. Genau hier aber hätte die Vermittlung anzusetzen: Mit dem Habermasschen erkenntnistheoretischen Instrumentarium hätte sich zumindest ein unverbundenes Nebeneinander von systemlinguistischer und soziologischer Argumentation vermeiden lassen. So bleibt für Pelz — angesichts dieser vertanen Chance — nur die exakte Darstellung dessen, was die Linguistik betreibt, ohne darüber hinausgehen zu können, was angesichts der „Irrungen und Wirrungen“ Bergmann/Paulys nur um so höher einzuschätzen ist.

Jürgen Ellerbrock (Siegen)

**Bünting, Karl-Dieter, und Detlef C. Kochan: Linguistik und Deutschunterricht.** Scriptor Verlag, Kronberg 1973 (243 S., br., 9,80 DM).

Das Buch besteht aus zwei Teilen: einem sprachwissenschaftlichen, für den Bünting verantwortlich zeichnet, und einem sprachdidaktischen Teil, der die Konzeption eines Sprachunterrichts darstellt, wie ihn Kochan versteht.

Mit seiner Definition von Sprache und Sprechfähigkeit, die alle menschlichen Tätigkeiten, „in denen Sprache erscheint und Funktion hat“ (3), umfaßt, setzt Bünting einen breiten und für didaktische Überlegungen brauchbaren Rahmen. Unter dem Anspruch, die Beziehung von Sprachwissenschaft und Sprachdidaktik unter rein pragmatischen Gesichtspunkten zu reflektieren, stellt er im Teil I ein Spektrum von Themen aus der Sprachwissenschaft dar. Nach Fragen der linguistischen Terminologie und der Vorgehensweise der modernen Sprachwissenschaft folgt ein historisch-systematischer Abriß, ein Kapitelchen aus der Semiotik und Semantik, und eine Paraphrasierung kommunikationstheoretischer Fakten mit einem textlinguistischen Resümee. Alles in allem also ein Sammelsurium von sprachwissenschaftlichen Themen, für den didaktischen Gebrauch mundgerecht und verkürzt zusammengestellt. Dabei leistet Teil I, jedoch für das Verständnis der sprachdidaktischen Konzeption des Teils II so gut

wie keinerlei Hilfestellung. So bekommt man im Teil II noch einmal einen historischen Abriss zu lesen und findet hier erst die entscheidenden sprachtheoretischen Voraussetzungen für die didaktische Konzeption dargestellt.

Bünting verknüpft Lebenspraxis als den entscheidenden Bezugspunkt der Didaktik mit sprachlicher Tätigkeit und den damit verbundenen ‚kommunikativen, extra- und metakommunikativen Verhaltensweisen‘; darunter versteht er: Sprache als Medium der Mitteilung benutzen, auf das Medium Sprache achten und Sprachliches zum Gegenstand von Aussagen machen (5). Die für die Lebenspraxis ebenso wichtigen nichtsprachlichen Bedingungen der Kommunikation scheinen für die sprachkritische Reflexion keine Bedeutung zu haben. Metakommunikativ kann sich nach Bünting nur verhalten, wer im Besitz der Metasprache ist. Damit wird das für die Sprachdidaktik wichtige Lernziel der Metakommunikation zu einem formalen Problem der Terminologie. „Anschaulichkeit des Wortmaterials, leichte Erfassbarkeit der Begriffe versus Exaktheit“ (15) sind die Probleme, die eine Didaktik der metakommunikativen Reflexion nach Bünting zu lösen hätte. Hier zeigt sich die geringe Tragfähigkeit des Begriffes Lebenspraxis: Sprechfähigkeit wird lediglich sprachimmanent aufgefaßt; als sprachlich formales Phänomen bleibt sie so für eine linguistische Metasprache verfügbar, mit deren Hilfe Schüler in metakommunikative Verhaltensweisen eingeübt werden sollen.

Das — auch vom Umfang her — gewichtigste Kapitel des 1. Teils ist das 4.: Linguistik: historisch-systematischer Abriss zur Sprachwissenschaft. Hier wird über den historisch-idealistischen Ansatz, die Junggrammatiker, de Saussure, den amerikanischen Strukturalismus, den Funktionalismus, die inhaltsbezogene Sprachbetrachtung auf die ‚generative transformationelle Grammatik‘ als dem Höhepunkt von Wissenschaft und Schulgrammatik hingeführt. Damit ist der Weg bereitet, eine an mit formalen Verfahrensweisen arbeitenden Grammatiken orientierte ‚didaktische Grammatik‘ zu entwickeln. Wichtigster Bezugspunkt dabei ist die generative Grammatik Noam Chomskys. Ihr Anspruch und Gegenstandsbereich werden zwar gut dargestellt; die Äußerung Chomskys, daß es sich bei seiner Theorie um eine *wissenschaftliche* und *nicht* um eine *pädagogische* Grammatik handle, wird explizit wiedergegeben. Auch die Tatsachen, daß die generative Grammatik nur teilweise ausformuliert ist, daß ihre Schwäche vor allem auf dem Gebiet der Semantik liegt, wird nicht verschwiegen. Die Konsequenzen dieser theorieimmanenten Probleme werden jedoch nicht gezogen. Eine Primitivversion der generativen Grammatik wird entwickelt und — versetzt mit Dependenzgrammatik — als die Schul-Grammatik angepriesen. Kochans Hinweis, daß ‚beim jetzigen Stand der Forschung‘ die Frage nach der ‚Sprachkompetenz‘ und ihrer Kongruenz zur linguistischen Grammatik als ‚ungelöst‘ anzusehen ist (210), hätte von den Verfassern des Buches ernstgenommen werden müssen. Dann hätte nicht die Kompetenz der generativen Grammatik, die Kompetenz, die innerhalb der Theorie-

bildung als ideales Konstrukt ihren Stellenwert hat, zu einer realen Größe werden können, deren Erweiterung mit dubiosen Mitteln Lernziel Nr. 1 dieser didaktischen Konzeptionen geworden ist.

Weiterführend ist dagegen die Paraphrasierung von Positionen innerhalb einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, die Kochan im Teil II des Buches anbietet. In knapper Form werden vier Auffassungen (Habermas, Badura, Wunderlich, Hymes) zur Theorie einer kommunikativen Kompetenz referiert und deren Unterschiede wie Gemeinsamkeiten für den Entwurf einer Didaktisierung herausgearbeitet. Oberstes Lernziel des Sprachunterrichts wird, daß er nach Situationen suchen muß, „die sprachliches Handeln in sozialen Interaktionen ermöglichen oder sogar herausfordern“ (166). Ausgehend von der Identität von sprachlichem und sozialem Handeln bekommt die metakommunikative Reflexion bei Kochan eine didaktisch tragbare Zielsetzung. Etwas zu knapp allerdings gerät die Erwähnung der soziolinguistischen Differenzkonzeption, die von Kochan als zweiter theoretischer Stützpfiler aufgebaut wird. Der funktionale und interaktionale Ansatz der Differenzhypothese dient Kochan nur als Rechtfertigung seines sprachdidaktischen Konzepts. Welche Konsequenzen aber z. B. die Annahme von sprachlichen Varietäten für einen Sprachunterricht hat, wird bei Kochan nicht weiter reflektiert.

Kochans sprachdidaktisches Konzept gliedert sich auf der Unterrichtsebene in zwei Lernbereiche: schriftliche und mündliche Kommunikation. Ausgehend von einer Kritik an der traditionellen Aufsatzerziehung fordert Kochan zu Recht eine Didaktik der Textproduktion, in der reale und fiktive Schreibansätze die Herstellung von Texten bestimmen sollen. Das Schreiben wird hier wie das Sprechen als ein Sprachhandeln verstanden, das die herkömmlichen Stilformen ersetzt und an der ‚heutigen Wirklichkeit‘ und den ‚gesellschaftlich bedingten Kommunikationsanforderungen‘ (186) zu orientieren ist. Kochan nennt hier vielseitige Beispiele für die Didaktik des Schreibens. Für den Lernbereich mündliche Kommunikation propagiert Kochan einen Unterricht, in dem Sprachhandeln als Probehandeln in fiktiven Redesituationen geübt wird. Im Vertrauen auf die ‚Möglichkeiten des Transfers‘ (184) wird das Rollenspiel zur zentralen Übungsform mündlicher Kommunikation. Zwar sieht Kochan das Fragwürdige eines solchen pädagogischen Tuns auch; da er aber nicht weiterentwickelt, wann und unter welchen Umständen Verhaltensmuster veränderungsbedürftig sind, bleibt das Ziel des Rollenhandelns als „Entwurf von Veränderungen“ (171) reine Absichtserklärung.

Der zweite Teil des Buches muß im Zusammenhang gesehen werden mit den Sprachbüchern „Sprache und Sprechen“, die Kochan mitherausgegeben hat und die dieser theoretischen Konzeption entsprechen. Daß er keine Gelegenheit verstreichen läßt, auf sein eigenes Sprachbuch hinzuweisen, ist ein wenig ärgerlich.

Hans-Georg Hölsken u. Wolfgang-W. Sauer (Hannover)

**Maas, Utz:** *Argumente für die Emanzipation von Sprachstudium und Sprachunterricht.* Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (205 S., br., 11,80 DM).

Die Tendenz der Reform des Sprachunterrichts und damit auch der Neukonzipierung linguistischer Studiengänge für die Deutschlehrer-ausbildung kennzeichnet Maas mit dem Begriff der Linguistisierung. Die herrschende Systemlinguistik habe sich nicht nur an den Universitäten eine gesicherte Position geschaffen, darüber hinaus dringe sie auch — vermittelt über linguistische Sprachbücher — in den Deutschunterricht vor, wobei „ohne weitere Klärung vorausgesetzt wird, daß sie einen sinnvollen Beitrag zum Deutschunterricht leistet“ (28). Um diese Einschätzung kreisen die Überlegungen, die Maas in den in diesem Band zusammengestellten Vorträgen anstellt. Dabei geht es ihm nicht nur um eine Kritik dieser Entwicklung, sondern er versucht gleichzeitig, Ansätze zu entwickeln, die die Restriktionen der „herrschenden Lehre“ vermeiden und in emanzipatorischer Absicht zu einer Neukonzeption von Sprachstudium und Sprachunterricht beitragen können.

Für die Bestimmung der Funktion des Sprachunterrichts gilt es zunächst, „die schulischen Bedingungen festzustellen, die die Aufgaben dieses Fachgebietes festlegen; danach ist zu untersuchen, wie sich die Fachwissenschaft Linguistik zur Linguistisierung des Schulfaches Deutsch verhält; darin liegen die Voraussetzungen für eine Einschätzung der linguistischen Reform des Deutschunterrichts, vor deren Hintergrund schließlich auch Zielsetzungen für einen emanzipatorischen Sprachunterricht entwickelt werden können“ (23).

Auch mit dem Ersetzen des traditionellen Grammatikunterrichts durch Lernbereiche wie „Reflexion über Sprache“, „Sprachbetrachtung“ usw. bleiben für Maas die Grundfunktionen des bisherigen Deutschunterrichts erhalten: die ideologische und die Selektionsfunktion (24 f.). Geändert haben sich nicht die Inhalte, sondern lediglich die Form.

Maas kommt zu diesem Ergebnis, weil die Linguistisierung, die — wie die Linguistik selbst — mit einem verdinglichten Sprachbegriff operiere, nur drei Funktionen auszuüben in der Lage ist:

Das Operieren mit formalen Strukturen, das im Unterricht (1) zur Ausblendung von Inhalten diene (41), erweist sich (2) als „Ersatz für die inzwischen verpönten Disziplinierungsmittel Diktat und Schönschreibeübung“ (ebd.). Linguistisierter Sprachunterricht „qualifiziert“ (3) das Arbeitsvermögen in doppelter Weise. Es werden die in der Produktion erforderlichen prozeßunabhängigen Fähigkeiten vermittelt und gefördert, gleichzeitig aber werde mit der Unterwerfung unter formale Strukturen das Unterwerfen unter naturhaft erscheinende Sachzwänge eingeübt. Mit letzterem bleibt auch die durch die Verwissenschaftlichung angeblich überwundene Ideologisierung bestehen (60 f.).

In seinen programmatischen, aber rudimentären Vorschlägen für einen emanzipatorischen Sprachunterricht (dem seitens der Lehrer natürlich ein entsprechendes Sprachstudium vorausgehen muß [vgl. 156 ff.]) geht Maas von Bestimmungen des Gegenstands Sprache aus, die den sozialen Charakter von Sprache in den Vordergrund stellen. „Mit Sprache verbindet sich zunächst einmal das ganze Problemfeld von Sprache und Denken bzw. Bewußtsein und damit die genetischen Zusammenhänge mit dem gesellschaftlichen Verkehr: Dieser ist einerseits nur möglich durch Sprache, andererseits ist diese aber auch sein Produkt. Sprache meint hier soviel wie Symbolisierung, d. h. die Vermittlung des Besonderen mit dem Allgemeinen“ (114).

Entsprechend stellt sich für eine solche kritische Sprachwissenschaft die Aufgabe, „die sprachlichen Formen“, „die Strukturen der Sprache, die sprachlichen Kategorien, als Leistungen der gesellschaftlichen Arbeit aufzuweisen“ (11). Darüber, wie das aussehen könnte, macht Maas allerdings keine weiteren Ausführungen; man darf deshalb auf den dritten Band seines „Grundkurses Sprachwissenschaft“, der genau diese Fragen behandeln soll, gespannt sein. Die zentralen Punkte, auf die Maas im Zusammenhang mit dem emanzipatorischen Sprachunterricht abhebt, sind hier vielmehr die Leistungen von Sprache, die sich mit Bewußtsein und Erfahrung verbinden (vgl. 121). Organisation von Erfahrungen und die Entwicklung eines gesellschaftskritischen Bewußtseins sind die Hauptziele, die Maas dabei verfolgen will. Exemplarisch führt er das vor in der Analyse einer Wahlkampfanzeige (145 ff.). Allerdings gründet sich diese Analyse nicht so sehr auf den skizzierten Sprachbegriff, sondern auf das Konzept einer Argumentations- und Handlungslogik, die zur Aufgabe hat, die widersprüchlichen Bedingungen des Handelns und der Entscheidungen den Sprechern bewußt zu machen (142 ff., 149). „Objekt der Arbeit ist nicht der Text, sondern sind die Urteile eines Gesprächspartners, insoweit sie sein Handeln bestimmen (insbesondere insoweit sie nicht bewußt sind). Bei dieser Arbeit kommt der Gesprächspartner nicht als Objekt (z. B. als Versuchsperson) vor — sondern mit ihm wird gemeinsam gehandelt. Ergebnis ist nicht die Feststellung einer Korrelation, sondern eine Bewußtseinsveränderung beim Partner“ (149). Die Frage, wie diese Art von Logik mit einer kritischen Sprachwissenschaft und ihrem Sprachbegriff zu verbinden ist, wird sich Maas sicher auch selbst stellen.

Jürgen Ellerbrock (Siegen)

**Heringer, Hans Jürgen:** Praktische Semantik. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974 (219 S., br., 28,— DM).

**Heringer, Hans Jürgen (Hrsg.):** Seminar: Der Regelbegriff in der praktischen Semantik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (161 S., br., 7,— DM).

Heringer legt einen Versuch vor, die Beschreibung von Sprachen als Handlungssystemen, wie sie bisher in der linguistischen Pragma-

tik versucht wurde, mit der Semantik der Sprachen zu vereinigen, indem er die Semantik ihrerseits handlungstheoretisch zu fundieren versucht. Die Bedeutungen von Sätzen und — daraus abgeleitet — die von Wörtern werden — im Anschluß an Wittgensteins „Philosophische Untersuchungen“ — als die Regeln ihres Gebrauchs in Sprachspielen begriffen; ein Sprachspiel ist definiert „durch die Muster, nach denen es gespielt werden kann“ (21). Sprachliche Handlungen sind soziale Handlungen, sprachliche Regeln soziale Regeln. Praktisch ist die Zielsetzung insofern, als den Sprechern einer Sprache die Regeln ihres sprachlichen Handelns verdeutlicht werden sollen, um ihnen damit die Möglichkeit zu geben, Kommunikationskonflikte zu lösen, die sich aus Divergenzen zwischen den Regeln der verschiedenen Sprecher ergeben. Das Erreichen des praktischen Ziels ist also zugleich das Geltungskriterium für die Richtigkeit der Theorie. Heringer entwickelt seine handlungstheoretische Semantik mit Hilfe einer an die Prädikatenlogik angelehnten formalen Beschreibungssprache. Jede aktuelle Handlung gilt als die intentionale Befolgung einer Handlungsregel (oder als beabsichtigter Verstoß gegen eine bestehende Regel, der im Wiederholungsfalle zur Schaffung neuer Regeln führen kann). Handlungssysteme sind hierarchisch strukturiert: komplexe Handlungsmuster („jemanden begrüßen“) lassen sich schrittweise in einfachere Teilhandlungen („mit dem Kopf nicken“) zerlegen — bis zur Stufe einfachster intentionaler Körperbewegungen („Basishandlungen“). Die Handlungsregel, die das Verhältnis zwischen komplexer Handlung und einfacher Teilhandlung artikuliert, wird häufig eine Spezifizierung der situativen Kriterien enthalten, nach denen aus einer Menge alternativ möglicher Teilhandlungen ausgewählt wird. In diese zunächst monologische Handlungstheorie werden Interaktionen als Produkte von Mengen von Handlungsmustern eingeführt. Ähnlich wie in der Sprachtheorie des logischen Positivismus vergeblich versucht wurde, die Welt in atomare Gegenstände und Tatsachen zu zerlegen, wird bei Heringer die Totalität des gesellschaftlichen Handlungszusammenhangs in atomare Körperhandlungen aufgelöst. Weil durch die prädikatenlogische Beschreibung zudem die kategoriale Differenz zwischen *Handeln* als Prozeß und *Handlungen* als den Objektivationen des Handelns verlorengeht, gerinnen Handlungen zu Gegenständen, und soziales Handeln reduziert sich auf die bloße Anwendung einer Technik.

Die Anwendung der formalen Handlungstheorie auf sprachliches Handeln bildet die Basis für die Analyse semantischer Probleme. „Bedeutungen“ werden als die Beiträge sprachlicher Ausdrücke für das jeweilige Sprachspiel verstanden. Die praktische Semantik verfehlt ihr Ziel, auf dieser Basis die Möglichkeit sprachlicher Verständigung zu erklären, jedoch schon deshalb, weil sie an keiner Stelle wirklich den Versuch unternimmt, die Bedeutung eines Einzelausdrucks aus einem Sprachspiel herauszufiltern, sondern lediglich semantische Relationen zwischen Sätzen (Implikationen, Präsuppositionen, Mitbedeutung) auf pragmatische Zusammenhänge zwi-

schon den Mustern der Äußerungsakte zurückführt. Dies geschieht im Rahmen der handlungstheoretischen Analyse von „Kommunikationsspielen“ (Fragenspiel, Behauptungsspiel etc.), welche zugleich didaktische Modelle für den Kommunikationsunterricht abgeben sollen. Die Analyse ist so angelegt, daß sie im letzten Teil des Buches spieltheoretisch formalisiert werden kann, wobei Heringer jedoch zugesteht, daß dieser Versuch „noch elementar bleibt, weil eine empirische Analyse des Nutzens von Kommunikation noch aussteht“ (196).

Für Heringer sind „Regeln . . . Konventionen einer sozialen Gruppe“ (22). „Sie ergeben sich durch das gemeinsame Handeln“ (22). Obwohl hier offenbleibt, aufgrund welcher Kenntnisse der Handelnde im Vollzug seines Handelns Regeln zur Anwendung bringt, so ist doch festzuhalten, daß Regeln als Bestimmungen der gemeinsamen Praxis einer sozialen Gruppe begriffen werden. Dieser materialistisch erscheinende Standpunkt wird in der exemplarischen Analyse von Kommunikationsspielen jedoch wieder verlassen. Zum einen bleibt der Begriff der Praxis unbestimmt: dadurch ist einer Rekonstruktion sprachlicher Bedeutungen aus der geschichtlichen Entwicklung von Arbeits- und Vergesellschaftungsformen der Weg verstellt. Zum anderen wird die Gesellschaftlichkeit der Regeln in die Summe der privaten Regeln der Gesellschaftsmitglieder aufgelöst. Als Gegenstand der Analyse bleiben daher nur noch die Ideolekte der einzelnen Sprecher übrig, da „zwei Partner kaum nach identischen Regeln handeln“ (69). Da es „eine einheitliche Sprache für alle Sprecher nicht gibt“ (101), könnte es auch soziale Gruppen nicht geben, denn diese sind „durch die Gemeinsamkeit der Regeln definiert“ (22). Es ist unklar, wie mit diesem Regelbegriff Verständigung erklärt werden kann.

Wie der Spieltheorie liegt der praktischen Semantik ein marktwirtschaftliches Gesellschaftsmodell zugrunde: jeder ist zunächst Privatmann, der Zusammenhang der gesellschaftlichen Subjekte untereinander bleibt ein rätselhaftes Epiphänomen. Die logische Unhaltbarkeit dieser Auffassung hat in der Sprachtheorie aber gerade Wittgenstein bewiesen: Regeln kann man nie privat folgen, weil die Kriterien für die Richtigkeit des Befolgens einer Regel überhaupt nur als intersubjektive denkbar sind. Für Wittgenstein waren Regeln allein deshalb „offen“, weil sie in „Lebensformen“ eingelassen und deren Veränderungen unterworfen sind — und deshalb von einer reinen Sprachtheorie niemals eingeholt werden können. Denn die Ausdrücke, in denen eine solche Theorie abgefaßt ist, unterliegen ja Veränderungen ebenso wie die Sprache, die sie rekonstruieren sollen. Heringer hingegen versucht die Sprachtheorie zu retten, indem er den Idiolekt des einzelnen Sprechers gegen den Gesellschaftszusammenhang immunisiert.

Die Widersprüchlichkeit der praktischen Semantik drückt sich noch deutlicher in dem zweiten Buch aus, in dem Heringer und einige seiner Mitarbeiter „den Regelbegriff der praktischen Semantik“ einer Sprachanalyse unterziehen. Fragen danach, was Regeln *sind*, werden

in Fragen nach unserem Sprachgebrauch übersetzt: „Wie oft und warum verwendet man normalerweise das Wort *Regel*?“ (44) Das Verfahren stellt eine *petitio principii* dar: „... den Gebrauch eines Wortes, welches auch immer [also auch den des Wortes *Regel*], zu beschreiben [bedeutet], die Regeln, die wir blind befolgen, wenn wir es verwenden, explizit zu machen“ (37). Bei einer solchen Explikation muß man „von einem einigermaßen überschaubaren und mehr oder weniger intuitiv gewonnenen Korpus von Beispielen ausgehen und versuchen, auf dieser Grundlage eine systematische und übersichtliche Grammatik, d. h. eine Beschreibung des Gebrauchs von *Regel* zu machen“ (38), wobei „die Darstellung der Grammatik von *Regel* eine Beschreibung aller (!) seiner möglichen Verwendungsweisen enthalten muß“ (39). Weil man — logischerweise — nicht in der Lage ist, ein unabhängiges Kriterium für die Vollständigkeit dieser Liste anzugeben, muß man die Bedeutung von *Regel* immer schon voraussetzen, um überhaupt die für die übliche Verwendung des Begriffs typischen und relevanten Verwendungsbeispiele auswählen zu können. Es wird folglich nur *vorgegeben*, daß die Bedeutung von *Regel* aus der Analyse des Wortgebrauchs abgeleitet wird — in Wirklichkeit wird sie schon vorausgesetzt, die Verwendungsbeispiele haben rein illustrativen Charakter, und der Regelbegriff bleibt metaphorisch. Diese Zirkularität eignete bisher noch jedem Versuch einer rein linguistischen Semantik — wie Heringer selbst feststellt (Praktische Semantik, 91). Es drückt sich hierin eine theoretische Verkürzung des gesellschaftlichen Verkehrs aus, die nicht nur falsch ist, sondern dort gefährlich wird, wo die Autoren (besonders R. Wimmer) ihren Ansatz in didaktische Modelle für den Kommunikationsunterricht umsetzen. Ziel dieses Kommunikationsunterrichts soll zwar die Vermittlung von Strategien für die Lösung von Kommunikationskonflikten sowie die Erweiterung der sprachlichen Handlungskompetenz der Schüler sein. Die Kinder „sollten ihre Eltern übertreffen, das heißt: sie sollen die tradierten Handlungsmuster erweitern, sie verändern und neue Muster einführen können“ (137), nachdem sie zunächst einmal in Sprechhandlungsmuster wie „Sich Einigen, Sich Streiten, ... ‚Jemanden Trösten ... eingeführt (!)‘ (143) werden. Dabei wird jedoch das sprachliche Handeln der Kinder völlig der in ihm aufgehobenen und artikulierten konkreten Sozialerfahrungen entkleidet. Anstatt gemeinsame Merkmale unterschiedlicher Handlungssituationen im Unterricht auf ihre gemeinsamen gesellschaftlichen Grundlagen zurückzuführen, werden diese ihrer Inhalte entleert und allein nach ihrer strukturellen Ähnlichkeit beurteilt. Die praktische Semantik kann deshalb kaum einem emanzipativen Sprachunterricht dienen; sie entfremdet den Schüler von seinen kommunikativen Fähigkeiten, die für ihn Fähigkeiten zur Orientierung in einem konkreten sozialen Milieu sind, und verurteilt ihn dazu, sich diese als formalisierte, verdinglichte Lerngegenstände neu anzueignen. Sie kann dadurch einiges beitragen zur wissenschaftlichen Absegnung neuer Formen von Leistungskontrolle und zur Zementierung sozialer Selektionsmechanismen in der Schule durch die

quantitative Bewertung formaler kommunikativer Fertigkeiten. „Ein möglicher Maßstab für die Fähigkeit zum erfolgreichen Kommunizieren ist ... durch die Anzahl der Situationstypen gegeben, die jemand aufgrund der von ihm beherrschten Sprechhandlungsmuster zu bewältigen in der Lage ist“ (144). In diesem „kommunikativen Sprachunterricht“ werden Schüler wie Aphasiker behandelt — und in der Tat wird ihnen eine Sprache, die mit ihrem realen Lebenszusammenhang nichts mehr zu tun hat, immer fremd bleiben müssen.

Jürgen Streeck (Berlin/West)

**Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.): Sprache und Herrschaft.**  
Die umfunktionierten Wörter. Verlag Herder, Freiburg 1975 (192 S., br., 8,90 DM).

Der Band ist lediglich als Indiz für eine wissenschaftspolitische Entwicklung von Interesse. Mit ihm erhebt der Konservatismus, der in seiner puristisch eingefärbten, sprachkritischen Variante das Feld der Sprachkritik über Jahrzehnte bis zum Beginn der 60er Jahre beherrscht hatte, ehe er dort von wissenschaftlich fundierteren und aufklärerischen Idealen zugewendeten Ansätzen verdrängt wurde, Anspruch, das verlorene Terrain zurückzuerobern. Dazu scharrt der Herausgeber neun Beiträge zusammen, die von H. Lübbes positivtisch inspiriertem Verzicht auf Wahrheitskriterien beim „Streit um Worte“ (1967) über H. Jädes blindwütigem, auf Unterstellung basierendem Angriff auf die Hessischen Rahmenrichtlinien Deutsch „Die Schule der Sprachlosigkeit“ bis zu J. Günthers Beitrag reichen, der dem Menschen generell die Verfügbarkeit über die Sprache abspricht und sie dem Göttlichen zuweist. Antwort auf die schon bei H. Maier rhetorische Frage „Können Begriffe die Gesellschaft verändern?“ (eine auf weite Strecken wörtlich identische Vorform seiner in Argument 90 besprochenen Broschüre) geben die programmatischen Titel der Beiträge von H. Kuhn „Despotie der Wörter. Wie man mit der Sprache die Freiheit überwältigen kann“, H. Dietz „Rote Semantik“, Th. Leuenberger „Geschichte als Sprachkampf“.

Jeder Bedeutungswandel, jede Neuprägung in der politischen Lexik, die sich von bislang geltenden Normen, die scheinbar von Natur aus richtig sind, entfernt, wird als „linke“, „rote“ Machenschaft interpretiert, wobei „die Linke“ notfalls auch den größten Teil der SPD umfaßt. (Etwas vorsichtiger geht nur der Beitrag R. Schottländers „Politische Beredsamkeit und staatsmännische Weisheit“ mit der Einschätzung sprachlicher Wirksamkeit um.) Da selbst der verbohrteste Konservative keine soziale Revolution in der Bundesrepublik herbeiinterpretieren kann, muß es eine sprachliche sein, mittels derer jene Linke oder wenigstens „Neue Linke“ gerade im Begriff sei, die Macht zu ergreifen. Sie zu konstituieren wird ein sprachmagischer Glaube beschworen — eine Theorie kann man es schwerlich nennen —, der noch die verquersten Mani-

pulationstheorien der Studentenbewegung in den Schatten stellt. Bedeutungswandel wird auf gar keine Weise mehr mit den sozialen und politischen Veränderungen, die in jeder Gesellschaft, auch der Bundesrepublik, andauernd vor sich gehen, zu vermitteln gesucht. Vielmehr ist es die heimtückische Sprachpolitik, die die Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur der Bundesrepublik, wie sie sich auch in den Bundestagswahlen von 1969 und 1972 ausdrückten, lediglich herbeiredete. Insofern folgerichtig kann dann W. Hildebrandt aus theologisch-philosophischen Erwägungen heraus „für einen erneuerten Begriff der Autorität“ plädieren, ohne sich mit den objektiven Ursachen der Veränderung des Begriffs, den er ersetzen will, näher zu beschäftigen. Bei solchem Argumentationsmuster, das einen Panlinguismus zu restituieren sucht, der schon Anfang der 60er Jahre von Betz, Polenz u. a. als unwissenschaftlich zurückgewiesen worden ist, überrascht nicht, daß neuere linguistische Arbeiten so gut wie gar nicht von den Autoren herangezogen werden. Mit Sprachwissenschaft hat der Sammelband nichts mehr zu tun; hier hat der Konservatismus offensichtlich jeden Kontakt verloren.

Gerhard Voigt (Berlin/West)

**Rhetorik, Ästhetik, Ideologie. Aspekte einer kritischen Kulturwissenschaft.** J. B. Metzler Verlag, Stuttgart 1973 (317 S., br., 28,— DM).

Die zwölf Beiträge dieses Bandes intendieren „einige wesentliche Entwicklungsstufen bürgerlicher Ideologiefabrikation thematisch abzudecken“ (VII). Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Bereich der Literatur und ihrer Produktion. B. J. Warneken (Autonomie und Indienstnahme. Zu ihrer Beziehung in der Literatur der bürgerlichen Gesellschaft, 79 ff.) stellt die Entwicklung des ästhetischen „Autonomisierungsprozesses“ in den Zusammenhang der bürgerlichen Entwicklung (81). Warneken geht aus von der relativen Autonomie, die Literatur als Ware (87) mit der Entstehung eines bürgerlichen, rasonnierenden Publikums und der bürgerlichen „Privatautonomie“ (104) gewinnt. Diesen Bereich versucht auch der knappe historische Abriss zum Urheberrecht (bis 1800) von M. Vogel zu erhellen, ohne jedoch den Bezug zur ökonomischen Gesamtproduktion und deren Konsequenzen auch für den literarischen Markt herzustellen. Warneken zeigt, wie die ästhetische Autonomieidee in der Kantschen Kritik der Urteilskraft ihre kontemporäre, progressive Formulierung erlangt (83 ff.). Der Zusammenhang von literarischer ‚Autonomie‘ und ideologiebildender Funktion der Literatur für die frühbürgerliche Gesellschaft wird dabei deutlich (92). Das der bürgerlichen literarischen Autonomieidee innewohnende Scheitern ist bedingt durch das Verwertungsinteresse des Kapitals einerseits, andererseits durch die „Abhängigkeit von einer den bürgerlichen Produktionsverhältnissen

entsprechenden Ideologie“ 99). Kunst und Literatur wird durch das Verwertungsinteresse monopolkapitalistischer Kulturindustrie ihrer relativen Autonomie beraubt und als „scheinautonome indienstgenommenen“ (104). Anders als „die affirmative Kultur“, die über die bürgerliche Gesellschaft hinausgehende Intentionen enthielt, verdoppelt „die gegenwärtige sozialtechnische Kunst die herrschende Praxis nur“ (107). Möglichkeiten einer neuen Autonomie der Literatur sieht Warneken in der „Einheit“ von „Engagement und Autonomie“, bedingt durch Parteinahme, die nicht mehr an partikuläre Interessen gebunden ist (108/09), für einen Zustand, „in dem, nach Marx, die frei ‚assozierten Individuen‘ ihre Verhältnisse nach gemeinsamem Plane regeln“ (108).

Der Beitrag von L. Winckler zur „Kulturwarenproduktion“ setzt bei der zweifachen Funktion der herrschenden Massenkultur ein, nämlich der ästhetischen Produktion und der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung (49 ff.). Als Tausch- wie als Gebrauchswert („Information“, Unterhaltung, wissenschaftlich-technische Bildung) sichern „Kunstprodukte“ sowohl die Verwertungsinteressen des Einzelkapitals wie des Gesamtkapitals (50). Ästhetisch vermittelte „Integrations“- und „Unterdrückungspraktiken“ (63/68) korrelieren mit der monopolistischen Konzentration des Kapitals. Fragwürdig wird Wincklers Ansatz dort, wo er, unter dem Aspekt der Monopolisierung der Gesamtproduktion und der „organisatorischen Schwächung der Arbeiterklasse“, im Gegensatz zu Benjamin und Brecht generell die hemmenden und negativen Faktoren der „Technifizierung der literarischen Produktion“ betont (55).

K. Pallowski (Zur Ideologiekritik bundesdeutscher Arbeiterliteratur. Eine Untersuchung methodischer Kompromißbildung in der Analyse von Arbeiterliteratur, 161 ff.) verdeutlicht in einer ausführlichen Besprechung des Buches von H. Möbius (Arbeiterliteratur in der BRD [Köln 1970]) wie die „dokumentarische Mode“ und deren Analyse durch Möbius, entgegen dem eigenen Anspruch (165), „Arbeitsplatzbeschreibungen um Begriffe wie Herrschaft, Hierarchie, Drill ... zentriert, ohne daß diese an einer Stelle auf den Verwertungsprozeß und seine Notwendigkeiten zurückgeführt würden“ (172). Kritisiert werden Arbeitsvollzüge und Kooperationsgefüge, ihre kapitalistische Formbestimmtheit kommt aber nicht in den Blick.

Aufsätze zur ‚Massenkommunikationsforschung‘ (J. Goth), zum ‚neuen Spieltrend‘ als „Abfuhrmittel“ für Bedürfnisse nach Selbstaktivität (K. M. Balzer, 27), zur Brecht-Lukács-Debatte und deren Interpretation (Ch. Fritsch/P. Rütten), zur Rhetorik von Lassalle (H. Stirner) und Goebbels (J. Bohse), zu Rundfunknachrichten (G. Rager) und -werbung (M. Rebele), wie zur ideologischen Botschaft der Harfe für die bürgerliche Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts (M. Kazmaier), zeigen die Vielfalt des Gesammelten. Die im Vorwort angekündigte beabsichtigte Weiterführung der Intentionen einer Theorie, „welche die Anatomie der Gesellschaft in ihrer ökonomi-

schen Struktur und die der bürgerlichen Gesellschaft in antagonistischen Produktions- und daher Klassenverhältnissen zu erfassen sucht“ (VII), bleibt allerdings teilweise beim Zitat stehen.

Hans-Joachim Ruckhäberle (München)

**Pforte, Dietger:** Comics im ästhetischen Unterricht. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (314 S., br., 14,80 DM).

Angesichts eines noch weitgehenden Mangels an adäquater Einbeziehung massenmedialer Phänomene in den Unterricht bundesdeutscher Schulen, artikuliert der Herausgeber Dietger Pforte ein weitgestecktes Ziel des aus zehn Beiträgen zusammengestellten Bandes. „Comics im ästhetischen Unterricht“ intendiert nicht primär — wie der Titel bereits ankündigt — Methoden zur Behandlung dieses Massenmediums in traditionellen Unterrichtsfächern zu entwickeln, sondern versteht sich als Beitrag in Richtung auf die Realisierung der Forderung nach einer „allgemein ästhetischen Erziehung“ (10). In der „Entwicklung eines Instrumentariums, (. . .) das zu einer den medialen Eigenschaften des Comic entsprechenden Analyse taugt“ (7), sollen gleichzeitig „die Grenzen der traditionellen musischen Fächer Deutsch und Kunsterziehung angesichts moderner Massenmedien“ (9) deutlich werden. Der bewußt vermiedene Bezug auf die real vorhandenen Lehr- und Lernmöglichkeiten hinsichtlich massenkommunikativer Phänomene an den Schulen und Universitäten der BRD ist sicher ein Ausdruck für die weitgehende Verselbständigung der meisten Beiträge gegenüber der Reflektion auf praktische Realisierungsmöglichkeiten.

Die Autoren vertreten unterschiedliche, z. T. einander widersprechende Konzeptionen: Die Vielfalt reicht von Pfortes „Kennzeichnung des Massenmediums Comic als tendenziell proletaroidem Kommunikationsmittel“ (12), dessen demokratischer Charakter sich im Massenkonsum zu erkennen geben soll (13, Pforte in Anlehnung an Michael Pehlke), über die Bestimmung der „politischen Funktion von Comics“ durch Hans Giffhorn — kulminierend in der Erkenntnis, „daß der Comic im Kapitalismus der Erhaltung des Kapitalismus dient“ (93) —, hin zu einem auf die Semiotik gegründeten Versuch Karl Rihas über „Die Technik der Fortsetzung im Comic strip“, bis zu den Positionen Hans Dieter Zimmermanns, für den die „wahre Kritik“ (formuliert in pauschaler Abgrenzung gegen „linke Kritik“, 260) der „Bewußtseinsindustrie“ an der Sozialisation anzusetzen habe, weil hier „das mündige Ich“ entwickelt werde und „die Menschen nur mit einer starken Ich-Identität im Kapitalismus gewappnet“ seien (260). Die notwendige kritische Einordnung der verschiedenen Ansätze in den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Massenkommunikationsforschung erfolgt von seiten des Herausgebers nicht.

Pforte sieht in der Vorbemerkung lediglich alle Autoren in ihrem „Bemühen um eine vorurteilsfreie kritische Analyse des Massenmediums Comic“ vereint (7).

Nützlich ist Heidi Lienerts Darstellung ihres umfangreichen Projekts „Arbeit mit Comics in einer sechsten Hauptschulklasse“, die zu zeigen versucht, wie im praktischen Unterricht Schüler an eine Rezeptionsweise von Comics herangeführt werden können, die ihnen ein Verhältnis der kritischen Distanz zu dem medialen Produkt ermöglicht. Wenn sie auch abschließend nicht zu entscheiden vermag, ob ihre „Zielsetzung der Ent-Identifizierung mit dem Gegenstand“ (66) bei den Schülern erreicht worden sei, so enthält ihr Beitrag doch wichtige Hinweise darauf, wie der Comic in einer konkreten Unterrichtssituation problematisiert werden kann, damit nicht nur ein Eindruck der Funktionsweise des Mediums vermittelt, sondern auch tendenziell eine Einsicht in die kommunikativen Bedürfnispositionen der Rezipienten und ihrer Ursachen vermittelt werden kann.

Eingebettet in eine grundsätzliche Bestimmung des gesellschaftlichen Verhältnisses „von Kommunikation und Produktion“ (173), bei der sich die Autoren wesentlich auf Horst Holzer berufen, intendieren Dunger/Heyermann/Knilli/Reiss, die in den Comics zum Ausdruck kommende dialektische Verschränktheit von Tauschwert- und Gebrauchswertbedürfnissen (247) an einigen ihrer medialen Spezifika sichtbar zu machen. In der Darstellung von „Kommunikationsstrukturen des Personals“ (147 ff.), von Einzelbilduntersuchungen und besonderen Montagetechniken helfen sie, in der Rückverweisung auf die gesellschaftlichen Determinanten von Massenkommunikation die spezifische Produktions- und Rezeptionsweise des Comic zu begreifen.

Dietger Pforte versucht allerdings, diese Einsichten wieder zu verschütten, indem er in dem abschließenden Beitrag „Zur Produktion von Comics“ (277 ff.) die einseitige Bestimmung vom Comic als „kommerzieller Zweckkonstruktion“ (12) vertritt. Auf der Basis dieser Definition muß es ihm als „Paradoxon“ (12) erscheinen, daß das Massenmedium „Manipulationsinstrument“ und „zugleich aber als emanzipatorisches Instrument denkbar“ (12) ist.

Siegfried Zielinski (Berlin/West)

**Hienger, Jörg:** *Literarische Zukunftsphantastik. Eine Studie über Science Fiction.* Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972 (274 S., br., 34,— DM).

**Leiner, Friedrich, u. Jürgen Gutsch:** *Science Fiction. Materialien und Hinweise.* Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/M.-Berlin/West-München 1972 (91 S., br., 4,80 DM).

**Barmeyer, Eike (Hrsg.):** *Science Fiction.* Wilhelm Fink Verlag, München 1972 (382 S., br., 16,80 DM).

Die Illusion, die Masse der arbeitenden Bevölkerung lese nicht, wird in den esoterischen Publikationen der Minoritätskultur gern verbreitet. Die Bewußtseinsindustrie weiß es besser: Millionen Heftromane (Liebes-, Heimat- und Kriminalromane, Western, Science Fiction etc.) werden in der Bundesrepublik Woche für Woche gelesen — nicht zuletzt von Arbeitern und Jugendlichen. Das Wissen um die kulturpolitische Bedeutung des Trivialen spiegelt sich in den Reformbestrebungen an Schule und Hochschule: in den neuen Curricula werden neben der Beschäftigung mit traditioneller Hochliteratur immer häufiger die Lernziele „Differenzierung in Textsorten“ oder gar „kritische Beschäftigung mit Trivialliteratur“ genannt.

Mit der ihr typischen Phasenverschiebung gegenüber der Germanistik reagiert auch die Hochschulanglistik auf die Herausforderung ihrer Abnehmer. Die Untersuchung des Karlsruher Anglisten Jörg Hienger zur neueren englischen und amerikanischen Science Fiction ist seine für die Publikation geringfügig überarbeitete Habilitationsschrift — und daher aufgrund ihres explizit „wissenschaftlichen“ Anspruchs in mancher Hinsicht besonders interessant und aufschlußreich. Hienger unterteilt den Gegenstandsbereich „Science Fiction“ (SF) in zwei Abteilungen: in triviale SF/Massenliteratur für „puerile Leser“ (8) und in SF des Typs „phantastisches Spiel“ für „anspruchsvolle Liebhaber“ (8). Die folgende Untersuchung beschränkt sich — wie nach dieser diffamierenden Unterscheidung nicht anders zu erwarten — auf Produkte des zweiten, „qualitativ hochstehenden“ (240) Typs. Ausgeklammert bleibt nicht nur die überwältigende Mehrzahl dessen, was unter dem Namen „SF“ hergestellt, verbreitet und gelesen wird; abgeschnitten werden zugleich alle die Fragen, die über Hiengers textimmanente Betrachtung hinausweisen (Dialektik von Produktion und Verwertung des Trivialen, Ideologiekritik, Rezeptionssozio-logie, Probleme der Mediation etc.). Auf eine Explikation der Maßstäbe, an denen der behauptete Niveauunterschied zwischen trivialer und nicht-trivialer SF zu messen sei, wird „souverän“ verzichtet. Mit anderen Worten: maßgeblich bei Textauswahl und (zugleich mit dieser Auswahl vollzogener) ästhetischer Klassifizierung ist die Kraft des Faktischen (Erfolg auf dem Markt) und Hiengers Intuition, die sich im nachhinein durch Definitionen („phantastisches Spiel“) einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben sucht.

Hienger gliedert sein Material in zwei Komplexe: im ersten („Gedankenspiele“) listet er Themen, Motive, gattungsgeschichtliche Bezüge etc. auf, im zweiten („Spielregeln“) Techniken und Verfahrenswesen. Außer der traditionellen Inhalt/Form-Schematik, die hier lose durchschimmert, und der willkürlichen Zusammenfassung von Motivkomplexen („Menschenmaschinen“, „Übermenschen“ etc.) ist keine Systematik spürbar; der Bezugsrahmen der hier und da eingestreuten Wertungen bleibt undurchsichtig. Verständniser-schwerend wirkt weiterhin Hiengers Neigung zur begrifflichen Falschmünzerei:

z. B. macht er sich tieferschürfende Gedanken darüber, ob er Arthur Clarkes „overmind“ als „Übergeist“, „überweltlichen Gott“, „göttlichen Geist der Welt“, „jenseitigen Gott“, „reinen Geist“, „progressiven Weltgeist“, „Schöpfer des neuen Menschen“, „Superintelligenz im Kosmos“ oder als „Ursprung und Ziel des kosmischen Geschehens“ interpretieren soll (alles 156!). Eingestreut zwischen solchen und ähnlichen Passagen sind eine Reihe sinnvoller Einsichten: so trifft Hiengers These, die SF verherrliche das Prinzip der Veränderung ohne Sinn, ohne System, ohne die Logik bestimmter Entwicklungsprinzipien exakt jenen überwältigenden Objektivismus des Genre, der dem Subjekt keinen Handlungsraum läßt, der von technischer Veränderung spricht, aber sozial, politisch und psychologisch alles beim alten läßt, der die fiktive partikuläre Veränderung verkündet, um die reale, gesellschaftliche zu verhindern. Vieles, was an faschistoider Ideologie auch in den bekannteren SF-Produkten steckt, wird von Hienger richtig herausgestellt. Aber stets fehlt der entscheidende zweite Schritt, der von der pseudokritischen Motivsammlung zur Ideologiekritik führt: die Frage des cui bono, der Funktion und Wirkungsweise solcher Ideologeme. So wird das, was an weiterführenden Einsichten im Text hervorzuheben wäre, regelmäßig wieder verschüttet vom systemlosen Wust von Daten, Fakten, Ideen und Meinungen. Hiengers Schlußbemerkung, das Ziel seiner Studie sei gewesen, SF zu „beschreiben“ — „erklären“ wäre die Aufgabe des „nächsten Schritts“ (243), faßt das methodische Defizit der eigenen Arbeit noch einmal bündig zusammen.

Die kurze Studie von Leiner/Gutsch ist konzipiert, dem Literaturlehrer Materialien und Hinweise für den Unterricht an die Hand zu geben. Wenn Hiengers Untersuchung exemplarisch zeigt, mit welchen Methoden, Zielen und Ergebnissen sich der etablierte Hochschulanglist mit den Erscheinungen des Populären auseinandersetzt, so gilt Entsprechendes von Leiner/Gutsch für den Schulbereich. Im ersten, interpretativen Teil (für den Leiner verantwortlich zeichnet) werden Geschichte, Erscheinungsformen und „Marktgeschehen“ behandelt. Die Darstellung ist methodisch uneinheitlich: sie pendelt zwischen platter Deskription und unbegründeter Wertung, wehrt sich gegen „ästhetische Klassifizierungen“ (9) und munkelt etwas von „Ideologiekritik“ als Maßstab literarischer Qualität (was übersieht, daß eins das andere nur ausschließt, wenn man einem inhaltsleeren Ästhetizismus huldigt), klammert andererseits aber sogar Ansätze von Ideologiekritik aus, so daß die ständigen Wertungen schließlich ohne jede Basis bleiben. Der auf dieser „Grundlage“ entwickelte Lesekanon (57 ff. und 73 ff.) beansprucht „Qualität“; er schließt die triviale SF aus, obwohl diese — wie es im Nebensatz heißt — „ganz zweifellos“ den Markt beherrscht (22): die Diskussion über triviale SF dürfe „als abgeschlossen gelten“ (22). Der Leser bleibt ratlos: sind es Eigenschaften der Textgestalt, der äußeren Aufmachung und Vermarktung, des Gehalts, der jeweiligen Rezeption (oder alles zusammen?), was „Qualität“ im beschriebenen Sinne ausmacht? —

Das Kapitel, das vorgibt, die Geschichte der SF darzustellen, bietet außer einigen historisierenden Einteilungen — Vorläufer, kommerzielle SF (?), klassische SF, Außenseiter, moderne SF — im wesentlichen motivgeschichtliche Ahnenklauberei, aus der der uninformierte Leser schließen muß, die SF habe von Poe das Geheimnisvolle, von Wells das Naturwissenschaftliche, von Verne das Spekulative, von Lovecraft die Konzeption der „autarken Enklaven“ etc.: daß SF gerade eine Erscheinung des 20. Jahrhunderts ist, liegt dann wohl daran, daß Hugo Gernsback 1926 den Einfall hatte, das erste SF-Magazin herauszugeben und solche Traditionslinien in Kurzgeschichtenform zusammenzufassen ... Die Geschichte der SF, die nicht nur in dieser Form historiographische „Literaturgeschichte“ wäre, muß erst geschrieben werden. — Trotz mancher informativer Einzelheiten — etwa im Abschnitt „Marktgeschehen“ — bleibt die Darstellung insgesamt stets phänomenologisch, textimmanent, „literaturwissenschaftlich“ im engeren Sinn: auch dort, wo der Gegenstand interdisziplinäre Arbeit geradezu vorschreibt.

Der zweite Teil des Büchleins (zusammengestellt von Jürgen Gutsch) enthält unter dem Titel „Äußerungen über die SF“ eine eklektizistische Kompilation von 69 Zitaten, Werbesprüchen, Aphorismen, Definitionsversuchen etc. — wobei wegen der Kürze der Zitate und ihrer unübersichtlichen Anordnung selbst der „eingeweichte“ Leser in Verwirrung geraten dürfte —, ein erweitertes Autorenverzeichnis (das sich auf eine parallel veröffentlichte Textsammlung des Verlages bezieht), ein indiskutables Sachverzeichnis sowie eine kommentierte Kurzbibliographie. Überlegungen zum didaktischen Feld, Hinweise zur Einführung des Materials im Unterricht oder gar didaktische Modelle mit explizierten Lernzielen fehlen.

Gegenüber den Versuchen von Hienger und Leiner/Gutsch, die die überkommenen Erkenntnisverfahren der bürgerlichen Anglistik mehr oder weniger unkorrigiert an Populärliteratur anlegen zu können glauben (bzw. nichts eiliger zu tun wissen, als „herausragende Werke“ zu kennzeichnen und einen neuen Lesekanon abzustecken), ist Eike Barmeyers Reader zur SF insgesamt positiv zu bewerten. Bereits in den einleitenden Überlegungen, in denen SF als „exemplarische Massen- und Marktliteratur, Bestandteil der Unterhaltungsindustrie“ (9) verstanden wird, bekommt das Unternehmen eine tragfähige Basis. Nachteilig allerdings auch hier, daß die Akzente zu vorsichtig gesetzt sind: die Einleitung bleibt im wesentlichen deskriptiv — jedenfalls vermag sie keinen Leitfaden für die Lektüre der einzelnen Beiträge abzugeben. Wie breit das Meinungsspektrum ist, zeigt die Koexistenz von unkritischer Verherrlichung technologischer Zukunftsvisionen (Franke) und soziologisch fundierter Kritik eben solcher Konzeptionen (Hahn), von Gattungspoetik (Suvin) und Textimmanenz (Smith) — oder auch schon der Vergleich der drei einleitenden Beiträge zur Geschichte utopischer Literatur von Werner Krauss, H.-J. Krymanski und Martin Schwonke: während Krauss im Rahmen der marxistischen Literaturhistorik beson-

ders die subversiven Elemente der Gattung, den Charakter einer „Oppositionsliteratur“ (34) herausarbeitet, bemühen sich Schwonke und Krymanski um die formale Begriffsbestimmung des Utopischen; der utopische Roman sei die „Erscheinungsform einer instrumentalen Denkform“ (Krymanski), einer Denkform, die etwa im Kontext von Mannheims wissenssoziologischer Bestimmung des Utopischen zu verstehen sei. Es ist unmöglich, hier auf Problematik und Funktion solcher oder ähnlicher Definitionen einzugehen oder auch nur zu fragen, ob und wie weit man die moderne SF gattungspoetisch als legitimen Nachfolger der älteren Sozialutopie ansehen darf: eben dies hätte Gegenstand einer sinnvollen Einleitung der Textsammlung sein können. Sicher ist es schwierig, die komplexen Erscheinungsformen der literarischen Utopie in den Rahmen einer kurzgehaltenen, substantiellen Begriffsbestimmung zu zwingen: aber das Utopische ist eben *geschichtliche* Reflexionsform, deren Substanz wiederum nur historisch zu begreifen ist. Dies zugegeben, müßte man sich über die Sinnlosigkeit ontologisierender Begriffsbestimmungen des Utopischen sicher schnell verständigen können.

Der Band schließt mit einem interessanten Aufsatz von Franz Rottensteiner zur „new wave“ — in dem er darstellt, daß an dieser angeblich progressiven Richtung der SF doch nicht so arg viel Progressives ist — und mit einer sehr guten Auswahlbibliographie. Nach dieser Lektüre sollte es dem Leser trotz fehlender Systematik möglich sein, sich ein erstes Urteil über SF zu bilden.

Was fehlt, ist wieder eine genauere Analyse der SF-Heftromane; eine Rezeptionsanalyse, die sich nicht mit diffamierenden Hinweisen über die Beschränktheit der Konsumenten begnügt, sondern den Zusammenhang von Bedürfnis und Scheinbefriedigung als einen gesellschaftlichen begreift; und eine Produktionsanalyse, die zu zeigen hätte, daß die Produktion von Massensliteratur ihre Zwecke unmittelbar aus der Tauschsphäre empfängt — ein Zusammenhang, der sich auch in den vermeintlich „besseren“ Produkten semantisch niederschlägt.

Axel Vielau (Oldenburg)

## Soziologie

**Ackermann, Paul (Hrsg.): Politische Sozialisation.** Westdeutscher Verlag, Opladen 1974 (344 S., br., 24,— DM).

Dieser Reader soll „zentrale Beiträge zu den Bedingungen, Zielen und Formen politischen Lernens“ (Verlagswerbung) zusammenfassen und „die verschiedenen Erkenntnisinteressen und theoretischen Ausgangspunkte der politischen Sozialisationsforschung“ deutlich machen; „der Schwerpunkt liegt bei den organisierten Lernprozessen“ (10). Dargestellt werden z. T. kontroverse Positionen zur politischen

Sozialisation, gegliedert in historische Perspektiven, soziokulturelle und psychische Bedingungen, politische und anthropologische Prämissen, Curriculumprobleme in der Schule, politische Bildung im außerschulischen Bereich sowie politisches Lernen und politisches System. In einer kurzen Einführung des Herausgebers „wird versucht, eine Problemübersicht zu geben und den Stellenwert der einzelnen Beiträge des Readers anzudeuten“ (10 f.). Kann diese Gliederung noch einleuchten, so sind die Kriterien, nach denen die „beispielhaft ausgewählten Beiträge“ (11) zusammengestellt wurden, weitgehend undurchsichtig.

Nun bleibt jeder Reader und jede Auswahl aus der Fülle des Materials notwendig unvollständig. Und es muß bereits als verdienstvoll angesehen werden, daß zu den historischen Perspektiven politischer Pädagogik außer Texten von Rousseau, Condorcet, Dewy, Spranger und Oetinger auch solche von Lenin und Makarenko aufgenommen wurden, wobei trotz der Kürze der abgedruckten Auszüge die jeweilige Position aller Autoren zum größten Teil recht prägnant deutlich wird. Allerdings sucht man Beiträge der sozialistischen Pädagogen der Weimarer Republik im Reader vergeblich. Zwar ist zum historischen Verständnis die Kenntnis der Partnerschaftsideologien von Spranger und Oetinger sicher notwendig. Für eine Neubestimmung der Funktion politischer Sozialisation in der BRD sind jedoch gerade die Werke von S. Bernfeld, E. Hoernle, W. Reich u. a. wichtig geworden, die von Ackermann nicht einmal in seiner nur sehr cursorischen und stellenweise unkritischen Einführung erwähnt werden.

Ähnlich werden auch bei den folgenden Beiträgen Ergebnisse und Beiträge der marxistischen Sozialisationsforschung, wie sie etwa von Lorenzer, Liebel oder Lessing in der BRD oder von Lucien Sève in Frankreich entwickelt worden sind, ausgespart. Demgegenüber wird völlig unkritisch die problematische Defizit-Hypothese W. Jaides wiedergegeben, der die Arbeiterjugend nur unter dem Gesichtspunkt „geistig seelische(r) Verelendung“ (95) zu sehen vermag, alle Widerstandspotentiale jedoch übersieht. Trotz der hier benannten Mängel des Readers gibt er insgesamt einige interessante Einblicke in die Diskussion, besonders in den Beiträgen, in denen auch Vertreter einer kritischen Sozialisationsstheorie wie Habermas, Jouhy, Hilligen, Horn u. a. zu Wort kommen. Diethelm Damm (Wiesbaden)

**Deichsel, Alexander, u. a.:** Politische Sozialisation von Studenten. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1974 (176 S., br., 35,— DM).

Nach dem Selbstverständnis der Autoren soll der vorliegende Band einen Beitrag zur Klärung der politischen Ereignisse an den westdeutschen Universitäten zur Zeit der Studentenbewegung zwischen

1967 und 1969 leisten. Ergründet werden soll dabei besonders „die politische Orientierung von Studenten in den unterschiedlichen Ausprägungen, besonders aber als formales politisches Interesse und politische Aktivität und einige ihrer Ursachen und Folgen“ (4).

Die Ergebnisse der in sieben Kapiteln und Einzelbeiträgen referierten empirischen Studie sind hingegen dürftig genug und lassen, bedingt durch begriffliche, methodische und konzeptionelle Unzulänglichkeiten, tatsächlich nur wenig von dem Umbruch erahnen, der sich in jenen Jahren unter den studierenden Hochschulangehörigen vollzogen hat. Das komplexe Problem der Studentenbewegung schrumpft bei den Autoren, neben Vertretern der FU Berlin und PH Hannover mehrheitlich Sozial- und Erziehungswissenschaftlern aus Hamburg, im Grunde zu so banalen Erkenntnissen zusammen, daß im Zuge der Politisierung weibliche Kanzlerkandidaten bei Studenten auf fortschreitend weniger Widerstand stoßen würden und die massenmediale Informationsorientierung der Studierenden sprunghaft zugenommen habe (78, 107). Neben einer Fülle von Belanglosigkeiten herrscht in durchweg allen Arbeiten ein theoretischer Notstand, der die konkreten politischen Zielsetzungen der Studentenbewegung völlig im Dunkeln läßt. Man wird den vielfältigen, nicht selten in sich widersprüchlichen ideologischen Strömungen innerhalb der damaligen Studentenschaft doch wohl kaum gerecht, wenn man sie in das Zwangsbett solch inhaltsleerer Kategorien wie „gemäßigt“ und „radikal“ zu pressen versucht (und damit auch den heutigen Berufsverboten in der BRD ihre scheinbar wissenschaftlich begründete Legitimation verleiht!). Als Beispiel das Résumé von Jörn Wittern: „Zur Zeit der Umfrage war die politisch aktive Gruppe unter den Studenten weder radikaler noch politisch unkonventioneller eingestellt als die übrige Studentenschaft. Sie sah in den herkömmlichen gemäßigten Formen demokratischer Einflußnahme ihr aktives Betätigungsfeld“ (49).

Die Wahl der Forschungsschwerpunkte läßt jeglichen gemeinsamen Bezugspunkt und Zusammenhang vermissen. Die in der Einleitung angekündigte Untersuchung der Ursachen der studentischen Aktivitäten scheint wohl in der Eile gänzlich vergessen worden zu sein, und auf die Vermittlung eines umfassenden Bildes über den Prozeß der Bewußtseinsbildung und alternative studentische Konzeptionen muß der Leser vollends verzichten.

Ein gewisses partielles Interesse vermag einzig der Beitrag von Gerd und Ilse Laga über das „Studentenwohnheim als Institution sekundärer Sozialisation“ zu beanspruchen, in dem mit der recht weit verbreiteten Vorstellung aufgeräumt wird, daß das Wohnheim einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der politischen „Rolle“ seiner studentischen Bewohner ausübt (94).

Völlig unvermittelt und krampfhaft muß schließlich der Versuch der Autorengruppe anmuten, aus ihrer 1969 abgeschlossenen empirischen Studie Folgerungen für die gegenwärtige Hochschulpolitik und

-didaktik zu ziehen, wobei sie zudem niemals über die Formulierung von Gemeinplätzen (etwa „Abbau von Fronten gegenüber Dozenten und deren Einbeziehung in die politische Kommunikation“) hinausgelangen (58).  
Norbert Steinborn (Berlin/West)

**Schwenger, Hannes:** Das Ende der Unbescheidenheit. Intellektuelle auf dem Weg zur Gewerkschaft. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1974 (103 S., br., 6,— DM).

Die dem Bändchen vorangestellte Versicherung des S. Fischer Verlages (Holtzbrinck-Konzern), „daß die Veröffentlichung dieses Buches seine (des Verlages) vor den Arbeitsgerichten vertretene . . . Position nicht berührt“, führt den Leser — besser als jede Einleitung — mitten in die behandelte Problematik: Schwengers These, daß die Kulturindustrie „im Zeichen des Profitzwangs auch kulturelle Elemente und Produkte (produziert), die ihren Herrschaftsansprüchen entgegenwirken“ (25), wird hier quasi vorab belegt.

Schwenger verbindet die Ableitung der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation von Kulturproduzenten mit einer Darstellung und Kritik der jüngsten Ereignisse im Kampf um die Mediengewerkschaft. Als einer, der an den Auseinandersetzungen in vorderster Linie teilnahm und -nimmt (H. S. war u. a. Mit-Initiator des „Arbeitskreises Kulturindustrie“ und VS-Vorsitzender von Westberlin, er ist heute als Geschäftsführer des BBK tätig), vermag er anschaulich und mit Akribie die neuralgischen Punkte aufzuzeigen — von der bornierten „Unbescheidenheit“ vieler Intellektueller, die sich selbst noch in der Gewerkschaft Sonderrechte einer vermeintlichen Avantgarde herausnehmen zu können glauben, bis hin zu einer mit Tricks und Intrigen arbeitenden Machtpolitik bestimmter Gewerkschaftsfunktionäre (wie z. B. bei dem Versuch, die Gewerkschaft Kunst beim Wettlauf um die Gunst neuer Berufsgruppen auszuschalten) und dem für die Kampfkraft des Bündnisses zwischen Hand- und Kopfarbeitern schädlichen Wirken von antikommunistischen Kräften. (Als einem Vertreter der „offenen“ Variante dieser „Grundtorheit“ nimmt Schwenger den IG Druck-Sekretär Eugen Stotz aufs Korn.)

So vehement diese Kritik auch vorgetragen wird und so bitter manchem Gewerkschafter Schwengers Ironie auch schmecken wird, der Verfasser verliert nie die historische Dimension des Erreichten aus den Augen. Er versucht darüber hinaus, positiv die allgemeinpolitischen Möglichkeiten einer starken Mediengewerkschaft im Rahmen des DGB zu bestimmen. Wenn es um die Hervorhebung der Bedeutung gewerkschaftlicher Kultur- und Bildungsarbeit geht, gerät Schwenger sogar in die Gefahr, die Möglichkeiten von Gewerkschaften als allgemeinpolitische Interessenvertretungs-Organe der Arbeiterklasse zuungunsten der Partei der Arbeiterklasse überzubewerten. (So etwa, wenn er im Anschluß an Herbig nach der De-

formation der SPD von der Klassen- zur Volkspartei „traditionelle Aufgaben der allgemeinpolitischen Interessenvertretung von Arbeitnehmern an die Gewerkschaften zurückfallen“ sieht, 85; oder — 101 f. — wenn er dem DGB bei der Verhinderung des CSU-Rundfunkgesetzes in Bayern 1972 eine Avantgarde-Funktion zuschreibt, die er objektiv wohl nicht gehabt hat.)

Bei der — freilich sehr gerafften — historischen Darstellung des ökonomischen Kampfes und der Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation der Kulturschaffenden (seit 1871) und ihrer jeweiligen sozialwissenschaftlichen Theoretisierung hat Schwenger die ihm zur Verfügung stehenden Quellen überzeugend genutzt. Weniger befriedigen kann der politökonomische Teil der Arbeit. Zwar werden die Entwicklungstendenzen der Kulturproduktion — Konzentration/Zentralisation im privatwirtschaftlichen Sektor, Ausweitung dieses Sektors auf Kosten der öffentlich-rechtlichen Anstalten — herausgearbeitet, jedoch erscheint der Umgang mit einigen Kategorien (z. B. derjenigen der „produktiven Arbeit“ in ihrer Anwendung auf „die Überbauproduzenten“, 25) etwas sorglos; auch die — von Fohrbeck/Wiesand übernommene — These, daß die „Überbau-Industrie“ zur ökonomischen Basis der Gesellschaft gerechnet werden müsse, bedürfte einer eingehenderen Begründung, als Schwenger sie liefern kann.

Einige kleinere Mängel formaler (z. B. fehlende Quellenangabe für die Einkommenszahlen der Schriftsteller, 9) wie inhaltlicher Art (selbstverständlich ist K. Marx *nicht* „der Erzvater des Klassenkampfes“, 11) können indessen den positiven Gesamteindruck eines Buches nicht beeinträchtigen, das vor allem auch seiner leicht-verständlichen Sprache wegen als Einführung in den Problemkreis der Mediengewerkschaft für ein breiteres Publikum geeignet ist.

H. Gerd Würzberg (Marburg)

**Bermann, Tamar: Produktivierungsmythen und Antisemitismus. Eine soziologische Studie.** Europaverlag, Wien 1973 (207 S., br., 15,— DM).

Aus einem scheinbar abseitigen Blickwinkel untersucht die Verfasserin die „Jüdische Frage“; in mehrstufigen Anläufen umkreist sie das Verhältnis der Juden zur physischen Arbeit. Die Schlußfolgerungen führen weit, mitunter auch in die Irre. Ausgangspunkt ist die Fremdstereotype vom „unproduktiven Juden“, mit der komplementären Zielvorstellung von der „Normalisierung des Juden“. Wir werden von kundiger Hand in die Sozialgeschichte der Juden eingeführt, lernen die rabbinische Arbeitsethik gegen Max Webers Mißdeutung schätzen, sehen die Juden der „ersten Diaspora“ in den Ländern des Mittelmeeres Ackerbau und Handwerk betreiben, erfahren, daß die sephardischen Juden (im Gegensatz zu den ashke-

nasischen) nie in den Geldhandel abgedrängt wurden, lernen begreifen, daß die Juden Feudaleuropas unter kirchlichem Druck in den Schacher gezwungen wurden, bis schließlich „Jude“ zum Synonym für „Handel“ wurde. Mit Recht vermerkt die Autorin: „Marx hat von der doppelten Bedeutung des Wortes ‚Judentum‘ in seiner Schrift ‚Zur Judenfrage‘ Gebrauch gemacht“ (25).

Auch der Hinweis, daß die Situation der Juden in Europa bei aller Besonderheit soziologisch keinen Einzelfall darstellt, trifft zu: Fremdgruppen als Sündenböcke und Blitzableiter gibt es nicht wenige. Was die Situation der Juden in Europa auszeichnet, ist nach Tamar Bermann der mit der Emanzipation einsetzende Produktivierungsmythos: die Forderung, sich mittels physischer Arbeit zu „normalisieren“. Diese Forderung wurde in zweifacher Weise erhoben: der „nützliche“ Jude sei ein Argument gegen den Antisemitismus, sagen die Anhänger der Assimilation; der physisch arbeitende Jude sei der Idealtypus der Palästina-Einwanderung, also der Separation, sagen die Zionisten. Tamar Bermann behauptet nun, Assimilation und Zionismus seien keine echten Gegensätze, sondern konträre Prozesse, die ineinander verzahnt sind. Indem die zionistischen Siedler die Stereotype des unproduktiven Juden annehmen, bekennen sie einen „jüdischen Antisemitismus“ (11). Der in der BRD propagierte Philosemitismus, das Stereotyp vom israelischen Bauern und Soldaten, das Gegenbild zum herkömmlichen Antisemitismus „spiegelt nicht-jüdischen wie jüdischen Antisemitismus und Antiintellektualismus wieder“ (13). So originell diese Argumentation ist, so fragwürdig ist ihr Realwert. Der Antisemitismus, der originäre, hat ja nicht nur das negative Judenbild geschaffen, sondern den Juden leibhaftig aus Wirtschaft und Gesellschaft (oft aus dem Leben) eliminiert. Nicht die Umkehrung einer Stereotype, nicht ein Mythos, schuf den Drang zur Produktivierung, sondern der Zwang der Realität.

Zentraler Gegenstand der Studie ist die Berufsumschichtung, die Bestimmung ihres Stellenwertes. Sieht man in der Berufsumschichtung nur einen vom Antisemitismus ausgelösten Produktivierungsmythos, dann werden nicht nur die philanthropischen Experimente, die den berufslosen Ostjuden in den westlichen Kapitalismus zu integrieren suchten, abgewertet, sondern auch der sog. Arbeiterzionismus, auf den die ostjüdischen Massen ihre Hoffnungen gesetzt hatten, als Weg aus Verfolgung und Elend. Tamar Bermann referiert ausführlich über die national gefärbte Klassenkampftheorie von Ber Borochow, der die „umgekehrte Pyramide“ der jüdischen Berufsschichtung durch Schaffung einer jüdischen Arbeiterklasse in Palästina normalisieren wollte (das Verhältnis zu den Arabern ist die Crux des Problems). Der „Arbeiterzionismus“ hat sein Produktivierungsideal nicht dem Antisemitismus in umgekehrter Wertung entnommen, sondern der sozialistischen Arbeiterbewegung, in deren Rahmen er entstanden ist. Was die jüdischen Massen im Osten mehr als alles in Bewegung setzte, war die Oktoberrevolution. Der Ar-

beiter-Zionismus ist durch die von Lenin verurteilte Separation aus der russischen Sozialdemokratie hervorgegangen, nicht aus Scholtenromantik und Arbeitsmythos.

Tamar Bermann widmet einen großen Teil ihrer Arbeit dem Studium der jüdischen und zionistischen Jugendgruppen, die unter dem Schlagwort „Eroberung der Arbeit“ in Palästina siedelten. Das vorgelegte Material ist imposant, wenn es auch, auf die einseitige Prämisse bauend, vielfach zu fatalen Mißverständnissen führt. Die Verfasserin überschätzt nicht zufällig und nebenbei das gewiß vorhandene anarchistische Element in diesen Jugendgruppen; die Überschätzung beruht auf einer theoretischen Mißdeutung der Genossenschaftsidee. Genossenschaft ist nicht Anarchismus, sondern ihrem Wesen nach eine sozialistische Wirtschaftsform, die anarchistisch irregeleitet werden kann. (Tamar Bermann attestiert sogar Herzl Anarchismus, insofern er in seinem Roman „Alt-Neuland“, im Gegensatz zu seinem ursprünglichen kraß kapitalistischen Konzept, eine genossenschaftliche Struktur des Judenstaates anvisiert.) Nicht weniger mißverständlich ist der Vergleich der Kibbutzbewegung in Israel mit den Flucht- und Regreßkomplexen großstadtmüder, neu-linker Jugendgruppen. Mit dem „Agrarromantismus“ einer hippy-bezogenen Gegenzivilisation hat der Kibbutz so viel zu tun wie Sozialismus mit Anarchismus. Der Kibbutz verdankt seine Entstehung nicht dem „Regreß auf Primitivität mit intellektueller Verbrämung“ (162), sondern — was der Verfasserin keineswegs entgangen ist — einer endzeitlichen Hoffnung auf Überwindung nicht nur des Galuthjuden, sondern auch des alten Adam. „Die Erneuerungsbewegung“, stellt die Verfasserin fest, „die eine harmonische und gerechte Gesellschaft ohne Macht und Herrschaft verwirklichen wollte . . ., mündete in einen Staat, der in militärischer, technologischer und politischer Macht die wirksamsten Instrumente der Politik sieht“ (120).

Bruno Frei (Wien)

## Erziehungswissenschaften

**Stübig, Frauke:** *Erziehung zur Gleichheit. Die Konzepte der „éducation commune“ in der Französischen Revolution.* Verlag Otto Maier, Ravensburg 1974 (519 S., br., 29,50 DM).

Stübig zielt vor allem darauf ab, der aktuellen Auseinandersetzung um die traditionelle Erziehung neue Impulse zu versetzen. Das von Wolfgang Klafki im Vorwort als „sozialgeschichtlicher Ansatz der Erziehungsgeschichtsschreibung“ gewürdigte Vorgehen der Autorin beinhaltet den Versuch, die gesellschaftliche und politische Entwicklung vom Ausgang des „Ancien Régime“ bis zur „Verschwörung der Gleichen“ als Hintergrund und Voraussetzung der verschiedenen Erziehungskonzepte deutlich werden zu lassen.

Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung, die sich bei der Beurteilung der Revolution auf die Arbeiten von A. Mathiez, G. Leffevre und A. Soboul stützt, steht eine ideologiekritische Analyse verschiedener Projekte zur „Gemeinschaftserziehung“, d. h. zu „eine(r) Erziehungsform (...), die allen Schülern gemeinsam für alle gleich ist, die sich als Erziehung im Kollektiv gegen die herkömmliche Familienerziehung stellt und die bestmögliche Integration aller in eine Gesellschaft von gleichen Brüdern durch Separation von der bestehenden Gesellschaft anstrebt“ (12). Pädagogisch-unhistorisches Raisonement vermeidend, bemüht sich die Autorin, die von ihr ausgewählten Erziehungskonzeptionen als Kinder ihrer Zeit und ihrer Gesellschaftssysteme vorzustellen; dabei ergibt sich zwangsläufig auch die Frage nach den Möglichkeiten und dem tatsächlichen Umfang ihrer Realisierung. Daß allen analysierten Konzepten der utopische Charakter gemeinsam ist, schließt aber nach Ansicht der Autorin nicht aus, daß sie durchaus unterschiedliche, z. T. sogar gegensätzliche gesellschaftspolitische Zielsetzungen reflektierten. So erscheinen der auf die „Qualifizierung der Unterschichten“ bedachte Entwurf Philipons und die zwei ebenfalls „schichtenspezifischen“, aber zugleich das „soziale Lernen“ und die „Schülerelbstorganisation“ anregenden Schulversuche eines Pawlet oder eines Léonard Bourdon als dem Ancien Régime verbunden, ja z. T. auf seine Bewahrung und Effektivierung bedacht. Der „Regenerationsansatz“ B. Fèvres, ein Projekt der Gemeinschaftserziehung aller Kinder zum Zwecke der Errichtung einer neuen Gesellschaft innerhalb der bestehenden, der „Gesellschaftserneuerung durch naturhafte Läuterung“ (143) wird demgegenüber als „systemneutral“ vorgestellt. Den Kern jedoch und gleichzeitig den interessantesten Teil der Arbeit bildet die Auseinandersetzung mit Konzeptionen, die politisch und ideologisch mit der Jakobinerzeit, die nicht zufällig gerade auch der Diskussion um die Gemeinschaftserziehung entscheidende Impulse vermittelte, verbunden waren. Es schadet nicht, daß hier die dem deutschen Fachpublikum bereits durch mehrere Editionen bekannte „friedliche Revolution“ Michel Lepeletiers zur Überwindung der gesellschaftlichen Ungleichheit mit Hilfe einer nationalen, republikanischen und gemeinschaftlichen Erziehung im Mittelpunkt steht; sein Entwurf hat unter den Zeitgenossen nicht nur die größte Beachtung gefunden — an ihm lassen sich auch die Widersprüche der jakobinischen Ideologie, die letztlich alle auf die Unvereinbarkeit von „Gleichheit“ und „Eigentum“ zurückgehen, plastisch herausarbeiten. Es ist unzweifelhaft das Verdienst der Untersuchung Stübigs, die konzeptionelle Begrenztheit und weitgehende praktische Wirkungslosigkeit der behandelten Gemeinschaftserziehungspläne unterstrichen und mit den sozialgeschichtlichen Bedingungen in Zusammenhang gebracht zu haben. Die gesellschaftlichen Verhältnisse des 18. Jahrhunderts, so ihr zusammenfassendes Urteil, waren eben für eine wahre *éducation commune* nicht reif: „Gemeinschaftliche und gleiche Erziehung für alle Kinder, gleich welcher sozialen Herkunft, impliziert gesellschaftliche Gleichheit“ (498).

Es ist ein wenig zu bedauern, daß Stübzig darauf verzichtet, sich mit der immer noch forschungsrelevanten und z. T. stark abweichenden Einschätzung des Lepeletier-Entwurfs durch Jean Jaurès auseinanderzusetzen. Der breite Raum, den die Autorin den marginalen Anmerkungen Saint Justs zu Erziehungsfragen widmete, dürfte sich wohl kaum rechtfertigen lassen. Dagegen hätte eine eingehendere, auf umfangreichere Quellenarbeit gestützte Behandlung der aus der Tiefe der Pariser Sansculotterie kommenden Initiativen sicher auch Aufschlüsse darüber bringen können, wie es z. B. die radikalsten Wortführer der Sansculotten, die Enragé's mit dem Recht auf Bildung und der Forderung nach Gemeinschaftserziehung hielten. Für die Einschätzung der behandelten Projekte wäre eine knappe Konfrontation mit der Schulrealität, wie sie vor der Revolution bestand, sich unter ihr entwickelte und aus ihr hervorging, ebenso aufschlußreich gewesen, wie eine stärkere Orientierung an systematischen (statt ausschließlich chronologischen) Gesichtspunkten der Konzision der Darstellung zugute gekommen wäre. Als sehr problematisch erweist sich Stübigs Unterscheidung der Projekte aus der Jakobinerzeit nach den Kriterien „konservativ“ (271, 279) und „sozial-utopisch“ (279), wobei als „konservativ“ all das angesprochen wird, was auf die Festigung der aus der Revolution hervorgegangenen Ordnung abzielt; daß hier der Kampf der Revolutionäre „an der Macht“ gegen die innere und äußere Konterrevolution Teil des revolutionären Gesamtprozesses bleibt, entzieht sich einer derart formalen Betrachtungsweise.

Nicht nur aus Gründen der Chronologie wird Babeufs Gegenmodell als Schlußpunkt der Reihe bürgerlich-utopischer Erziehungskonzeptionen behandelt; er überwand die ideologischen Widersprüche des Jakobinismus durch eine Perspektive sozialistischer Gesellschaftsorganisation.

Susanne Petersen (Hamburg)

**Preuß, Ulrich K.:** *Bildung und Herrschaft. Beiträge zu einer politischen Theorie des Bildungswesens.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (143 S., br., 4,80 DM).

Wie wird politische Herrschaft über staatliche Bildungsinstitutionen vermittelt? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Ausführungen von Ulrich K. Preuß. Die Studie beschreibt zunächst die Formänderung politischer Herrschaft parallel zur ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus: „Die personengebundenen, inhaltsvollen Dienst-, Treue-, Schutz- und Fürsorgebeziehungen feudalarthlicher Art“ gehen in eine „abstrakte Gehorsamsbeziehung“ über (29).

Preuß geht davon aus, daß politische Herrschaft von sozialen Zwecken und Inhalten frei wird und sich mit der öffentlichen Verwaltung ein zweckindifferentes Herrschaftsinstrumentarium garan-

tiert. Dies schaffe aber die Rahmenbedingung für die Initiative einzelner, wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse aufzubauen, die die Masse der Bevölkerung sozial schutzlos mache. Die Offenheit politischer Herrschaft; der Aufbau einer öffentlichen Verwaltung, die scheinbar nur den Zwängen der Sache gehorche und für alle Ziele und Zwecke einsetzbar sei, mache auch „offen“ gegenüber der Errichtung konkreter Abhängigkeitsverhältnisse, die die Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Die Feststellung der Offenheit und damit auch Abstraktheit politischer Herrschaft läßt den Autor die Konkretheit von Abhängigkeitsverhältnissen vergessen. Die Lohnabhängigkeit, die Situation am Arbeitsplatz ist sehr konkret; Klassenauseinandersetzungen noch viel mehr. Von daher ist es tatsächlich voreilig und zweitrangig festzustellen, daß „abstrakte Gehorsamsbeziehungen“ dominieren. Entscheidender ist die Beantwortung der Frage, inwieweit die Abstraktheit und Anonymität politischer Herrschaft die Erfahrbarkeit konkreter Abhängigkeitsverhältnisse beeinflußt, ja geradezu unmöglich macht. Dieser Fragestellung kommt dann eine besondere Bedeutung zu, wenn man die Funktion staatlicher Bildungsinstitution, nämlich die Vermittlung der subjektiven Persönlichkeit in allgemein herrschende Verkehrsformen analysieren möchte.

Eine auf Schaffung von Mündigkeit und Autonomie der Persönlichkeit gerichtete Bildungsinstitution bringe einerseits eine „universalistische Moral, formelle Prinzipien der Gerechtigkeit, Gleichheit und der Würde des Menschen . . .“ (74) hervor. Gleichzeitig seien dies die Grundmerkmale der allgemeinen Anpassung an Verkehrsformen. Um es mit Preuß zu sagen: „Formen der Selbstinstrumentalisierung und Fremdinstrumentalisierung der gesellschaftlichen Partner“ (75). Die symbolische Gewalt der Bildungsinstitutionen, die Anpassung der Persönlichkeit an herrschende Verkehrsformen als das grundsätzlich integrative Moment des Wirkens staatlicher Bildung ist die eine Seite der Medaille. Man fragt sich, und hierauf gibt Preuß keine Antwort, ob die Umsetzung der Lernziele nicht notwendigerweise auch zu Handlungen führen muß, die über die gängigen Verkehrsformen hinausweisen. Geraten nicht Bildungsinstitutionen, die versuchen, den bestehenden Zielsetzungen näherzukommen, in einen Gegensatz zur Lebenspraxis des einzelnen, die weit weniger durch Autonomie und Mündigkeit als durch eine direkte soziale und materielle Abhängigkeit geprägt ist? Ist nicht jene Kluft von Erziehungsideal und konkreter sozialer Praxis der emanzipatorische Ansatzpunkt einer Bildungsreform?

Wenn Ulrich K. Preuß auf den Seiten 95 und 96 schreibt, daß „Lehrer, Sozialarbeiter, medizinische Arbeiter, Verkehrsplaner etc. in dem konkreten Gebrauchswert ihrer Tätigkeit ein neues soziales Selbstwertgefühl und eine spezifische gesellschaftliche Funktion finden“, so geht mit dieser tendenziellen Gebrauchswertorientierung eine Sinnerweiterung einher, und damit auch ein soziales Handeln, das in vielen Bereichen dieser Gesellschaft an die Systemgrenzen stößt.

Die Zielsetzung der Hessischen Rahmenrichtlinien beispielsweise, einen engen Bezug von Gelerntem und zukünftiger sozialer Praxis herzustellen, bedeutet einen Erkenntnisgewinn für den einzelnen, der für sein politisches Handeln bestimmend werden kann. Selbst dann, wenn man wie Preuß davon ausgeht, daß die Hess. Rahmenrichtlinien „auf einer Ebene entfalteter gesellschaftlicher Widersprüche eine ebenso universalistische und damit zweckindifferente Haltung wie Tausch-, Legalitäts- und Autoritätsorientierung ...“ hervorbringen, enthalten sie doch Ansatzpunkte, die auf ein noch entfalteteres Niveau gesellschaftlicher Widersprüche hinweisen. Sie enthalten ein Konfliktpotential, das dann zum Ausbruch kommt, wenn Selbst- und Mitbestimmung, die in den Rahmenrichtlinien festgehaltenen Lernziele, mit der konkreten sozialen Praxis zusammenreffen. Oder wie anders sind die Auseinandersetzungen um die Rahmenrichtlinien in Hessen zu erklären? Wie anders ist zu erklären, daß Springerpresse und FAZ mit ihren unerhörten publizistischen Mitteln diese Rahmenrichtlinien zu verhindern versuchten?

Ansatzpunkte, die über eine reine Integrationsfunktion hinausweisen, Klärungsversuche über den gesellschaftlichen Sprengstoff derartiger Reformen; dies alles fehlt bei Preuß. Die Frage inwieweit emanzipatorische Lernziele herauszuarbeiten und durchzusetzen sind, bleibt unbeantwortet. Kein Buch also für die politische Praxis.

Bernhard Illenberger (Freiburg)

**Heinsohn, Gunnar, u. Barbara M. C. Knieper: Theorie des Kindergartens und der Spielpädagogik.** Edition Suhrkamp, Frankfurt/M. 1975 (220 S., br., 7,— DM).

Die zunehmende Herauslösung der Kleinkinderziehung aus der Familie und ihre Überantwortung an gesellschaftliche Institutionen lassen die Konzeption einer allgemeingültigen und anwendbaren Sozialisationstheorie immer dringlicher werden. Was liegt näher, als diese dort zu suchen, wo im allgemeinen Interesse Kindererziehung schon planmäßig und auf ein angebbares Ziel hin geschieht — in den sozialistischen Ländern?

Genötigt durch das vielfältige Echo, das insbesondere die spielpädagogischen Theoreme aus den UdSSR und der DDR in neuerer Zeit in der BRD gefunden haben, wenden auch Heinsohn und Knieper ihr Augenmerk jener Psychologie und Pädagogik zu. Unzulänglichkeiten der sowjetischen — in der DDR einfach übernommenen — Theorie werden von den Autoren für mehrere Zwecke genutzt. So wird die schrankenlose Begeisterung, mit der in diesen Theorien das kindliche Rollenspiel beobachtet und initiiert wird als vorgestellte Einübung in die Erwachsenenwelt, nicht etwa dahingehend kritisiert, daß auf diese Weise unkritisch und bewußtlos bestehende Verfestigungen des Verhaltens reproduziert werden müßten (wie Verkäufer

und Käufer, Mutter und Kind usw.), sondern es wird unterstellt, die sozialistischen Theoretiker probten so die Aneignung bestimmter Fertigkeiten im Sinne einer späteren Berufsqualifikation. Mit der weiteren Unterstellung, es handle sich hierbei um die Widerspiegelungstheorie, soll diese so der Lächerlichkeit und Absurdität anheimgegeben werden.

Die inkonsistente Anlehnung an die Psychoanalyse, die bei Wygotski besonders deutlich, aber auch bei seinen Nachfolgern — Elkonin und Leontjew — durchaus vorhanden ist (etwa in deren Versuch, Rollenspiel als Konfliktbewältigung zu erklären) und in Widerspruch geraten kann zu einer Theorie, die die lernende Aneignung der Umwelt als Hauptmotiv auch kindlichen Handelns begreift, wird von Heinsohn und Knieper nur bei Wygotski vermerkt und dient dort der Möglichkeit, einen lange nicht veröffentlichten Wygotski-Text mit der „Psychoanalyse-Verfolgung“ in den UdSSR in Zusammenhang zu bringen.

So einseitig die offizielle Abfertigung der Ergebnisse der Psychoanalyse in den sozialistischen Ländern ist, so einseitig erweisen sich Heinsohn und Knieper bei der Einsperrung sämtlicher Aktivitäten und Entwicklungsprozesse in ein psychoanalytisch sich begreifendes Interpretationsraster. Fast auf jeder zweiten Seite werden von den Autoren gleichsam unter Wiederholungszwang „Vernichtungsängste“ der kleinen Menschen aufgerufen. Man gewinnt den Eindruck, als ob der Gegensatz von Kleinheit und Größe, empfunden als Ohnmacht und Übermacht und ausgetragen als Kampf in und zwischen Personen, in Ewigkeit die Menschheitsentwicklung bestimmt hätte und bestimmen würde. Ist jedes Spiel potentiell Angstabbau, rechtfertigt sich der Kampf gegen die von den Autoren als Eingriffspädagogik verurteilten Versuche sozialistischer Erziehung. Dabei übersehen die Autoren ganz, daß es bei den Theorien und der Praxis in den sozialistischen Ländern um Formungsprozesse auf ein bestimmtes Ziel geht, während es die Psychoanalyse doch mit der Auflösung schon stattgefundener Deformationen zu tun hat und selbst keine Sozialisationstheorie ist. (In Abwehr einer grundsätzlichen Absage an die Psychoanalyse durch eine Theatergruppe, an der sie sonst einiges Positive finden, gestehen die Autoren diese Differenz allerdings auch spät und für das geschriebene Buch folgenlos zu, 189).

Wegen der Menge der verarbeiteten Literatur (außer der psychoanalytischen und sowjetischen noch eine, wenig überzeugende, bulgarische Kritik an der sowjetischen Pädagogik, einige amerikanische Titel und eine ausführliche Vorstellung der Theorie und Praxis Maria Montessoris) gibt das Buch einige Anregungen. Sie können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Autoren entgegen wissenschaftlichem Usus und trotz des Nahkampfes mit der sowjetischen Psychologie materialistischen Weiterentwicklungen und Diskussionen konsequent aus dem Wege gegangen sind. So sparen sie sich jeden Bezug zu der im Psychologischen Institut der Freien Universität Ber-

lin — insbesondere von Klaus Holzkamp — entwickelten Persönlichkeitstheorie; sie nehmen keine Notiz von den in dieser Zeitschrift seit Jahren geführten Diskussionen (etwa über Angst, über Rolle, über Erziehung, neuerlich über Widerspiegelung); im Zusammenhang einer Theorie von Arbeit und Spiel lassen die Autoren Marx und Engels ohne Auseinandersetzung links liegen. Ein linksmodischer Gestus, der in dem Buch — etwa durch die Transposition des Namens Kindergärtner in das Wort Lohnerzieher — zur Schau getragen wird, zeigt allzu deutlich, daß er nur Politur ist, die einer überholten Theorie zu neuem Glanz verhelfen sollte. Dabei sind die psychoanalytischen Angebote nicht unbedingt falsch, allerdings für eine Therapie zu allgemein und für eine Pädagogik perspektivlos.

Frigga Haug (Berlin/West)

**Goldschmidt, Dietrich (Hrsg.): Demokratisierung und Mitwirkung im Bildungswesen Schwedens und der Bundesrepublik Deutschland.** Im Auftrag der deutschen und der schwedischen Kommission zur Untersuchung von Fragen der Mitwirkung in Schule, Hochschule und Forschung.

Band 1: Demokratisierung und Mitwirkung in Schule und Hochschule (Kommissionsbericht). Westermann Verlag, Braunschweig 1973 (522 S., br., 42,— DM).

Band 2: Kittner, Michael, u. a.: Mitwirkung in der Hochschule (Gutachten). Westermann Verlag, Braunschweig 1974 (486 S., br., 42,— DM).

„Auf Vorschlag von Bundeskanzler Willy Brandt sind dieser und Ministerpräsident Olof Palme übereingekommen, eine gemeinsame Untersuchung über die bisherigen Erfahrungen bei der Einführung von Demokratisierung und Mitwirkung sowie über die Möglichkeiten zur weiteren Realisierung dieser Prinzipien innerhalb des Bildungswesens und der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland und Schweden ins Werk zu setzen“ (Band 1, S. 11). Die hier beschriebene und 1970, auf einem ersten Höhepunkt des Konjunktur- und Reformaufschwungs in der Bundesrepublik, beschlossene Untersuchung ist von einer westdeutschen und einer schwedischen Kommission gemeinsam durchgeführt und im August 1973 abgeschlossen worden. Der umfangreiche Bericht der Kommissionen liegt — nebst zahlreichen wissenschaftlichen Gutachten — nun vor. Der Kommissionsbericht und die dazugehörigen Unterlagen (es handelt sich um insgesamt fünf dicke Bände) dürfen betrachtet werden als eine detaillierte und im einzelnen sehr sorgfältig erarbeitete Bestandsaufnahme des schwedischen und des bundesdeutschen Bildungssystems, die eine große Fülle von Informationen und Anregungen zum Ausbau der Mitwirkung in den einzelnen Bildungsbereichen enthält. So sind etwa im Kommissionsbericht gegenwärtige Strukturen und mögliche Entwicklungstendenzen der Hochschulen in der BRD beschrieben;

diese Strukturanalyse, die von den Gutachtern im 2. Band ausführlich theoretisch fundiert wird, geht vom Charakter der Ordinarienuniversität und deren Wissenschaftsverständnis aus und versucht, Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen in Beziehung zu den Erfordernissen der Produktivkraft Wissenschaft zu setzen. Man mag es als positiv bewerten, wenn die Begründung der Mitwirkungsforderung, wie sie im Kommissionsbericht gegeben wird, nicht nur auf eine Grundrechtsargumentation (Sozialstaatsklausel) beschränkt bleibt. Sowohl in der theoretischen Grundlegung der Kommissionsarbeit in Band 1 als auch in der Strukturanalyse der bundesrepublikanischen Hochschulen in Band 2 wird erläutert, warum die Notwendigkeit von Mitwirkung und Mitbestimmung aus der Entwicklung der Produktivkräfte selbst erwächst. Wissenschaftliche Erkenntnis kann heute nur dann gesamtgesellschaftlich genutzt werden, wenn hierarchische Strukturen durch Mitwirkung der Betroffenen überwunden und Kommunikation und Kooperation im Wissenschaftsbetrieb gefördert werden.

Wenn Preuß in seinem Aufsatz „Gruppenpluralistische Hochschule und Amtsstruktur — Öffentlichkeitsformen in den deutschen Hochschulen“ in Band 2 aus dem Wandel der gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft die Reformierbarkeit der Hochschule, ja des gesamten Bildungsbereiches ableitet, so tut er dies im Bewußtsein der Ambivalenz von Reformen in diesem Bereich. Bereits 1972 wurde die Notwendigkeit einer Reform des Bildungswesens von fast allen im Bildungsbereich Tätigen eingesehen. Doch hinter der Forderung nach mehr Öffentlichkeit der Universität, nach Durchbrechung der Isolation, die von vielen „Reform“kräften aufgestellt wurde, versteckte sich oftmals die Vorstellung formaler Öffentlichkeit, nämlich die Zunahme staatlichen Einflusses auf den Bildungsbereich. Die traditionellen Strukturen wurden weitgehend überwunden, aber nicht zugunsten von mehr Transparenz und einer besseren Vermittlung von Wissenschaft und Gesellschaft. In der Einschätzung der Bedeutung von Mitwirkung in Band 1 wird davon ausgegangen, daß „Mitwirkung direkt zur Kritik und Umverteilung von Macht tendiert, und somit auch das Ziel reiner Produktionsoptimierung kritisch in Frage stellt“ (93). Diese Einschätzung muß geradezu euphorisch erscheinen, wenn man die Bildungsreform im Rückblick betrachtet und Roll-back-Erscheinungen aus eigener politischer Erfahrung kennt. In den zwei Bänden wurde niemals in zusammenhängender Form die Beziehung von Bedeutungswandel der Produktivkraft Wissenschaft und der Staatstätigkeit im Rahmen der kapitalistischen Produktion dargestellt, um somit auch Mitwirkung und Mitbestimmung als Grundforderungen bildungspolitischer Reformen einleuchtend zu machen. Daß sich der Kommissionsbericht bereits 1975, zwei Jahre nach der Übergabe an die Regierungen also, wie ein Anruf aus längst vergangenen Zeiten der Reformeuphorie ausnimmt, hängt nicht nur mit der veränderten wirtschaftlichen Situation zusammen; dies hat seine Ursache in der Anlage der Arbeit, die die

Möglichkeit einer krisenhaften ökonomischen Entwicklung nicht einbezieht.

Denn so wohlmeinend und umfassend die Vorschläge und Empfehlungen der Kommissionen zu einer schrittweisen Demokratisierung des Bildungswesens sind, so wenig wird ihre Analyse den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen und den Schwierigkeiten der Durchsetzung von Reformen innerhalb solcher und gegen solche Verhältnisse gerecht.

Bernhard Illenberger u. Peter Nonnenmacher (Freiburg)

**Freiger, Stephan, Bernhard Nagel und Christian Rabe (Hrsg.):**  
Was wird aus der Studienreform? Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (236 S., br., 4,80 DM).

Der vorliegende Band enthält die Hauptreferate eines Kongresses der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ im Jahre 1973 zum Thema Studienreform. Unter den Beiträgen zur allgemeinen Hochschulpolitik muß der von Frank Deppe, „Wissenschaftlich Ausgebildete und Gewerkschaften“, besonders hervorgehoben werden. Deppe geht davon aus, daß die Bestimmung des Verhältnisses von wissenschaftlich Ausgebildeten und Gewerkschaften für jede demokratische Studienreform fundierend ist. Seine entscheidende These hierbei bezieht sich auf den Funktionswandel hinsichtlich der sozialen Stellung der Intelligenz: „... die Masse der wissenschaftlich Ausgebildeten übernimmt heute nicht mehr quasi automatisch die Rolle der sozialen und politischen ‚Hilfstruppe‘ der herrschenden Klasse und ihres Staates“ (34). Bezogen auf die GEW, präsentiert Deppe sein Thema durch einen Exkurs auf die Einheitsgewerkschaft. Darin, daß die GEW ein Teil der im DGB zusammengefaßten einheitlichen Gewerkschaftsbewegung ist, sieht Deppe die eigentliche Stärke der GEW. „Sie vertritt nicht die ständischen Interessen einer Berufsgruppe, sondern (vertritt und entwickelt) die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Interessen ihrer Mitglieder im Zusammenhang der gesamten Gewerkschaftsbewegung“ (39). Von daher abgeleitet also ist der Auftrag der Gewerkschaft im Hochschulbereich, sich für „die allgemeinen Interessen der Lohnabhängigen“ einzusetzen. Der sozial-politische Kampf für die „Verbesserung der Qualifikation, (für die) Demokratisierung der Lehr- und Studieninhalte, (für die) Demokratisierung der Institutionen des Ausbildungssektors ...“ ist nur durch die „Einheit des gewerkschaftlichen Kampfes um die materiellen Interessen der Lohnabhängigen und die Demokratisierung der Gesellschaft“ realisierbar (40). In Th. von der Vrings Referat „Materielle und institutionelle Bedingungen demokratischer Studienreformen“ (52) wird die Polarisierung an den Hochschulen allzu vereinfacht auf eine „Vorherrschaft der Professoren“, die dem Autor offenbar schon aufgrund ihres Titels verdächtig scheinen, eingeengt. Die Forderungen der GEW zur Personalstruktur werden unterstützt.

(Die GEW bezieht sich auf die „Forderungen des DGB zur Hochschulreform“ aus dem Jahr 1973 nach nur drei Gruppen: 1. Arbeitnehmer mit Lehraufgaben, 2. Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben, 3. Studierende).

Im zweiten Teil des Bands sind die Referate zur Thematik inhaltlicher Studienreform dokumentiert: Aber auch hier findet sich viel Grundsätzliches und Allgemeines zur gewerkschaftlichen Hochschulpolitik. Egon Becker analysiert die „Hochschul- und Studienreform (als) einen Transformationsprozeß, in dem Bedingungen zur planvollen Organisation qualifikationserzeugender Sozialisationsprozesse geschaffen werden sollen“ (120). Die Hochschulpolitik auf der Ebene inhaltlich-wissenschaftlicher Reform muß Becker zufolge in folgende Richtung arbeiten: „Kampf um die Einführung kritisch-antikapitalistischer Studieninhalte und kollektiver Arbeitsformen und um die Bearbeitung gesellschaftsrelevanter Probleme in der Forschung“ (121). Im Anhang der Beiträge finden sich ausführliche Berichte zum Stand der gewerkschaftlich initiierten Studienreformerarbeit in den Bereichen der Lehrerbildung, der Ingenieurausbildung, der mathematisch-naturwissenschaftlichen Curricula, der Juristen-, Mediziner- und Architektenausbildung. Der Band ist dadurch für alle Hochschulangehörigen eine nützliche Orientierungshilfe in der Auseinandersetzung gegen Staatseingriffe und für demokratische Alternativen; darüber hinaus ist er gerade für bereits gewerkschaftlich Arbeitende ein wichtiges Nachschlagewerk.

Wolfgang Lumb (Berlin/West)

## Psychologie

**Piaget, Jean:** Einführung in die genetische Erkenntnistheorie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (104 S., br., 6,— DM).

Der Band enthält vier Vorlesungen zur genetischen Erkenntnistheorie, die Piaget 1968 an der Columbia Universität gehalten hat, ergänzt um eine Autobiographie Piagets und ein Glossar der wichtigsten Begriffe der genetischen Erkenntnistheorie.

Die Gründe für Piaget, seinen breiten biologischen und psychologischen Forschungen eine entsprechende erkenntnistheoretische Konzeption hinzuzufügen, ergeben sich zum einen aus diesen Forschungen selbst und zum anderen aus seiner Kritik, die traditionelle philosophische Erkenntnistheorie sei nicht in der Lage, Prozeßhaftes in ihre Überlegungen einzubeziehen, sondern ausschließlich fixiert auf „die Untersuchung der Erkenntnis in ihrer gegenwärtigen Form; . . . ohne Rücksicht auf ihre Entwicklung“ (7). Gegen ein solches statisches Modell will er eine Konzeption entwickeln, die „versucht, Erkennen, insbesondere wissenschaftliches Erkennen, durch seine

Geschichte, seine Soziogenese und vor allem die psychologischen Ursprünge der Begriffe und Operationen, auf denen es beruht, zu erklären“ (ebda.). Die auf diesem Ausgangspunkt angestellten Überlegungen konzentrieren sich auf den psychologischen Aspekt, denn das erste Prinzip der genetischen Erkenntnistheorie verlange, „die Psychologie ernst zu nehmen“ (16). Mit Hilfe der Psychologie als Grundkomponente erkenntnistheoretischer Überlegungen gelte es zu erklären, wie sich die Übergänge von niederen Erkenntnisebenen zu solchen, die höher eingestuft werden, vollziehen (20). „Erkennen heißt, Realität an Transformationssysteme zu assimilieren. Erkennen heißt, Realität zu transformieren, um zu verstehen, wie ein bestimmter Zustand zustande kommt“ (22). Wissenschaftliches Denken und Erkennen „ist ein Prozeß kontinuierlicher Konstruktion und Reorganisation“ (8). Es bewegt sich in Bahnen, die sowohl — wenn auch in rudimentärer Form — ontogenetisch bereits die kognitiven Entwicklungsstufen des Kindes entscheidend prägen, als auch in der phylogenetischen Entwicklung aufzufinden sind (vgl. das Beispiel der Mengenlehre Cantors, 10—12). Indem Piaget jedoch seine folgenden Überlegungen ausschließlich auf den psychologischen Aspekt konzentriert, geraten Geschichte und Soziogenese wissenschaftlichen Erkennens von Anfang an aus dem Blick. Genetische Erkenntnistheorie ist damit nichts anderes — entgegen Piagets eigenem Anspruch — als die Verarbeitung psychologischer Ergebnisse über die Entwicklung intellektueller Fähigkeiten bei Kindern und Erwachsenen auf einer Metaebene, die sich als erkenntnistheoretische aus gibt.

In der Folge reduziert sich auch die psychologische Komponente: nur auf empirisch Konstatierbares wird Bezug genommen. Piagets Begriff von „Tatsache“ geht bruchlos über in das, was empirisch konstatierbar und meßbar ist: „Ich bin überzeugt, daß es jede Erkenntnistheorie ebenso mit Tatsachenproblemen zu tun hat wie mit formalen Problemen; sowie man aber auf Tatsachenprobleme stößt, werden psychologische Befunde wichtig und sollten berücksichtigt werden“ (14). Aus Piagets empiristischem Blickwinkel läßt sich zwar die Stufenfolge von Erkenntnissen bei Kindern detailliert beschreiben, eine Erklärung dieser Sachverhalte ist damit jedoch noch nicht gegeben. Aus seinen Untersuchungen folgert er, daß das Kind schrittweise in der Auseinandersetzung mit seiner Umwelt lernt und in diesem Lernprozeß jeweils höhere Stufen zu erreichen vermag. Der Lern- und Erkenntnisprozeß führt — sowohl in der kindlichen Entwicklung als auch in der Wissenschaft — letztlich stets zu einem Gleichgewichtszustand zwischen Subjekt und außersubjektiver Realität. Dabei ist das Subjekt gezwungen, in gewisser Weise praktisch und aktiv zu werden, um Fehler oder Unzulänglichkeiten der vorherigen Erkenntnisstufe in erneuter Konfrontation mit der Umwelt zu korrigieren, um Erkenntnisse auf eine qualitativ höhere Stufe zu transformieren: „Erkenntnis ist also ein System von Transformationen, die allmählich immer adäquater werden“ (23). Der Begriff Umwelt wird bei Piaget vollkommen undifferenziert gebraucht, er be-

zeichnet lediglich das, was das lernende Individuum als außerhalb seiner Subjektivität befindlich erfährt; gleichgültig, ob es sich dabei um natürliche oder gesellschaftliche Gegebenheiten handelt und in welcher Beziehung diese zum erkennenden Individuum stehen. Mit der Reduzierung der Erkenntnistheorie auf experimentell nachweisbare und exakt beschreibbare psychische Entwicklungsprozesse fällt Piaget allerdings hinter jene Positionen zurück, die zu kritisieren er vorgibt: eine Differenzierung dessen, was erkannt wird, nach der Relevanz in soziologischer, historischer und psychologischer Hinsicht für die Entwicklung des Individuums und für das wissenschaftliche Erkennen gerade als sozialer Prozeß, ist prinzipiell unmöglich geworden; der Charakter von Erkenntnis, die sich an bestimmten Objekten abarbeitet, als gesellschaftlicher Entwicklungsprozeß, geht in der Deskription psychischer „Tatsachen“ und Mechanismen verloren. Auf diesem Hintergrund belegt Piagets Schlußbemerkung den Verdacht, daß sein Entwurf einer Erkenntnistheorie lediglich deskriptiven Charakter haben kann, da die Erklärungsfaktoren nur einen noch nicht ausgewiesenen hypothetischen Wert besitzen: „Das zentrale Problem der genetischen Erkenntnistheorie besteht in der Erklärung des Mechanismus dieser Konstruktion neuer Erkenntnisse. Dieser Mechanismus zwingt uns, Erklärungsfaktoren einzuführen, die wir als reflektive Abstraktion und Selbstregulation bezeichnen, Faktoren, die indes nur globale Erklärungen liefern“ (87).

Jürgen Ellerbrock (Siegen)

**Politzer, Georges:** Kritik der klassischen Psychologie. Europäische Verlagsanstalt, Köln 1974 (133 S., br., 16,— DM).

Der vorliegende Band enthält zwei Aufsätze, die erstmals 1929 unter dem Titel „Psychologie mythologique et psychologie scientifique“ und „Où va la psychologie concrète?“ in der von Politzer herausgegebenen Zeitschrift *Revue de psychologie concrète* erschienen sind.

Politzer war Mitglied der PCF und wurde — wie F. Streiffeler im Nachwort recht nüchtern formuliert — „von der deutschen Besatzung wegen kommunistischer Betätigung exekutiert“ (115). Er befand sich mit seiner radikalen Kritik der gesamten offiziellen Psychologie jenseits deren Schulen und leistete seiner naheliegenden Verdrängung noch Vorschub durch die Kürze, den fragmentarischen Charakter und die oft extrem polemische Form seines Werks. Vor allem aber ist das Resultat seiner Kritik Programm geblieben. Dieser wohl wichtigste Grund für seine Vergessenheit erklärt zugleich seine Aktualität: in der Tat ist Politzers Entwurf einer neuen Psychologie bis heute unausgeführt; neuere Versuche einer materialistischen Begründung der Psychologie können an ihm weiterarbeiten. Systematische Grundlage der Kritik Politzers ist die radikale Frage, „ob es tatsächlich eine Gruppierung von wirklichen Sachverhalten gibt, welche die Einführung einer neuen Wissenschaft (der Psychologie, W. K.) in

den Kreis der Humanwissenschaften rechtfertigt“ (27). Er findet diesen Sachverhalt in der spezifisch menschlichen Ebene des Lebens, die nicht auf dessen naturhafte Grundlage reduziert werden könne (28): „... die Verknüpfung aller eigentlich menschlichen Ereignisse, die Etappen unseres Lebens, die Gegenstände unserer Intentionen, die Gesamtheit der ganz besonderen Dinge, die sich für uns zwischen Leben und Tod abspielen, bilden ein klar abgegrenztes, leicht erkennbares Gebiet, das nicht mit der Funktionsweise der Organe zusammenfällt“ (30). Das Geschehen in dem so umschriebenen Bereich faßt Politzer mit dem Begriff des „Dramas“. Dabei ist es das besondere hic et nunc der dramatischen Ereignisse in ihrem Bezug aufs Individuum, das der Psychologie als Gegenstand zugeschrieben wird, während die Gesellschaftswissenschaften die allgemeinsten Motive des Dramas, die Naturwissenschaften seine materielle Inszenierung untersuchen (31).

Der Begriff des Dramas gewinnt kritischen Gehalt: Politzer zeigt, daß die unterschiedlichen Ansätze in der herrschenden Psychologie — obwohl immer als Kritik an einem vorhergehenden Ansatz auftretend — bei aller Vielfalt einer gemeinsamen Beschränkung unterliegen. Sie versuchen, „die Konzeption der neuen Psychologie aus der klassischen Psychologie selbst zu ziehen“ (26); sie beziehen sich nicht auf das Drama als ihren Gegenstand, sondern auf das Resultat einer „Transposition des Dramas“ (57), die sie mittels ‚Realismus‘, Abstraktion und Formalismus vollziehen. Dabei meint ‚Realismus‘ die Verwandlung von dramatischen Ereignissen in spirituelle Prozesse, die ihrerseits zu Entitäten versachlicht werden, Abstraktion die dadurch implizierte Verwandlung der „dramatischen Vielfalt der Individuen“ in „die unpersönliche Vielfalt der Phänomene“ (39), Formalismus die Zurichtung der Besonderheiten des dramatischen Ereignisses gemäß traditionellen Klassifikationsbegriffen. Politzer kann damit seinen zentralen Vorwurf an die klassische Psychologie als dreifachen Verrat am Konkreten formulieren (57), den es für die intendierte Alternative einer „positiven Psychologie“ zu vermeiden gilt (85); sie wird darum programmatisch „konkrete Psychologie“ genannt.

Nach Politzer muß die Konkrete Psychologie materialistisch sein, weil sie es mit den „wirklichen“ Dingen des menschlichen Lebens zu tun hat. Da aber „das ‚Wirkliche‘ der Psychologie nicht mehr die Materie, sondern die menschliche Wirklichkeit ist“ (108), kann der Materialismus in der Psychologie „folglich nicht ein solcher sein, der sich auf die Natur erstreckt und auf die menschlichen Angelegenheiten nur insoweit, als sie in Natur *transponiert* werden“ (84). Die Kritik am nur scheinbar materialistischen Physiologismus führt zur Forderung nach einem Materialismus, „der in der Lage ist, die naturhafte Ebene zu überschreiten und direkt die menschliche Ebene in den Griff zu bekommen“ (84). Dies — und darin liegt Politzers entscheidende Einsicht — kann nicht im Rahmen der beschränkten Reichweite rein psychologischer Erklärungen geschehen. Da „alles,

was einem Menschen zustößt, ... streng determiniert (ist) im Ensemble der von ihm gelebten Tatsachen“, und dieses „sich seinerseits aus einer ökonomischen Struktur (ergibt)“ (109), findet die Psychologie ihren Gegenstand auf eine Weise präformiert, die selbst nicht psychologisch erklärt werden kann, sondern nur mit Hilfe anderer Wissenschaftsdisziplinen. Andererseits geht aber damit die Psychologie nicht etwa in Ökonomie, Soziologie, Geschichte etc. auf, ihr eigen ist die Betrachtung der dramatischen Ereignisse „vom Standpunkt ihrer individuellen Aktualität aus“ (98).

Damit ist Politzer (1929) der Marxschen Formulierung vom Individuum als Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse (6. Feuerbachthese, veröff. 1932) sehr nahe gekommen, deren Bedeutung für die Gegenstandsbestimmung der Psychologie Sève deutlich gemacht hat.

Politzers Arbeit ist noch nicht der fertig bereite Weg, geschweige denn die Realisierung des Ziels selber. Als Wegweiser jedoch sollte man sie keinesfalls übersehen. Walter Kühnert (Marburg)

**Nolte, Helmut, und Irmingard Stäuble:** Zur Kritik der Sozialpsychologie. Hanser Verlag, München 1972 (155 S., br., 8,80 DM).

Leser, die inhaltlich und terminologisch kein Neuland betreten, erhalten mit diesen Arbeiten komprimiert und belegt mit Originalzitate einen Überblick über zwei Hauptrichtungen der Sozialpsychologie — die pragmatistische (funktionalistische) und die psychoanalytische. Ihre Entwicklungen und deren Repräsentanten werden dargestellt unter Einbeziehung der sie tragenden jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Situation. Bei beiden Richtungen werden Tendenzen deutlich gemacht, die Analysen auf das menschliche Verhalten ohne Auseinandersetzung mit den Verhältnissen zu konzentrieren; deutlich werden so gleichartige Techniken der Realitätsabwehr und deren politisch-praktische Konsequenzen.

Im ersten Teil setzt I. Stäuble ihre Darstellung an bei L. F. Ward (1841—1913), der mit durchaus emanzipatorischer Intention gegen sozialdarwinistische Auffassungen den gesellschaftlichen Antagonismus mittels der Erziehung aufzuheben gedachte. E. A. Ross (1866—1951) habe dagegen nicht mehr Verhältnisse, sondern nur noch die individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen in Richtung einer konfliktlosen „sozialen Sympathie“ (24) verändern wollen. Auch andere Vertreter des Pragmatismus setzen als Ziel den durch die ohnehin schon Mächtigen bestimmten Fortschritt, nicht mehr Veränderung, wobei dann „Konflikt überhaupt, nicht sein Inhalt, das Ärgernis“ (34) sei. „Pragmatismus: Psychologie als Ersatz für Gesellschaftstheorie“ und „Transformation der Sozialwissenschaften in Verhaltenswissenschaft“ ermöglichen die Verwertung sozialpsychologischer Forschung als sozial-technische Verhaltenskontrolle und soziale Befriedungsstrategien.

Der zweite Teil, von H. Nolte, zeigt, wie sich in der psychoanalytischen Sozialpsychologie der bei Freud noch herauslösbare Impetus, nämlich seine Nachzeichnung der Auswirkungen von Herrschaft und Unterdrückung bis in die Tiefenstruktur der Individuen, aufgelöst hat in Anthropologie und Interaktionismus. Die postfreudianische Weiterentwicklung stelle in Anlehnung an den Existentialismus nur noch die Flucht in die Verabsolutierung des Subjektiven dar, um den menschlichen Subjektanspruch durchzusetzen. Dies treffe auch zu auf die Verbindung mit dem Marxismus, wo zwar versucht worden sei, die „subjektiven Brechungen der sozialökonomischen Verhältnisse zu erhellen“ (88); aber die „menschliche Triebstruktur“ sei zum „Bestandteil der materiellen Basis der Gesellschaft“ (88) erklärt worden, indem Psychoanalyse und marxistische Gesellschaftstheorie — die nicht Wissenschaft vom Einzelindividuum ist — als heterogene Theorien kombiniert worden seien. Dies treffe teilweise zu für die kritische Theorie der Frankfurter Schule, da sie schwerpunktmäßig Herrschaftsverhältnisse in der primären, familialen Sozialisation untersucht. Natürlich wird die Kritik (an der einseitigen Konzentration auf subjektives Verhalten) von Nolte auch für den dritten großen Entwicklungsast der Freudischen Psychoanalyse, den mit pragmatistischer Orientierung, geltend gemacht. Hier würden gruppen-therapeutische Verfahren über den klinischen Anwendungsbereich hinaus als „psychohygienisches Befriedungsinstrument“ (91) nutzbar gemacht.

Eine gesonderte Darstellung erfährt im Rahmen dieses zweiten Teils A. Mitscherlichs Position in den sechziger Jahren. Subjektives Leiden, die Verdinglichung sozialer Beziehungen und der inhumane Charakter der Arbeit werden, wie Nolte kritisch feststellt, von Mitscherlich erklärt durch den Rückgriff auf historisch neutrale Formprinzipien der Technik, deren Fortschrittsprozeß Mitscherlich begreife als „von Menschenhand unbeeinflussbares Schicksal“ (94). Zwar würden Symptome der gesellschaftlichen Verhältnisse treffend beschrieben, aber Mitscherlich zeige den ihr gemeinsames Auftreten begründenden gesellschaftlichen Zusammenhang und entsprechende politisch-praktische Konsequenzen nicht auf: „Es werden eben jene Faktoren ausgeschlossen, von denen es abhängt, warum etwas geschehen ist“ (128).

Linde Bernath (Oldenburg)

**Rosenthal, Bernhard G.:** Von der Armut der Psychologie — und wie ihr abzuhelpen wäre. Verlag Ernst Klett, Stuttgart 1974 (270 S., br., 28,— DM).

Zwei Prämissen stehen am Ausgangspunkt der vorliegenden, nicht alltäglichen Arbeit: 1. Alle Auffassungen von der menschlichen Natur, alle sogenannten Menschenbilder spiegeln die Bedingungen und Wertvorstellungen der jeweiligen Epoche, Gesellschaft, „einer wichtigen Gruppe oder Klasse“; sie „haben oft die historische und ideolo-

gische Funktion, die erreichte oder erhoffte Macht einer Klasse oder Elitegruppe zu rechtfertigen . . ." (262) 2. Die Wissenschaft Psychologie trägt entscheidend zur Stützung des in einer Gesellschaft vorherrschenden Menschenbildes bei, indem sie die „wissenschaftliche Glaubwürdigkeit“ (11) liefert; menschliche Qualitäten, die sich nicht innerhalb dieses Bildes befinden, werden zusammen mit den entsprechenden Methoden ignoriert.

Diesem „erkenntnistheoretischen Leerlauf“, dieser „Armut der Psychologie“ will der Autor — ein amerikanischer Sozialpsychologe, aber nicht identisch mit dem „Pygmalion-Rosenthal“ (Rosenthal, R. u. L. Jacobson, 1968) — durch Einführung der geschichtlichen Perspektive in die Psychologie abhelfen: Die Analyse der Menschenbilder vergangener Epochen soll die Dürftigkeit und Selektivität der zur Zeit geltenden menschlichen Eigenschaften und Verhaltensweisen aufdecken und die Vielfalt menschlicher Möglichkeiten zeigen. Für die Betrachtung wählte Rosenthal das Menschenbild der Griechen, des Mittelalters und der Renaissance, da sie im Gegensatz zu heute, gemeint ist vor allem die US-amerikanische Gesellschaft, die humanistische Auffassung von den Fähigkeiten, Bestrebungen der Menschen besonders betonen würden und so Modelle und Leitlinien für die sich nach Meinung des Autors gegenwärtig abzeichnenden neuen Humanismustendenzen bereitstellen könnten. Nach einer Beschreibung des jeweiligen kulturellen Komplexes wird herausgearbeitet, wie sich ein hypothetischer Psychologe in dem betreffenden soziokulturellen Kontext mit den vier Verhaltenskategorien ‚Intelligenz‘, ‚Gruppenverhalten‘, ‚Wahrnehmung‘ und ‚Ich‘ befassen würde. Daran anschließend folgen für jeden Bereich die Beurteilung der modernen Tests und psychologischen Untersuchungen sowie Verbesserungsvorschläge.

So weit könnte es sich um eine informative Arbeit handeln, die sowohl Forschungsinhalte als auch die Forschungsmethodik in ihre Betrachtung einbezieht. Leider fehlt aber die entscheidende Perspektive, daß die gesellschaftlichen Bedingungen im wesentlichen durch die Art der Produktionsverhältnisse bestimmt sind und ein verändertes Menschenbild in bezug auf diese formuliert und durchgesetzt werden muß. Rosenthal geht es dementsprechend auch nur darum, „wie der Armut der *Psychologie* abzuhelfen wäre“. Seine Verbesserungsvorschläge konzentrieren sich auf die Veränderung und Erweiterung der psychologischen Forschungsinhalte und -methoden, als ob auf diese Weise andere menschliche Verhaltensweisen durchgreifend realisiert werden können. „Gegen den vorherrschenden kulturellen Ethnozentrismus in der psychologischen Wissenschaft“ schlägt der Autor dem psychologischen Wissenschaftler folgende ideelle, individualistische Wege vor: „Suche in sich selbst nach diesen latenten Möglichkeiten“, ein „Vertieftsein in humanistische Erfahrung“, eine „Art kulturelle Psychoanalyse“ (270), ferner auch Sensitivity-Training und Meditation zur Erweiterung dieser Gefühle.

Linde Bernath (Oldenburg)

## Geschichte

**Turner jr., Henry Ashby:** *Faschismus in Deutschland.*  
Studien zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Wirtschaft.  
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972 (158 S., br., 18,— DM).

Ohne Frage trauerten die Unternehmer in der Weimarer Republik den Zeiten vor 1918 nach, der Epoche einer viel weniger gefährdeten sozialen Herrschaft (die im Ersten Weltkrieg immer mehr auch eine politische geworden war). Die autoritäre Verfassung und politische Praxis des monarchischen Staates zugunsten der beiden herrschenden Klassen Junker und Großbürgertum war ihr politisches Leitbild. Eine grundsätzliche Änderung des Weimarer „Systems“ wurde seit 1929 immer häufiger auch öffentlich von einflußreichen Vertretern der Großindustrie oder ihren publizistischen Sprachrohren gefordert. Dies wird z. B. deutlich beim ersten öffentlichen Frontalangriff des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen die Große Koalition im Dezember 1929. Schon die vom Verband herausgegebene Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ (intern als Kampfschrift betrachtet) fordert in ihrer Konsequenz eine grundlegende Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches. Der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes, Carl Duisberg (Vorsitzender des Verwaltungsrates der I. G. Farben), erklärte am 12. Dezember 1929 auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes, die Unternehmer brauchten angesichts der Wirtschaftslage sofortige und weitgehende Hilfe: „Kompromisse helfen nicht mehr! Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“ „Zehn Jahre verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik“ — solche und ähnliche Formulierungen finden sich häufig in Zeitungen, die industrielle Interessen vertreten. So erschien in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die von einem Konsortium aus Vertretern der westlichen Eisenindustrie, der Schifffahrt und einigen Banken kontrolliert wurde, im Frühjahr 1929 eine Artikelserie über „Bürgerliche Erneuerung“. In dem dritten von insgesamt sieben Aufsätzen heißt es u. a.: „Es ist eine Erfahrungstatsache, daß Schichten, die aus ihrer Macht verdrängt werden, meist schon zuvor in ihrer Überzeugung schwankend geworden sind, sich von den Forderungen einer neuen Welt weitgehend ankränkeln lassen und zum Widerstande unfähig werden. In Deutschland zeigte sich dies besonders elementar, weil das Bürgertum mitverwickelt wurde in den Sturz eines politischen Systems, das in vielen Dingen noch aus feudaler, vorbürgerlicher Zeit Nahrung und Kraft gezogen hatte. Es fragt sich nun: Wird die bürgerliche Welt die Kraft finden, der proletarischen einen allmählich wachsenden Widerstand entgegenzusetzen? [...] In dieser Lage fehlt dem Bürgertum nichts als ein Führer, der die Werbetrommel rührt, der neue Parolen, keine Ladenhüter aus der Agitationskiste der Vorkriegszeit, ausgibt und zum Sammeln bläst.“ Hier wird die Wiedererringung der uneingeschränkten Klas-

senherrschaft des Bürgertums ganz bewußt als politisches Endziel angesehen. Der Faschismus war besonders geeignet, das im letzten Satz enthaltene Programm zu verwirklichen. Am 24. Februar 1933 schrieb die Wirtschaftszeitung „Ruhr und Rhein“ (herausgegeben von den Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Essen und Krefeld, vom Langnamverein und vom Zweckverband Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen): „Der Wahlkampf, den wir jetzt durchleben, ist nicht nur ein Gericht über das ‚System der letzten 14 Jahre‘ und damit nicht nur ein Kampf gegen Parteiwillkür und falschverstandenen Parlamentarismus, gegen übertriebenen Fiskalismus und sozialistisch-marxistische Wirtschaftsexperimente. Der Wahlkampf ist vielmehr gleichzeitig auch Verkünder einer neuen geistigen Haltung und damit ein Kampf für die Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes, für den Grundsatz einer autoritären Staatsführung, für die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung, ein Kampf für Arbeit und Brot“ (Leitartikel des Chefredakteurs W. Culemann).

Turners Arbeit möchte dagegen ein anderes Bild der Haltung der führenden Industriellen vermitteln: „Für das uns hier beschäftigende Thema ist jedoch entscheidend, ob die unübersehbar steigende Unzufriedenheit der Großunternehmer sie veranlaßte, während der letzten Phasen der Weimarer Republik Hitler und seine Bewegung zu unterstützen. Die Antwort lautet, aufs Ganze gesehen: nein.“ Diese Aussage wird später modifiziert: „Zu einem Gesinnungsumschwung kam es bei den meisten Großunternehmern im Dezember 1932; ausgelöst wurde er vor allem von Schleicher. Es ist kaum möglich, das Mißtrauen und die Furcht zu übertreiben, mit denen die Wirtschaft dem Manne begegnete, der am 3. Dezember Reichskanzler wurde. Die Wirtschaftsführer waren ihm zum Teil wegen seiner Rolle beim Sturze Papens, des einzigen Kanzlers, den sie bewundert und dem sie vertraut hatten, feindlich gesonnen. Den Ausschlag aber gab Schleichers scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber orthodoxen ökonomischen Prinzipien und den traditionellen Klassengegensätzen. Kurz nachdem er Kanzler geworden war, rief er in Unternehmerkreisen schwerste Bestürzung hervor, als er erklärte, er sei weder Kapitalist noch Sozialist. Überdies hofierte er offen die Gewerkschaften und beschwor so das Gespenst eines Bündnisses von Militär und Arbeiterklasse gegen die wohlhabenden Schichten der Gesellschaft herauf. Deshalb fürchteten Deutschlands Großunternehmer, daß Schleicher sich als ein Sozialist in Uniform entpuppen würde. Mehr aus dem Wunsch heraus, ihn loszuwerden, als Begeisterung für seinen Nachfolger begrüßten sie die Ereignisse des Januar 1933. Entgegen oft wiederholten Behauptungen beteiligte sich die Wirtschaft an den Intrigen dieses Monats nicht aktiv.“ Man fragt sich bei solchen Formulierungen, war es Schleicher oder Thälmann, der im Dezember 1932 Reichskanzler wurde? Immerhin, das läßt sich selbst aus Turners Darstellung herauslesen, waren die Großunternehmer sofort bereit, die faschistische Lösung der sozioökonomischen Krise zu be-

jahren, wenn ein Reichskanzler es zu dieser Zeit noch wagte, „offen“ die Gewerkschaften zu „hofieren“ (mit dieser Formulierung wie mit anderen Ausdrücken übernimmt Turner übrigens ganz naiv das Selbstverständnis oder die Propagandaformeln der Anti-Schleicher-Fronde, ohne nach den wirklichen Motiven zu fragen).

Wie aktiv die Industriellen nicht nur in dieser Phase auf die NSDAP einwirkten, ist in einem Aufsatz Dirk Stegmanns nachzulesen (vgl. Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, Jg. 1973, S. 399 bis 482). Auch die Kritik, die Turner an der Darstellung E. Czichons für diese Phase leistet, stößt meist ins Leere. Am 19. November 1932 forderten 20 führende Vertreter von Industrie, Landwirtschaft und Banken Hindenburg auf, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Turner schreibt dazu: „Wenn man jedoch die Liste derer, die tatsächlich unterschrieben haben, mit der ursprünglichen Liste vergleicht, die von den Organisatoren der Petition zusammengestellt worden war, wird deutlich, daß die große Mehrheit offensichtlich die Unterschrift verweigerte“ (welche Mehrheit, sagt Turner nicht). Es ist wohl auch bezeichnend, daß die DDR-Historiker ein Dokument, das sich in der gleichen Akte befindet und das ebenfalls aus dem November 1932 stammt, nicht erwähnt haben: ein Wahlaufuf, herausgegeben vom Deutschen Ausschuß „Mit Hindenburg für Volk und Reich“, der dazu auffordert, bei den Reichstagswahlen im November die Parteien zu wählen, die Papens Kabinett unterstützen (d. h. nicht die Nationalsozialisten). Im Gegensatz zu den 20 unterschriebenen Exemplaren der Petition haben diesen Aufruf 339 Persönlichkeiten unterzeichnet, darunter einige der vielen prominenten Unternehmer, die als Unterzeichner der anderen Petition vorgesehen wurden, sie aber nicht unterzeichneten (26, Anm. 44). — Der Wahlaufuf der 339 liegt jedoch zeitlich *vor*, die Eingabe vom 19. November *nach* der Reichstagswahl vom 6. November 1932. Diese Wahl machte ja gerade erneut deutlich, daß Papen keine Massenbasis besaß. Politisch war Papen gescheitert, die Frage war, wer sein Nachfolger werden sollte bzw. welches System sich nun auf Dauer etablieren ließ. In diesem Zusammenhang steht ein wichtiges Dokument, das Czichon abdruckt, Turner aber einfach übergeht. In einer vertraulichen Information, die der Reichsminister Bracht am 26. November 1932 von dem Leiter eines industriellen Pressebüros erhielt, heißt es: „Die Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, die wohl ursprünglich im Rahmen des Papen-Programms und zur Stützung vorgesehen war, ergab anläßlich der zwanglosen Unterhaltung die überraschende Tatsache, daß fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht“ (E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967, S. 13).

Turners Arbeitsweise zeigt sich auch in den anderen Aufsätzen: im Ton auf billige Apologie gestimmt, in der Sache schief. Hartnäckig werden immer nur solche Fakten aus den Akten herausgezogen, die dem Ansehen der Unternehmer möglichst wenig Abbruch tun. Ganz unverblümt schreibt Turner dann auch in diesem Sinne im Vorwort:

„Entspricht die weitverbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht.“ Positiv sei hervorgehoben, daß Turner zum erstenmal eine bisher nicht bekannte Schrift Adolf Hitlers veröffentlicht. Sie wurde im Sommer 1927 auf Anregung von Emil Kirdorf geschrieben. Hier vertrat Hitler u. a. die Auffassung, die wirtschaftliche Lage sei nur scheinbar gut; eine wahre wirtschaftliche Stärkung sei nur dann möglich, wenn Deutschland von seiner zugrunde liegenden politischen Krankheit geheilt werde (37). Diese Ansicht teilten viele führende Industrielle.  
Klaus Wernecke (Hamburg)

**Storek, Henning:** *Dirigierte Öffentlichkeit. Die Zeitung als Herrschaftsmittel in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Regierung.* Westdeutscher Verlag, Opladen 1972 (156 S., Ln., 36,— DM).

Ohne ein Wort der Begründung zu verlieren, überspringt Jürgen Habermas' Untersuchung des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (1962) die Zeitspanne der Weimarer Republik und des Faschismus an der Macht; und auch die „herrschende Meinung“ gerade der „linken“ allgemeinen Faschismustheorien mißachtet den Bereich der faschistischen Öffentlichkeit (vgl. dazu meinen Beitr. in „Ästhetik und Kommunikation“, 20. Juni 1975). Storeks Arbeit darf also auf Interesse rechnen; handelt es sich dabei doch, worauf der Leser von Karl Dietrich Bracher im Vorwort (7) hingewiesen wird, um eine Analyse über den „zentralen Bereich des Machtergreifungs- und Konsolidierungsprozesses“ im deutschen Faschismus und um eine Analyse der Totalitarismusfrage „unter einem besonders wichtigen Teilaspekt: dem Charakter und der Funktion der ‚Öffentlichkeit‘ in einer modernen Einparteiendiktatur“.

Storeks Intention ist es, „die Monopolisierung des Informationsträgers Zeitung in einer totalitären Phase sozialer Kommunikation“ (14) zu analysieren. Von dieser Orientierung an einer totalitarismustheoretischen Fragestellung her gelangt er auch zu seiner politischen Intention, die darin besteht, bezüglich der BRD „die publizistische Ideologie — die intellektuelle Konstruktion also, daß das Kommunikations- und Informationsbedürfnis der Gesellschaft hinreichend und in richtiger Orientierung wertneutral befriedigt wird — daraufhin abzuklopfen, wieweit sie eine nicht bloß akzidentelle Demokratisierung unserer Gesellschaft verhindert“ (118 — s. auch 17). Diese beiden Seiten von Storeks Intention behindern sich gegenseitig. Die totalitarismustheoretisch gegebene methodologische Einengung (Verzicht auf Inhalts-, Wirkungs- und Funktionsanalysen) und Orientierung an der idealtypischen Gegenüberstellung von de-

mokratischer Korrektiv- und totalitärer Akklamationsfunktion der Presse bringen es mit sich, daß die politischen Intentionen lediglich aufgesetzt werden. Obwohl Storek „in der Funktion der Öffentlichkeit als Entsprechung bestimmter Herrschaftsverhältnisse und in der Leistung des Massenmediums Zeitung für die soziale Integration dieser besonderen Öffentlichkeit“ (113) die entscheidende *differentia specifica* sieht, so bestimmt er diese doch niemals von ihren Formen und Inhalten her, sondern erklärt sie — überwiegend historisch-chronologisch und deskriptiv — lediglich vom Selbstverständnis her.

Storek bezieht sich unkritisch auf einen Totalitarismusbegriff (s. 18) und von daher auf einen Begriff eines „totalitären Kommunikationsprozesses“ (107), der gleichzeitig die institutionelle Beschränkung und den Verzicht auf eine inhaltliche und formale Kontinuitätsanalyse abstützt und bedingt. Obwohl er ausdrücklich die „Vorstufen der Presse-Gleichschaltung“ behandeln will (26 ff.), geht er nicht auf die finanziellen und ideologischen Pressionen ein, mittels derer der Großteil der bürgerlichen Presse — nicht nur derjenigen Hugenberg's — in der Endphase der Weimarer Republik profaschistisch festgelegt worden ist (vgl. z. B. Koszyk in „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“, Jan. 1972, Wernecke demnächst in „Gesellschaft“). Und an einer Stelle (37) erweckt Storek sogar den Eindruck, als bedeute erst der Faschismus an der Macht eine schwere politische Beeinträchtigung der sozialdemokratischen und besonders der kommunistischen Pressearbeit (s. dagegen nur die statistischen Angaben: 29). Dazu paßt es, daß die Charakterisierung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als industriefreundlich und profaschistisch nicht entfaltet wird (44, s. 46).

Wenn es Storek zufolge den Nationalsozialismus auszeichnet, daß er eine autoritäre Kontrolle ausübt (48), so dürfen zwar die Formdifferenzen zwischen Faschismus, Weimarer Republik und BRD nicht verkannt werden, es müssen aber gerade die inhaltlichen Kontinuitäten analysiert werden. In dieser Beziehung aber geht Storek den immer nur vage angesprochenen „in den Bedingungen des Massenzeitalters enthaltenen Tendenzen zur Uniformierung“ (76) nicht nach. Seine „ein wenig idealtypisch[e]“ (88) Arbeitsweise liefert so weder eine zureichende Analyse der faschistischen Öffentlichkeit noch der Transformation „der“ Presse der Weimarer Republik im Faschismus. Es bleibt bei einigen interessanten Hinweisen — z. B. stellen Soldaten ein besonderes Zielpublikum dar (105) —, die aber nichts zur Klärung der spezifisch öffentlichkeitswirksamen Wirkung „der“ Presse im Faschismus beitragen. Wenn Storek meint: „Die Beeinflussungstechnik als ein Teil des Herrschaftsggebarens hatte die Alibifunktion, das unartikulierte, vorgebliche Wollen des Volkes in Form zu bringen“ (106), und wenn er diese Form durchgängig als proimperialistisch anspricht (z. B. 13), so verpflichtet ihn das dazu, einen Faschismusbegriff vorzustellen, die Inhalte von Beeinflussung in Verbindung zum Terror zu diskutieren und die Wirkung dieser Bemühungen zu analysieren. Alles aber wird unterlassen; ja, Storek

berücksichtigt noch nicht einmal die relativ wenigen Arbeiten über die öffentliche Meinung im Nationalsozialismus (zusammenfassend dazu etwa Wette in „Militärgeschichtliche Mitteilungen“, 2/1972).  
Eike Hennig (Frankfurt/M.)

**Besymenski, Lew:** Die letzten Notizen von Martin Bormann. Ein Dokument und sein Verfasser. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1974 (345 S., Ln., 28,— DM).

Bormanns letztes Tagebuch vom 1. Jan. bis 1. Mai 1945, das bei der Befreiung Berlins der Roten Armee in die Hände gefallen war, dient dem sowjetischen Zeithistoriker Besymenski als Substrat für eine Reihe von Studien — neben einer über Bormanns Person — über die Ereignisse während dieser letzten Monate des „3. Reichs“. Die Notizen selbst, die Besymenski nach langer und mühsamer Suche wiederauffinden und identifizieren konnte, sind außerordentlich spärlich, um nicht zu sagen dürftig, und stehen daher in eigenartigem Kontrast zu den unglaublichen und verbrecherischen Vorgängen während ihrer Niederschrift.

Bormann stammt aus der berüchtigten „Roßbach-Gruppe“, dem früheren „Freikorps Roßbach“, die den Besitz von Großgrundbesitzern in Mecklenburg „verteidigte“, Feme-Morde verübte und sich später „Deutsch-völkische Freiheitspartei“ nannte. Das Urteil in einem solchen Mordfall, 1923 in Parchim verübt, ist im Dokumenten-anhang abgedruckt. Rudolf Höß, einer der Truppführer und später Kommandant in Auschwitz, wurde zu 10 Jahren, Bormann nur zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, auf das ihm die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Besymenski geht aber auch ausführlich auf die zahlungskräftige Unterstützung der NSDAP durch die Großindustrie ein; gerade solche brutalen, skrupellosen und bestechlichen Typen wie Bormann, Himmler, Göring, Eicke, Höß usw. brauchte das Monopolkapital für die terroristische Ausübung seiner Herrschaft im Faschismus. So fragt sich Besymenski zu Recht: „War das eine totale Diktatur oder ein ‚Staat der totalen Intrigen‘?“ (44) Und auf die Frage, worin der Grund für die „Mittelmäßigkeit“ der Naziführer gelegen habe, antwortet er: „Es drängt sich der Gedanke auf, daß die NS-Diktatur eine gewisse subalterne Funktion ausübte“ und weist auf die Rolle der Großbanken hin (286)..

Die Unmenschlichkeit des faschistischen Systems gipfelte wohl im sog. „Generalplan Ost“ des Rassenpolitischen Amtes der SS: im Zuge der Ausraubung Polens, Südosteuropas und vor allem der Sowjetunion durch deutsche Monopole sollten ganze Nationen vernichtet und der „Ostraum“ mit Deutschen besiedelt werden, was eine „Umsiedlung“ (= Vernichtung) von 50 Millionen Menschen bedeutet

hätte! (87) In einem der zahlreichen Memoranden Bormanns (vom 19. August 1942) heißt es: „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben“ (76). Besymenski zieht daraus die Schlußfolgerung: „Tatsache ist, daß ein Mensch, der andere Völker verachtet, zu seinem eigenen Volk keine guten Beziehungen haben kann. Hitler und Bormann, die andere Völker zum Untergang verdammten und in ihnen ihre Sklaven sahen, hielten auch die Deutschen für ihre Sklaven“ (154).

Sehr aufschlußreich sind die immer wieder in die einzelnen Studien eingestreuten dokumentarischen Bemerkungen und Abschnitte: ob es sich um die Darstellung der teilweise hektischen Bemühungen um einen Separatfrieden gegen die Sowjetunion (neben der genauen Rekonstruktion des Heß-Fluges nach England wird u. a. ein Gespräch eines SS-Mannes mit Dulles vom Februar 1943 wiedergegeben), des Marsches der Roten Armee auf Berlin und des Endes der Naziregierung oder die der ersten Maßnahmen der sowjetischen Besatzung, der Lebensmittelzuteilung, handelt (7 Dokumente).

Ausführlich schildert Besymenski auch das „Herumgeistern“ Bormanns nach dem Krieg in der westeuropäischen Presse bis zur — allerdings immer noch nicht endgültig widerspruchsfreien — Identifizierung seines Skeletts 1972 in West-Berlin; er stellt dabei einen Zusammenhang dieser Berichte und „Sensationsmeldungen“ mit der jeweiligen politischen Situation in der Bundesrepublik her und schildert auch die Angriffe, die seinen eigenen Büchern galten. Besymenski sieht darin eine Rehabilitations- und Ablenkungsfunktion von den eigentlichen Problemen eines Faschismusverständnisses. Viel wichtiger als die Beschäftigung mit der Einzelperson Bormann ist Besymenski daher „... die Notwendigkeit, mit der nazistischen Gefahr fertig zu werden“ (271). Peter M. Kaiser (Münster)

**Wolf, Lore:** Ein Leben ist zu wenig. Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1974 (183 S., Ln., 8,— DM).

Erinnerungen von Antifaschisten erfreuen sich in der DDR großen Interesses, handeln sie doch von einer progressiven Traditionslinie, auf der sich Geschichte und Politik dieses Staates gründen. So ist es nicht erstaunlich, daß der Verlag des Jugendverbandes in der DDR diesen Band herausgab, dessen Verfasserin in der BRD lebt. Der Röderberg-Verlag übernahm die Erinnerungen als Lizenzausgabe.

Lore Wolf erklärt zu ihrem Bericht: „So wie ich haben Hunderte gekämpft“ (178). Und so gibt sie nicht nur ihre eigenen Erlebnisse wieder, sondern spricht von vielen ihrer Kampfgefährten. Zwanzigmal war die um die Jahrhundertwende im Fränkischen Geborene verhaftet. Beeinflußt von ihrem Vater, der der SPD angehörte, und dem Höchster Stadtverordnetenvorsteher, bei dem sie als Steno-

typistin arbeitete, schloß sie sich der Sozialistischen Arbeiterjugend an. Hier beschäftigte sie sich mit marxistischer Literatur, und hier lernte sie ihren Ehemann, einen Kommunisten, kennen. Sie selbst wurde 1933 Mitglied der KPD, als die Partei schon illegal gegen den Faschismus kämpfte. Lore Wolf kam mit ihrem Mann zu dieser Zeit aus der Sowjetunion, wohin sie sich — nach dreijähriger Arbeit bei den Ford-Werken in den USA — verpflichtet hatten. Sie ist nun in die antifaschistische Front in Frankfurt am Main eingereiht und gibt mit ihrer Gruppe die illegalen Zeitungen „Das proletarische Volksgericht“ und „Der Widerstand“ heraus. 1934 muß sie ins Saargebiet fliehen, wo sie u. a. mit dem kommunistischen Schriftsteller Hans Marchwitza und der Sozialdemokratin Johanna Kirchner die antifaschistische Aufklärungsarbeit fortsetzt, ebenso ab 1935 in Frankreich und zeitweilig in der Schweiz. So treten sie z. B. für die zum Tode verurteilte Liselotte Herrmann ein und wirken im Schutzverband Deutscher Schriftsteller. 1940 verhaftet und im Jahr darauf zu zwölf Jahren Zuchthaushaft verurteilt, beweist Lore Wolf im Zuchthaus Ziegenhain ungebrochenen Mut und richtet ihre Mitgefangenen auf. Bei der Evakuierung der Häftlinge nach Hamburg-Fuhlsbüttel orientieren sich die inhaftierten Frauen nach ihrem Vorbild.

Lore Wolfs Bericht berührt Herz und Verstand. Denn sie schildert ihre Erlebnisse und Gefühle in den hier nur knapp skizzierten äußeren Stationen mit einfachen Worten. Es besticht, daß sie immer vor allem ihrer Kampfgefährten gedenkt, wie sie sich ebenfalls um Ehemann und Tochter sorgt, die von ihrer Seite gerissen wurden. Ihre Erinnerungen beschönigen nichts von der Schwere und dem Leid des illegalen Ringens gegen Faschismus und Krieg, der Emigration und der Haft in Nazikerkern. Lore Wolf erfüllt ergreifend ihr Versprechen, „das Wesentliche (zu) sagen, die Wahrheit“ (178). Ihr Bericht erhellt aber auch, daß die Rolle der Frauen im antifaschistischen Kampf, ihr Mut und ihre Zähigkeit noch nicht ausreichend gewürdigt wurden. Ebenso sollte er anregen, z. B. eingehend das Wirken des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller im Exil oder den antifaschistischen Widerstand in Frankfurt am Main darzustellen, und zwar in engagierten Untersuchungen wie in bewegenden Erlebnisberichten. Denn für solche Publikationen gilt gleiches, was Anna Seghers im Vorwort zu Lore Wolfs Erinnerungen hervorhebt: „Wenn die Zeit kommt, in der Hitler und der Nazismus der Jugend wie eine Legende vorkommen wird, wie ein Stück Geschichte, das ihren Abscheu erregt und ihr fast unbegreiflich ist, bringen die Aufzeichnungen von Lore Wolf in die Köpfe und in die Gemüter, was damals ein Antifaschist erlebt hat. Denn hier ist jeder Satz erlebt, es ist ihrer und ihrer Freunde Sache, die dargestellt wird . . . Sie hat unserem eigenen Gedächtnis und dem Gedächtnis unserer Nachkommen nicht nur die Grausamkeit und Verfolgung bewahrt, sondern auch und vor allem heroischen Widerstand und unverbrüchliche Zusammengehörigkeit“ (5).

Klaus Drobisch (Berlin/DDR)

## Politik

**Brückner, Peter:** „... bewahre uns Gott in Deutschland vor irgendeiner Revolution!“ Die Ermordung des Staatsrats v. Kotzebue durch den Studenten Sand. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1975 (128 S., br., 5,50 DM).

Mit einigen zeitgenössischen Quellen, hauptsächlich den „Erinnerungsblättern für gebildete Leser“ des August Schumann von 1820, dokumentiert Brückner die Unruhen an deutschen Universitäten zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die in der Ermordung des russischen Agenten Kotzebue 1819 durch den vaterländisch und national, demokratisch und idealistisch gesonnenen Burschenschaftler Sand gipfelten, eine Tat, die zum Ausgangspunkt der *ersten großen Berufsverbotskampagne* in Deutschland ausgenutzt wurde: Metternich führte die Karlsbader Beschlüsse herbei; die studierenden Bürgersöhne und einige ihrer demokratisch und national orientierten Professoren wurden polizeistaatlichen Maßnahmen ausgesetzt, die Universitäten und die gesamte wissenschaftliche und literarische Tätigkeit wurden strengen Zensurmaßnahmen unterworfen; die akademische Lehr- und Meinungsfreiheit fiel staatlichen Restriktionsmaßnahmen zum Opfer; die ersten Anzeichen einer kommenden bürgerlich demokratischen Revolution sollten wirksam erstickt werden; keiner sollte noch wagen können, ohne existenzgefährdende Konsequenzen befürchten zu müssen, für nationale Einheit, bürgerliche Freiheiten und die Philosophie der Aufklärung sich auszusprechen.

Die Methode der *kommentarlosen* Aneinanderreihung historischer Texte verärgert besonders, wenn unvermittelt eine Fußnote über die heutige Zeit eingeblendet wird oder umstandslos eine Passage über Lehrfreiheit westdeutscher Professoren zwischenmontiert ist. Brückner hätte gut daran getan, sich vor zu schneller Parallelisierung mit den Berufsverbotsbeschlüssen unserer Zeit zu hüten. Es muß sehr bezweifelt werden, ob die damalige Studentenbewegung für bürgerliche Rechte und Überwindung der Kleinstaaterei, für ein starkes und einiges Vaterland und eine demokratische Verfassung der heutigen sozialistischen in irgendeiner Weise gleichgesetzt werden kann. In Brückners Dokumenten fällt dem heutigen Leser eine phänomenale Ähnlichkeit des staatlichen Zuschlagens, der Inszenierung einer politischen Kampagne und der Legitimierung von Zwangsmaßnahmen auf. Die Erkenntnis der Bedeutung dieser Berufsverbote damals und heute liegt jedoch durchaus nicht zutage; sie müßte analytisch aus dem Stoff herausgeholt werden.

Abschließend enthält das Buch ein Kapitel „Über die Unmöglichkeit einer Hochschulreform“ (114—128). Hier werden politische Thesen aller Art aufgestellt; kaum wird belegt, abgeleitet oder bewiesen. Greifen wir einige der markantesten Behauptungen heraus.

In Bildung und Qualifizierung würden „Intensivitäts-“ oder „negative Qualifikationen“ (116) in den Vordergrund treten; d. h. *haltungen und Tugenden* der Systemintegration seien das vorwiegende Produkt der Ausbildung. Kann man aber mit bloßer Kapitaltreue auch Maschinen bauen? Muß man das nicht auch *können*? — Die Hochschulreform werde von Kapital und Staat gar nicht gewollt, „nicht einmal eine ‚bürgerliche‘“ (119); der Staatsapparat praktiziere vielmehr nur administrative Restriktionen, Repression, Entpolitisierung, Funktionalisierung usw. „Die Reform, die nicht gehen wird, beginnt mit *Zwang*. Erst soll Ordnung sein, ehe Leistung sein kann, erst einmal Leitung, dann Wissenschaft. (Die Differenz zur Hochschulpolitik in der DDR ist da nicht sehr groß.) Ein Medium des Zwangs, der Disziplinierung sind die *Berufsverbote*“ (121). Abgesehen von der wenig Systemkenntnis verratenden Bemerkung über die DDR, liegt hier eine Loslösung staatlicher Reform-Maßnahmen von ihren Ursachen, Notwendigkeiten, ökonomischen und politischen Kräften vor.

Die Arbeit des Hochschullehrers sei „weniger entfremdet“ (122), weil „sach- und wissenschaftsentsprechende Antworten ... zugleich *ichgerechte* Antworten sein können. ... Die Qualifikation für *seine* Tätigkeit — Forschen, Lehren — erwirbt der Hochschullehrer sich ja, indem er *individuelle* Neigungen, Fähigkeiten, Fertigkeiten entwickelt“ (123). Die Negation der Entfremdung läge demnach in der *Individualität* der Interessen. Demnach wären Kapitalisten, die doch höchst individuelle und private Interessen haben und diese wissenschaftlich umsetzen z. B. durch Rationalisierung der Produktion, nicht entfremdet. Nicht das Individuelle oder Subjektive negiert jedoch die Entfremdung, nur die bewußte Gesellschaftlichkeit der Arbeit kann diesen historischen Prozeß befördern. Nach Brückners Darstellung ist Wahrheit heute bedeutungsgleich mit „Verwertbarkeit für Profit-Interessen“ (123), mit „Konformität oder — als ‚negative‘ Qualifikation — mit der Erstickung von Kritik“ (124). Die als individuelle bestimmte Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit verschwinde mit ihrer „*Industrialisierung*“. Nun erst würden tatsächlich auch die armen Hochschullehrer entfremdet. Als Parallele zur Arbeitswelt wird herbeigezogen: gegenwärtig sei ein umfassender Prozeß der Arbeitsintensivierung und -zerlegung sowie Dequalifizierung, Überforderung, Zerstörung von Arbeitsethos und Betriebsloyalität im Gange. Aber: „Die technologischen Schübe und Generalangriffe auf die ‚Reste‘ von Menschlichkeit und Autonomie der Arbeit produzieren ihrerseits wieder Kritik an der Fabrik ... Die Intensivierung der Ausbeutung schafft also Protestpotentiale unter den Betroffenen, die durch zusätzliche Maßnahmen der Unterdrückung ... kontrolliert werden müssen“ (126). Als Grundtenor ist ausmachbar: die Entwicklung des Kapitalismus wird zur „Selbsterstörung“ (128).

In Brückners Strategie der abstrakten Negation wird aber das Bündnis mit allen Kräften aufgegeben, die in der Lage wären, als Totengräber des Kapitals zu handeln, weil er deren Erstarken weder erkennt noch fördert. Man verbündet sich nicht mit den ihre zu engen

Systembedingungen sprengenden Produktivkräften, nicht mit den wachsenden Fähigkeiten, Kenntnissen, Qualifikationen der Produzenten, sondern baut auf umfassende staatliche Unterdrückung, die den Widerstand schon herbeiführen werde.

Holm Gottschalch (Berlin/West)

**Schneider, Peter:** ...schon bist du ein Verfassungsfeind. Das unerwartete Anschwellen der Personalakte des Lehrers Kleff. Rotbuch Verlag, Berlin/West 1975 (106 S., br., 8,— DM).

Ein Lehrer wird wegen angeblich mangelnder Verfassungstreue entlassen, denn er schrieb in einem gewerkschaftsinternen Brief: „Der auf dem Schülerflugblatt vertretenen Meinung, daß es auch undemokratische Gesetze und Bestimmungen gäbe, bei denen Widerstand, nicht Gehorsam angebracht sei, kann doch ernsthaft kein Demokrat widersprechen“ (31). Da schließlich, nach lang sich hinziehendem Verfahren, auch das Gericht dieser Meinung nicht widersprechen konnte, wurde als vorgeschobener Entlassungsgrund die Verletzung der Schweigepflicht über dieses schwebende Berufsverbotsverfahren genannt, denn die Lehrer berieten und handelten in diesem Fall öffentlich und solidarisch.

Der Vorgang wird in Form einer introspektiven Korrespondenz des Lehrers Kleff mit seinem Anwalt wiedergegeben. Es werden alle möglichen privaten Erlebnisse, persönlichen Ansichten, Gefühle und Wünsche ausgebreitet. Die brüchige, weil Heterogenstes umstandslos zusammenwerfende Konstruktion versucht, das Innenleben des Lehrers zum Vorschein zu bringen. Schneider hat die sehr anspruchsvolle Absicht zu zeigen, wie die staatliche Treueverpflichtung in die Psyche, in das Denken der einzelnen Persönlichkeit eingreift. Die Form langweilt nicht nur darum, weil sprachlich höchst dürftig gearbeitet wird, sondern auch weil man dem Lehrer seine ausschließlich selbstinteressierte und angestrengte Beredtsamkeit gegenüber dem Anwalt nicht abnimmt.

Manchen Lesern mag das Buch helfen, sich eine Meinung über die Berufsverbote in der BRD zu bilden. Wer mit der Wiedergabe des linken Meinungsspektrums z. B. in Kneipengesprächen zufrieden ist, hat ein Buch mit zahlreichen Beobachtungen gefunden. Schneider, selber Lehrer mit Berufsverbot, kennt sich in der großen Gruppe potentiell betroffener Lehrer aus; es gibt viele Stellen mit klaren und prägnanten Einzelheiten. Aber insgesamt wirkt das Buch doch geschwätzig und überflüssig. Warum? Der Grund liegt wohl vor allem in der sozialen Haltung dieses Betroffenen. Hat Kleff eigentlich eine politische Überzeugung, ein Interesse, für das er eintritt? Es scheint, er ist einer, der sich auf nichts festlegen lassen will, obwohl er in einer sozialistischen Universitätsorganisation und in der GEW als Fachgruppenleiter tätig war.

Sieht man genauer zu, so erkennt man dennoch eine politische Haltung. In Diskussionen unter Kollegen, die Kleff referiert, wird

z. B. eine Gleichsetzung von Berufsverboten in der BRD und DDR vertreten. Kleff nimmt dazu nicht Stellung; Schneider versteckt sich hinter Kleffs Meinungslosigkeit; so wie sich die Kollegen in dieser Diskussion äußern, so sprächen sie halt. Der Leser reagiert verärgert über die Positionslosigkeit und das Versteckspiel. Schneider läßt ferner, durchaus einseitig, die Gelegenheit nicht aus, Linke verschiedener Orientierung (Anarchisten, DKP-Mitglieder) sich so darstellen zu lassen, daß sie lächerlich wirken; sodann schließt Kleff seine Tagebuchnotiz als lachender Dritter ab, der damit nichts zu tun hat.

Nachdem Kleff gekündigt worden ist, räumt er seinen Schreibtisch aus dem Zimmer und verschenkt seine Bücher: „Ich finde mehr als ein Dutzend Bücher braucht man überhaupt nicht. Bücher werden mir erst wichtig, wenn ich sie zum zweiten und dritten Mal lese und mich erinnere, was ich empfunden und mir gewünscht habe, als ich sie zum erstenmal las“ (65). Was ist das für ein Lehrer, der ein so äußerliches Verhältnis zu seiner Arbeit hat, daß er alles wie eine Theaterkulisse beiseiteschieben kann, um nurmehr Musik zu machen, zu reisen, zu trinken, zu rauchen und sich immer weiter nach innen zu kehren? Wie armselig ist er, wenn durch diesen Verwaltungsakt eine politische Haltung, die für sich beanspruchte, die einzig sozialistische zu sein, zu nichts zerstielt? Was hat diesem Lehrer seine Arbeit bedeutet, wenn er sagt: „Ich habe mich in meiner Freizeit eigentlich immer gegen den Dienst gewehrt, eine Art Widerstand gegen den Dienst aufgebaut, weil ich dann wieder mehr Lust und Phantasie für den Dienst hatte . . . dieser tägliche Widerstand gegen den Dienst ist doch die einzige Möglichkeit, nicht so ein blöder Besserwisser zu werden“ (13). Was will dieser Lehrer eigentlich in der Schule bewirken?

Letztlich stellt sich die Frage, ob und was dieser Lehrer durch die Vorgänge, denen er unterworfen war, selbst gelernt hat. Am Ende steht Kleff jedoch genauso politisch amorph, genauso selbstinteressiert da wie anfangs. Er hat sich ein wenig weiter nach innen hinein entwickelt. Vielleicht können wenigstens die Leser, die Entwicklung dieser Haltung beobachtend, lernen, daß nur eine Verbindung mit verallgemeinerbaren Interessen und das Eingehen von Bündnissen mit weitest denkbarer gemeinsamer Grundlage eine Lösung in dieser Frage herbeiführen können. Der Lehrer Kleff darf sich nicht wundern, daß seine sehr besondere Individualität keine Bündnisse stiftet; allein kann er aber für die Wahrung der Grundrechte nicht erfolgreich kämpfen.

Holm Gottschalch (Berlin/West)

**Böll, Heinrich:** *Berichte zur Gesinnungslage der Nation.* Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1975 (63 S., br., 4,80 DM).

In dieser Satire befinden sich Agenten des Verfassungsschutzes im „Gesinnungserfassungseinsatz“ auf dem Sympathisantenumfeld der Linken. Unabhängig voneinander werden ein diffus links orientierter Feuer-Aktions-Künstler, ein dänischer Rundfunkjournalist und eine Anarchisten-Sekte von derselben Behörde inszeniert. Ihre Strategie

der Gesinnungsermittlung besteht darin, von ihrer getarnten Position her als agent provocateur Reaktionen herbeizuführen und diese akribisch aufgezeichnet an die staatlichen Instanzen zu senden. Da die drei voneinander nicht wissen, daß sie Verfassungsschutz-Agenten sind, ermitteln sie sich hauptsächlich gegenseitig (wie in Chestertons „Der Mann, der Donnerstag war“). Ihr Handeln auf der linken Szene mündet in eine Plakataktion der Anarchistengruppe gegen eine Reihe von Kapitalverbänden, vor denen als „kriminellen Vereinigungen in der Kölner Oberwelt“ gewarnt wird (51); die Reaktionen der Bevölkerung sind jedoch anders als erwartet, denn von einem der Agenten (die Anarchisten sind inzwischen verhaftet) muß als Gesamtergebnis festgestellt werden: „erschreckend! Zynische Kommentare, peinliche Formen der Belustigungsbekundung, nur sehr selten wahre und echte Empörung“ (53). „Äußerungen etwa auf den Nenner zu bringen ‚Gut, daß die es auch mal kriegen‘ bis ‚Immer feste druff auf die Herren‘. Was mich besonders beunruhigt: der Berufsstand der Taxifahrer ist offenbar einem Gesinnungswandel unterworfen gewesen: weit mehr Belustigung als Empörung, kein einziger sprach von der Todesstrafe“ (55 f.).

Vielen Lesern mag das Buch verdeutlichen, wie agents provocateurs arbeiten und wie Spitzel Gesinnungen ermitteln. Viele Erscheinungen und Vorgänge in der anarchistischen bis ultralinken Protestbewegung mögen in ihrer Authentizität zweifelhaft werden, die Presseberichterstattung wird man mit weniger naiven Augen lesen und manche Organisationen, die außerordentlich revolutionär auftreten, wird man nun leichter als mögliche staatliche Unternehmen erkennen.

Ziel des Spotts dieser Satire: der staatliche Apparat zur Gesinnungsschnüffelei arbeitet lächerlich zirkulär, irrational und ineffektiv. Das Umschlagen aus einer die Linke mittels der Anarchisten isolierenden und Antipathie gegen sie konzentrierenden Aktion in einen *wirklichen* propagandistischen Angriff auf die „kriminellen Vereinigungen“ der Herrschenden erscheinen indes kaum komisch. Worüber soll der Leser hier lachen, wenn nicht über die mangelnde Zielstrebigkeit, politische Ignoranz und laokoonische Selbstverstricktheit des Agentenapparates? Kann man darüber noch lachen, wenn man sich die Dimensionen dieses furchteinflößenden Apparates, seine historische antikommunistische Mission und seine zahllosen Opfer vergegenwärtigt? Ist Bölls Humor noch überzeugend, wenn man an die hunderttausenden Überprüfungen der erpreßten Staatstreue, die Indiennahme der umfassenden zentralen elektronischen Datenverarbeitung für die Kontrolle und Bespitzelung und die faschistischen Wurzeln dieses Apparates denkt? Möglicherweise gefriert vielen — gerade betroffenen — Lesern das Lachen. Möglicherweise kann man heute über die staatlich betriebene Bespitzelung von Bürgern und die Schnüffelei (wie unerträglich niedlich das Wort doch klingt!), über die weitverzweigten Agentenapparate und den Mechanismus der selbsttätigen Verdachtsbegründung und -erhärtung gar keine Satire schreiben.

Holm Gottschalch (Berlin/West)

**Ökonomie**

**Ehrenberg, Herbert:** Zwischen Marx und Markt. Konturen einer infrakstruktur-orientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik. Societäts-Verlag, Frankfurt/M. 1974 (340 S., Ln., 26,— DM).

H. Ehrenberg, der mit der wirtschaftspolitischen Landschaft in der BRD nach Tätigkeiten bei der IG Bau, im Bundeswirtschaftsministerium und als derzeitiger stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestages wohl vertraut ist, versucht in diesem Buch, Reformkonzepte für den Bereich der Wirtschaftspolitik zu entwickeln bzw. zu konkretisieren. Daß in diesem Zusammenhang das gegenwärtige Wirtschaftssystem in die Diskussion einbezogen wird, unterscheidet dieses Buch von vielen anderen. Offenbar ist ihm die Funktion zugedacht, innerhalb der z. T. auch theoretischen Auseinandersetzungen in der SPD das klärende Wort des „Praktikers“ zu verbreiten.

Ehrenberg analysiert zunächst die wirtschaftliche Lage der BRD, setzt sich dann mit den „Antikonzepten der Neuen Linken“ auseinander und entwickelt schließlich seine Reformvorschläge. Die Wirtschaftspolitik soll nach Ehrenberg in den Dienst des Verfassungsauftrags zur Herstellung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats gestellt werden. Dieser selbst wird nicht näher konkretisiert.

In seiner Lagebeschreibung konstatiert Ehrenberg verschiedene Fehler der in der BRD betriebenen Wirtschaftspolitik. So kritisiert er die Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Wachstums auf „Mensch und Umwelt“, falsche Ansichten über die Produktivität öffentlicher Investitionen, die Autonomie der Bundesbank und den falschen Einsatz konjunkturpolitischer Instrumente im allgemeinen. Dazu liefert er einige eher programmatisch zu verstehende Hinweise zur Strukturpolitik.

So sehr Ehrenberg in vielen einzelnen Punkten zugestimmt werden kann, so wenig ist seine Lagebeurteilung eine Analyse. Ehrenberg hält die Steuerbarkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems im wesentlichen für eine Frage der richtigen Einsichten der Regierenden und betont, daß es auf diesem Gebiet in Deutschland lange gehapert habe. Daß wirtschaftspolitische Haltungen und Entwicklungen auch Momente gesellschaftlicher Interessenaueinandersetzungen sind, verschwindet aus dem Blickfeld. Und damit ist das entscheidende Manko des Buches genannt: Es enthält keine Analyse der Interessenlage der Reformkräfte und der Reformgegner.

Statt dessen begibt sich Ehrenberg in ein Gefecht mit den sogenannten Neuen Linken, um anhand behaupteter Denkfehler von Marcuse, Baran, Mandel und anderen grundlegende Analysen des

kapitalistischen Systems überhaupt zu diskreditieren. Zwar ist es hübsch, Lenin gegen Mandel zitiert zu sehen, der zu beweisende Punkt bleibt jedoch unbewiesen: Denn wenn sich auch bei den genannten Autoren kaum Hinweise für alternative wirtschaftspolitische Strategien finden lassen, so entbehrt es doch jeglicher logischen Stringenz, dies als Beweis für die grundsätzliche Richtigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems anzuführen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage dürfte überdies Ehrenberg auch praktisch überholt haben.

Dennoch ist dies Buch lesenswert, da in seinem dritten Teil einige Bereiche staatlichen Handelns in großer Konkretion durchgegangen und verarbeitet werden. Im Vordergrund steht die Forderung nach einer besseren Koordinierung der Infrastrukturpolitik aller öffentlichen Hände, die Ehrenberg durch Aufstellung und Verwirklichung eines Bundesentwicklungsplans gewährleistet sehen will. Ein solcher Plan würde ebenfalls eine veränderte Finanzpolitik voraussetzen, die wieder eine Veränderung der Konjunkturpolitik nach sich ziehen müßte. Diesen in Zusammenhang stehenden Kapiteln schließen sich einige Abschnitte über Fragen der Vermögensverteilung, der Sozialpolitik und des Beamtenrechts an.

So reformfreudig sich Ehrenberg für den staatlichen Sektor zeigt, so wenig Reformfreude entfaltet er für den Unternehmensbereich: Während er etwa die Autonomie der Bundesbank abgeschafft wissen möchte, um diese wichtige Institution parlamentarischer Kontrolle unterziehen zu können, findet er an der Autonomie der großen Unternehmungen nichts auszusetzen. Zu dieser Inkonsequenz verhilft ihm die nach wie vor weit verbreitete und nichtsdestoweniger falsche Gleichsetzung von demokratischer Kontrolle mit zentraler Administration. „Angesichts von Hindernissen mag die kürzeste Linie zwischen zwei Punkten die krumme sein.“ Mit diesem dem Buch vorangestellten Brechtzitat will der Autor den pragmatischen Charakter seiner Überlegungen betonen. Nicht jede krumme Linie führt jedoch zum Ziel.

Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg)

**Frey, Bruno S.: Umweltökonomie.** Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1972 (142 S., br., 8,80 DM).

Es scheint eines der Hauptanliegen von Frey zu sein, die ökonomische Fachliteratur mit Übersichten zu versorgen. Für die Gebiete Wachstumstheorie und Neue Politische Ökonomie hat er dies bereits in reichlichem Maß besorgt, nun legt er — mit sicherem Gespür für neue, zukunftsträchtige Teilgebiete der Ökonomie — eine Übersicht über den Diskussionsstand der Umweltökonomie vor. Die einzelnen Diskussionspunkte sind dabei zumeist klar entwickelt und gut gegliedert, und natürlich wird alles auch ein bißchen kritisiert. Der von Frey für dieses Buch formulierte Anspruch ist indes nicht gerade bescheiden: Es ist „für Leser geschrieben, denen die Aufzählung von

Fakten und das Wehklagen über die Umweltzerstörung nicht genügen, sondern die deren *gesellschaftliche Hintergründe* und die *Möglichkeiten* für eine erfolgreiche *Umweltpolitik* zu erfahren suchen“ (3). Es geht ihm also um die „Darlegung und Kritik der verschiedenen *Ursachen* des Entstehens von Umweltschäden“ (9).

Als wissenschaftliche Disziplin sei die Umweltökonomie deshalb entstanden, weil zunehmend Teile der Umwelt knapp würden; die sog. moderne Wirtschaftstheorie könne nun als Methode zur Analyse der Verwendung knapper Ressourcen aufgefaßt werden, folglich sei sie zur Untersuchung von Umweltproblemen besonders geeignet. Unter dieser sog. modernen Wirtschaftstheorie versteht Frey freilich nichts anderes als eine praxeologisch gewendete, fast triviale mikroökonomische Theorie, deren Jargon und Verfahrensweisen auf Umweltprobleme aufgepfropft werden.

Der zentrale Argumentationsgang in Freys ‚Umweltökonomie‘ läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Es sind nicht die Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise, wodurch Umweltprobleme entstehen, sondern die zu geringe Vermarktung der Umwelt! Zunächst zeigt Frey, daß die bisherigen Auffassungen von der Erde als offenem Gesamtsystem offensichtlich unzureichend sind. In der Umweltökonomie hingegen werde die Erde als geschlossenes ökonomisch-ökologisches Gesamtsystem betrachtet, woraus beispielsweise der Schluß gezogen werden könne, daß insbesondere Abfälle nicht unbegrenzt zunehmen könnten. Ferner werden einige Modelle des ökonomisch-ökologischen Gesamtsystems vorgestellt. Besondere Aufmerksamkeit verdient hier ein Input-Output-Modell, das auch für empirische Analysen der ökonomisch-ökologischen Zusammenhänge verwandt werden kann. Andere Modelle und analytische Verfahren zur Erfassung der Zusammenhänge werden — zu Recht — vergleichsweise kurz abgehandelt.

Im dritten Abschnitt wird die Frage nach der Entstehung von Umweltschäden behandelt. Hier wird nicht einmal der Versuch gemacht, den eingangs so forsch formulierten Anspruch einzulösen. Zunächst: der Mensch als Ursache. Er besitze keine „Umweltethik“. „Die Begründung liegt auf philosophischer Ebene. Angesprochen ist die auch in anderem Zusammenhang oft gehörte Klage, der Mensch kenne seine Grenzen nicht und frevle daher wider die Natur“ (37). Ferner müsse beachtet werden, daß der Mensch „unwissend“ sei; immerhin, Frey beruht hier mit dem Hinweis, die Bedeutung der Information für tatsächliches Handeln werde oft überschätzt (39). Das System als Ursache. Frey unterscheidet hier zwischen dem Wirtschafts- und dem Gesellschaftssystem: „Obwohl die Art des Wirtschaftssystems zweifellos enge Beziehungen zur Umweltschädigung aufweist, ist sie als Erklärung nicht überzeugend. Das gegenwärtige Preissystem ist heute zwar eine *hinreichende*, nicht aber notwendige Voraussetzung zur Umweltzerstörung“ (40). Zum Gesellschaftssystem:

„Die Marxisten (Sozialisten) sind der Ansicht, das gesellschaftliche Interesse könne sich gegen das private nur dann durchsetzen, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben ist“ (41). „Ex-treme Anhänger der Marktwirtschaft („Neoliberale“) hingegen betonen, ohne durchsetzbare Eigentumsrechte an Umweltgütern wie Luft und Wasser könne sich kein Markt und damit kein Preis bilden, der allein die Allokation sinnvoll regele“ (41). Nach dieser scheinbar neutralen Gegenüberstellung der beiden extremen Positionen läßt Frey erkennbar werden, daß er an der Seite der Befürworter marktwirtschaftlicher Lösungen steht. Für ihn spielen die externen Effekte — d. h. nicht über den Markt vermittelte Effekte der Produktion — die offenbar größte Rolle beim Verursachen von Umweltschäden. Obwohl externe Effekte gerade anzeigen, daß die Produktion von Waren durch Private ein gesellschaftliches Verhältnis beinhaltet, offeriert er ganz unreflektiert den trivialen mikroökonomischen Ansatz, demzufolge die Produzenten isoliert produzieren und sich gesamtwirtschaftlich gleichwohl eine Pareto-optimale Situation ergibt. Am Ende meint allerdings auch Frey: „Der Ansatz eignet sich jedoch zur Beschreibung der meisten Umweltprobleme nicht, weil in der Realität die Zahl der (schlecht informierten) Geschädigten in der Regel groß ist“ (48). Wie man sieht, ist von der angekündigten Erklärung der Ursachen der Umweltschäden nicht viel übrig geblieben.

Von einigem Interesse ist der Abschnitt über ökonomische und ökologische Wachstumstheorien; es wird — auch graphisch — dargestellt, daß für die ökonomischen (neoklassischen) Theorien das exponentielle, für die ökologischen Theorien hingegen das logistische Wachstum charakteristisch sei. Sodann kommt Frey auf Bevölkerungsprobleme zu sprechen. Es ist kein Zufall, daß die Überlegung, einen Markt für Baby-Zertifikate zu schaffen, bei der Diskussion einer sinnvollen Bevölkerungspolitik den größten Raum einnimmt: Hier wird nur einmal mehr die Grundtendenz der bürgerlichen Ökonomie neoklassischer Provenienz deutlich, alles zu vermarkten, was noch nicht über den Markt vermittelt wird. Nichts anderes spielt sich in der Umweltpolitik ab. Die Instrumente der Umweltpolitik werden von Frey so lange abgeklopft, bis er beim Markt für Umweltzertifikate angelangt ist. Wir müssen noch ein Beispiel für die oben skizzierte Art der Begriffsbildung nachtragen. Was liegt einem Wirtschaftstheoretiker wie Bruno S. Frey näher als die Inflationierung des Kapitalbegriffes? Über Millionen Jahre hinweg angesammelte Bodenschätze sind nun einmal nichts anderes als „ökologisches Kapital“!

Als Überblick über die Literatur ist das Buch von Frey dennoch geeignet. Man kann sogar abschätzen, was an wissenschaftlicher Einsicht unter Zugrundelegung des von Frey gewählten Ansatzes grundsätzlich „drin“ ist; folglich ist das Buch auch für Leser empfehlenswert, die sich nicht näher mit dieser Art Umweltökonomie beschäftigen wollen.

Michael Krüger (Berlin/West)

**Bruckmann, Gerhart, und Helmut Swoboda:** *Auswege in die Zukunft. Was kommt nach der Konsumgesellschaft?* Verlag Fritz Molden, Wien/München/Zürich 1974 (303 S., geb., 28,50 DM).

An die Meadows-Studie, „Grenzen des Wachstums“, haben eine Fülle von Autoren mit gleichen oder ähnlichen Fragestellungen angeschlossen; zu ihnen gehören auch Bruckmann/Swoboda. Sie gliedern ihr Buch mit medizinischen Termini in Diagnose, Therapie und Prognose. Als Quelle tödlicher Gefahren für die Welt machen sie aus: „Bevölkerungsexplosion, Ernährungskrise mit zumindest regionaler Hungersnot, Atomkrieg, Energiekrise, Rohstoffmangel, Umweltzerstörung, psychischer Zusammenbruch durch Streß und Informationsüberlastung, wirtschaftlicher Zusammenbruch durch Stagflation, Zusammenbruch der demokratischen Strukturen und verstärkte Wiederkehr des politischen Terrors und der Intoleranz“ (10). Mit dem Zahlenmaterial aus der Meadows-Studie belegen die Autoren ihre Diagnose, ohne diesem Material neues hinzuzufügen oder ihm neue Aspekte abzugewinnen. Für die Entstehung der Probleme sind ihrer Meinung nach nicht politische Systeme verantwortlich zu machen, ebensowenig wie Lösungsmöglichkeiten in heute existierenden Systemen auszumachen wären: „Die Sowjetunion ringt ebenso mit der Umweltverschmutzung und mit dem Phänomen der Entfremdung des Menschen wie die nichtkommunistischen Staaten . . . Das gleiche gilt von allen Rohstoffvorräten — das Gesellschaftssystem mag Produktionsmethoden, Verteilung und Verbrauch unterschiedlich regeln oder dem freien Marktgeschehen überlassen; die Sachzwänge werden dadurch nicht beeinflusst“ (44). Da die Autoren gesellschaftsspezifische Ursachen nicht zu erkennen vermögen, machen sie systemunabhängige, ewig geltende Eigenschaften der Individuen für das Dilemma verantwortlich. Der einzelne will seinen Vorteil, er will optimieren auch, wenn das Gesamtsystem Schaden nimmt. Bruckmann/Swoboda versuchen dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Auf einer Gemeindewiese können 100 Kühe ausreichend ernährt werden. Der Gemeindebürger, der die 101. Kuh auf die Weide schickt, handelt zwar wirtschaftlich vernünftig, weil ihm ja keine Kosten entstehen und sein Tier sich immerhin zu 99 % sattfressen kann, „die Gesamtheit der Dorfbewohner wird jedoch geschädigt: kein Stück Vieh wird mehr vollkommen satt, der Milchertrag geht allmählich zurück, die Tiere magern ab“ (70). Dann folgern die Autoren in schlichter Analogie: „Auf der internationalen Ebene übernehmen die Staaten die Rolle der optimierenden Individuen und versuchen, auf Kosten des Gesamtsystems Erde ihren Nutzen zu maximieren“ (85). Aber auch auf nationaler Ebene, in den einzelnen Unternehmen funktioniert dieser Mechanismus. Hier haben Unternehmer und Arbeiter ein Interesse an billiger Produktion, auch unter bewußter Schädigung der Umwelt. „Gerade da in dieser Frage alle Betriebsangehörigen ‚im gleichen Boot‘ sitzen, ergibt sich dieselbe Maximierung auch völlig unabhängig von der Gesellschaftsform, in den ‚sozialistischen‘ Län-

dern des Ostens“ (102). Zur Therapie fallen den Autoren zunächst kleine, aber konkrete Schritte ein. So wollen sie die Benzinpreise um einen halben Pfennig anheben, um damit den Schiffen ihr Altöl abzukaufen, das sie sonst ins Meer ablassen (194). Solche Maßnahmen reichen natürlich nicht aus; in ihrem Fazit kommen Bruckmann/Swoboda denn auch zu dem Ergebnis: „Nicht eine neue Ethik, eine neue Moral, eine neue Religion oder ein neuer Mensch sind erforderlich, um die Welt vor der Katastrophe zu retten. Notwendig ist nur vermehrte Einsicht in die neuen Realitäten und Besinnung auf ewige Werte“ (275).

Alle alten und zum Teil uralten Klischees tauchen in dem Buch wieder auf, diesmal angereichert mit den Zahlen und Fakten aus Meadows Studie und unter modischem Titel. Weder in dem empirischen Teil noch im theoretischen Vorgehen gibt es neue Aspekte. Alle Fakten und Argumente sind schon auf höherem Niveau von verschiedenen Konvergenztheoretikern entwickelt worden. Hinter diese Diskussion fallen die Autoren weit zurück. Ein Rückfall, der keineswegs durch den populärwissenschaftlichen Charakter, durch die angestrebte Allgemeinverständlichkeit, entschuldigt werden kann. Motiviert ist dies Buch offensichtlich von der Absicht, einen Anteil an den hohen Verkaufszahlen der Meadows-Studie abzuzweigen.

Jörg Bohnsack (Berlin/West)

### Richtigstellung

Im Editorial zu *Argument* 93 ist irrtümlicherweise behauptet worden, der im selben Heft veröffentlichte Aufsatz von Thorsten Graf und Manfred Herzer, „Zur neueren Diskussion über die Homosexualität“, sei „ein Diskussionsbeitrag aus der ‚Homosexuellen Aktion Westberlin‘ (HAW)“. Tatsächlich sind die Autoren *nicht* Mitglieder dieser Organisation; sie sehen vielmehr in dem von ihnen hauptsächlich kritisierten Aufsatz aus dem „Kursbuch“ einen bezeichnenden Ausdruck für die ihrer Auffassung nach falsche Theorie und Praxis der HAW.

# Blätter für deutsche und internationale Politik

---

12 '75

H. Ridder: Europa nach Helsinki.  
Zur Perspektive von Akzeptanz  
und Widerstand

J. Huffs Schmid: Alternativen wirk-  
samer und sozialer Wirtschafts-  
politik

C. Butterwegge: Das Staatsver-  
ständnis der SPD am Beispiel des  
„Orientierungsrahmens '75“

R. M. W. Kempner: Die Nürnber-  
ger Prozesse — dreißig Jahre da-  
nach

J. Kuczynski: Die Weltwirtschaft  
des Kapitals. Vierteljahresüber-  
sicht

M. L. Sarin: Indien vor und nach  
Ausrufung des Ausnahmezustands  
am 26. Juni 1975

O. Cless: DDR-Forschung zwi-  
schen Ignoranz und Objektivität

*Wirtschaftsinformation*

*Dokumente zum Zeitgeschehen*

1 '76

A. Maske: Militärische Entspan-  
nung als notwendige Konsequenz  
und Auftrag der KSZE

H. Bories: „Libertés“ und öffent-  
licher Dienst in Frankreich

R. Hegselmann: Die Systemthe-  
rie Luhmanns als technokratischer  
Institutionalismus und admini-  
strative Hilfswissenschaft

H. Hülsmann: Die Schwierigkeiten  
des Jürgen Habermas beim Ver-  
such, Theorie und Praxis zu ver-  
mitteln

W. Elsner: Die „neue politische  
Ökonomie“ und Ansätze politisch-  
ökonomischer Neubestimmung in  
den Wirtschaftswissenschaften (II)

Autorenkollektiv: Zur wirtschaft-  
lichen Entwicklung 1974/75

J. Ostrowsky: Angola

*Wirtschaftsinformation*

*Dokumente zum Zeitgeschehen*

20. Jahrgang, Dezember 1975, Heft 12

21. Jahrgang, Januar 1976, Heft 1

---

Erscheint monatlich Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50, für Studenten, Schüler,  
Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. Bestellungen über Buchhandel oder  
Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

# DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

## 11 '75

W. Keil/J. Trobisch/L. Tyb'1: Proletarischer Internationalismus und sozialistischer Patriotismus im Sozialismus

H.-G. Reinemann/A. Seidl: Internationales und Nationales in den sozialistischen Traditionen

K. Kannegießer/K. Ueberschär: Kritik religiöser und sozialreformistischer Interpretationen der Naturwissenschaft

H. Klein: Austromarxismus und Sozialreformismus

L. Zahn: Zur Saint-Simon-Rezeption der bürgerlichen Ideologie

St. Dietzsch: Naturphilosophie als Handlungstheorie?

G. Stiehler: Die Kategorien Basis und Überbau

M. Robbe: „Summa“ bürgerlicher Ideologie

K. Gößler: Der zweifelhafte „Marxismus“ des A. Sohn-Rethel

H. Paucke/H. Kroske: Weltmodelle — neue Konvergenzvarianten zu Umweltproblemen

C. Warnke: Marxistische Kritik der Phänomenologie und die Philosophie Roman Ingardens

J. Čerňanský/U. Huar: Sozialistische Lebensweise

23. Jahrgang, November 1975, Heft 11

## 12 '75

E. Albrecht: Ökonomische Gesetze und der Mechanismus ihrer Ausnutzung

H. Leisering: Ökonomische Gesetze — Bedürfnisse — Interessen

J. Dölling: Die Bedeutung von Definitionen in der Philosophie

D. Kirchhöfer: Die Bedeutsamkeit philosophischer Begriffe für die marxistisch-leninistische Pädagogik

R. Raffel/U. Richter: Theoretische Probleme der Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Revisionismus

M. Robbe: Kritik nichtmarxistischer Konzeptionen der Entwicklung in der „Dritten Welt“

E. Kaiser: Wahrheit und Erkennbarkeit bei W. Stegmüller

H. Hocke: Die Wahrheitsdefinition Tarskis und die marxistisch-leninistische Wahrheitstheorie

P. Ruben: Die Wissenschaft von der Entwicklung und die Entwicklung der Wissenschaften

G. Hochmuth/M. Kliemt: Die Herausbildung der wissenschaftlichen Weltanschauung beim künftigen Ingenieur

W. R. Beyer: „Hegel und die Russen“

23. Jahrgang, Dezember 1975, Heft 12

Erscheint monatlich. — Einzelheft 6,— DM, Jahresabo 72,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Buchexport, DDR 701 Leipzig, Leninstr. 16

# MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge  
aus marxistischen  
und antimperialistischen  
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

## 23

### Arbeiterjugend. Soziale Lage — Bewegungen — Ideologie

J. W. Jerjomin: Adaption der Jugend im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus

K. I. Sarodow: Soziale Aktivität der Jugend und die Kommunisten  
M. Fedel: Das Verhältnis der Jugend zur Gesellschaft

E. Marcucci: Lehrlingsausbildung: Schule der Ausbeutung

A. A. Schlichter: Kanadas Arbeiterjugend unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution

M. Jacques: Aspekte und Tendenzen der Jugendkultur

J. Boyd: Zum Aufsatz von M. Jacques

W. Adamski: Neue Wege der Jugendpolitik

F. Gazsó/T. Kolosi: Berufswahl, Berufsänderung, Identifikation mit der Arbeit

Autorenkollektiv: Die Jugend und der Zionismus

## 24

### Kritik der bürgerlichen Wissenschaftstheorie

G. Domin: Wissenschaft und Wissenschaftsfortschritt in der Sicht bürgerlicher Sozialwissenschaftler

S. R. Mikulinskij/L. A. Markova: Auffassungen über Triebkräfte der Wissenschaftsentwicklung

G. Domin/H.-H. Lanfermann: Wandlungstendenzen der funktionalistischen Wissenschaftstheorie

H.-H. Lanfermann: Sozialökonomische Determination der Wissenschaft und Anti-Science-Bewegung

G. Kröber: Zum Problem der Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte in der Entwicklung der Wissenschaft

S. S. Gusev: Kriterien qualitativer Veränderung wissenschaftlicher Kenntnis

B. M. Majzel: Das Erkenntnisproblem in den Arbeiten K. R. Poppers in den 60er Jahren

G. Berlinguer: Neue Forschungspolitik in Italien

6. Jahrgang, Juli—September 1975,  
Heft 3

6. Jahrgang, Oktober—Dezember 1975,  
Heft 4

Erscheint vierteljährlich — Einzelheft 6,— DM, Jahresabo 22,— DM, für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Wehrdienst- und Ersatzdienstleistende 18,— DM zuzüglich Porto — Bestellungen über Buchhandel oder Institut für Marxistische Studien und Forschung, Liebigstr. 6, 6000 Frankfurt/M.

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK

# Demokratische Erziehung

---

1 '76

## Wirtschaftskrise — sozialer Abbau — Alternativen

H. Gautier: Ein bedeutendes Ereignis im Kampf gegen die Krisenlasten, für Entspannung, Demokratie und Sozialismus — Zum Bonner Parteitag der DKP

J. Huffschmid: Krisenzyklus in der BRD

H. Mader: Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise

A. Böpple: Auswirkungen der Krise auf die soziale Lage der Arbeiterklasse

W. Petschick: Gewerkschaftsstrategie und -politik unter Erpressung

H. Jung: Bankrott der Globalsteuerung — Krise staatsmonopolistischer Konjunkturpolitik

J. Goldberg: Die Grundzüge der marxistischen Krisentheorie heute — kritische Übersicht

H. Maier: Planmäßiges Wirtschaftswachstum und Sicherung der Arbeitsplätze im Sozialismus

D. Roer/D. Henkel: Psychiatrische Krankenversorgung in der Krise

H. Voßke: Wilhelm Pieck

J. Angenfort: Soziale Demontage

H. Vossen: Zum Tarifabschluß in der Stahlindustrie

14. Jahrgang, Januar/Februar 1976,  
Heft 1

---

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM; auch im Abo erhältlich. Bestellungen über Buchhandel oder Verlag Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 78a, 6000 Frankfurt (Main) 50

---

1 '76

## Sozialisation und Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher

W. Jantzen: Materialistische Erkenntnistheorie, Behindertenpädagogik und Didaktik

H. Reiser u. a.: Konzentrationsstörungen in der Schule

R. Wellen: Verhaltenstherapeutische Behandlung eines mutistischen Kindes

D. Pilz: Legasthenie als Störung der sprachlichen Kommunikationsfähigkeit und einige Aspekte ihrer Therapie

H. Deppe-Wolfinger: Die berufliche Eingliederung Behinderter

U. Preuss-Lausitz: Tendenzwende in der Heilpädagogik?

R. Koch/G. Rocholl: Gleichgültigkeit der Lohnerzieher

D. Kramer: Jugendzentren und Jugendarbeitslosigkeit

W. Rügemer: Staatliche Jugendpolitik und Jugendarbeitslosigkeit

2. Jahrgang, Januar 1976, Heft 1

---

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelpreis 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM für Schüler, Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

# mehr wert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

---

8

E. Glombowski, W. Pfaffenberger  
u. J. B. Vetter: Gesamtwirtschaft-  
liche Grundbegriffe und -bezie-  
hungen, Akkumulation und Be-  
schäftigung. Studienmaterialien  
Teil II

November 1974

9

J. Mendner: „Humanisierung der  
Arbeit“ als gewerkschaftspoliti-  
sches Problem

G. Ortman: Zum Theoriestatus  
der Betriebswirtschaftslehre

H. Arndt u. G. Famulla: Die Lei-  
tung des kapitalistischen Produk-  
tionsprozesses. — Eine Ausein-  
andersetzung mit begrifflichen Be-  
stimmungen des kapitalistischen  
Charakters von Leitung

Juni 1975

10

R. Wegener: Jürgen Habermas  
und die Kritik der „Kritik der poli-  
tischen Ökonomie“

G. Stamatis: Zum Marx'schen Ge-  
setz vom tendenziellen Fall der  
allgemeinen Profitrate

J. Glombowski: Gleichgewichtige  
erweiterte Reproduktion und fixes  
Kapital

Erscheint Anfang 1976

---

Erscheint unregelmäßig. Preis für Bd. 8  
= 12,50 DM, Bd. 9 = 9,50 DM. — Bestel-  
lungen über Buchhandel oder Mehr-  
wert, 1 Berlin 62, Salzburger Str. 8

# NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT  
ENGAGIERTER CHRISTEN  
UND SOZIALISTEN

---

263/264

**Portugal**

D. de Almeida: Revolution und  
Konterrevolution marschiert

C. Frey: In der Kaserne der  
RALIS

Der Streit um die Medien — Do-  
kumentation

M. Siegert: Portugiesischer Okto-  
ber

Pater Max: Der Kampf um die  
Bauern. Als Priester im Norden  
Portugals

**Starker Staat**

Berliner Autorenkollektiv: Knüp-  
pel aus dem Sack. Wie sich die  
BRD zum Polizeistaat mausert

W. Abendroth: Schnüffler und  
Schergen. Berufsverbote in der  
BRD

G. Nenning: Vier Jahre bedingt.  
Zum österreichischen Wahlergeb-  
nis

F. Geyrhofer: Planwirtschaft —  
von rechts? von links?

G. Nenning: Zur Psychopathologie  
der Weltrevolution

22. Jahrgang, November/Dezember  
1975, Heft 8

---

Erscheint in 12 Heften im Jahr, z. T.  
in Doppelheften. — Einzelheft 6,50 DM,  
44,— öS, im Jahresabo 4,41 DM 30,—  
öS, für Studenten 3,33 DM, 22,50 öS. —  
Bestellungen über Buchhandel oder  
Neues Forum, Museumstr. 5, A 1070  
Wien

# psychologie heute

## 11 '75

### Die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit

D. D. Braginsky/B. M. Braginsky: Arbeitslose — Menschen ohne Vertrauen in sich und das System

B. Rice: Die psychischen Kosten der Arbeitslosigkeit

Autorenkollektiv: Drogen-Zentrum Heidelberg — Selbsthilfe durch Selbstorganisation

O. Kelmer/A. Stein: Aggression. Im Schußfeld des Bildschirms

H.-J. Schneider: Wer wird Opfer eines Verbrechens?

K. A. Schneewind: Intelligenzforschung

H. B. Paulus: Kippfiguren — ein Lieblingsspielzeug der Psychologen

W. Wehrstedt: Psychologie in Polen

H. Weber: Arbeitszufriedenheit als Indikator für seelisch-körperlich bedingte Fehlhaltungen

T. G. Stamphl: Implisionstherapie

2. Jahrgang, November 1975, Heft 11

## 12 '75

### Wilhelm Wundt

W. Bringmann / W. Balance: Wilhelm Wundts Lehr- und Wanderjahre

F. Ausubel u. a.: Eugenik — Kommen wieder Erbgesetze?

H. Ernst: „Macht Ihr Eugenik oder nicht?“ Erste genetische Poliklinik in der BRD

Genetische Beratung in der BRD, der Schweiz und Österreich — Alle Adressen

C. Martindale: Gehirnwellen und Kreativität

H.-J. Schneider: Wer wird Opfer eines Verbrechens? (II)

H. D. Dahlhoff: Wirtschaftspsychologie

Hochschul-Zulassungstests für fast alle Fächer

W. Volpert/P. Groskurth: Arbeitspsychologie = Lohnarbeitspsychologie

H. J. Kragelmann: Guten Tag. Wer von Ihnen ist Napoleon? Psychiater, Psychologen und „Irre“ in Comics

2. Jahrgang, Dezember 1975, Heft 12

Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM + —,70 DM Versandkosten. Jahresabo 45,— DM. — Bestellung über Buchhandel oder Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

# tendenzen

# TEXT+KRITIK

---

104

## Realismus in der DDR

E. Bartke: Realismus in der DDR  
Natur, Technik, Mensch — Ge-  
spräch mit W. Wegener

Kunst soll Denken herausfordern  
— Gespräch mit F. Cremer

K.-H. Maetzke: Junge Generation  
in junger Galerie

Der sozialistische Realismus ist in  
Bewegung geraten — Gespräch  
mit Prof. Peter Feist

16. Jahrgang, Nov./Dez. 1975, Heft 6

105

## Engagierte Fotografie

G. Ullmann: Die Fotografie und  
das inszenierte Leben

H. Frey: Fotografie und Gewerk-  
schaftspresse

K. Rose: Das Aktionsfoto

D. Mielke: Arbeiterfotografie in  
der BRD

H. Ditsch: Jeder hat einen Foto-  
apparat

H. Hoffmann: Zur Fotografie in  
der DDR

F. Weich: Politische Fotomontage  
— heute

17. Jahrgang, Jan./Feb. 1976, Heft 1

---

Erscheint alle zwei Monate. — Einzel-  
heft 6,50 DM, Jahresabo 35,— DM,  
Stud.-Abo 27,— DM. — Bestellungen  
über Buchhandel oder Damnitz Ver-  
lag, Kaiserstr. 54, 8000 München 40

---

49

## Hans Magnus Enzensberger

H. M. Enzensberger: Gedichte

T. Buck: Enzensberger und Brecht

A. Hildebrand: Selbstbegegnun-  
gen in kurzen Stunden

G. Zürcher: Wer verteidigt wen  
gegen wen?

D. Steinbach: Hans Magnus En-  
zensberger — Zur Rezeption und  
Wirkung seines Werkes

W. Hönes: Bibliographie Hans  
Magnus Enzensberger 1955—1975

Januar 1976, Heft 49

---

Erscheint jährlich in vier Heften. —  
Einzelpreis der Hefte je nach Umfang.  
Jahresabo 24,— DM. Bestellungen über  
Buchhandel oder edition text + kritik,  
Levelingstr. 6a, 8 München 60

|   |     |
|---|-----|
| Post, Werner, u. Alfred Schmidt: Was ist Materialismus?<br>(W. F. Haug) . . . . . | 117 |
|---|-----|

## Sprach- und Literaturwissenschaft

|   |     |
|---|-----|
| Behr, Klaus, u. a.: Grundkurs für Deutschlehrer: Sprachliche Kommunikation (J. Ellerbrock) . . . . .                  | 118 |
| Eichler, Wolfgang: Einführung in die theoretische Linguistik auf fachdidaktischer Grundlage (J. Ellerbrock) . . . . . | 119 |
| Schödel, Siegfried: Linguistik (J. Ellerbrock) . . . . .  | 119 |
| Zarnikow, Annemarie: Einführung in die Linguistik (J. Ellerbrock) . . . . .   | 119 |
| Bergmann, Rolf, u. Peter Pauly: Einführung in die Sprachwissenschaft für Germanisten (J. Ellerbrock) . . . . .        | 120 |
| Pelz, Heidrun: Linguistik für Anfänger (J. Ellerbrock) . . . . .  | 120 |
| Bünting, Karl-Dieter, u. Detlef C. Kochan: Linguistik und Deutschunterricht (H.-G. Hölsken u. W.-W. Sauer) . . . . .  | 122 |
| Maas, Utz: Argumente für die Emanzipation von Sprachstudium und Sprachunterricht (J. Ellerbrock) . . . . .            | 125 |
| Heringer, Hans-Jürgen: Praktische Semantik (J. Streeck) . . . . .   | 126 |
| Heringer, Hans-Jürgen (Hrsg.): Seminar: Der Regelbegriff in der praktischen Semantik (J. Streeck) . . . . .           | 126 |
| Dyck, Joachim (Hrsg.): Rhetorik in der Schule (W. Dieckmann)  |     |
| Binder, Alwin, u. a.: Einführung in Metrik und Rhetorik (W. Dieckmann) . . . . .                                      | 24  |
| Plett, Heinrich F.: Einführung in die rhetorische Textanalyse (W. Dieckmann) . . . . .                                | 24  |
| Asmuth, Bernhard, u. Luise Berg-Ehlers: Stilistik (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Belke, Horst: Literarische Gebrauchsformen (W. Dieckmann) . . . . .   | 24  |
| Sanders, Willy: Linguistische Stiltheorie (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Spillner, Bernd: Linguistik und Literaturwissenschaft (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Breuer, Dieter: Einführung in die pragmatische Texttheorie (W. Dieckmann) . . . . .                                   | 24  |
| Dubois, Jacques, u. a.: Allgemeine Rhetorik (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Schanze, Helmut (Hrsg.): Rhetorik (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Kopperschmidt, Josef: Allgemeine Rhetorik (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Geißner, Hellmut: Rhetorik und politische Bildung (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Schlüter, Hermann: Grundkurs der Rhetorik (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Eigenwald, Rolf: Textanalytik (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Hasubek, Peter, u. Wolfgang Günther: Sprache der Öffentlichkeit (W. Dieckmann) . . . . .                              | 24  |
| Stocker, Karl: Praxis der Arbeit mit Texten (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Pelster, Theodor: Rede und Rhetorik (W. Dieckmann) . . . . .  | 24  |
| Geißner, Hellmut: Rhetorik (W. Dieckmann) . . . . .   | 24  |

|   |     |
|---|-----|
| <b>Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.): Sprache und Herrschaft (G. Voigt)</b> . . . . . | 130 |
| <b>Rhetorik, Ästhetik, Ideologie (H.-J. Ruckhäberle)</b> . . . . .                    | 131 |
| <b>Pforte, Dietger: Comics im ästhetischen Unterricht (S. Zielinski)</b>              | 133 |
| <b>Hienger, Jörg: Literarische Zukunftsphantasie (A. Vielau)</b> . . .                | 134 |
| <b>Leiner, Friedrich, u. Jürgen Gutsch: Science Fiction (A. Vielau)</b>               | 134 |
| <b>Barmeyer, Eike (Hrsg.): Science Fiction (A. Vielau)</b> . . . . .                  | 134 |

**Soziologie**

|  |     |
|--|-----|
| <b>Ackermann, Paul (Hrsg.): Politische Sozialisation (D. Damm)</b> . .                             | 138 |
| <b>Deichsel, Alexander, u. a.: Politische Sozialisation von Studenten (N. Steinborn)</b> . . . . . | 139 |
| <b>Schwenger, Hannes: Das Ende der Unbescheidenheit (H. G. Würzberg)</b> . . . . .                 | 141 |
| <b>Bermann, Tamar: Produktivierungsmythen und Antisemitismus (B. Frei)</b> . . . . .               | 142 |

**Erziehungswissenschaften**

|  |     |
|--|-----|
| <b>Stübig, Frauke: Erziehung zur Gleichheit (S. Petersen)</b> . . . .  | 144 |
| <b>Preuß, Ulrich K.: Bildung und Herrschaft (B. Illenberger)</b> . . .   | 146 |
| <b>Heinsohn, Gunnar, u. Barbara M. C. Knieper: Theorie des Kindergartens und der Spielpädagogik (F. Haug)</b> . . . . .  | 148 |
| <b>Goldschmidt, Dietrich (Hrsg.): Demokratisierung und Mitwirkung im Bildungswesen Schwedens und der Bundesrepublik Deutschlands (B. Illenberger u. P. Nonnenmacher)</b> . . . . . | 150 |
| <b>Freiger, Stephan, Bernhard Nagel u. Christian Rabe (Hrsg.): Was wird aus der Studienreform? (W. Lumb)</b> . . . . .   | 152 |

**Psychologie**

|   |     |
|---|-----|
| <b>Piaget, Jean: Einführung in die genetische Erkenntnistheorie (J. Ellerbrock)</b> . . . . .                     | 153 |
| <b>Politzer, Georges: Kritik der klassischen Psychologie (W. Kühnert)</b> . . . . .                               | 155 |
| <b>Nolte, Helmut, u. Irmingard Stäuble: Zur Kritik der Sozialpsychologie (L. Bernath)</b> . . . . .               | 157 |
| <b>Rosenthal, Bernhard G.: Von der Armut der Psychologie — und wie ihr abzuhelfen wäre (L. Bernath)</b> . . . . . | 158 |

**Geschichte**

|   |     |
|---|-----|
| <b>Turner jr., Henry Ashby: Faschismus in Deutschland (K. Wernecke)</b> . . . . . | 160 |
|---|-----|

|   |     |
|---|-----|
| <i>Storek, Henning</i> : Dirigierte Öffentlichkeit. Die Zeitung als Herrschaftsmittel in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Regierung ( <i>E. Hennig</i> ) . . . . . | 163 |
| <i>Besymenski, Lew</i> : Die letzten Notizen von Martin Bormann ( <i>P. M. Kaiser</i> ) . . . . .   | 165 |
| <i>Wolf, Lore</i> : Ein Leben ist zu wenig ( <i>K. Drobisch</i> ) . . . . .   | 166 |

## Politik

|  |     |
|--|-----|
| <i>Brückner, Peter</i> : „... bewahre uns Gott in Deutschland vor irgendeiner Revolution!“ ( <i>H. Gottschalch</i> ) . . . . . | 168 |
| <i>Schneider, Peter</i> : . . . schon bist du ein Verfassungsfeind ( <i>H. Gottschalch</i> ) . . . . .                         | 170 |
| <i>Böll, Heinrich</i> : Berichte zur Gesinnungslage der Nation ( <i>H. Gottschalch</i> ) . . . . .                             | 171 |

## Ökonomie

|  |     |
|--|-----|
| <i>Ehrenberg, Herbert</i> : Zwischen Marx und Markt ( <i>W. Pfaffenberger</i> ) . . . . .              | 173 |
| <i>Frey, Bruno S.</i> : Umweltökonomie ( <i>M. Krüger</i> ) . . . . .                                  | 174 |
| <i>Bruckmann, Gerhart, u. Helmut Swoboda</i> : Auswege in die Zukunft ( <i>J. Bohnsack</i> ) . . . . . | 177 |